

*soFid – Sozialwissenschaftlicher
Fachinformationsdienst*

01/2005

Internationale Beziehungen / Friedens-
und Konfliktforschung

GESIS-IZ Bonn 2005

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst

soFid

**Internationale Beziehungen/
Friedens- und Konfliktforschung**

Band 2005/1

bearbeitet von

Matthias Stahl und Gisbert Binder

Informationszentrum Sozialwissenschaften Bonn 2005

ISSN: 0942-2471
Herausgeber Informationszentrum Sozialwissenschaften der Arbeitsgemeinschaft
Sozialwissenschaftlicher Institute e.V., Bonn
bearbeitet von: Matthias Stahl und Gisbert Binder
Programmierung: Udo Riege, Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: Informationszentrum Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) vom Bund und den Ländern gemeinsam bereitgestellt. Das IZ ist Mitglied der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS). Die GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

© 2005 Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Sachgebiete

1	Theoretische Studien	9
2	Internationale Organisationen und Institutionen, Weltgesellschaft, Menschenrechte	21
3	Außenpolitik.....	42
4	Sicherheitspolitik, Rüstung, Konversion, Friedensbedingungsforschung	60
5	Einzelne Kriege, ethnische, nationale Konflikte	80
6	Wirtschaftsbeziehungen, Globalisierung, Umwelt, Nord-Süd-Beziehungen	94
7	Europäische Integration, europäische Sozialpolitik, EU-Osterweiterung	114
8	Interkulturelle Beziehungen, Migration, internationale Kommunikationsordnung	155
9	Gewalt in der Gesellschaft, politische Konflikte, zivile Konfliktbearbeitung.....	160

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	173
Personenregister	175
Sachregister	181
Institutionenregister.....	193

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur	199
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	199

Vorwort zum soFid „Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung“

Das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) bietet mit dem „Sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst“ (soFid) zweimal jährlich aktuelle Informationen zu einer großen Zahl spezieller Themenstellungen an. Jeder soFid hat sein eigenes, meist pragmatisch festgelegtes Profil. Gewisse Überschneidungen sind deshalb nicht zu vermeiden.

Quelle der im jeweiligen soFid enthaltenen Informationen sind die vom IZ produzierten Datenbanken SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem) sowie FORIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften).

Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken sowie auf Graue Literatur in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. In SOLIS ist bei einigen Hinweisen unter „Standort“ eine Internet-Adresse eingetragen. Wenn Sie mit dieser Adresse im Internet suchen, finden Sie hier den vollständigen Text des Dokuments.

Wesentliche Quellen zur Informationsgewinnung für FORIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. Der Fragebogen zur Meldung neuer Projekte steht permanent im Internet unter <http://www.gesis.org/IZ> zur Verfügung.

Literaturhinweise sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Forschungsnachweise durch ein "-F". Im Gegensatz zu Literaturhinweisen, die jeweils nur einmal gegeben werden, kann es vorkommen, dass ein Forschungsnachweis in mehreren aufeinanderfolgenden Diensten erscheint. Dies ist gerechtfertigt, weil Forschungsprojekte häufig ihren Zuschnitt verändern, sei es, dass das Projekt eingeeengt, erweitert, auf ein anderes Thema verlagert oder ganz abgebrochen wird. Es handelt sich also bei einem erneuten Nachweis in jedem Falle um eine aktualisierte Fassung, die Rückschlüsse auf den Fortgang der Arbeiten an einem Projekt zulässt.

* * *

Der soFid „Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung“ spiegelt den Stand der wissenschaftlichen Diskussion in beiden Gebieten wider. 1992 erfolgte eine Zusammenlegung der Dienste „Internationale Beziehungen“ und „Friedens- und Konfliktforschung“, da sich immer wieder gezeigt hat, wie eng die internationalen Beziehungen und die Friedens- und Konfliktforschung inhaltlich miteinander verknüpft sind. So sind Probleme wie internationale Konflikte, Umwelt, Entwicklungspolitik, Migration nicht nur bei den internationalen Beziehungen, sondern auch bei der Friedens- und Konfliktforschung angesiedelt.

Seit dem Band 1999/2 kommt diese thematische Verknüpfung auch in einer integrierten Gliederung des Bandes zum Ausdruck. Neben den klassischen Themen Außen- und Sicherheitspolitik, Krieg und Frieden, Rüstung, internationale Organisation, Gewalt und politische Konflikte erhalten Fragen der Menschenrechte, der Globalisierung, der europäischen Integration sowie regionale ethnische und nationale Konflikte einen breiteren Raum als bisher.

Von größerer Bedeutung sind auch Studien zu interkulturellen Beziehungen sowie zu der sich entwickelnden internationalen Kommunikationsordnung.

Neben Nachweisen, die eindeutig den genannten Themengebieten zuzuordnen sind, enthält der Dienst auch Arbeiten aus anderen Wissenschaftsdisziplinen, sofern sie einzelne Aspekte der Thematik beleuchten. Zahlreiche Nachweise berühren thematisch mehrere Gliederungspunkte bzw. können sowohl dem einen als auch dem anderen Kapitel zugeordnet werden. In diesen Fällen wurde eine pragmatische Einordnung vorgenommen.

1 Theoretische Studien

[1-L] Besson, Samantha:

Sovereignty in conflict, in: European Integration online Papers, Vol. 8/2004, No. 15, 52 S. (URL: <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2004-015.pdf>)

INHALT: "Das Konzept der Souveränität erfährt ungekannte Aufmerksamkeit seitdem seine erklärende und normative Kraft bezweifelt und in Europa gar sein Ende verkündet wurde. Mit der Verlagerung von Autorität von der staatlichen Ebene zu neuen sub-staatlichen, supra-staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen stellt sich die Frage, ob das Konzept der Souveränität aufgegeben oder ob und in welcher Form es behalten werden sollte. Dieser Artikel schlägt einen vermittelnden Weg ein, indem er es vermeidet, den Staat mit Souveränität und die Aufgabe des Konzepts der Souveränität mit seiner Beibehaltung zu kontrastieren. Souveränität ist danach weder als reine Reflexion der neuen internationalen und europäischen Realität noch als reine Anwendung eines preexistierendes Konzepts zu betrachten, dessen Kriterien unveränderlich sind und die die postnationale Ordnung in ein enges Korsett pressen könnten. Als wesentlich bestreitbares Konzept beinhaltet Souveränität zur gleichen Zeit eine Tatsache, eine Infragestellung von Natur und Rechtfertigung dieser Tatsache und eine Rechtfertigung derselben Tatsache. Der korrekte Gebrauch des Konzepts der Souveränität besteht deshalb darin, unsere Konzeptionen des Konzepts und damit unsere Ausübung von Souveränität konstant in Frage zu stellen. Das reflexive Konzept der Souveränität kann deshalb als kooperativ in der postnationalen Konstellation betrachtet werden, in der Autoritäten sich in ihren souveränen Ansprüchen auf dasselbe Gebiet und auf dieselbe Bevölkerung überlappen. Im Zusammenspiel mit dem Konzept der Subsidiarität bedeutet kooperative Souveränität, dass die Kompetenz auf jene Autoritäten verteilt werden, die den Schutz gemeinsamer Werte wie der Demokratie und der Menschenrechte am besten gewährleisten können. Im europäischen Kontext bietet kooperative Souveränität den normativen Rahmen für die Entwicklung einer dynamischen und reflexiven Art des Konstitutionalismus. Durch ihre Verpflichtung auf Kooperation und Kohärenz bekämpft kooperative Souveränität das durch den Verfassungpluralismus ausgelöste Risiko der Erosion von Autorität und verstärkt die Legitimation der Europäischen Union. Dies lässt sich zum Beispiel im Kontext von Verfassungskonflikten, im Rahmen der gesetzgeberischen Zusammenarbeit und im Zusammenhang mit dem sich auf mehreren Ebenen abspielenden Konstitutionalismus nachweisen." (Autorenreferat)

[2-L] Büttner, Annette:

Staatszerfall als neues Phänomen der internationalen Politik: theoretische Kategorisierung und empirische Überprüfung, Marburg: Tectum Verl. 2004, 295 S., ISBN: 3-8288-8605-1 (Standort: UB Bonn(5)-2004-1998)

INHALT: "Die vorliegende Arbeit widmet sich der Erarbeitung von Grundzügen einer Staatszerfallstheorie. Gewaltsamer Staatszerfall in der Dritten Welt steht dabei im Focus der Analyse. Die neue Theorie soll die Ursachen und den prozesshaften Verlauf von Staatszerfall möglichst allgemein anwendbar und damit unabhängig von historischen oder soziologischen Besonderheiten des Einzelstaates erklären. Zur Typologisierung der internen und externen Ursachen von Staatszerfall werden verschiedene sozialwissenschaftliche Theorien herangezogen,

deren Aussagen an sechs Fallstudien (Somalia, Demokratische Republik Kongo, Guatemala, Kolumbien, Afghanistan und Indonesien) überprüft werden." (Autorenreferat)

[3-L] Etzioni, Amitai:

Auf dem Weg zu einer globalen Wertegemeinschaft, (WZB-Vorlesungen), Berlin 2003, 30 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040106983; Graue Literatur)

INHALT: Dem neueren außenpolitischen Denken des Westens liegen nach Einschätzung des Autors zwei Hauptthemen zugrunde: Zum einen wird behauptet, die Welt nähere sich zentralen Werten und Institutionen des Westens an, die z.B. Persönlichkeitsrechte, Demokratie und freie Marktwirtschaft umfassen. Zum anderen wird behauptet, die Welt außerhalb des Westens werde überwiegend von religiösen Fundamentalisten oder einem fremdartigen Wertekatalog regiert, der mit dem des Westens inkompatibel sei, weshalb diese antithetischen Zivilisationen zwangsläufig in Konflikt geraten müssen. Beide Standpunkte implizieren, dass nicht-westliche Nationen wenig zur globalen Entwicklung politischer und wirtschaftlicher Institutionen und zu den Werten, die sie verkörpern, beitragen können - denn Recht, Freiheit und Kapitalismus sind schließlich westliche Beiträge an die Welt. Der Autor versucht in seinem Vortrag hingegen zu zeigen, dass sich die Welt auf eine neue Synthese hinbewegen wird, die u.a. aus folgenden Elementen besteht: aus der hohen Wertschätzung des Westens für persönliche Freiheit und individuelle Wahlmöglichkeiten und der ebenfalls hohen, wenn auch sehr verschiedenartigen Achtung des Ostens vor sozialen Verpflichtungen; aus der westlichen Überbetonung von Autonomie und der östlichen Überbetonung von sozialer Ordnung; aus westlichem rechtlichen und politischen Egalitarismus und östlichem Autoritarismus; aus der ablehnenden Haltung des Westens gegenüber großen Ideologien und Utopismen und den extensiven normativen Festlegungen von Ge- und Verboten im Osten. Der Autor bezeichnet diese neu entstehende Synthese als "weichen Kommunitarismus" der Zivilgesellschaft. (ICI2)

[4-L] Filzmaier, Peter; Fuchs, Eduard (Hrsg.):

Supermächte: zentrale Akteure der Weltpolitik, (Konzepte und Kontroversen : Materialien für Unterricht und Wissenschaft in Geschichte, Geographie, Politische Bildung, Bd. 2), Innsbruck: Studien-Verl. 2003, 115 S., ISBN: 3-7065-1931-3 (Standort: UB Siegen(467)-21MQH1702)

INHALT: "Vom britischen Empire bis zu den heutigen USA verfügen wir über ein stark von Halbwissen und Stereotypen geprägtes Bild. Dieser Band hat sich zum Ziel gesetzt, sowohl den Stellenwert solcher Mächte für die Welt als auch ihre politischen Systemstrukturen und Politik umfassend darzustellen. Gleichzeitig wird hinterfragt, inwiefern Globalisierungsprozesse ein Modell von Staaten als 'weltbeherrschende Supermächte' obsolet machen und zur Dominanz nichtstaatlicher Akteure in der internationalen Politik führen können. Aus der Sicht der Politischen Geographie bzw. der Geopolitik werden auch Zusammenhänge zwischen Großmächten ('Supermächten'), ihrer Sicherheitspolitik und der Aufteilung der Welt hergestellt. Kritisch hinterfragt wird weiters, inwiefern die EU als Akteur auf globaler Ebene mehr oder weniger erfolgreich agiert. Ebenso skizziert werden die Instrumente und Methoden der Entfaltung globaler Macht durch die frühere UdSSR sowie die strukturellen und konzeptuellen Schwächen eines globalen Anspruchs russischer Außen- und Sicherheitspolitik aus aktueller Sicht. Die praxisbezogenen Analysen sind ein anregender Beitrag zur Diskussion über Funktion und Aktionsformen der Supermächte in unserer Weltordnung." (Autorenreferat)

rat). Inhaltsverzeichnis: Otmar Höll: Der Prozess tendenzieller Globalisierung und die "Neuordnung" der Welt (9-21); Daniela Ingruber: Die ehemaligen Kolonialreiche und ihre Folgen: eine Frage von Macht und OhnMacht (22-32); Heinz Nissel: Geopolitik, Globalisierung und Geostrategien: zur Verfügbarkeit und Kontrolle von Macht aus der Sicht der Politischen Geographie (33-49); Peter Filzmaier: Die USA als alleinige Hegemonialmacht: Weltpolizist oder Mythos? (50-63); Gerhard Mangott: Russlands Abschied von der globalen Bedeutung (64-77); Paul Luif: Die Europäische Union als globaler Akteur (78-92); Roman Spiss: Unterrichtsprojekt (Globalisierung) (93-98).

[5-L] Heupel, Monika; Zangl, Bernhard:

Von "alten" und "neuen" Kriegen: zum Gestaltwandel kriegerischer Gewalt, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Jg. 45/2004, H. 3, S. 346-369 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In der Friedensforschung ist eine Debatte darüber entbrannt, ob der Krieg mit dem Ende des Ost-West-Konflikts in den 1990er Jahren einen Gestaltwandel durchlaufen hat. Während die einen in dieser Debatte neue Kriege aufziehen sehen, betonen die anderen, dass sich die Kriege nicht grundlegend gewandelt hätten. In diese Debatte wird hier eingegriffen, indem die These vom Gestaltwandel des Krieges in drei Fallstudien einem ersten Plausibilitätstest unterzogen wird. Dabei deuten die Fallstudien zu den Kriegen in Kambodscha, Afghanistan und Angola tatsächlich darauf hin, dass sich der Krieg grundlegend verändert. In diesen Kriegen war in den 1990er gegenüber den 1980er Jahren zugleich eine Privatisierung der Gewaltakteure, eine Kriminalisierung ihrer Gewaltökonomien, eine Ökonomisierung ihrer Gewaltmotive sowie eine Brutalisierung der Gewaltstrategien zu beobachten." (Autorenreferat)

[6-L] Hirsch, Joachim:

Was bedeutet Imperialismus heute?, in: Das Argument : Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Jg. 46/2004, H. 5 = H. 257, S. 669-689 (Standort: UB Bonn(5)-Z70/6; UuStB Köln(38)-XG01665; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der historische Wandel des Imperialismus ist abhängig von den Bedingungen der Kapitalakkumulation und den sozialen Kräfteverhältnissen auf nationaler und internationaler Ebene. Der Verfasser skizziert die Entwicklung imperialistischer Verhältnisse vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart und gibt einen kritischen Überblick zur aktuellen Diskussion über den US-Imperialismus. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die gegenwärtige Struktur des Weltkapitalismus durch die Internationalisierung von Kapital und Staat gekennzeichnet ist. Mit Hilfe von Poulantzas Konzept der "inneren Bourgeoisie" wird gezeigt, dass der Charakter der imperialistischen Beziehungen und die Widersprüche im imperialistischen Weltsystem sich in bemerkenswerter Weise verändert haben. (ICEÜbers)

[7-L] Immermann, Ekkart:

Zur Bedeutsamkeit politischer Gewalt und ihrer Erklärungsfaktoren, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): *Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 227-245, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: Die Ubiquität von Gewalt, auch politischer Gewalt, gibt unverändert Anlass zur Sorge und zu wissenschaftlicher Analyse. Meist steht dabei hier die *violentia*, die den Staat herausfordernde Gewalt, weniger die *potestas*, die Staatsgewalt, im Vordergrund. Die Leistung sozialwissenschaftlicher Forschung besteht zum einen darin, unmittelbar erklärende Variablen sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene für das Auftreten verschiedener Formen politischer Gewalt zu liefern (dies wird in den Abschnitten 1 und 2 diskutiert), zum andern aber auch darin, die kalkulierte und eingegrenzte Nutzung von Gewalt im Rahmen anderer politischer Phänomene vergleichend zu erfassen (Abschnitt 3). Schwerpunkt der Analyse ist dabei die Makroebene der Erklärung, angereichert um Verhaltenselemente auf der Mikroebene. Der Verfasser beansprucht insgesamt, einige der Schwierigkeiten der Gewaltforschung in phänomenologischer, symbolisch interaktionistischer, ethnomethodologischer, anthropologischer, evolutorischer oder hegelianisch fortgeführter systemtheoretischer Perspektive zu vermeiden. Auch diese Ansätze müssen variationsorientierte Erklärungen auf die Fragen liefern können: Wer setzt wann, warum, gegen wen welche Form von politischer Gewalt mit welchem Erfolg und Ausgang ein? Dabei ist zugleich die Einbettung der Gewalt in zahlreiche andere Konfliktfelder und deren Analyse zu berücksichtigen. (ICA2)

[8-L] Jianjun, Cui:

Welche internationale Ordnung braucht das 21. Jahrhundert?, in: *WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien*, Jg. 12/2004, H. 43, S. 87-91 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der bipolaren Konfrontation trat die Diskussion um eine neue internationale Ordnung auf die politische Agenda. Die Staaten haben verschiedene Szenarien eingebracht, um für Akzeptanz in der neu geordneten Weltgemeinschaft zu werben. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts, insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September 2001, hat sich die internationale Lage sehr verändert und die Etablierung einer neuen Weltordnung, die die universalen Bestrebungen und allgemeinen Interessen der Menschen aller Länder der Welt reflektiert und dem Anspruch der Menschheitsgeschichte nach Entwicklung und Fortschritt genügt, ist dringlicher denn je geworden. Die Entstehung einer neuen Ordnung hängt insbesondere von der Ausgewogenheit der Kräfte zwischen den Entwicklungs- und Industrieländern ab, wie der Autor in seinem Beitrag aus der Sicht Chinas betont. (ICI2)

[9-L] Jungcurt, Stefan:

The politics of incoherence: a framework for the analysis of functional overlap in international governance as two-level game, (*Institutional Change in Agriculture and Natural Resources (ICAR) : Discussion Papers*, 2/2004), Berlin 2004, 31 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.agrar.hu-berlin.de/wisola/fg/ress/web/icar/2_2004_Jungcurt.pdf)

INHALT: Die funktionale Überlappung von Rechtsprechung und Kompetenzen bei internationalen Abkommen kann zu unvollständiger und widersprüchlicher Regulierung führen und so die Vorteile internationaler Zusammenarbeit untergraben. Der Verfasser fragt nach innenpolitischen wie internationalen Determinanten, die Entstehen und Persistenz solcher Inkohärenzen fördern. Am Beispiel der internationalen Regulierung zum Erhalt der genetischen Ressourcen von Pflanzen setzt er sich auf theoretischer Ebene mit zwei Problemen auseinander - dem Problem der Inferenz über Ebenen hinweg in Theorien internationaler Zusammenarbeit und dem Unterschied zwischen inhaltlichen Verhandlungsprozessen und verhandeltem institutionellem Wandel. Inhaltliche Verhandlungen können als Zwei-Ebenen-Spiele mit unterschiedlichem Nutzen formalisiert werden, während eine gründliche Analyse institutionellen Wandels durch die große Zahl von Varianten in der Spielstruktur erschwert wird. Der Verfasser entwickelt eine Typologie von Spielen als Richtschnur einer systematischen Analyse von internationalen, nationalen und Mehrebeneninteraktionen, die zur Erklärung des Phänomens der Inkohärenz aufgrund funktionaler Überlappung beitragen kann. (ICEÜbers)

[10-L] Kleinschmidt, Harald:

Carl Schmitt als Theoretiker der internationalen Beziehungen, (Studien zur Internationalen Politik, H. 2/2004), Hamburg 2004, 47 S. (Standort: B 2211 - 91/04; UuStB Köln(38)-20040107514; Graue Literatur)

INHALT: Wie in der innenpolitischen Dimension die Verachtung für die Weimarer Republik und ihre Verfassung so war auch in der außenpolitischen Dimension Schmitts Kritik an Völkerrecht und Völkerbund von der kategorischen Unterscheidung zwischen Freund und Feind bestimmt, die Schmitt als fundamentale Kategorie jeglichen gesellschaftlichen Handelns galt. Diese Unterscheidung determiniert Schmitts Rechtfertigung eines totalitären Staates ebenso wie die Rechtfertigung der Selbstbehauptung durch Krieg. Ausgehend vom Erbe des Biologismus des 19. Jahrhunderts analysiert der Verfasser Schmitts Auffassung von internationalen Beziehungen vor dem Hintergrund der Theorien der internationalen Politik des 20. Jahrhunderts. Er referiert Schmitts Kritik des Völkerbundes, Schmitts Hobbes-Exegese, Schmitts Position zu Kolonialismus und Monroe-Doktrin sowie das Recht auf Eroberung in Schmitts Nachkriegswerk, um abschließend die Rezeption Schmitts in der Nachkriegszeit zu behandeln. (ICE2)

[11-L] Knop, Katharina von:

Die Quellen der Macht von Al-Qaida: aus der Perspektive der Theorie des Institutionalismus nach Robert Keohane, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 487), Frankfurt am Main: P. Lang 2004, 149 S., ISBN: 3-631-52433-1 (Standort: UB Paderborn(51)-PFG2295)

INHALT: "In der Geschichte wurde eine terroristische Gruppe noch nie mit einer solchen Intensität bekämpft wie Al Qaida. Dennoch blieb der Erfolg bisher aus; vielmehr haben die Frequenz und die tödliche Wirkung der verübten Anschläge des Netzwerkes seit dem 11. September stark zugenommen. Die Quellen der Macht von Al Qaida müssen folglich von einer besonderen Qualität sein. In diesem Buch ist es gelungen, diese Quellen der Macht zu identifizieren. Die Theorie des Institutionalismus nach Robert Keohane eröffnet hier die entscheidende Perspektive, denn asymmetrische Interdependenzen sind Quellen der Macht, insbeson-

dere, wenn sie als Verwundbarkeiten klassifiziert werden können. Die Quellen der Macht von Al Qaida rekrutieren sich nach gründlicher Analyse der terroristischen Vereinigung aus Verwundbarkeiten der westlichen Staatenwelt auf den Ebenen der Information, des Glaubens, der Organisationsstruktur und der Kommunikation." (Autorenreferat)

[12-L] Kohler, Georg; Marti, Urs (Hrsg.):

Konturen der neuen Welt(un)ordnung: Beiträge zu einer Theorie der normativen Prinzipien internationaler Politik, Berlin: de Gruyter 2003, VI, 394 S., ISBN: 3-11-017756-0 (Standort: UuStB Köln(38)-28A4362)

INHALT: "Die Gegenwart ist mit der Aufgabe konfrontiert, vor dem Hintergrund des Streits über Nutzen und Nachteil der Globalisierung von Produktion, Handel und Investition die Möglichkeiten politischen Handelns und politischer Verfassung neu zu beurteilen. Die Ordnung der Welt nimmt neue Konturen an, und dieser Transformationsvorgang nährt Spekulationen jeder Art. Die einzelnen Beiträge untersuchen aus philosophischer und juristischer Perspektive die Transformation der Souveränität, internationale Verrechtlichungstendenzen, Kriterien globaler sozialer Gerechtigkeit sowie die Herausbildung überstaatlicher Verfassungsformen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: I. Tendenzen der Globalisierung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft - Georg Kohler: Kagan vs Kant. Konturen der neuen Welt(un)ordnung (11-61); Urs Marti: Theorien der internationalen Politik (62-79); Thomas Kesselring: Globalisierung vor der Globalisierung. 15.000 Jahre interkontinentalen Wettbewerbs (80-101); Francis Cheneval: Die kosmopolitische Transgressivität der modernen Demokratie (102-119); Thomas Cottier, Maya Hertig: The prospects of 21st century constitutionalism (120-162). II. Globale Veränderungen von Staat und Recht - Urs Marti: Souveränität und Globalisierung (165-188); Erika Schläppi: Governance: die neue Aufmerksamkeit für politische und rechtliche Strukturen im Prozess wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung (189-216); Valérie Nádrai: Rechtsstaatlichkeit als internationales Gerechtigkeitsprinzip (217-237); Sven Murmann: Staatsbürgerschaft und Globalisierung (238-252); Véronique Zanetti: Ist das Recht auf humanitäre Intervention ein individuelles Recht? (253-265); Josette Baer: Appreciating minorities or why tolerance is not enough: is power sharing the 'moral must' in international politics? (266-284). III. Soziale und wirtschaftliche Aspekte der internationalen Politik - Wilfried Hinsch: Globalisierung der Gerechtigkeit: politische Schwärmerei oder moralischer Realismus? (287-299); Thomas Kesselring: Kooperation und Moralbegründung (300-317); Michael Schefczyk: Anmerkungen zum globalen Wettbewerb (318-344); Urs Marti: Globale distributive Gerechtigkeit (345-361).

[13-L] Lang, Markus:

Souveränität: Hürde oder Baustein der internationalen Beziehungen nach 1945?, in: *Mittelweg 36* : Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jg. 13/2004, H. 6, S. 24-40 (Standort: UuStB Köln(38)-FHM XG7349; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag stellt die Vorstellungen des Politikwissenschaftlers und Juristen Karl Loewenstein zum Begriff der Souveränität dar, so wie er sie in den 1940er und 1950er Jahren entwickelte. Loewenstein wurde von den Nationalsozialisten ins Exil gezwungen und arbeitete unter dem direkten Eindruck des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit. Er behandelte das Problem der äußeren Souveränität eines Staates in Beziehung zur Legitimität seiner

Autorität nach innen. Aus dieser Perspektive entwickelte Loewenstein das Konzept der politischen Vormundschaft, die die zeitlich begrenzte Übertragung von Souveränität auf Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft möglich macht mit dem Ziel, demokratische Institutionen aufzubauen und eine partizipatorische politische Kultur zu garantieren. In einem ganz anderen historischen Kontext steht heute die Frage der humanitären Intervention auf der Tagesordnung. Loewensteins Modell kann sich dabei als stimulierend für die aktuellen politischen Auseinandersetzungen um das Souveränitätskonzept erweisen. (ICEÜbers)

[14-L] Maes, Jürgen; Schmitt, Manfred:

Krieg und Frieden - gerechtigkeitspsychologische Aspekte, (Forschungsbericht der Arbeitsgruppe "Verantwortung, Gerechtigkeit, Moral", 150), Trier 2002, 20 S. (Graue Literatur;
URL: <http://www.gerechtigkeitsforschung.de/berichte/beri150.pdf>)

INHALT: "Dieser Text stellt Bezüge zwischen ausgewählten Konzepten der psychologischen Gerechtigkeitsforschung und der Problematik von Krieg und Frieden her. Dabei wird zunächst Gerechtigkeit als Motiv dargestellt, und es werden Gerechtigkeitsmotivtheorien von Ansätzen abgegrenzt, die Eigeninteresse als einziges fundamentales Motiv unterstellen. Im zweiten Abschnitt werden Schwierigkeiten und Fallstricke der Gerechtigkeit dargestellt wie etwa Täuschungen und Illusionen über Gerechtigkeit, sozial erwünschte Selbstdarstellung, unterschiedliche Vorstellungen darüber, was in einer konkreten Situation als gerecht anzusehen ist, und unterschiedliche Grenzziehungen, für wen welche Gerechtigkeitsprinzipien gelten sollen. Schließlich werden zwei Formen von Gerechtigkeitskonflikten und Möglichkeiten zur Lösung dargestellt." (Autorenreferat)

[15-L] Masala, Carlo:

Carl Schmitt als Theoretiker der Internationalen Politik, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft : Journal of Political Science, Jg. 14/2004, H. 3, S. 881-898 (Standort: UuStB Köln(38)-EWA Z3338)

INHALT: "Ein großer Teil der Schmitt-Forschung vertritt die Auffassung, dass die Großraumtheorie eine Ausnahme in Carl Schmitts Denken darstellt, von der er nach 1945 Abstand genommen hat. Andere wiederum sehen in ihr auch heute noch eine Legitimation der 'Lebensraum im Osten'-Politik. Dieser Beitrag geht der Frage nach, ob Carl Schmitt mit seiner Großraumtheorie eine Theorie der Internationalen Politik entwickelt hat, ob er nach 1945 in seinen Analysen des Ost-West-Konflikts wirklich Abstand von seiner eigenen Theorie genommen hat und welche Bedeutung Schmitts Großraumtheorie für die heutige Analyse der Internationalen Politik zukommen kann." (Autorenreferat)

[16-L] Meisterhans, Nadja:

Frieden durch die Kantsche Idee des Weltbürgerrechts?: zur rechtsmoralischen Konstitution einer globalen Friedensordnung, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 15/2004, H. 4, S. 103-111 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; UuStB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: <http://www.berlinerdebatte.de/initial/pdf%20laden.htm>)

INHALT: Der vorliegende Beitrag versucht, internationale und transnationale Regelungen zur Friedenssicherung im Rahmen des Regierens von Nationalstaaten als erste notwendige Schritte zur Globalstaatlichkeit zu bestimmen. Zugleich wird die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit einer globalen Friedensstiftung in Einklang mit der regulativen Idee der Weltrepublik gebracht. Insbesondere internationale Organisationen können als Protagonisten einer globalen Verregelung identifiziert werden. Sie bedürfen jedoch der minimalen Elemente von globaler (Rechts-)Staatlichkeit, um nicht nur in normativer, sondern auch in funktionaler Hinsicht aktiv auf die globale Befriedung hinwirken zu können. Ziel dieses Beitrags ist es, mit Rückgriff auf Kant gewonnene demokratietheoretische Einsichten im Hinblick auf die Befürwortung minimaler Elemente von globaler Staatlichkeit mit der Diskussion des demokratischen Friedens auf einer prinzipiellen Ebene zu verknüpfen. Der Globalstaat kann als heuristische Konstruktion zur Beantwortung der Frage nach den Bedingungen einer Friedensstiftung nicht nur in konzeptioneller Hinsicht fruchtbar gemacht werden, sondern scheint als kritische Folie zur Evaluierung bestehender faktischer Bemühungen zur Pazifizierung im Global-Governance-Verhandlungsprozess unverzichtbar. Auf diese Weise lassen sich nicht nur die normativen Implikationen innerhalb des wissenschaftlichen, sondern auch des faktischen Diskurses über die Bedingungen der Möglichkeit einer Friedensstiftung in den Blick nehmen. (ICA2)

[17-L] Menzel, Ulrich:

Konkurrierende Weltordnungsmodelle in historischer Perspektive, in: KAS-Auslands-Informationen, 2004, Nr. 6, S. 4-25 (Standort: UuStB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_5065_1.pdf)

INHALT: "Das Zusammenleben der Staaten ist, wie ein Blick in die verzeichnete Geschichte von Orient und Okzident belegt, durch Anarchie geprägt, d.h. durch die deutliche Prävalenz von Phasen des Krieges gegenüber solchen eines dauerhaften Friedens und verregelter internationaler Beziehungen. Die Lehre eben dieser Beziehungen reagiert auf die Herausforderung der Anarchie mit vier verschiedenen Paradigmen - dem realistischen, dem idealistischen, dem hegemonietheoretischen sowie dem imperialistischen Paradigma. Ist die Grundlage der beiden ersten Modelle die Erkenntnis, dass es im internationalen Raum kein Gewaltmonopol, sondern, zumal seit 1648, das Prinzip souveräner Staaten und, daraus folgend, das ius ad bellum gibt, so betont das dritte Modell die vor allem seit dem 15. Jahrhundert beobachtbare Abfolge von Hegemonialmächten, die weltweit oder regional die Ordnung bestimmen und Sicherheit und Stabilität garantieren. Allenfalls dem vierten Modell war mit dem Zeitalter des Imperialismus eine letzte Blüte beschied - eine Entwicklung, die schließlich die Bühne bereitet für den gegenwärtigen Wettstreit der drei verbleibenden Modelle. Dass unter diesen vor allem das realistische Modell noch keineswegs ausgedient hat, bleibt zu befürchten - das Pochen auch vieler heutiger Staaten auf uneingeschränkte Souveränität schließlich spricht eine nur allzu deutliche Sprache." (Autorenreferat)

[18-L] Nayyar, Kewal K.:

Großmachtkonstellationen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 12/2004, H. 43, S. 67-71 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In der Geschichte war Ungleichheit stets das bestimmende Merkmal in der Beziehung von Großmächten untereinander. Schon immer sind sie der Versuchung unterlegen, ihre Epoche zu dominieren und das Aufkommen neuer Großmächte zu verhindern. Dass solche Bemühungen letztlich an der Überforderung dieser Staaten scheitern müssen, hat die Vergangenheit gezeigt, und ein solcher Niedergang führte in der Regel in eine Phase des Chaos, bevor dann eine neue Großmacht aufsteigen konnte. Der sich am Ende des letzten Jahrhunderts abzeichnende Trend bietet nach Ansicht des Autors Anlass zur Hoffnung, dass sich der beschriebene Zyklus zu ändern beginnt. Die Welt scheint sich in Richtung einer weniger ungleichen Ordnung zu bewegen, in der Raum für mehr Vertrauen in internationale Regeln und Normen entsteht und enge nationale Interessen durch kollektive Handlungen ersetzt zu werden scheinen. Der vorliegende Beitrag enthält thesenhafte Anmerkungen zur Rolle der USA in der Weltpolitik, zur Reform der Vereinten Nationen, zum Kampf der Weltgemeinschaft gegen den Terrorismus sowie zum Verhältnis von Ethnizität und religiösem Fundamentalismus. (ICI2)

[19-L] Neyer, Jürgen:

Postnationale politische Herrschaft: Vergesellschaftung und Verrechtlichung jenseits des Staates. (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Bd. 11), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2004, 287 S., ISBN: 3-8329-0602-9 (Standort: UB Bonn(5)-2004-1650)

INHALT: Die Studie nimmt einen Bruch mit der in der Politikwissenschaft vorherrschenden Tradition vor, dem Begriff der politischen Herrschaft aus einer primär kritischen Perspektive zu begegnen. Sie schließt damit an eine von Kant bis Habermas zu verfolgende Tradition politischen Denkens an, die von der Überzeugung getragen ist, dass legitime Herrschaft und individuelle Freiheit nicht nur verträglich sind, sondern dass legitime Herrschaft durch die Idee der Freiheit sogar gefordert wird. In einem ersten, theoretischen Teil entwickelt der Verfasser ein Modell zur Konzeptualisierung der Bedingungen politischer Herrschaft in postnationalen Konstellationen und fragt nach der Akzeptanzerzeugung in Mehrebenensystemen. Der zweite, empirische Teil der Untersuchung behandelt die konkrete Ausübung von Herrschaft im Rahmen der Durchsetzung spezifischer Regelungen. Dies geschieht anhand von vier vergleichenden Studien zur internationalen und europäischen Risikoregulierung in der Handelspolitik, zur internationalen und europäischen Menschenrechtspolitik, zur europäischen und bundesdeutschen Haushaltssanierungspolitik sowie zur europäischen und deutschen Umverteilungspolitik. Gefragt wird jeweils, ob und in welchem Ausmaß die empirisch beobachtbare gouvernementale Akzeptanz intergouvernementaler Normen auf Vergesellschaftungs- und/oder Verrechtlichungsprozesse zurückgeführt werden kann. Abschließend werden die empirischen Ergebnisse der Fallstudien auf die eingangs formulierte Frage nach der Reichweite, den Bedingungen und den Perspektiven postnationaler politischer Herrschaft rückbezogen. (ICE2)

[20-L] Oberreuter, Heinrich; Steinkamm, Armin A.; Seller, Hanns-Frank (Hrsg.):

Weltpolitik im 21. Jahrhundert: Perspektiven zur neuen internationalen Staatenordnung ; Festschrift für Jürgen Schwarz, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2004, 567 S., ISBN: 3-531-14198-8 (Standort: LB Detmold(51)-OTZS105)

INHALT: "Bereits zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat die internationale Politik eine Dynamik entwickelt, die für jedermann ersichtlich eine neue internationale Ordnung formt und bekannt-

te Machtstrukturen, Konfliktlinien und geopolitische Gewichtungen ablöst. Unumstößliche Tatsache ist inzwischen, dass sich kein Staat der Erde den neuen weltpolitischen Herausforderungen entziehen kann. Internationaler Terrorismus, internationale militärische Interventionen und globale Wirtschaftsverflechtungen sind Kennzeichen einer neuen Dimension von Globalisierung in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen, aber auch von weltpolitischen Umbruchprozessen, die aufgrund ihrer oftmals destruktiven Potentiale die Stabilität des gesamten internationalen Systems in Frage zu stellen scheinen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Hanns-Frank Saller: Einleitung (14-22); Edmund Stoiber: Politik im Zeitalter der Globalisierung (23-31); Alfred Schüller: Weltwirtschaftliche Integration der Transformationsländer als ordnungsökonomische Aufgabe (32-60); Manfred Mojs: Bemerkungen zur Globalisierung in Lateinamerika und in Ostasien (61,71); Ullrich Weiß: Die kommunitaristische Rekonstruktion des Politischen. Politiktheoretische Anmerkungen zu einer aktuellen Tendenz (72-90); Rudolf Weiler: Gesellschaftlicher Pluralismus in der Menschheit. Vom *ius inter gentes* zum *ius gentium* (91-98); Wolfgang Royl: Nationen als Gerechtigkeitskooperativ (99-118); Gottfried Küenzlen: Religion und Politik in der säkularen Moderne. Das Beispiel Fundamentalismus (119-128); Anton Rauscher: Christliche Soziallehre oder Theologie der Befreiung (129-142); Gerhard Beestermöller: Kehrt die Lehre vom gerechten Krieg zurück? Zur Paradigmenkrise der Friedensethik angesichts des Kosovo-Konflikts (143-154); Dieter Blumenwitz: Vom Krieg zum internationalen bewaffneten Konflikt. Anmerkungen zur Anordnung militärischer Gewalt in der Kosovo-Krise (155-166); Hans Jürgen Brandt: Was sucht Religion bei den Soldaten? Zur geistlichen Traditionspflege beim Militär (167-175); Ursula Münch: Die Aufgabenstellung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) im Wandel (176-195); Dietmar Schossler: High Intensity - Low Intensity Conflict. Zur 'Reichweite' der Clausewitzschen Kategorien bei der Analyse des modernen bewaffneten Konflikts (196-210); Hanns-Frank Saller: Sicherheitspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Zeichen neuer Konfliktkonstellationen (211-218); Andreas Wilhelm: Die globale Sicherheitsordnung nach dem 11. September. Terrorismus in der Staatenwelt (219-229); Klaus Naumann: Sicherheit in und für Europa. Eine neue Herausforderung für NATO und EU (230-243); Christoph Ulrich Vogel: Die NATO-Erweiterung 1999. Transfer von Sicherheit und Stabilität im internationalen System (244-259); Armin A. Steinkamm: Der 'Irak-Krieg': Eine Herausforderung an das Völkerrecht (260-280); Winfried Becker: Mitteleuropavorstellungen deutscher Publizisten: Joseph Edmund Jörg und Friedrich Naumann (281-294); Lothar Roos: Nationale Leitkultur, europäische Integration und universales Gemeinwohl (295-311); Kurt Schelter: Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung (312-323); Jürgen Nötzold: Stabilität durch europäische Integration. Probleme der polnischen EU-Mitgliedschaft (324-337); Werner Weidenfeld: Stabilitätsanker in Europa. Das neue Selbstverständnis der EU (338-351); Martin Sebaldt: Parlamentarische Mitsteuerung in der Europäischen Union. Zur machtpolitischen Dynamik des Europäischen Parlaments seit Beginn der achtziger Jahre (352-371); Thomas Jansen: Überlegungen zu einer Europäischen Verfassung (372-381); Michael Wolffsohn: Europe and its Jews. The Jews and their Europe (382-392); Wulfdiether Zippel: Die EU-AKP-Kooperation. Ein spezifischer Ordnungsansatz im Rahmen der Nord-Süd-Beziehungen (393-417); Heribert Weiland: Globalisierung auf Raten. Zum neuen Cotonou-Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten (418-436) und weitere Beiträge.

[21-L] Rilling, Rainer:

Über starke Ökonomie und starke Politik, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2004, H. 169, S. 975-985

(URL: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/169/169_rilling.pdf)

INHALT: Der Verfasser diskutiert Bedingungen und Perspektiven einer neuen und ambivalenten Variante politischer Herrschaft: des neoliberalen Empire. Wir sind Zeugen der Herausbildung eines imperialen Neoliberalismus, der sich von der neoliberalistischen politischen Ordnung, die wir seit Mitte der 1970er Jahre kennen, unterscheidet. Als politische Ordnung unterscheidet sich das neoliberale Empire (der USA) auch von den imperialen Regimen des frühen 20. Jahrhunderts und muss als eigenständiges politisches Phänomen analysiert werden. (ICEÜ-bers)

[22-L] Schmitt, Elisabeth:

Hegemonie und Konsens: Bedingungen für Entstehung und Stabilität von Kooperationsbereitschaft auf Seiten der Sekundärstaaten, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 488), Frankfurt am Main: P. Lang 2004, 359 S., ISBN: 3-631-52258-4 (Standort: ULB Münster(6)-MK2250/13)

INHALT: "In der internationalen Ordnungs- und Sicherheitspolitik spielen hegemoniale Kooperationsverhältnisse eine wichtige Rolle. Im Zentrum dieser Arbeit stehen die Partnerstaaten der Führungsmacht. Unter welchen Bedingungen arbeiten sie mit einem Hegemon zusammen? Wann ist diese Kooperation stabil, wann erodiert sie? Die Autorin entwickelt ein 'Konsensmodell', das es ermöglicht, die Stabilität hegemonialer Zusammenarbeit zu untersuchen. Mit diesem Faktorenkatalog werden exemplarisch die Beziehungen Argentiniens zu Großbritannien bis 1945 und das französisch-amerikanische Verhältnis seit dem Zweiten Weltkrieg analysiert. Die Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis hegemonial strukturierter Zusammenarbeit. Mit dem 'Konsensmodell' ist ein erster Schritt hin zur eigenständigen Betrachtung der Sekundärstaaten getan." (Autorenreferat)

[23-L] Sommer, Gert; Fuchs, Albert (Hrsg.):

Krieg und Frieden: Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie, Weinheim: Beltz 2004, XIX, 664 S., ISBN: 3-621-27536-3 (Standort: UB Bonn(5)-2004-2232)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Albert Fuchs und Gert Sommer: Ansatz - Ziele und Aufgaben - Kontroversen (3-17); Hans-Peter Nolting: Psychologie politischer Gewalt: drei Ebenen (18-30); Klaus Boehnke, Daniel J. Christie und Anne Anderson: Psychologische Beiträge zu einer Kultur des Friedens (31-43); Marianne Müller-Brettel: Zwischen Masse und Individuum: Geschichte der Friedenspsychologie (44-56); Michael Haspel und Gert Sommer: Menschenrechte und Friedensethik (57-75); Elfriede Billmann-Mahecha: Forschungsparadigmen (76-88); Jeannette Schmid: Aggressives Verhalten (89-102); Klaus Fiedler: Soziale Kognition und internationale Beziehungen (103-115); Roman Trötschel und Peter Gollwitzer: Verhandlungsführung - psychologische Grundlagen (116-128); Andreas Zick: Soziale Einstellungen (129-142); Ulrich Wagner und Oliver Christ: Sozialer Einfluss (143-155); Ulrich Wagner und Jost Stellmacher: Intergruppenprozesse (156-168); Dagmar Hoffmann und Klaus Boehnke: Politische Sozialisation (169-181); Jürgen Maes und Manfred Schmitt: Gerechtigkeit und Gerech-

tigkeitspsychologie (182-194); Thorsten Bonacker und Peter Imbusch: Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung (195-207); Wassilios Baros: Konfliktbegriff, Konfliktkomponenten und Konfliktstrategien (208-221); Wassilios Baros und Susanne Jaeger: Eskalationsdynamik und Konfliktbearbeitung (222-236); Albert Fuchs: Vom 'neuen Denken' zur 'neuen Weltordnung' (237-249); Berthold Meyer: Meinungsentwicklung zu Bundeswehr und Sicherheitspolitik (250-262); Andreas Zick: Psychologie des Rechtsextremismus (263-276); Josef Berghold und Albert Fuchs: Macht und Interessen (277-289); Jan Christopher Cohrs: Militarismus - Pazifismus als Einstellungsdimension (290-302); Gert Sommer: Feindbilder (303-316); Susanne Jaeger: Propaganda und Kriegsberichterstattung (317-329); Ralf E. Streibl: Psychologische Kriegführung und Information Warfare (330-343); Thomas Kliche: Militärische Sozialisation (344-356); Ilhan Kizilhan: Sozialisation im Krieg (357-368); Norbert Gurr: Extremtraumatisierung (369-382); Albert Fuchs: Kultur und Krieg (383-398); Siegfried Preiser: Politisches Engagement für den Frieden (399-411); Burkhard Bläsi: Gewaltfreier Widerstand (412-425); Achim Schmitz: Friedensbewegung als Gegenmacht (425-438); Wilhelm Kempf: Friedensjournalismus (439-451); Berthold Meyer: Spannungsreduktion und Vertrauensbildung (452-465); Daniel Druckman: Verhandeln: Prozesse, Einflüsse und Anwendungen (466-479); Ronald J. Fisher: Interaktive Konfliktlösung (480-493); Andreas Mattenschlager und Gerhard Meder: Mediation (494-507); Christine Schweitzer: Zivile Intervention (508-521); Michael Wessells: Wiederaufbau und Versöhnung nach Konflikten (522-540); Norbert Gurr: Therapie bei raumatisierten (541-553); Edgar W. Klinger und Günter Bierbrauer: Interkulturelle Konfliktregelung (554-567); Hans-Werner Bierhoff: Moralische Kompetenz (568-580); Gisela Müller-Fohrbrod und Markus Hangarter: Konfliktfähigkeit und Zivilcourage (581-594); Stephanie Schell-Faucon: Konflikttransformation durch Bildungsprogramme? (595-607); Rainer Dollase: Umgang mit interethnischen Konflikten in Bildungsinstitutionen (608-619); Georg Auernheimer: Interkulturelles Lernen und Handeln (620-634).

[24-L] Wissel, Jens:

Die neue Imperialismusdebatte, in: *Das Argument* : Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Jg. 46/2004, H. 5 = H. 257, S. 690-700 (Standort: UB Bonn(5)-Z70/6; UuStB Köln(38)-XG01665; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser gibt einen Überblick über die neue Imperialismusdebatte in den USA und in Europa. Er fragt nach dem theoretischen Rahmen und dem Potenzial für eine kritische Analyse der neuen Formen des Imperialismus. Es wird klar, dass noch eine Menge Arbeit geleistet werden muss, um den Begriff Imperialismus selbst zu klären und die grundlegenden Unterschiede zwischen der gegenwärtigen Periode des Imperialismus und früheren Formen herauszuarbeiten. (ICEÜbers)

2 Internationale Organisationen und Institutionen, Weltgesellschaft, Menschenrechte

[25-F] Bauer, Steffen, M.A.; Busch, Per-Olof, Dipl.-Pol.; Tarradell, Mireia, M.A. (Bearbeitung); Biermann, Frank, Prof.Dr. (Leitung):

Wirksamkeit und Lernfähigkeit internationaler Regierungsorganisationen in der Umweltpolitik

INHALT: Während über die Rolle von Institutionen - wie internationalen Verträgen und Regimen - bereits zahlreiche Forschungsarbeiten vorliegen, fehlen ausreichende Kenntnisse über die Wirkungsweise internationaler Organisationen in der Umweltpolitik. Diese untersucht das Forschungsvorhaben schwerpunktmäßig und wendet dabei verschiedene sozial- und naturwissenschaftliche Ansätze und Methoden an. Das Forschungsprojekt stellt sich folgenden Kernfragen: 1. Wie effektiv sind internationale Organisationen? 2. Wie beeinflussen institutionelle Designs die Wirksamkeit internationaler Organisationen? 3. Wie können internationale Organisationen lernen, ihre Wirksamkeit zu verbessern? 4. Wie können neue methodische Ansätze - etwa qualitatives Modellieren - helfen diese Prozesse zu verstehen. Zunächst bestimmt das Projekt Kriterien für Wirksamkeit und Lernen, und leitet Hypothesen über die wechselseitigen Beziehungen der unterschiedlichen Variablen. In Feldstudien zu ausgewählten internationalen Organisationen werden anschließend die Variablen auf ihre Bedeutung hin überprüft. Gleichzeitig wird ein qualitatives Modell entwickelt, das dazu beitragen soll, Veränderungen in der Wirksamkeit sowie der Lernprozesse innerhalb der Organisationen und zwischen Organisationen zu analysieren und zu erklären. Politisch kann diese Forschung in die Debatte um die Gründung einer Weltumweltorganisation und die Reformbemühungen innerhalb des UN Systems verortet werden. Das Projekt erfolgt in Kooperation mit dem Potsdamer Institut für Klimaforschung, der Universität Oldenburg und der Vrije Universiteit Amsterdam.

ART: gefördert *BEGINN:* 2002-06 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Volkswagen Stiftung

INSTITUTION: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Bereich Innenpolitik und Systemvergleich Forschungsstelle für Umweltpolitik (Innestr. 22, 14195 Berlin)

KONTAKT: Institution (Tel. 030-838-55098, Fax: 030-838-56685, e-mail: ffu@zedat.fu-berlin.de)

[26-L] Behrens, Maria:

Global Governance, in: Arthur Benz (Hrsg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen : eine Einführung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 103-124, ISBN: 3-8100-3946-2 (Standort: UB Siegen(467)-31PDB1424)

INHALT: Während die EU ein differenziertes und zunehmend institutionell verfestigtes Regierungssystem darstellt, finden sich auf internationaler Ebene lediglich sektorspezifische Formen des Regierens durch internationale Organisationen und internationale Regime. Um diese, teilweise aber auch außerhalb von Organisationen und Regimes bilden sich Formen von global governance durch Koordination und Kooperation zwischen Staaten und privaten Akteuren. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass angesichts des Fehlens eines umfassenden institutio-

nellen Rahmens sowie des "Schattens der Hierarchie", welcher der Durchsetzungsmacht des Staates vergleichbar ist, global governance immer relativ instabil bleibt und durch Konflikte gefährdet ist. Die intensive wissenschaftliche Diskussion in diesem Bereich wird vor dem Hintergrund eines Dilemmas verständlich: Einerseits sind angesichts des Fehlens einer Weltregierung intergouvernementale Kooperationen die einzige Möglichkeit, um globale Koordinationsprobleme zu bewältigen. Andererseits sind die Koordinationsdefizite in der internationalen Politik beträchtlich, die Beteiligungschancen zwischen gesellschaftlichen Gruppen extrem ungleich verteilt und die Kontrolle durch Betroffene oder durch die Bürgerschaft völlig unzureichend. Es stellt sich hier generell die Problematik, dass Institutionen nicht leicht geschaffen oder reformiert werden können, es dazu vielmehr eines Konsenses zwischen den beteiligten bzw. betroffenen Staaten bedarf. (ICA2)

[27-F] Borowy, Iris, Dr. (Bearbeitung); Gruner, Wolf, Prof.Dr. (Leitung):

Die Gesundheitsorganisation des Völkerbundes 1921-1946 - eine Institution im Spannungsfeld zwischen Politik und Wissenschaft

INHALT: keine Angaben **ZEITRAUM:** 1921-1946

VERÖFFENTLICHUNGEN: Borowy, I.: Die Gesundheitsorganisation des Völkerbundes 1929-39. in: Schirmann, Sylvain (Hrsg.): Organisations Internationales et Architectures Européennes 1929-1939. Actes du colloque de Metz, mai 2001. Publications du Centre de Recherche Histoire et Civilisation de l'Europe Occidentale de l'Université de Metz, 23, 2002.+++Dies.: Die Gesundheitsorganisation des Völkerbundes und ihre Auswirkungen auf Mecklenburg. in: Mecklenburg, 2001, 10, S. 16-17.

ART: gefördert **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Rostock, Philosophische Fakultät, Historisches Institut Lehrstuhl für Europäische Geschichte und Neueste Geschichte (18051 Rostock)

KONTAKT: Leiter (e-mail: wolf.gruner@philfak.uni-rostock.de)

[28-L] Braunmühl, Claudia von; Winterfeld, Uta von:

Global Governance: eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie, (Wuppertal Papers, Nr. 135), Wuppertal 2003, 73 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.wupperinst.org/Publikationen/WP/WP135.pdf>)

INHALT: "Der vorliegende Text befasst sich mit einigen, von uns allerdings für wesentlich gehaltenen Schattenseiten gegenwärtiger Globalisierungsprozesse, und er befragt in herrschaftskritischer Perspektive das als neuer Steuerungsmodus entworfene Konzept von Global Governance. Damit soll zum einen darauf hingewiesen werden, dass Globalisierung politisch angelegt und gewollt ist. Zum anderen geht es uns um konzeptionelle Ansätze, die geeignet sind, den mit Globalisierung einhergehenden Defiziten in den Bereichen Demokratie und Umwelt entgegenzuwirken. Es ist keine unmittelbar handlungsorientierte Analyse, mit der wir uns der Thematik nähern, sondern eine begriffliche Erkundung. In ihren Ausführungen beziehen sich die Autorinnen vorrangig auf die Arbeiten der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 'Globalisierung der Weltwirtschaft' (2002). Sie stellen das dort verhandelte Konzept von Global Governance vor und umreißen dessen demokratiethoretische Schwächen. Anschließend stellen sie zwei Denkrichtungen vor, die ihnen mit ihrer spezifischen Ortsbestimmung von Zivilgesellschaft und einem anderen Politikbegriff geeignet erscheinen, der politischen

Dimension und Problematik von Globalisierungsprozessen gerecht zu werden. In einem Abschnitt über 'Nachhaltiges Regieren?' skizzieren die Autorinnen, entlang welcher Rationalitätsmuster die Demokratiedefizite in Verbindung mit Globalisierung und Nachhaltigkeit verlaufen und verknüpfen diese Überlegungen mit der Debatte, die derzeit zum Themenkomplex 'globale öffentliche Güter' geführt wird." (Autorenreferat)

[29-L] Brinkmann, Johanna; Pies, Ingo:

Der Global Compact als Beitrag zu Global Governance: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Sonderheft, 2003, H. 34, S. 186-206 (Standort: UB Bonn(5)-Einzelsign; UuStB Köln(38)-FHM-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Global Governance meint weltgesellschaftliche Selbstorganisation. Der Global Compact der Vereinten Nationen ist hierfür eine wichtige Initiative. Sie zielt auf ein Netzwerk von UN-Organisationen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um auf freiwilliger Basis Lernprozesse in Gang zu setzen, die zur Lösung globaler Probleme beitragen. Hierfür ist ein neues, differenziertes Selbstverständnis der beteiligten Akteure nötig. Aufbauend auf einem Überblick über die dem Global Compact zugrunde liegende Konzeption und über den bisher erreichten Entwicklungsstand, zeigt dieser Beitrag, dass diese innovative Initiative vielfach auf grundlegende Missverständnisse stößt, so dass sie Gefahr läuft, ihr Potenzial nicht voll auszuschöpfen. Dieses Potenzial liegt vor allem darin, problemorientierte Dialoge zu organisieren und so kollektives Handeln auf weltgesellschaftlicher Ebene vorzubereiten." (Autorenreferat)

[30-L] Brühl, Tanja:

Nichtregierungsorganisationen als Akteure internationaler Umweltverhandlungen: ein Erklärungsmodell auf der Basis der situationsspezifischen Ressourcennachfrage, (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 42), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2003, 388 S., ISBN: 3-593-37353-X (Standort: UB Duisburg(464)-01PWJ12896)

INHALT: "In der internationalen Politik, vor allem bei der Formulierung und Umsetzung umweltpolitischer Vereinbarungen, sitzen zunehmend Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit an den Verhandlungstischen. Tanja Brühl zeigt, dass diese Möglichkeit der Partizipation auf einem wechselseitigen Ressourcentausch beruht, in den die NGOs neben Wissen über Problemursachen und Lösungswege auch gesellschaftspolitische Macht und Reputation einbringen." (Autorenreferat)

[31-L] Burchardt, Hans-Jürgen:

Poverty Reduction Strategy Papers und internationale Sozialfonds: neue Impulse für die globale Armutsbekämpfung?, (Arbeitspapier / Institut für Iberoamerika-Kunde, Nr. 13), Hamburg 2003, 48 S. (Graue Literatur;
URL: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IK/arbeitspapiere/arbeitspapiereI13.pdf>)

INHALT: Vor dem Hintergrund des voranschreitenden Globalisierungsprozesses bzw. des Neoliberalismus beleuchtet der Übersichtsartikel die Strategien der Armutsbekämpfung im 20. und

21. Jahrhundert. In das Thema einfürend wird zunächst die empirische Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Armutsentwicklung seit den 1970er Jahren skizziert. Demnach lässt sich festhalten, dass neuere Datensätze und aktuelle Tendenzen prinzipiell darauf hinweisen, dass in dem letzten Vierteljahrhundert des Neoliberalismus die globale Armut eher zu- als abgenommen hat. Allerdings ist es ein theoretischer Kurzschluss, Neoliberalismus automatisch mit Sozialabbau zu verbinden und daraus zu schließen, dass neoliberale Politik zwangsläufig Armut provoziert. Generell scheint die Zunahme von Armut stärker der Flexibilisierung, Verringerung und schlechteren Entlohnung von formalen Arbeitsverhältnissen geschuldet zu sein als dem direkten Sozialabbau. Doch gerade diese Formen der Deregulierung sind auch Kernelemente des Neoliberalismus. Daran knüpft die Erörterung früherer Vorgehensweisen und Überlegungen an: (1) Aus der Einsicht, dass Marktrationalität nicht alle sozialen Bereiche regeln kann und gleichzeitig eigener Regeln bedarf, entwickeln sich ab 1995 die Positionen des sogenannten 'Post-Washington Consensus', der Markt nicht ersetzen, sondern staatlich steuern will. (2) Die internationalen Finanzorganisationen und besonders die Weltbank lenken seit 1987 ihr Augenmerk stärker auf die internationale Armutsproblematik. (3) Ab Mitte der 1980er Jahre beginnen die internationalen Finanzorganisationen erste Programme zu konzipieren, die als Kompensationsmechanismen die sozialen Anpassungskosten abfedern sollen. Bei diesen frühen Maßnahmen überwiegt weiterhin das Verständnis, dass nachhaltige Armutsverringerng nur über exportgeleitetes Wirtschaftswachstum zu erreichen wäre. Im Anschluss wird kritisch der Frage nachgegangen, zu welchen Resultaten die neoliberale Sozialpolitik und neue Initiativen wie Sozialfonds und PRSPs geführt haben und wie diese zu bewerten sind. In Anbetracht der mäßigen Erfolge hinsichtlich der Armutsbekämpfung und der Nachhaltigkeit gilt das neue Konzept der Partizipationsförderung als Alternative. Durch die Stärkung von Selbsthilfekapazitäten verarmter Bevölkerungsgruppen sowie kommunaler Einrichtungen soll diesen eine stärkere Teilhabe an sozialen und politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht werden. Gleichzeitig wird dabei die systematische Bedeutung sozialer Netze für die soziale Sicherung der Ärmsten entwicklungspolitisch anerkannt. Die theoretische Verortung der neuen Armuts politik als ein Kernelement neoliberaler Sozialpolitik erfolgt durch einen Rückgriff auf die Entwicklungstheorie, die sich intensiv mit Unterentwicklung beschäftigt. Aber auch die Beziehung zwischen Globalisierung und Wohlfahrtsstaat bzw. Sozialpolitik ist heute ein zentrales Stichwort bei der Debatte um die Armutsbekämpfung. Datenauswertungen zeigen nämlich für Europa und die USA, dass erst der massive Ausbau des Wohlfahrtsstaates in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg die westlichen Industrienationen in die Lage versetzte, eine außenwirtschaftliche Liberalisierung durchzuführen. Doch Armut ist nicht nur ein Ausdruck fehlender materieller Ressourcen. Darum muss sich die Politik einer internationalen Armutsreduzierung auch mit Aspekten wie Vermögens- und geographischen Disparitäten, Geschlechterungleichheit, politische Exklusion etc. beschäftigen und z.B. lokale Diskussionen über Steuerreformen, Landreformen, Erbrecht, Korruption etc. fördern. (ICG2)

[32-F] Debiel, Tobias, Dr.; Nuscheler, Franz, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Elemente der Global Governance-Architektur

INHALT: In diesem Projekt werden Querschnittsauswertungen der laufenden INEF-Vorhaben aus dem Global Governance-Schwerpunkt (und externen Forschungsergebnissen) unter verschiedenen Gesichtspunkten ausgewertet: 1. Typologie globaler Probleme; 2. dominante Global Governance-Muster; 3. Blockaden von Global Governance (z.B. Machtstrukturen, Koordina-

tionsprobleme, institutionelle Pfadabhängigkeit); 4. Probleme von Global Governance (z.B. Demokratie- und Partizipationsdefizite, free rider-Probleme, Mehrebenenpolitik und Multiakteurskonstellationen); 5. "Global Governance - taugliche" Nationalstaaten. Projekt in Kooperation mit der Enquete Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" des Deutschen Bundestages und der Universidad Nacional Autonoma/ Mexico, Estudios.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Messner, Dirk; Nuscheler, Franz: Politik in der Global Governance-Architektur. in: Kreibich, Rolf; Simonis, Udo E. (Hrsg.): Global Change - Globaler Wandel: Ursachenkomplexe und Lösungsansätze. Berlin: Berlin-Verl. Spitz 2000, S. 171-188. ISBN 3-8305-0098-X.+++Messner, Dirk: Globalisierung und Global Governance: Entwicklungstrends am Ende des 20. Jahrhunderts. in: Siegelberg, Jens; Schlichte, Klaus (Hrsg.): Strukturwandel internationaler Beziehungen: zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden. Wiesbaden: Westdt. Verl. 2000, S. 250-377. ISBN 3-531-13527-9.+++Ders.: Etappen der Transformation des modernen Staates: Anmerkungen zu den institutionellen und normativen Grundlagen politischer Steuerung. in: Braig, Marianne (Hrsg.): Staat und Markt im Entwicklungsprozeß. Schriften des Deutschen Übersee-Instituts Hamburg, Nr. 48. Hamburg: Dt. Übersee-Inst. 2000, S. 41-88. ISBN 3-926953-48-9.+++Ders.: Global Governance: Anpassungsdruck für Nationalstaaten und Anforderungen an Unternehmen. in: Fichter, Klaus; Schneidewind, Uwe (Hrsg.): Umweltschutz im globalen Wettbewerb: neue Spielregeln für das grenzenlose Unternehmen. Berlin: Springer 2000, S. 61-72. ISBN 3-540-67468-3.+++Ders.: Global Governance und Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit. in: Nuscheler, Franz (Hrsg.): Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert. Bonn: Dietz 2000, S. 267-294. ISBN 3-8012-0288-7.+++Ders.: El futuro de los Estados Nacionales y la emergencia de una arquitectura de 'global governance': la transformación de la política en un mundo globalizado. Buenos Aires: Fundacion Friedrich Ebert 2000, 28 pp.+++Ders.: Globalizacion y gobernabilidad global. in: Nueva Sociedad, 2001, Nr. 176, S. 48-66.+++Ders.: World society: structures and trends. in: Kennedy, Paul; Messner, Dirk; Nuscheler, Franz (eds.): Global trends and global governance. London: Pluto Press 2002, pp. 22-64. ISBN 0-7453-1750-2.+++Messner, Dirk; Nuscheler, Franz: World politics: structure and trends. in: Kennedy, Paul; Messner, Dirk; Nuscheler, Franz (eds.): Global trends and global governance. London: Pluto Press 2002, pp. 125-155. ISBN 0-7453-1750-2.+++Messner, Dirk; Hauchler, Ingomar; Nuscheler, Franz: Global Governance: Notwendigkeiten - Bedingungen - Barrieren. in: Hauchler, Ingomar; Messner, Dirk; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Globale Trends 2002: Fakten, Analysen, Prognosen. Fischer-Taschenbücher, 15162. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl. 2001, S. 11-37. ISBN 3-596-15162-7.+++Messner, Dirk: Weltkonferenzen und Global Governance: Anmerkungen zum radikalen Wandel vom Nationalstaatensystem zur Global Governance-Epoche. in: Fues, Thomas; Hamm, Brigitte (Hrsg.): Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance. EINE Welt - Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bd. 12. Bonn: Dietz 2001, S. 13-43. ISBN 3-8012-0314-X.+++Ders.: Globalisierung gestalten: neue Anforderungen an Nationalstaaten, Regionen, Unternehmen und die Entwicklungspolitik. in: Messner, Dirk; Altenburg, Tilman (Hrsg.): Wettbewerbsfähiges Amerika: Herausforderungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Berichte und Gutachten/ Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2001, 4. Bonn: DIE 2001, S. 9-26. ISBN 3-88985-230-0.+++Nuscheler, Franz; Weller, Christoph: Die Alternative zum Krieg gegen den Terrorismus: Global Governance in der Friedens- und Sicherheitspolitik. in: Schoch, Bruno; Hauswedell, Corinna; Weller, Christoph; Ratsch, Ulrich; Mutz, Reinhard (Hrsg.): Friedensgutachten 2002. Reihe Friedensgutachten. Münster: Lit Verl. 2002, S. 205-214. ISBN 3-8258-6007-8. Zusammenfassungen der Beiträge als PDF-Dokument abrufbar unter <http://www.ifsh.de/veroeffentlichungen/friedensgutachten/FGA->

2002Zusammenfassungen.pdf .+++Messner, Dirk; Maggi, Claudio (Hrsg.): *Gobernanza global desde una perspectiva latinoamericana*. Caracas 2002.+++Messner, Dirk; Kennedy, Paul; Nuscheler, Franz (eds.): *Global trends and global governance*. London: Pluto Press 2002.

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Entwicklung und Frieden -INEF- (Geibelstr. 41, 47057 Duisburg)

KONTAKT: Debiel, Tobias (Dr. Tel. 0203-379-4422, Fax: -4425, e-mail: tobias.debiel@uni-duisburg-essen.de); Nuscheler, Franz (Prof.Dr. Tel. 0203-379-4421, Fax: -4425, e-mail: nuscheler@uni-duisburg.de)

[33-L] Dicke, Klaus (Verf.v.Geleitworten,u.ä.):

Für eine internationale "Kultur der Prävention" und eine Politik des globalen Gemeinwohls: Vorschläge und Forderungen der DGVN an die deutsche UN-Politik, (Policy Paper / Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, No. 5), Bonn 2002, 5 S. (Graue Literatur;
URL: <http://www.dgvn.de/pdf/polpap5.pdf>)

INHALT: Die Vereinten Nationen wurden als globale Organisation zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gegründet. Ihrer Charta liegt ein weiter Friedensbegriff zugrunde, der sich nicht allein auf die Verhinderung gewaltsamer Konfliktaustragung zwischen Staaten konzentriert, sondern darüber hinaus eine auf Völkerrecht und Gerechtigkeit beruhende globale Friedensstruktur zum Ziel hat. Vor dem Hintergrund offensichtlicher Verbesserungsmöglichkeiten in den Handlungsweisen der UN formuliert der Autor eine Reihe von Thesen und Forderungen an die deutsche UN-Politik, die sich auf die folgenden Sachbereiche konzentrieren: (1) Friedenssicherung und Krisenmanagement, (2) Menschenrechte, Wirtschaft und Umwelt, (3) UN-Politik und Europäische Union sowie (4) deutsche UN-Politik zur Stärkung der UN. Der Gedanke der Prävention ist dabei jeweils leitender Gesichtspunkt für die Ausrichtung der deutschen UN-Politik. (ICG2)

[34-L] Dicke, Klaus:

Die Zukunft der Vereinten Nationen: Entwicklungen und Perspektiven seit 1990, in: *Die Politische Meinung* : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 49/2004, H. 3 = Nr. 412, S. 43-50 (Standort: UuStB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: http://www.kas.de/publikationen/2004/die_politische_meinung/122_verbund.html)

INHALT: In seinem Beitrag präsentiert der Autor einen Überblick über die bisherigen und zukünftigen Aufgaben der Vereinten Nationen (UNO). Der erste Schritt liefert eine Bestandsaufnahme und Beurteilung ihrer Entwicklung seit 1990. Dabei stehen insbesondere die Entscheidungspraxis des Sicherheitsrates sowie andere Organe und Tätigkeitsbereiche der Weltorganisation im Mittelpunkt des Interesses. Die Leistungsbilanz und die Defizite der von der UNO (nicht) durchgeführten Operationen der Friedenssicherung umfassen sechs Einsatzgebiete bzw. -möglichkeiten: (1) das ehemalige Jugoslawien, (2) Somalia und Ruanda, (3) den Kosovo, (4) die operativen Möglichkeiten der UNO, (5) die Operationsbedingungen sowie (6) die Grenzen für Einsätze der Vereinten Nationen. Zu den übrigen Tätigkeitsbereichen gehören die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Menschenrechte, die so genannte 'Global Compact-Initiative' und die medizinische Versorgung. Danach wird auf die Frage eingegangen, was der Konflikt um den Irak für die Zukunft der UNO bedeutet. So haben die Ereignis-

se am 20. März 2003 sowie die weit in die neunziger Jahre zurückreichenden Entwicklungen, die zu dem Irak-Krieg führten, zu einer schweren Krise der kollektiven Sicherheit geführt. Auf dieser Grundlage werden abschließend einige Thesen zur künftigen Rolle der Weltorganisation entwickelt: (1) Ein möglicher Weg, die Kapazitäten der Weltorganisation für den gesamten Bereich des sogenannten post-conflict peacebuilding zu erhöhen, besteht in einer Revitalisierung und Umwidmung des Treuhandrates zu einer Aufbauagentur für failed states. (2) Unabhängig von der Einschätzung, dass die völkerrechtlich durchaus ausreichenden Handlungsmöglichkeiten nach Kapitel VII der Charta nach dem 11. September gerade nicht genutzt wurden, besteht bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus doch politischer Handlungsbedarf. (3) Der 20. März 2003 hat keineswegs zu einer Untätigkeit des Sicherheitsrates geführt. (ICG2)

[35-L] Dicke, Klaus:

Was tun?: UNO-Politik nach dem Irak-Krieg, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 48/2003, H. 8 = Nr. 405, S. 25-29 (Standort: UuStB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich); URL:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_2276_1.pdf

INHALT: In seinem Beitrag über die politische Vorgehensweise der UNO nach dem eigenmächtig eingeleiteten Krieg der USA gegen den Irak orientiert sich der Autor an der Frage, wie die Konturen einer künftigen UNO-Politik Deutschlands und Europas aussehen können. Im Rahmen der Beantwortung dieser Frage wird eine Analyse des Ist-Zustandes geliefert. Dabei gliedern sich die Ausführungen in zwei thematische Abschnitte: In einem ersten Schritt werden die Ursachen und Folgen des Irak-Krieges erörtert. Dazu gehören: (1) die Verwerfungen und Dissonanzen im Sicherheitsrat, (2) die präventive Selbstverteidigungsstrategie der USA sowie (3) die Politik des Irak und die Behandlung des Irak in der UNO seit 1998. Vor diesem Hintergrund werden sodann die Konturen der europäischen UNO-Politik skizziert. Sie umfassen drei Eckpunkte: (1) die UNO als Gemeinplatz moderner Weltpolitik, (2) die sachliche Agenda, die nunmehr im Sicherheitsrat zu behandeln ist und (3) die Rückführung der USA zu einem multilateralen und den Regeln des Völkerrechtes entsprechenden Umgang mit globalen und weltinnenpolitischen Fragen. (ICG2)

[36-F] Diedrichs, Udo, Dr.; Wessels, Wolfgang, Prof.Dr.; Héritier, Adrienne, Prof.Dr.; Börzel, Tanja A., Prof.Dr.; Rhodes, Martin, Dr.; Visser, Jelle, Prof.Dr. (Bearbeitung):

New Modes of Governance (NEWGOV)

INHALT: The aim of this integrated Project is to produce a deeper conceptual, empirical and normative understanding of all aspects of governance within, and beyond, Europe, giving special attention to the emergence, execution, evaluation and evolution of new and innovative modes of governance. Our pan-European and multi-disciplinary research consortium engages political scientists, economists, lawyers, sociologists, and practitioners to collect data on and to map and analyze innovations and transformations in the instruments, modes, and systems of governance operating at the multiple levels and arenas of the still evolving, and enlarging, European polity and economy. Of particular interest are the ways in which these innovative mechanisms and practices relate to each other (both horizontally and vertically); how they relate to 'old methods' of governance; and what their implications are both for the effectiveness

and efficiency of policy making, as well as the normative and democratic nature (accountability, participation and citizenship - and thus legitimacy) of the European Union's political system. Where relevant, ethical concerns and gender issues are addressed. In terms of instruments and modes of governance, we investigate new forms of multi-level partnership, deliberation and networks, as well as innovations in systems of socio-economic governance, producing new knowledge on how they have developed in different policy sectors; how their implementation and use has differed across existing and future Member States; and how they are articulated at the local, regional, national, European, and global levels. In the process, the NEWGOV consortium contributes to the creation of a European Research Area in the social sciences and humanities by shaping a new European-level research agenda; by integrating previously dispersed researchers within a coherent, pan-European whole; and by creating novel training activities and networks between researchers and policy practitioners. Description: The work of Newgov is organised into four different clusters, each of which contains a set of inter-linked projects. There are a total of 24 projects, accompanied by two transversal task forces. The Democracy & Legitimacy Task Force will help integrate the IP in terms of its treatment of democracy, participation, accountability, and legitimacy. The Legal Task Force, which has two separate teams, one focusing on the legal dimension of new modes of governance, the other dealing with more traditional forms of EU legal integration, will provide analysis and recommendations regarding the legal dimension of our collective work. Clusters: The precise scientific objectives of NEWGOV will be pursued within the four clusters, within a common framework developed for each by the cluster leaders, forging a common research and seeking synergies between each cluster's component projects. Joint activity across the consortium as a whole will be achieved via input from the NEWGOV steering committee (composed of cluster leaders plus external members) and through consortium level activity in the form of workshops, conferences, mutual exchange and cross-fertilisation of ideas, information and data (through structured communications organised by the steering committee) and summer schools. Mutual exchange and the crossfertilisation of ideas, information and data will be achieved through structured communications organised by the co-ordinator and cluster leaders, and through research training conducted in two summer schools. Two task forces, one on 'legal issues', the other on issues of 'legitimacy and democracy', will interact with participants across the entire consortium, feeding research material into the subject areas of the clusters and their component projects. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: European Union

METHODE: Cluster 1: Emergence, Evolution & Evaluation, led by Wolfgang Wessels and Udo Diedrichs, University of Cologne. This cluster focuses on the analytic questions of Emergence and Evolution, by comparing the emergence and evolution of governing modes across policy fields with the aim of developing a differentiated genealogy. Cluster 2: Delegation, Hierarchy & Accountability, led by Adrienne Héritier, European University Institute. This cluster focuses on the analytic questions of Execution and Evaluation. How do new modes of governance in highly complex policy areas operate in practice and what is their impact in terms of policy effectiveness and structural change at the national and European level? Cluster 3: Effectiveness, Capacity & Legitimacy, led by Tanja Börzel, Heidelberg University. This cluster focuses on the role of new modes of governance for the implementation of EU policies in "weak states", including Southern European member states, CEE candidate countries and associated states in the former Soviet Union and Northern Africa. One of the key questions is the extent to which new modes of governance are employed by the EU to facilitate the adoption of and adaptation to EU policies in countries with weak state capacities, and the extent to which these new modes lead to more effective policy outcomes. Cluster 4: Learning, Experimental Governance & Participation, led by Martin Rhodes, EUI and Jelle

Visser, University of Amsterdam. This cluster focuses on areas of regulation where EU involvement is new and where at the national level existing modes of governance have been called into question - either because they are or appear to be ineffective, or because they are challenged by (mostly international, sometimes domestic) developments.

ART: gefördert *BEGINN:* 2004-09 *ENDE:* 2008-08 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Europäische Union

INSTITUTION: Universität Heidelberg, Fak. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Politische Wissenschaft (Marshallstr. 6, 69117 Heidelberg); European University Institute, Robert Schuman Centre for Advanced Studies (Via delle Fontanelle, 19, 50016 San Domenico di Fiesole, Italien); Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Seminar für Politische Wissenschaft Jean-Monnet-Lehrstuhl (Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln)

KONTAKT: Diedrichs, Udo (Dr. e-mail: diedr@uni-koeln.de)

[37-L] Di Giulio, Antonietta:

Die Idee der Nachhaltigkeit im Verständnis der Vereinten Nationen: Anspruch, Bedeutung und Schwierigkeiten, (Ethik in der Welt, Bd. 3), Münster: Lit Verl. 2004, 414 S., ISBN: 3-8258-6888-5 (Standort: ULB Münster, Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MK8900/137)

INHALT: "Der Begriff der Nachhaltigkeit - von den Vereinten Nationen (UN) in die Arena der internationalen Politik eingebracht - ist fester Bestandteil internationaler Verhandlungen und Konferenzen. Angefangen mit dem Brundtland-Bericht von 1987 werden die wichtigsten Dokumente dieser Debatte erschlossen. Das Verständnis von 'Nachhaltigkeit' der UN sowie die daraus erwachsenden Anforderungen werden erstmals anhand dieser Dokumente herausgearbeitet. Die Autorin zeigt, worin sich dieses Verständnis von anderen Auffassungen über 'nachhaltige Entwicklung' unterscheidet. Die mit der Idee der Nachhaltigkeit verbundenen Fragen und Schwierigkeiten werden ebenso diskutiert wie ihr Potential." (Autorenreferat)

[38-L] Fitschen, Patrick; Irlenkaeuser, Jan C.:

Gut gerüstet für die Zukunft: die neue NATO - eine multifunktionale Sicherheitsagentur, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 6, S. 25-32 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: "Neue Sicherheitsbedrohungen in erster Linie ausgehend von der Nahost-Region haben eine Diversifizierung des Aufgabenspektrums und damit eine Transformation der NATO unabdingbar gemacht. Die Autoren schildern Maßnahmen, die im Rahmen dieses Transformationsprozesses unternommen werden, sowie die Konzepte und Strukturen, die daraus hervorgegangen sind. Um den nachhaltigen Erfolg dieses ambitionierten, aber notwendigen Projekts zu sichern, sei der Wille zur Kooperation und zur Umsetzung von oft schwierigen Strukturformen dringend geboten." (Autorenreferat)

[39-F] Fuchs, Peter, Dipl.-Soz.Ökon.; Krajewski, Markus, Dr.; Fritz, Thomas, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Hoffmann, Jürgen, Prof.Dr.; Voegeli, Wolfgang, Dr.; Hein, Wolfgang, Prof.Dr. (Leitung):

Das GATs und Zukunftsfähigkeit

INHALT: Das Projekt untersucht die Konstruktion und die sozialen und ökonomischen Auswirkungen des GATs (WTO)-Abkommens in einer globalen Perspektive; dabei werden sowohl staatliche wie auch nichtstaatliche Akteure (NGOs) in der Auseinandersetzung um das GATs Abkommen untersucht und es werden die rechtlichen Aspekte des Abkommens in den Zusammenhang mit den ökonomischen und sozialen Folgewirkungen gestellt. Das Projekt wird in Kooperation mit der School of Law, Kings College, London durchgeführt.

ART: gefördert *BEGINN:* 2001-07 *ENDE:* 2002-09 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Land Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Wissenschaft und Forschung

INSTITUTION: Deutsches Übersee-Institut (Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg); Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Fachgebiet Soziologie (Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg)

KONTAKT: Hoffmann, Jürgen (Prof.Dr. e-mail: HoffmannJ@hwp-hamburg.de)

[40-F] Humrich, Christoph, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Kohler-Koch, Beate, Prof.Dr. (Leitung):

Stabilität und Flexibilität institutionalisierter internationaler Verhandlungssysteme

INHALT: Die Institutionalisierung von internationalen Verhandlungssystemen trägt zur Effektivität und Effizienz von Regieren jenseits der Staatlichkeit bei, wenn die richtige Balance zwischen Stabilität und Flexibilität getroffen wird. Die Produktion und Diffusion von Wissen und Leitideen fördert zunächst die Stabilisierung multilateraler Verhandlungen. In den vorhergegangenen Projektphasen wurde diese Rolle von Leitideen theoretisch reflektiert und empirisch nachgewiesen. Einmal institutionalisiert werden Leitideen häufig durch die Evozierung in Rechtfertigungs-, Argumentations- und Überzeugungsprozessen in internationalen Verhandlungen immer wieder bestätigt und reproduziert, was gegebenenfalls eine Weiterentwicklung des Systems blockiert. Das Hauptaugenmerk des neuen Projektes liegt darum auf der Untersuchung der institutionellen Arrangements und Kommunikationsstrukturen, die Flexibilität und institutionellen Wandel zulassen bzw. fördern. *ZEITRAUM:* 20. Jahrhundert *GEOGRAPHISCHER RAUM:* EU, weltweit

METHODE: Reflexiver Institutionalismus; Ideenanalyse. Untersuchungsdesign: Fallstudie *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen; Dokumentenanalyse, offen. Qualitatives Interview. Sekundäranalyse von Aggregatdaten. Feldarbeit durch Mitarbeiter/innen des Projekts.

ART: gefördert *BEGINN:* 2003-10 *ENDE:* 2005-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0621-1812843, e-mail: christoph.humrich@mzes.uni-mannheim.de)

[41-L] Kaul, Hans-Peter:

Baustelle für mehr Gerechtigkeit: der Internationale Strafgerichtshof in seinem zweiten Jahr, in: Vereinte Nationen : Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, Jg. 52/2004, Nr. 4, S. 141-149

INHALT: Der Beitrag beschreibt die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IntStGH) als einen bedeutsamen Versuch, in einem konkreten und akuten Problembereich zur Verrecht-

lichung der internationalen Beziehungen beizutragen. Der IntStGH stellt eine konzentrierte gemeinsame Anstrengung der Vertragsstaaten des Römischen Statuts zu weltweiter Zusammenarbeit gegen schwerste Verbrechen dar. Bisher konnte noch keine globale Akzeptanz für das IntStGH-Vorhaben erreicht werden (derzeit 94 Vertragsstaaten; erst 139 Zeichnerstaaten; Vorbehalte großer, bevölkerungsreicher Länder). Auch beim IntStGH wurden und werden weiterhin Gegenkräfte erkennbar, die einer zunehmenden Verrechtlichung der internationalen Beziehungen entgegenwirken: insbesondere traditionelle Machtpolitik, Hegemoniestreben, das Souveränitätsdogma und damit verbundenes Denken; Tendenzen zu Unilateralismus/ Bilateralismus; ganz allgemein ein Bestreben bestimmter Staaten, Beschränkungen der eigenen Handlungsfreiheit durch rechtliche Verpflichtungen möglichst zu vermeiden. Insgesamt erweisen sich die Vereinten Nationen im Falle des IntStGH erneut als einzigartig legitimiertes und geeignetes Forum, um die Errichtung des Gerichtshofs und die einschlägigen Arbeiten zur Stärkung des Völkerrechts voranzutreiben. (ICA2)

[42-L] Kuhlen, Rainer:

Nachhaltigkeit und Inklusivität: Zivilgesellschaft und der Weltgipfel für die Informationsgesellschaft (WSIS), in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 2004, H. 2, S. 22-36

INHALT: "Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure beim ersten Teil des UN-Weltgipfels für die Informationsgesellschaft (WSIS) untersucht Rainer Kuhlen. Die wesentlichen Ergebnisse, aber auch Konflikte des ersten Gipfeltreffens im Dezember 2003 in Genf werden zusammengefasst, die Rolle von WSIS in der offiziellen Politik in Deutschland (Regierung, Ministerien und Parlament) wird kritisch analysiert und die Einbindung der Zivilgesellschaft in diesen Prozess beschrieben. Der Autor zeigt auf, dass der konzeptionelle Identitätsfindungsprozess der beteiligten zivilgesellschaftlichen Gruppierungen seinen Ausgang in den globalen und auch in Deutschland 2002/2003 kontrovers geführten Auseinandersetzungen um die Neuregelung der Urheber- und Verwertungsansprüche an Wissen und Information genommen hat, bei denen die grundlegenden Probleme von Informationsgesellschaften deutlich wurden. Prinzipien der Nachhaltigkeit, Inklusivität, Fairness und Gerechtigkeit sind Grundlage der Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft, die Eingang in den WSIS-Prozess gefunden hat. Der Beitrag beschreibt Zielsetzung und Gegenstände dieser Charta und analysiert die Aufgaben, die sich mit Blick auf die zweite Phase von WSIS (November 2005 in Tunis) für die Zivilgesellschaft stellen." (Autorenreferat)

[43-L] Kühnemund, Martin:

Die Vereinten Nationen und der 'Krieg gegen den Terrorismus': neue Herausforderungen für das UN-System kollektiver Sicherheit, (Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung), München, 112 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.forschungsstelle-dritte-welt.de/Dokumente/AP/AP_FSDW_UN-Krieg%20gegen%20Terrorismus.pdf)

INHALT: In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, eine möglichst umfassende und objektive Einschätzung der Ereignisse, die auf den 11. September folgten, der Rolle der Vereinten Nationen darin und der möglichen Auswirkungen auf das UN-System vorzunehmen. Das Hauptaugenmerk der Analyse richtet sich auf die Militärschläge der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan als dem zentralen Bestandteil der bisherigen Antiterror-

Kampagne. Die Erkenntnisse der Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen: (1) Die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der militärischen Terrorismusbekämpfung in Afghanistan bedingt eine Neuinterpretation der Reichweite und Schranken des Rechts auf Selbstverteidigung, die das UN-System kollektiver Sicherheit und dessen völkerrechtliche Grundlagen vor neue Herausforderungen und Gefahren stellt. (2) Die besonderen geopolitischen Umstände erlaubten es den USA trotzdem, die UN im Kampf gegen den Terrorismus ohne nennenswerten Widerstand für die Durchsetzung ihre eigenen Interessen zu instrumentalisieren. (3) Aus der Sicht der UN war das Verhalten des Sicherheitsrats angesichts der politischen Realitäten dennoch insgesamt nicht unangemessen, da es der Organisation zumindest eine gewisse Relevanz in sicherheitspolitischen Fragen erhalten hat. (4) Der "Krieg gegen den Terrorismus" verdeutlicht das Dilemma, mit dem sich die UN zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert sehen. Es scheint, als bliebe nur die Wahl zwischen zwei "Übeln": dem Mittragen auch völkerrechtlich und politisch fragwürdiger Initiativen der Hegemonialmacht USA oder dem Risiko, bei einer Konfrontation mit Amerika in wichtigen sicherheitspolitischen Fragen weitgehend irrelevant zu werden. (ICI2)

[44-L] Leal-Arcas, Rafael:

The EC in the WTO: the three-level game of decision-making ; what multilateralism can learn from regionalism, in: European Integration online Papers, Vol. 8/2004, No. 14, 43 S. (URL: <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2004-014.pdf>)

INHALT: "Dieses Papier ist eine vergleichende institutionelle Analyse des Entscheidungsprozesses der EG in der Handelspolitik, die sich auf drei Variablen konzentriert, nämlich Kompetenz (ob nationale oder EG-Kompetenz in der europäischen Handelspolitik gegeben ist), Kontrolle (wer kontrolliert die EG-Position in internationalen Verhandlungen zur Handelspolitik: die Europäische Kommission oder die EU-Mitgliedstaaten?) und Effizienz versus Verantwortlichkeit (technokratische versus demokratische Handelspolitik) auf nationaler und supranationaler Ebene. Den empirischen Hintergrund stellt die Welthandelsorganisation dar, deren Mitglieder die EG und ihre Mitgliedstaaten sind, bzw. genauer gesagt, die Doha Entwicklungs-Agenda, wobei die Position der EG analysiert wird. Die EG-Institutionen und ihre Interaktion mit den Institutionen der EU-Mitgliedstaaten sowie die Handelspolitik bilden den Kern dieses Papiers. Die Probleme, welchen die erweiterte EU in ihrem internen Entscheidungsprozess gegenüber stehen wird (wie Transparenz, Effizienz, Verantwortlichkeit), können dem Entscheidungsprozess der WTO gegenübergestellt werden; demnach kann die europäische Erfahrung als Modell oder Richtschnur im WTO-Forum genutzt werden, sodass wir von den Leistungen der EG lernen und, noch bedeutender, die Fehler der europäischen Erfahrungen im Entscheidungsprozess internationaler Handels-Foren vermeiden können. Das Papier kommt zum Schluss, dass die EG-Handelspolitik, ebenso wie WTO-Regeln und Politiken, sich zu mehr Effizienz und Verantwortlichkeit hin verändern müssen, und zwar zur gleichen Zeit wie die Thematik der fehlenden Transparenz und Legitimität des gegenwärtigen Herrschaftssystems, wie durch den Europäischen Rat von Laeken aufgeworfen, angegangen werden muss. Es ist also mehr Leadership gefordert." (Autorenreferat)

[45-L] Liebert, Ulrike:

Europeanizing the military: the ECJ and the transformation of the Bundeswehr, (CEuS Working Paper, No. 2002/7), Bremen 2002, 21 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.monnet-centre.uni-bremen.de/pdf/wp/2002-7-Liebert.pdf>

INHALT: Im Jahr 2000 entscheidet der Europäische Gerichtshof in dem Fall der Klägerin Tanja Kreil gegen die Bundesrepublik Deutschland, dass die rechtliche Handhabung Deutschlands, Frauen in der Bundeswehr vom grundsätzlichen Dienst an der Waffe auszuschließen, gegen das allgemeine Prinzip der Gleichbehandlung zwischen Frauen und Männern verstößt. Einschränkungen hinsichtlich der Teilnahme an bestimmten Spezialeinheiten sind jedoch weiterhin möglich. Vor dem Hintergrund dieses Urteils untersucht die Autorin zum einen den Einfluss der Geschlechtergleichstellung auf die Institution der Bundeswehr. Des Weiteren wird der Frage nachgegangen, warum der Europäische Gerichtshof solch eine vitale Rolle bei der Transformation der institutionellen Identität der Bundeswehr einnehmen konnte. Dem gemäß orientieren sich die Ausführungen an der Interaktion von drei Aspekten und ihren Erklärungsmechanismen: (1) der Fähigkeit des EGH, sein Anrecht auf Rechtssprechung mit allgemeinen europäischen Zielen und globalen Werten zu rechtfertigen, (2) den lang- und kurzfristigen Zielen der deutschen Verteidigungspolitik im Kontext der europäischen Kooperation sowie (3) der Politisierung der Frage, ob Frauen Zugang zur Bundeswehr haben sollten. In diesem Zusammenhang nimmt die Autorin an, dass die Entscheidung des EGH auf nationaler Ebene eine Kollision der Normen bewirken kann, die sich sowohl in der rechtlichen und institutionellen Struktur der Bundeswehr zeigt als auch eine Veränderung der politischen, sozialen und kulturellen Realitäten herbeiführen kann. Somit gliedert sich der Text in drei Schritte: Zunächst wird der Umfang der Transformation infolge des EGH-Urteils diskutiert. In einem zweiten Schritt wird die Rolle des EGH hinsichtlich anderer Möglichkeiten und Einschränkungen bei der Gestaltung des Wandels auf nationaler Ebene aufgezeigt. In einem dritten Schritt gilt das Hauptaugenmerk dem diskursiven Rahmen bzw. den öffentlichen Einstellungen der Parteien und ihrem Beitrag zu der Europäisierung des Militärs. In einer abschließenden Schlussfolgerung wird darüber spekuliert, inwieweit das Kreil-Urteil eine Beschleunigung der Europäisierung des Militärs bewirken kann. (ICG2)

[46-F] Linhart, Eric (Bearbeitung); Pappi, Franz Urban, Prof.Dr.; Thurner, Paul W., Dr. (Leitung):
Die Institutionalisierung von internationalen Verhandlungssystemen im Vergleich: Theorie und Empirie

INHALT: In diesem Projekt geht es um die Erklärung internationaler Institutionenbildung als Resultat von Verhandlungen. Gleichzeitig wird untersucht, inwieweit bereits bestehende Institutionen sich für die Lösung von Konflikten eignen und internationale Kooperation ermöglichen und stabilisieren. Die Projektbearbeiter orientieren sich hierbei an theoretischen Ansätzen der Institutionen- und Organisationsökonomie. Zentrale Hypothesen untersuchen sie empirisch an ausgewählten Fallstudien insbesondere aus dem Bereich der Europäischen Union.
GEOGRAPHISCHER RAUM: Europäische Union

METHODE: Elitenbefragungen; amtliche Statistiken; Sekundäranalyse. Untersuchungsdesign: Panel; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert; Akten- und Dokumentenanalyse, standardisiert; Standardisierte Befragung, face to face; Standardisierte Befragung, telefonisch; Standardisierte Befragung, schriftlich; Sekundäranalyse von Individualdaten. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Linhart, E.; Thurner, P.W.: Die Erklärungskraft spiel- und tauschtheoretischer Verhandlungsmodelle. Ein empirischer Vergleich am Beispiel des Endgames der Regierungskonferenz 1996. in: Pappi, Franz Urban; Riedel, Eibe; Thurner, Paul W.; Vau-bel, Roland (Hrsg): Die Institutionalisierung Internationaler Verhandlungssysteme. Frankfurt u.a. 2004, S. 261-289.+++Thurner, P.W.; Linhart, E.: Political multilevel negotiations and issue linkage during an EU Intergovernmental Conference: an empirical application. in: Computational and Mathematical Organization Theory, 2004 (in press). *ARBEITSPAPIERE:* Linhart, E.: Die Erklärungskraft spiel- und tauschtheoretischer Verhandlungsmodelle am Beispiel der Regierungskonferenz 1996 (Vertrag von Amsterdam). Zulassungsarbeit zum 1. Staatsexamen. Mannheim 2002.

ART: gefördert *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0621-181-2794, e-mail: Eric.Linhart@mzes.uni-mannheim.de)

[47-L] Meckling, Jonas:

Netzwerk-governance: corporate citizenship und global governance, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 2003-006), Berlin 2003, 160 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040106870; Graue Literatur); Forschungsbericht/Nummer: P 2003-006

INHALT: Aus der Perspektive einer gesellschaftsorientierten Managementlehre geht die Studie der Frage nach, wie globale Politiknetzwerke durch entsprechende institutionelle Maßnahmen gestaltet werden können, um (1) ein effektives Instrument von Corporate Citizenship-Strategien zu sein und (2) nicht der demokratischen Legitimität zu entbehren. Damit lautet die Leitfrage der Arbeit: Wie lässt sich Netzwerk-governance durch globale Politiknetzwerke vor dem Hintergrund des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung effektiver und legitimer gestalten? Der Leitfrage wird in drei Schritten nachgegangen: theoretische Verknüpfung und Hypothesenbildung, Hypothesentest und schließlich konzeptionelle Vorschläge. Die Bildung von Netzwerken wird systematisch in der Handlungslogik von Corporate Citizenship-Strategien verortet und es wird nach den strukturellen Bedingungen des internationalen Systems für die Beteiligung von Unternehmen an globalen Politiknetzwerken gefragt. Anschließend wird der Blick auf das Phänomen Netzwerk fokussiert. Es wird nach einem theoretischen Fundament gesucht, der strukturationstheoretische Netzwerkansatz als solches gewählt und dieser mit der Sozialkapitaltheorie verknüpft. Damit wird ein grundlegendes Netzwerkverständnis eingeführt, auf dem der konzeptionelle Part zur effektiveren und legitimeren Gestaltung von globalen Politiknetzwerken aufbaut. Abschließend wird ein Chancen- und Risikoprofil globaler Politiknetzwerke hinsichtlich ihrer Effektivität und Legitimität auf der Grundlage theoretischer Überlegungen ermittelt. Das so gewonnene Hypothesenset wird am Beispiel des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung - als dem Prisma unternehmerischer Strukturpolitik - im historischen Kontext geprüft. (ICA2)

[48-L] Melber, Henning:

Einmischen oder heraushalten: Welt(macht)politik und Vereinte Nationen, in: Vereinte Nationen : Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, Jg. 52/2004, Nr. 4, S. 123-128

INHALT: Der Beitrag diskutiert einige Fragen und Möglichkeiten der Neugestaltung des transatlantischen Verhältnisses auf der Grundlage des Völkerrechts und der Akzeptanz der "Werte und Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen als Handlungsmaxime", wie sie am 16. April 2004 in der "Duisburger Erklärung" von deutschen Intellektuellen gefordert worden ist. Dieses Treffen und die vorliegenden Ausführungen verstehen sich als Standortsuche im Sinne der Deutschen Kommission "Justitia et Pax": "In friedensethischer Hinsicht kommt der Frage, ob, wann und in welcher Weise Einmischungen bzw. Interventionen ein geeignetes Mittel zum Schutz der Menschenrechte und zur Förderung eines global verstandenen Gemeinwohls sein können, ausschlaggebende Bedeutung zu. Dieses Bewertungskriterium darf einzelstaatlichen Interessen anderer Art und Qualität nicht neben-, erst recht nicht ihnen nachgeordnet werden." Der Autor macht deutlich, dass eine an der Wahrung von Menschenrechten orientierte Kritik an "staatlichem Terror" heute Gefahr läuft, mit dem Argument des "Antisemitismus" oder "Antiamerikanismus" konfrontiert zu werden. Weiterhin werden die Angehörigen ganzer Kulturen, Religionen und Lebensweisen entlang einer "Achse des Bösem" pauschal diffamiert und ihrer menschlichen Würde beraubt. Diese Lage erfordert insgesamt - im Sinne der Duisburger Erklärung - eine Besinnung auf die von Albert Camus noch im Schatten des Zweiten Weltkriegs formulierte Grundhaltung: "Man verlangt von uns, dieses oder jenes Land, dieses oder jenes Volk zu lieben oder zu hassen. Aber einige von uns empfinden zu sehr ihre Ähnlichkeit mit allen Menschen, um eine solche Alternative zu akzeptieren." (ICA2)

[49-L] Paech, Norman:

Epochenwechsel im Völkerrecht?: über die Auswirkungen der jüngsten Kriege auf das UNO-Friedenssystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 43, S. 21-29 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/78TS50.pdf>)

INHALT: "Die von den USA geführten Kriege gegen Afghanistan und den Irak haben nicht nur die geopolitische Struktur im Nahen und Mittleren Osten verändert, sondern auch die Friedensregeln des UNO-Systems ins Wanken gebracht. Das zentrale Gewaltverbot, welches bisher als absolut zwingendes Recht mit nur zwei streng kodifizierten Ausnahmen betrachtet wurde, gilt nicht mehr als Tabu. Es wird um weitere Ausnahmen zur 'humanitären' und 'präemptiven', d. h. vorbeugenden Intervention ergänzt. Dadurch wird nicht nur seine Geltungskraft relativiert und geschwächt, sondern die grundsätzliche Entscheidung des Jahres 1945, den Staaten die Berechtigung zur Führung von Kriegen zu entziehen und sie dem Gewaltmonopol der Vereinten Nationen im Rahmen eines kollektiven Sicherungssystems zu übergeben, in Frage gestellt." (Autorenreferat)

[50-F] Plümper, Thomas, Dr. (Leitung):

Integrationsgewinne und Verteilungskonflikte: die Logik diskriminierender und konditionaler Mitgliedschaft in Internationalen Institutionen

INHALT: Das beantragte Projekt will die Logik konditionaler und diskriminierender Mitgliedschaft in internationalen Organisationen untersuchen. Mittels eines klubtheoretischen Ansatzes wird a) verdeutlicht, unter welchen Bedingungen die 'Insider' einer internationalen Organisation (die Mitgliedstaaten) die Aufnahmeverhandlungen mit beitragswilligen Staaten nutzen, um die entstehenden Integrationsgewinne einer politischen Union durch restriktive Aufnahmebedingungen zu ihren Gunsten zu verteilen, und b) analysiert, unter welchen Bedingungen Altmitglieder Beitrittsstaaten nur begrenzte Mitgliedsrechte anbieten und damit Neumitglieder diskriminieren. Beide Fragestellungen hängen eng miteinander zusammen ohne identisch zu sein. Theoretisch greift das Forschungsprojekt die Erkenntnisse der Clubtheorie auf und will diese zugleich um ein Theoriemodul ergänzen, welches zur Erklärung diskriminierender Mitgliedschaft und konditionaler Aufnahme dient. Das Projekt verspricht einen vierfachen Erkenntniszuwachs: Es gibt, erstens, einen theoretisch fundierten Aufschluss über die Mitgliederrechte in internationalen Organisationen. Zweitens erklärt es einige der bedeutendsten Veränderungen der internationalen Politik auf der Grundlage einer konsistenten Theorie und trägt damit, drittens, zur rigorosen Überprüfung der Leistungsfähigkeit dieser Theorie bei. Zugleich entwickelt es - viertens - diese Theorie fort.

ART: gefördert *BEGINN:* 2004-01 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für internationale Politik (D 86, 78457 Konstanz)

KONTAKT: Leiter (Tel. 07531-88-3003, e-mail: Thomas.Pluemper@uni-konstanz.de)

[51-L] Risse, Thomas:

Transnational governance and legitimacy, (papers / Freie Universität Berlin, Otto-Suhr Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik), Berlin 2004, 22 S. (Graue Literatur; URL: http://www.fu-berlin.de/atasp/texte/tn_governance_benz.pdf)

INHALT: Der vorliegende Beitrag verfolgt zwei Ziele. Zuerst stellt der Autor die Problematik der transnationalen Regierungsgewalt (transnational governance) im globalen System dar. Was ist gemeint, wenn über neue Modi der Regierungsgewalt (governance) gesprochen wird, die über den Nationalstaat hinausgehen? Im Anschluss daran wird die Legitimitätsproblematik der transnationalen Regierungsgewalt beschrieben und verschiedene Lösungen werden kritisch ausgewertet. (ICD)

[52-L] Santarius, Tilman; Dalkmann, Holger; Steigenberger, Markus; Vogelpohl, Karin:

Grüne Grenzen für den Welthandel: eine ökologische Reform der WTO als Herausforderung an eine Sustainable Global Governance, (Wuppertal Papers, Nr. 133), Wuppertal 2003, 71 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.wupperinst.org/Publikationen/WP/WP133.pdf>; <http://www.wupperinst.org/Publikationen/WP/WP133e.pdf>)

INHALT: "Vom 10. bis zum 14. September diesen Jahres verhandelt die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) über eine weitere Liberalisierung des Welthandels. Dabei steht für die Umwelt eine Menge auf dem Spiel. Zwar wurden mit der Doha Deklaration in der gegenwärtigen Verhandlungsrunde einige Verhandlungen mit Umweltbezug vereinbart. Dies täuscht aber darüber hinweg, dass die WTO noch weit entfernt davon ist, ökologische

Aspekte in ihrer Politik angemessen zu berücksichtigen. Vorliegendes Papier analysiert zunächst die Diskussion über Umweltthemen in der WTO, welche seit über zehn Jahren vor allem im Committee on Trade and Environment (CTE) der WTO geführt wird. Die Analyse zeigt auf, dass zahlreiche Umwelteffekte von Handelsliberalisierungen gar nicht diskutiert wurden, Interessengegensätze zwischen Mitgliedsstaaten der WTO eine tief gehende Diskussion vereiteln und Ansätze einer ökologischen Reform der WTO bislang keine Chance hatten. Vor dem Hintergrund dieser Analyse wird sodann eine doppelte Strategie entwickelt. Erstens wird dargelegt, warum die WTO aufgrund ihrer umweltpolitischen Defizite denjenigen Institutionen ihren Handlungsspielraum lassen sollte, die sich aktiv mit Umweltpolitik beschäftigen. Hierzu wird das Konfliktverhältnis multilateraler Umweltabkommen und der WTO untersucht. Zunächst erfolgt eine Klassifizierung in unbedenkliche und potentiell kritische Konfliktfälle. Dann wird aufgezeigt, wie einerseits eine Begrenzung der Zuständigkeiten des Streitschlichtungsorgans der WTO sowie andererseits kooperative, politisch-rechtliche Prozesse zur Lösung der Konflikte zwischen den betroffenen Institutionen eine Lösung bieten und zu einer größeren institutionellen Gleichheit in der globalen politischen Arena führen könnten. Zweitens wird erörtert, wie ökologische Aspekte Schritt für Schritt in die WTO integriert werden könnten. Hierzu werden Instrumente der strategischen Folgenabschätzung untersucht. Nach einer eingehenden Analyse der Potenziale und Grenzen von strategischen Folgenabschätzungen werden Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung formuliert. Anschließend werden Möglichkeiten dargestellt, wie strategische Folgenabschätzung in die institutionellen Strukturen der WTO integriert werden könnten, um ökologische Aspekte systematisch in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen und eine verbesserte Partizipation der Öffentlichkeit an der Politik der WTO zu gewährleisten. Dabei wird einerseits eine Integration strategischer Folgenabschätzungen in den Trade Policy Review Mechanism der WTO und andererseits die Einrichtung eines neuen Strategic Impact Assessment Body innerhalb der WTO diskutiert." (Autorenreferat)

[53-L] Schäfer, Armin:

A new form of governance?: comparing the open method of coordination to multilateral surveillance by the IMF and the OECD, (MPIfG Working Paper, 04/5), Köln 2004, o. Sz. (Graue Literatur; URL: <http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp04-5/wp04-5.html>)

INHALT: "Die EU-Literatur der letzten Jahre hat der Offenen Methode der Koordinierung (OMC) viel Aufmerksamkeit zukommen lassen. Die vorherrschende Sichtweise behauptet, dass die OMC nicht nur ein neues, sondern auch ein effektives Instrument der Politikgestaltung sei. Dieser Aufsatz stellt beide Aussagen infrage, indem es einen Vergleich verschiedener 'soft law'-Verfahren von drei internationalen Organisationen vorlegt. Im Einzelnen vergleicht dieses Papier die Europäische Beschäftigungsstrategie - mit der die OMC zuerst entstanden ist - mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der EU, den Länderberichten der OECD sowie den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds. Auf der Grundlage von Experteninterviews wird gezeigt, dass alle vier Verfahren multilateraler Überwachung zugeordnet werden können und kein kategorischer Unterschied zwischen ihnen besteht. Eine solche vergleichende Analyse widerlegt die angenommene Neuheit der OMC. Aufbauend auf dem Vergleich der vier Verfahren wird dann ein allgemeines Modell multilateraler Überwachung entwickelt, welches aus sechs Elementen besteht und zukünftige Studien erleichtern wird. Dieser Aufsatz schließt mit der Beobachtung, dass Regierungen voluntaristische Verfahren eher deshalb wählen, um ihre eigenen Kompetenzen zu verteidigen als

gemeinsame Ziele zu verwirklichen. Effektive Problemlösungsfähigkeit erscheint nicht als vorrangiges Anliegen von 'soft law'." (Autorenreferat)

[54-L] Schilling, Walter:

Europa, Amerika und der internationale Strafgerichtshof, in: Europäische Rundschau : Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 31/2003, H. 2, S. 51-56 (Standort: UuStB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In seinem Beitrag erörtert der Autor die transatlantischen Auseinandersetzung zwischen Europa und den USA um die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs, dessen Statut am 01. Juli 2002 in Kraft getreten ist. In diesem Zusammenhang wird zunächst der Widerstreit der politischen Interessen beider Seiten skizziert. Es folgt eine Auseinandersetzung mit der Argumentation einiger Völkerrechtler, wonach Washington mit der Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofs das Nürnberger Tribunal-Vermächtnis Amerikas ausgeschlagen hat. Der völkerrechtliche Vorwurf wird mit dem Argument, dass es sich hier um unterschiedliche Rahmenbedingungen und weltpolitische Konstellationen handelt, zurückgewiesen. Zudem hat die Haltung der USA nach Einschätzung des Verfassers nichts mit einem Rückzug in Richtung Unilateralismus zu tun, wie manche Politiker meinen. Das vom US-Kongress unterstützte Handeln der amerikanischen Regierung in dieser Frage ist vielmehr folgerichtig. Schon die konsequente Beachtung der eigenen Verfassung legt es der politischen Führung der USA nahe, nicht hinzunehmen, dass ihre Politiker, Regierungsmitarbeiter und Militärs von einem Gremium angeklagt und verurteilt werden können, das sich ihrer direkten Kontrolle entzieht. (ICG2)

[55-L] Senghaas-Knobloch, Eva:

Auftrag und Möglichkeiten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) unter den Bedingungen der Globalisierung, in: Arbeit : Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Jg. 13/2004, H. 3, S. 236-247 (Standort: UuStB Köln(38)-XG07322; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In der Debatte über aktuelle globale Wirtschaftstrends und Regeln für grenzüberschreitende Wirtschaftsaktivitäten wird häufig auf die relativ junge internationale Organisation, die Welthandelsorganisation (WTO), verwiesen. Sehr viel seltener kommt jene internationale Organisation ins Gesichtsfeld, deren Mandat und Primäraufgabe ausdrücklich in der Errichtung von international gültigen Mindeststandards im Arbeits- und Sozialbereich besteht, der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Bei der Herausbildung von globalen Regelungen (global governance) in diesem Politikbereich kommt der Internationalen Arbeitsorganisation jedoch eine zentrale Rolle zu, zumal sie zwar zwischenstaatlich, aber nicht rein intergouvernemental ist. Im Folgenden geht es jedoch um die Bedeutung globaler Strukturen im Politikbereich Arbeits- und Sozialpolitik. Dazu werden zunächst die Politikstrukturen der IAO skizziert, die Herausforderungen der Globalisierung für ihre Mandatserfüllung analysiert und im letzten Teil Schlussfolgerungen über die neuen politischen Ansätze der IAO gezogen." (Autorenreferat)

[56-F] Stodiek, Thorsten, Dr. (Bearbeitung):

Die OSZE und der Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan. Vergleichende Fallanalyse von Polizeireform-Missionen der OSZE, der UN und der WEU

INHALT: Im Rahmen der Post-Conflict-Rehabilitation-Aktivitäten der OSZE kommt den Polizeikomponenten der Missionen eine stetig wachsende Bedeutung zu. Für einen nachhaltigen Friedensprozess ist dabei neben der Überwachung lokaler Polizeien im Hinblick auf (mensch-)rechtskonformes Handeln die Reform bzw. der völlige Neuaufbau einer demokratisch-rechtsstaatlichen Polizei erforderlich. Die lokale Polizei muss beim Abzug der internationalen Sicherheitskräfte den Willen und die Fähigkeit besitzen, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, demokratische Institutionen zu schützen und konsequent gegen Korruption, organisierte Kriminalität und Terrorismus vorzugehen. Die Fähigkeit zur Gewährleistung der inneren Sicherheit ist schließlich auch eine der Grundvoraussetzungen für die sozio-ökonomische Stabilisierung von Krisenregionen. Im Rahmen der Polizeireform stellt der Aufbau ethnisch gemischter Polizeien in multiethnischen Gesellschaften eine besondere Herausforderung dar. In einem Umfeld, das von "ethnisch" motiviertem Hass und Misstrauen innerhalb der Bevölkerung geprägt ist, müssen Polizeikräfte aus Angehörigen aller Bevölkerungsgruppen zusammengesetzt sein. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass die Bevölkerungsgruppen - zumindest die Minderheiten - kein Vertrauen in die Sicherheitskräfte finden und entweder flüchten oder zur Selbstjustiz übergehen. Die bisherigen OSZE-Polizeimissionen in Ostslawonien, Kosovo, Süd-Serbien und Mazedonien sowie die UN-Polizeimission in Bosnien-Herzegowina und der WEU-Polizeieinsatz in Mostar zeigen, dass die Aufgabe des Aufbaus ethnisch gemischter Polizeien nach einem Bürgerkrieg äußerst komplex ist. Ziel des Forschungsprojektes ist es daher, durch eine fundierte vergleichende Analyse der OSZE-Polizeimissionen im Kosovo, in Südserbien (Presevtal) und in Mazedonien und der Polizeimissionen der UNO in Bosnien-Herzegowina und der WEU in Mostar zum "Lessons learned"-Prozess in der OSZE beizutragen. Anhand der Ergebnisse der komparativen Fallanalysen sollen Schlussfolgerungen für die Entwicklung eines Konzepts "demokratischer und rechtsstaatlicher Polizeireformen" in Bürgerkriegsregionen des OSZE-Raums gezogen werden. Das Konzept soll Antworten auf die folgenden Fragestellungen geben: Wie können ehemalige Polizisten und Kombattanten in eine neue Polizei übernommen und Angehörige der Bevölkerungsminderheiten in diese Polizei integriert werden? Welche Maßnahmen sind geeignet, bei der Bevölkerung für Vertrauen in die neue Polizei zu werben? Welche Polizeimodelle und Rechtsstandards können als einheitliche Grundlage für Polizeireformen in OSZE-Staaten mit unterschiedlichen Polizei- und Rechtstraditionen herangezogen werden? Wie kann die Polizeireform mit der gleichzeitigen unumgänglichen Reform des Justiz- und Strafvollzugswesens kombiniert sowie im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit gegen den Druck von Organisierter Kriminalität und Korruption geschützt werden. Wie sollte ein Lehrplan aussehen? Welche Zeiträume müssen erfolgversprechende Polizeiausbildungsmissionen mindestens umfassen? Welche materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen sind unerlässlich? Welche Mittel muss die OSZE bereit halten? Projekt mit Unterstützung von einem deutschen Polizeixperten sowie von zwei lokalen Mitarbeitern auf dem Balkan. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Balkan insb. Kosovo, Südserbien (Presevtal), Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Mostar

METHODE: Dokumentenanalyse; Analyse von Primär- und Sekundärliteratur; qualitative Interviews; standardisierte schriftliche Befragung von 1.200 Probanden einer repräsentativen Stichprobe von internationalen und nationalen Polizisten in Mazedonien, Südserbien und im Kosovo.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Stodiek, Thorsten: The police component of post-conflict security sector reform in: ZEI (ed.): SOE-monitor: security sector reform in South Eastern Europe, Vol. 4, 2004, No. 1.+++Ders.: Die OSZE und der Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan. in: Deutsche Stiftung Friedensforschung (Hrsg.): Impulse für Friedensforschung und Politik: Stand und Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten. Forum DSF Nr. 2. Osnabrück 2004, S. 51-56.

ART: gefördert *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Deutsche Stiftung Friedensforschung -DSF-

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik -IFSH- an der Universität Hamburg Zentrum für OSZE-Forschung -CORE- (Falkenstein 1, 22587 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Dr. Tel. 040-866077-85, e-mail: stodiek@public.uni-hamburg.de)

[57-L] Sutter, Patrick:

Das humanitäre Völkerrecht in der Krise?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 43, S. 30-36 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/78TS50.pdf>)

INHALT: "In der jüngsten Vergangenheit hat eine Häufung von Verletzungen des humanitären Völkerrechts dazu geführt, dass seine Wirksamkeit immer mehr angezweifelt wird. Als Beispiele zu nennen wären etwa die Folterungen von Gefangenen durch US-amerikanische Streitkräfte in Abu Ghraib und anderen Gefängnissen, die Verweigerung des Kriegsgefangenenstatus gegenüber den Häftlingen auf Guantánamo, der weltweite Terrorismus und das Verhalten der israelischen Armee in den palästinensischen Gebieten. Dieser Beitrag widerspricht jedoch der Folgerung, wonach das humanitäre Völkerrecht grundsätzlich in Gefahr ist. Es wird gezeigt, dass es nicht nur aus moralischen Gründen sinnvoll ist, diese Normen einzuhalten, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Klugheit." (Autorenreferat)

[58-L] Trenin, Dmitri:

Zur Partnerschaft verurteilt: Russland und die NATO, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 6, S. 48-50 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: Der Artikel gibt einen kurzen Überblick über das (zukünftige) Zusammenwirken Russlands mit der NATO. Dabei finden die folgenden Aspekte Berücksichtigung: (1) die NATO-Erweiterung und die mögliche Stationierung US-amerikanischer Streitkräfte auf dem Territorium der neuen Allianzmitglieder des Baltikums und Polens, (2) die Politik Russlands in den GUS-Ländern Georgien, Ukraine, Weißrussland und Moldawien sowie (3) die bilateralen Beziehungen Russlands auf militärpolitischem und -technischem Gebiet zu Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien. Im Hinblick auf die kurzfristige Perspektive der Beziehungen zwischen beiden Seiten nimmt der Autor an, dass sich Russland in der zweiten Amtszeit W. Putins kaum als assoziiertes Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses betrachten wird. Zugleich werden beide Seiten auf Gebieten wie Friedensaktivitäten und Raketenabwehrsystemen real zusammenarbeiten. (ICG2)

[59-L] Varwick, Johannes:

Die Reform der Vereinten Nationen: Weltorganisation unter Anpassungsdruck, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 43, S. 37-45 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/78TS50.pdf>)

INHALT: "In der internationalen Politik besteht Konsens darüber, dass die Weltorganisation reformiert werden muss. Allerdings ist die Reformagenda ebenso lang wie komplex, und die institutionellen Hürden für eine Reform sind extrem hoch. Eine vom VN-Generalsekretär eingesetzte Reformkommission wird Ende 2004 ihre Ergebnisse vorlegen. Es liegt dann an den Mitgliedstaaten, einen neuen Versuch zu unternehmen, die Strukturen und Verfahren der VN den weltpolitischen Realitäten anzupassen. Erforderlich ist eine nüchterne Bestandsaufnahme über die Leistungsfähigkeit der Organisation in verschiedenen Politikfeldern. Die Chancen für einen 'großen Wurf' sind gering, und die VN dürften auch zukünftig nicht in der Lage sein, die hoch gesteckten Erwartungen zu erfüllen. Dies ändert nichts an der zentralen Bedeutung der VN für die internationale Politik." (Autorenreferat)

[60-L] Volger, Helmut:

Machtpoker um den Weltsicherheitsrat, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 49/2004, H. 11, S. 1375-1381 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; UuStB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Bei der Debatte um einen ständigen Sitz der Bundesrepublik im UN-Sicherheitsrat fallen die wirklich wichtigen Fragen unter den Tisch: Wie müsste ein deutsches Gesamtkonzept in Bezug auf die UNO aussehen? Wie verhält es sich mit den Chancen einer grundsätzlichen Reform der UNO? Regelmäßige parlamentarische Debatten über die deutsche UN-Politik fehlen fast völlig. Hier kann das neue UN-Mitglied Schweiz als Vorbild dienen. Jenseits der aktuellen Debatte über eine Reform der UNO, die wohl auf einen Kompromiss mit neuen nicht-ständigen Sicherheitsratsmitgliedern mit längerer Amtszeit hinauslaufen wird, gibt es auch praktikable Alternativen zu einer Änderung der UN-Charta. So hat der Sicherheitsrat in den letzten Jahren bereits einen großen Schritt in Richtung auf mehr Transparenz und demokratische Partizipation der übrigen Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft getan. (ICE)

[61-L] Ziai, Aram:

60 Jahre Weltbank: Armutsbekämpfung durch Neoliberalismus?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 49/2004, H. 9, S. 1091-1100 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; UuStB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag untersucht, was aus der nach dem Amtsantritt von Präsident James Wolfensohn 1995 angekündigten Armutsbekämpfung durch die Weltbank zehn Jahre danach geworden ist. Für eine Bewertung dieser "neuen" Orientierung wird zunächst ein Rückblick auf die Geschichte der Armutsbekämpfung durch die Weltbank durchgeführt. Dabei geht es um ihre Propagierung in den 70er Jahren wie auch ihre Verdrängung in den 80ern unter dem Primat der Strukturanpassung, um anschließend die "Renaissance" der Armutsorientierung in den 90er Jahren zu analysieren. 1999 brachte die auf dem Kölner G7-Gipfel beschlossene er-

weiterte Entschuldungsinitiative für die hoch verschuldeten armen Länder einen wirklichen Fortschritt. Die Verknüpfung von Entschuldung und Armutsbekämpfung sowie die Einbeziehung von Zivilgesellschaft wurde als beeindruckende Wende bezeichnet. Nach fünf Jahren liegen jedoch Studien vor, die diese anfängliche Euphorie beträchtlich dämpfen, was daran lag, dass Regierungen darauf verzichtet haben, vom Washington Consensus abzuweichen. Es bleibt für die Zukunft zu fragen, ob es durch zunehmenden öffentlichen Druck seitens der globalen Protestbewegung gelingen kann, die Weltbank zur Abkehr von ihrem neoliberalen Kurs zu bewegen, oder ob die Vertretung bestimmter geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen als konstitutives Element der Weltbank letztlich die Oberhand behalten wird. (ICH)

3 Außenpolitik

[62-F] Abert, Konstantin, M.A. (Bearbeitung); Dittgen, Herbert, Prof.Dr. (Betreuung):

Das postkommunistische Russland in der Außenpolitik Deutschlands: Realpolitik oder Konstruktion?

INHALT: Für die Bundesrepublik Deutschland ist Russland einer der wichtigsten politischen Partner in Osteuropa. Welche Motive sind handlungsleitend für die deutsche Russlandpolitik? Die Arbeit wird versuchen, anhand von rationalistischen und konstruktivistischen Denkschulen zum Verständnis des außenpolitischen Verhaltens Deutschlands gegenüber Russland beizutragen. Rationalistische Denkschulen betonen den Einfluss der materiellen Faktoren während der Konstruktivismus die soziale Interpretation derselben als entscheidend versteht. Die Grundaussagen dieser konkurrierenden Erklärungsansätze sollen mit noch zu bestimmenden außenpolitischen Fallstudien (denkbar: Rückgabe der kriegsverbrachten deutschen Kulturgüter, Siedlungs- und Statusfragen der Wolgadeutschen bzw. Deutschstämmigen, Kreditverhalten, Tschetschenienkonflikt) konfrontiert werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Russland, Bundesrepublik Deutschland

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Mainz, FB 12 Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft
Bereich Internationale Politik (Saarstr. 21, 55099 Mainz)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 06131-39-23729, e-mail: abert@politik.uni-mainz.de)

[63-L] Arbatova, Nadezda:

Kooperation oder Integration?: Russland und das Grosse Europa, in: Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Jg. 53/2003, H. 9/10, S. 1492-1500 (Standort: UB Bonn(5)-Z60/70; UuStB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die neue Nachbarschaftsstrategie der EU weist gravierende Mängel auf. Der Raum östlich der EU wird als Einheit betrachtet. Russland kommt jedoch eine Sonderrolle zu, weil seine Ressourcen für ganz Europa bedeutend sind. Auch ist europäische Sicherheit ohne Russland nicht denkbar. Die bestehenden Strategieerklärungen Russlands und der EU haben keine Substanz mehr. Für eine erfolgreiche Entwicklung der russländischen Demokratie ist die internationale Einbindung unerlässlich. Sinnvoll wäre eine 'besondere Assoziation' der russländischen Föderation mit der EU." (Autorenreferat)

[64-F] Bannwart, Aino, Dipl.-Pol.; Gänzle, Stefan, M.A. (Bearbeitung); Hubel, Helmut, Prof.Dr. (Betreuung):

Die Europäische Union, die Baltischen Staaten und das postsowjetische Rußland

INHALT: Die Schlüsselfrage des Projektes lautet, ob die Europäische Union dazu beitragen kann, die außenpolitische Stellung der drei baltischen Länder gegenüber Rußland "strukturell" abzusichern - ob die Union mittels eines Netzwerkes insbesondere politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen sowohl die baltischen Länder als auch Rußland in Verhaltensmuster gemäß europäischen Normen "einbinden" kann. Untersucht werden die kritischen Problemfelder im baltisch-russischen Verhältnis und das Einwirken der EU, als Gemeinschaft und seitens ausgewählter Mitgliedstaaten, in den 90er Jahren. In dem einen Forschungsschwerpunkt werden die Interaktionen zwischen den baltischen Staaten und Rußland, im zweiten Schwerpunkt die Rolle der EU gegenüber den baltischen Staaten und Rußland behandelt. Neben der Förderung von Nachwuchswissenschaftlern geht es um den Ausbau der Kontakte nach Osteuropa.
GEOGRAPHISCHER RAUM: Europäische Union, Baltische Staaten, Rußland

METHODE: keine Angaben **DATENGEWINNUNG:** Entfällt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Hubel, Helmut; Bannwart, Aino; Gänzle, Stefan: EU enlargement and beyond: the Baltic states and Russia. Berlin: A. Spitz (forthcoming).+++Gänzle, Stefan: The relations between the EU and central and eastern Europe. Ein Konferenzbericht. in: WeltTrends, 2000, 27, S. 201-207.+++Hubel, Helmut; Gänzle, Stefan: Chancen für das Zusammenwachsen im baltischen Raum. Deutschland übergibt Russland die Ostseerats-Präsidentschaft. in: Das Parlament 2001, H. 24, S. 6.+++Hubel, Helmut; Gänzle, Stefan: Soft security risks in the region and the role of the CBSS. in: Baltinfo, 2001, No. 38, S. 4-5.+++Gänzle, Stefan: Presence and actorness of the EU in the Baltic sea area: multilevel governance beyond the external borders of the European Union. in: Hubel, Helmut; Bannwart, Aino; Gänzle, Stefan: EU enlargement and beyond: the Baltic states and Russia. Berlin: A. Spitz (forthcoming).+++Timmermann, Heinz; Gänzle, Stefan: The European Union's policy towards Russia. in: Hubel, Helmut; Bannwart, Aino; Gänzle, Stefan: EU enlargement and beyond: the Baltic states and Russia. Berlin: A. Spitz (forthcoming).+++Gänzle, Stefan; Hubel, Helmut: The council of the Baltic sea states (CBSS) and the EU: dealing with soft security risks in a European subregion. in: Hubel, Helmut; Bannwart, Aino; Gänzle, Stefan: EU enlargement and beyond: the Baltic states and Russia, Berlin: A. Spitz (forthcoming).+++Hubel, Helmut; Gänzle, Stefan: Conclusions. in: Hubel, Helmut; Bannwart, Aino; Gänzle, Stefan: EU enlargement and beyond: the Baltic states and Russia. Berlin: A. Spitz (forthcoming).+++Hubel, Helmut; Gänzle, Stefan: The CBSS as a sub-regional policy response to soft security risks in the Baltic sea area. in: Jopp, Mathias; Moroff, Holger (eds.): European soft security risks - the Northern Dimension. Kauhava 2001 (forthcoming).+++Gänzle, Stefan; Kungla, Tarvo: Illegal immigration and transnational organized crime - factors of instability in the Baltic states? in: Jopp, Mathias; Moroff, Holger (eds.): European soft security risks - the northern dimension. Kauhava 2001 (forthcoming).+++Hubel, Helmut; Gänzle, Stefan: Die Rolle des Ostseerates in der europäischen Außenpolitik. in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2002 (im Erscheinen).

ART: Dissertation; gefördert **BEGINN:** 1999-09 **ENDE:** 2003-12 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Fritz Thyssen Stiftung

INSTITUTION: Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen (Ernst-Abbe-Platz 8, 07740 Jena)

KONTAKT: Betreuer (Tel. 03641-9-45411, Fax: 03641-9-45412)

[65-L] Beichelt, Timm:

Herrschaftskultur: Symbolisierung von Politik am Beispiel der bundesdeutschen Außenpolitik, in: Birgit Schwelling (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft : Theorien, Methoden, Problemstellungen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 151-169, ISBN: 3-8100-3996-9 (Standort: UB Bonn(5)-2004-5132)

INHALT: Am Beispiel der außenpolitischen Beziehungen Deutschlands zu den USA wird gezeigt, wie eine symbolische Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten stattfindet und wie das Konzept der Herrschaftskultur in der vergleichenden Regierungslehre erklärend angewendet werden kann. Mit dem Begriff der Herrschaftskultur wird ein symbiotisches Wechselverhältnis zwischen Regierenden und Regierten bezeichnet: Auf der einen Seite beziehen sich Regierende bei ihren Handlungen auf ein (u.a. kulturell geprägtes) Herrschaftsverständnis der Regierten. Auf der anderen Seite sehen sich die Regierten einem (u.a. kulturell geprägten) Herrschaftsverständnis der Regierenden gegenüber. Nach der These des Autors verfügen dabei weder Regierende noch Regierte über einen unmittelbaren Zugriff auf den Handlungs- und Verständnishorizont der anderen Seite. Da Kommunikation in Massendemokratien nicht direkt stattfinden kann, muss die Verständigung vielmehr über Symbole erfolgen, welche in Kommunikationsräumen mit jeweils bestimmbar Machtverhältnissen entstehen. Kultur kann somit als Ansammlung individueller Interpretationssysteme im Hinblick auf intersubjektiv geteilte Symbole definiert werden. Handelt es sich um politisch relevante Symbole - wie im untersuchten Fall der deutschen Außenpolitik - wird aus der Alltagskultur Herrschaftskultur. (ICI2)

[66-F] Bösche, Monika, M.A.; Wagner, Wolfgang, Dr.; Baumann, Rainer, Dipl.-Pol.; Herborth, Benjamin, M.A. (Bearbeitung); Hellmann, Gunther, Prof.Dr. (Leitung):

Regieren in einem sich wandelndem Europa. Eine interaktionistische Analyse neuer deutscher (Außen-)Politik in Europa

INHALT: Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses (und den hierdurch zunehmend verschwimmenden Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik) hatte es sich das Projekt zum Ziel gesetzt, das komplexe Wechselspiel zwischen deutscher Außenpolitik und Strukturen europäischen Regierens am Beispiel der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Asyl- und Flüchtlingspolitik verständlich zu machen. Obwohl das Ziel des Projektes zunächst darin bestand, am Beispiel deutscher Europapolitik ein analytisches Instrumentarium zu entwickeln, um einen sukzessive fortschreitenden "Wandel auf leisen Sohlen" sichtbar und erklärbar zu machen, waren die Ergebnisse der beiden Fallstudien in ihrer Deutlichkeit frappierend. Sowohl in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch in der Flüchtlings- und Asylpolitik ist Deutschland von dem europapolitischen Vorreiter der 1980er und frühen 1990er Jahre zu einem integrationspolitischen Nachzügler geworden. In beiden Politikfeldern wurden wesentliche Integrationsprojekte durch Initiativen Deutschlands angestoßen, in beiden Politikfeldern fällt es Deutschland allerdings auch zunehmend schwer, jene Erwartungen zu erfüllen, zu deren Entstehung es maßgeblich beigetragen hat. Dabei ist augenfällig, dass es sich nicht um bloß situative Positionsverschiebungen handelt, da die zentralen Wendepunkte in beiden Fallstudien vom Regierungswechsel auf Bundesebene 1998 unabhängig sind. Während sich in der Asyl- und Flüchtlingspolitik eine deutliche Wende bereits auf dem Amsterdamer Gipfel von 1997 vollzog, setzte der Wandel in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erst später und deutlich langsamer ein. Gerade weil

außenpolitischer Wandel sich aber nicht mit der Notwendigkeit und Plötzlichkeit vollzieht, die etwa aus der Perspektive eines machtpolitischen Realismus zu erwarten wäre, so ein zentrales Ergebnis des Projekts, konnte unter den Bedingungen institutioneller Einbettung, europäisierter Identität und einer "Kultur der Zurückhaltung" ein Prozess der schleichenden Enteuropäisierung deutscher Außenpolitik in Gang gesetzt werden. *ZEITRAUM*: ca. 1980 bis 2000 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland/ Europäische Union

METHODE: Um einen "schleichenden" Wandel deutscher Europapolitik sichtbar machen zu können, wurde ein interaktionistischer Analyserahmen entwickelt, der Elemente aus Außenpolitikanalyse sowie Integrations- und Sozialtheorie integrierte, um die handlungsermöglichende Dimension europäischer Strukturen und die strukturbildenden Effekte außenpolitischen Handelns in ihrem Zusammenspiel in den Blick nehmen zu können. Mithilfe dieses Analyserahmens konnten graduelle Transformationsprozesse sichtbar gemacht werden, die für sich genommen nur als unwesentliche Abweichungen tagespolitischer Routinen erscheinen, sich über Zeit allerdings zu grundlegenden Verschiebungen des außenpolitischen Koordinatensystems aggregieren können. Während klassische Modelle außenpolitischen Wandel zumeist entweder deterministisch (als durch Strukturen des internationalen Systems bestimmt) oder voluntaristisch (als Ergebnis strategischer Kalkulationen) begreifen, konnten so insbesondere die indirekten, nichtintendierten Handlungsfolgen erfasst werden, deren Bedeutung unter den Bedingungen des Regierens in komplexen Mehrebenensystemen tendenziell noch zunimmt. Untersuchungsdesign: interaktionistische Analyse *DATENGEWINNUNG*: Aktenanalyse, offen (Reden, Gesetzestexte, Qualitätszeitungen). Qualitatives Interview (Stichprobe: 39; außenpolitische Experten, Entscheider; Auswahlverfahren: gezielt). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Hellmann, Gunther (Hrsg.): De-Europeanization by default? Germany's EU policy in defense and asylum. Series New Perspectives in German Studies. Palgrave Macmillan (unter Begutachtung).+++Hellmann, Gunther; Baumann, Rainer; Bösche, Monika; Herborth, Benjamin; Wagner, Wolfgang: De-Europeanization by default? Germany's EU policy in defense and asylum. in: *Foreign Policy Analysis*, 1, 2005, 1, pp. 143-164 (forthcoming).+++Hellmann, Gunther: Creative intelligence. Pragmatism as a theory of thought and action. in: *Journal of International Relations and Development* (revise and resubmit).+++Wagner, Wolfgang: From vanguard to laggard. Germany in European security and defense policy. in: *German Politics* (unter Begutachtung).+++Schimmelfennig, Frank; Wagner, Wolfgang: Preface: external governance in the European Union. in: *Journal of European Public Policy*, 11, 2004, 4, pp. 665-668.+++Wagner, Wolfgang; Knodt, Michele; Schimmelfennig, Frank: Auswärtiges Regieren in der Europäischen Union. Ein Tagungsbericht. in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 11, 2004, 1, S. 147-154. *ARBEITSPAPIERE*: Bösche, Monika; Hellmann, Gunther; Wagner, Wolfgang: Towards an interactionist model of analysis. Paper presented at the 44th Annual Convention of the International Studies Association in Portland, February 25th to March 1st, 2003.

ART: Eigenprojekt; gefördert *BEGINN*: 2001-10 *ENDE*: 2004-11 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen Lehrstuhl Politikwissenschaft, insb. Außenpolitik westeuropäischer Staaten sowie Außenbeziehungen der Europäischen Union (Robert-Mayer-Str. 5, 60054 Frankfurt am Main)

KONTAKT: Leiter (Tel. 069-798-25191, e-mail: g.hellmann@soz.uni-frankfurt.de)

[67-L] Brill, Heinz:

Geopolitisches Denken in den internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Politik : Organ der Hochschule für Politik München, Jg. 51/2004, H. 2, S. 201-219 (Standort: UuStB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Im Gegensatz zu den USA wie auch zu den anderen Ländern Europas gehörte Geopolitik in Deutschland zum Tabubereich der Denkverbote. Seit Beginn der 1990er Jahre gibt es jedoch auch hier einige Veröffentlichungen auf diesem Gebiet, wenn auch oft retrospektiv und ideengeschichtlich geprägt. Vierzehn dieser Veröffentlichungen stellt der Verfasser vor: (1) Irene Diekmann, Peter Krüger, Julius Schoeps: Geopolitik - Grenzgänge im Zeitgeist, Potsdam 2000; (2) Stefan Fröhlich: Amerikanische Geopolitik. Von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Landsberg am Lech 1998; (3) Stefan Fröhlich: Zwischen selektiver Verteidigung und globaler Eindämmung. Geostrategisches Denken in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik während des Kalten Krieges, Baden-Baden 1998; (4) Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim/Berlin 1997; (5) Sabine Feiner: Weltordnung durch US-Leadership? Die Konzeption Zbigniew Brzezinskis, Wiesbaden 2000; (6) Erich Reiter: Perspektiven der globalen strategischen Entwicklung. Das Ende der Ordnung von Jalta, Hamburg 2003; (7) Olga Alexandrova, Roland Götz, Uwe Halbach: Russland und der postsowjetische Raum, Baden-Baden 2003; (8) Günter Kettelmann: Atlas zur Geschichte des Islam, Darmstadt 2001; (9) Ernst-Freiberger-Stiftung: Albrecht Haushofer, München 2002; (10) Hans-Ulrich Seidt: Berlin, Kabul, Moskau. Oskar Ritter von Niedermayer und Deutschlands Geopolitik, München 2002; (11) Gerhard Detlefs: Deutschlands Herausforderung im Zeitalter der Globalisierung. Geopolitik für das 21. Jahrhundert, Tübingen 1998; (12) Le Monde diplomatique: Atlas der Globalisierung, Berlin 2003; (13) Karl Schmitt: Politik und Raum, Baden-Baden 2002; (14) Kritische Geographie: Geopolitik. Zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte, Wien 2001. (ICE)

[68-L] Busse, Sabine:

Für ein Voranschreiten der deutschen Realität: ein Plädoyer für verantwortungsvollen Pragmatismus, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 12/2004, H. 43, S. 23-28 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Während bis 1990 noch das ungeschriebene Gesetz galt, dass die Bundesrepublik in der Nachkriegszeit als Ergebnis amerikanischer Außenpolitik auf der Suche nach einem Staat gegründet wurde, stellt Deutschland heute immer weniger "ein Stück Amerika" mitten in Europa dar. Die neue Berliner Realität beinhaltet die Tatsache, dass Deutschland nicht mehr Objekt der weltgeschichtlichen Situation ist, "sondern auch Subjekt, verantwortlich für weit mehr als das eigene Schicksal" (Michael Stürmer). Deutschland kann sich der damit verbundenen Verantwortung nicht länger entziehen und es ist der Autorin zufolge an der Zeit, für einen deutschen Pragmatismus zu plädieren, der weniger von tagespolitischen Erwägungen geprägt sein sollte, sondern mit Werten (z.B. Verantwortungsbewusstsein und Ehrlichkeit) und Zielen (z.B. wirtschaftlicher Wohlstand und Sicherheit) unterfüttert werden muss. Dadurch ergeben sich neue außenpolitische Visionen, die im vorliegenden Beitrag thesenartig skizziert werden. (ICI2)

[69-L] Czempiel, Ernst-Otto:

Die Außenpolitik der Regierung George W. Bush, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 45, S. 16-23 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/SF36E8.pdf>)

INHALT: "Die Außenpolitik der Regierung von George W. Bush unterscheidet sich deutlich von der seiner Vorgänger. Dies hat zwei Ursachen: Erstens wird sie nicht mehr vom Ostküstenestablishment, sondern von einer rechtsgerichteten Sammlungsbewegung getragen; und zweitens antwortete sie auf den Terroranschlag vom 11. September 2001 vorwiegend militärisch. Die Bush-Administration ersetzte den Multilateralismus durch den Unilateralismus, distanzierte sich von ihren Verbündeten und behielt sich vor, ihren erhobenen Weltführungsanspruch auch mit Gewalt präemptiv und präventiv durchzusetzen. Der Krieg gegen den Irak muss daher als Prototyp gelten. Sein vorläufiges Scheitern und die wachsende Kritik des In- und Auslandes lassen es als fraglich erscheinen, ob die USA diese Art gewaltsamer Weltführungs politik fortsetzen werden." (Autorenreferat)

[70-F] Deutschmann, Alrun, M.A. (Bearbeitung); Kohler-Koch, Beate, Prof.Dr. (Betreuung):

Die britische Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

INHALT: Ziel der Arbeit ist es, mittels Verwendung des historisch-institutionalistischen Ansatzes eine Forschungslücke zu schließen, denn die Mehrheit bereits vorliegender Untersuchungen zu Großbritannien ist entweder kaum theoriegeleitet oder dem neorealistischen Ansatz verpflichtet sind. Hypothesen: 1. Die Strukturen des politischen Systems fördern die Kontinuität britischer Außenpolitik. Zentralismus, 2-Parteien-System, die starke Stellung des Premierministers und historisch bewährter Atlantizismus wirken verhaltensprägend und erschweren jeden (radikalen) Politikwechsel. 2. Innerstaatliche Institutionen prägen nicht nur das Verhalten britischer außenpolitischer Akteure, sondern wirken auch als Barrieren gegen veränderte Umweltbedingungen und neue Anforderungen. Ihr Einfluss ist danach zu unterscheiden, ob und in welcher Art Veränderungen von bestimmten Politikgehalten, Zielen oder Politikstil feststellbar sind. 3. Wann und wie sich die britische Außenpolitik wandelt, lässt sich auf Lernprozesse zurückführen, die durch den Widerspruch von Überzeugungen der Akteure und Informationen aus der Umwelt eingeleitet werden. Fragestellung: Wie wird das britische außenpolitische Verhalten durch das institutionelle Umfeld geprägt bzw. beeinflusst? Welche Kontinuitäts- und Veränderungselemente lassen sich in der britischen Außenpolitik konstatieren? Wie lässt sich außenpolitischer Wandel in Großbritannien erklären, wenn das institutionelle Umfeld (relativ) stabil bleibt? Vorläufiges Ergebnis: Für Großbritannien lassen sich für den Untersuchungszeitraum (1990-2000) Veränderungen in politikfeldspezifischen Strategien konstatieren; der Geltungsanspruch von Zielen, Leitbildern und Werten wird dagegen nicht infrage gestellt (Primat der NATO, Atlantizismus, "Standing Alone"-Mythos, Weltmacht mit globalen Interessen). Es liegen bestimmte "Tiefengrade" von Wandel vor, induziert durch den veränderten Handlungsspielraum/ -repertoire des Premierministers bei Kontinuität der Grundüberzeugungen und Ziele britischer Außenpolitik. *ZEITRAUM:* 1990-2000 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Großbritannien

METHODE: Um eine Erklärung für die Befunde zu ermöglichen, soll das außenpolitische Verhalten Großbritanniens in seinem gesellschaftlichen Kontext erfasst werden. Dazu wird der historisch-institutionelle Ansatz herangezogen, wobei ein weit gefasstes Institutionenverständnis zugrunde gelegt wird, indem unter Institutionen nicht nur formal-organisatorische

Arrangements verstanden werden, sondern auch informelle Normen und Konventionen. Einflussfaktoren auf die Gestaltung britischer Außenpolitik stellen dementsprechend die strukturellen Variablen Staatsform, Demokratietyp, Stärke des Staates gegenüber der Gesellschaft, Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus, Verhältnis Exekutive-Legislative, Position des Premierministers, Zusammensetzung der Regierung, Verhältnis FCO/Mod/Downing Street, gesellschaftliche Werthaltungen und die Sonderbeziehung zu den USA dar und die dispositionalen Variablen außenpolitische Grundorientierung von Außen-/ Verteidigungs-/ Premierminister, Bedrohungsperzeption sowie Einstellungen und Werte. Der Arbeit ist ein vergleichendes qualitatives Fallstudien-Design zugrunde gelegt. Dazu wurden drei Fälle identifiziert, die auf Kontinuität und Wandel in der britischen Außenpolitik im Zeitraum 1990-2000 untersucht werden. Ziel ist, die Wirkung spezifischer institutioneller Arrangements zu bestimmen und den Einfluss struktureller und dispositionaler Variablen zu erkennen. Durch Dokumentenanalyse sollen Argumentationsmuster und Grundorientierungen der außenpolitischen Elite identifiziert werden. Zudem wurden britische ExpertInnen aus Politik und Wissenschaft zur innenpolitischen Willensbildung, Traditionen der Entscheidungsfindung, zur Stärke einzelner Akteure und deren Grundüberzeugungen befragt, vor allem zur Relevanz der britisch-amerikanischen "spezial relationship". Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihen *DATENGEWINNUNG*: Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen. Qualitatives Interview (Stichprobe: 18; Wissenschaftler, Politiker). Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Herkunft der Daten: World Values Survey MORI-/ fallup-poll).

ART: Dissertation *BEGINN:* 1999-03 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler
INSTITUTION: Universität Mannheim, Fak. für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl für Politische Wissenschaft II (68131 Mannheim)

[71-L] Dodge, Toby; Luciani, Giacomo; Neugart, Felix:

Der Irak auf dem Weg in die Souveränität: Handlungsoptionen für die Europäische Union, München 2004, 16 S. (Graue Literatur; URL:

http://www.cap.lmu.de/download/2004/2004_IrakStrategiePapier_de.pdf;

http://www.cap.lmu.de/download/2004/2004_IraqStrategyPaper_eng.pdf)

INHALT: "Der Irak-Krieg hat eine gravierende Spaltung innerhalb der Europäischen Union (EU) verursacht und ernste Zweifel an der anvisierten graduellen Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) aufgeworfen. Eine Reihe von Ländern, vor allem Großbritannien und Spanien, unterstützten die von den USA angeführte Invasion, während andere, wie Frankreich und Deutschland, starke Vorbehalte hinsichtlich ihrer Legalität äußerten. Zeitweise war die mehrdimensionale innereuropäische Diskussion über den Irak nur schwer zu entwirren. Sie betraf grundlegende Fragen zur Zukunft der internationalen Beziehungen: Die angemessene Haltung gegenüber Staaten, welche innerstaatliche Unterdrückung verbinden mit nach außen gerichteter Aggression und Nichtbeachtung internationaler Verpflichtungen (so genannte 'rogue states' oder 'Schurkenstaaten'), die Verknüpfung von Terrorismus mit Massenvernichtungswaffen sowie die Struktur des internationalen Systems und die Rolle der Vereinten Nationen. Diese umfassenden Fragen werden die internationale Politik in den kommenden Jahrzehnten dominieren. Wir sind jedoch der Meinung, dass sich diese übergeordneten Probleme zunehmend von der engeren Frage der Zukunft des Irak lösen werden. Uneinigkeiten innerhalb der Europäischen Union in Bezug auf die angeführten größeren Probleme werden immer weniger Einfluss auf die Positionen hinsichtlich der Transformation des Irak haben. Wir glauben, dass eine erfolgreiche Transformation des Irak aus drei Gründen

von essenzieller Bedeutung für die Europäische Union ist: 1. Der Irak ist ein großes Land, das Kontrolle über mehr als 10 Prozent der weltweiten Ölvorräte hat. Es liegt in der Golfregion, welche über fast zwei Drittel der nachgewiesenen Ölvorkommen und darüber hinaus über einen großen Anteil der natürlichen Gasvorkommen verfügt. 2. Der Transitionsprozess im Irak wird einen enormen Spill-over-Effekt auf Nachbarstaaten in einer Region haben, die durch gewaltsame Konflikte und einen allgemeinen Mangel an demokratischen Institutionen geprägt ist. 3. Der Irak hat eine lange Grenze mit der Türkei, die Beitrittskandidat zur EU ist, und der bald ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen angeboten werden könnte. Falls die Türkei der EU beitrifft, wird der Irak automatisch ein Nachbar der erweiterten EU werden. Ausgehend von diesen Annahmen wird dieses Papier die Probleme, die sich der Koalition im Irak nach Saddam stellen, detailliert analysieren und mögliche Handlungsfelder für die Europäische Union diskutieren. Seine Argumentation basiert auf einer Reihe von Workshops, die im Frühjahr 2004 organisiert wurden mit Wissenschaftlern und Diplomaten aus der EU, dem Irak und den Vereinigten Staaten durchgeführt und gemeinsam von der Bertelsmann Stiftung (Gütersloh, Deutschland), dem Robert Schuman Centre for Advanced Studies am European University Institut (Florenz, Italien) und dem Centrum für Angewandte Politikforschung (München, Deutschland)." (Textauszug)

[72-L] Elsenhans, Hartmut:

Selbstbeschränkter Realismus und geographisch begrenzter Idealismus, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 12/2004, H. 43, S. 35-40 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor setzt sich mit einem Artikel von Gunter Hellman im letzten Heft der "WeltTrends" kritisch auseinander, in welchem dieser die "schwerste Krise" in der deutschen Außenpolitik diagnostizierte und für einen "offensiven Idealismus" plädierte. Im Unterschied zu Hellmann ist der Autor nicht der Meinung, dass das Erbe der Geschichte Deutschlands ein besonderes außenpolitisches Vorgehen erzwingt und dass idealistische Positionen bei der Bewahrung des Friedens realistischen Positionen überlegen sind. Der Autor thematisiert die Amoralität des Rechts und geht thesenartig auf die Spannungsverhältnisse zwischen Idealismus und Realismus, Multipolarität und Verrechtlichung sowie Ethnie und Nation ein. Er plädiert vor diesem Hintergrund für eine politische Zurückhaltung bei der Föderalisierung der Institutionen. (IC12)

[73-L] Fischer, Sabine:

Russlands Westpolitik in der Krise 1992-2000: eine konstruktivistische Untersuchung, (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 43), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2003, 391 S., ISBN: 3-593-37382-3 (Standort: UB Bonn(5)-2004-938)

INHALT: Die Ziel der Studie besteht zum einen in einer konstruktivistisch inspirierten Untersuchung der Diskurse, die in der außenpolitischen Elite Russlands über die Beziehungen zum Westen geführt werden. Zum anderen wird, da nicht von einem Konsens über die russische Außenpolitik im Laufe der 1990er Jahre ausgegangen werden kann, die Wirkung der von den relevanten Ideenträgern und Akteuren geäußerten Ideen und Weltbilder auf das außenpolitische Verhalten der Russischen Föderation analysiert. Im theoretischen Teil wird ein konstruktivistisches Analysemodell entwickelt, welches ermöglicht, die Wirkung von Ideen auf au-

ßenpolitisches Verhalten in theoretische Begriffe zu fassen. Ideen stellen dabei individuelle Konzeptionen von Identität dar, die von Akteuren in Identitätsdiskurse eingebracht, vertreten und gegebenenfalls durchgesetzt oder verändert werden. Ergebnis der Diskursanalyse ist die idealtypische Darstellung von fünf "Weltbildern". Es werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Weltbildern herausgearbeitet, um Annahmen über möglichen Wandel ableiten zu können. Außerdem werden die Weltbilder ihren sozialen Trägergruppen, also Akteuren und Institutionen im außenpolitischen Entscheidungsprozess, zugeordnet. Auf dieser Grundlage wird die Entwicklung des russischen Diskurses über die Beziehungen zum Westen in den 1990er Jahren nachgezeichnet. (ICA2)

[74-F] Fürst, Heiko, M.A. (Bearbeitung); Huber, Maria, Prof.Dr. (Betreuung):

Außenpolitische Konzeptionen Polens, Ungarns und Rumäniens

INHALT: Außen- und sicherheitspolitische Konzeptionen vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union (nach Beitritt). *ZEITRAUM:* 1990-2003 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Ungarn, Polen, Rumänien

METHODE: Konstruktivismus (diskursanalytisch). Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen. Qualitatives Interview (außenpolitischer Apparat der Länder). Standardisierte Befragung, face to face. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN:* 2002-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Stiftung Friedensforschung -DSF-

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik -IFSH- an der Universität Hamburg (Falkenstein 1, 22587 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: heikofuerst@yahoo.de)

[75-L] Gießmann, Hans J.:

Deutsche Außenpolitik sollte gescheite Friedenspolitik sein, in: *WeltTrends* : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 12/2004, H. 43, S. 41-46 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die jüngsten Auseinandersetzungen um die Legitimität des Krieges gegen den Irak zwischen Europa und den USA haben nach Einschätzung des Autors deutlich gemacht, dass jenseits einer die bestehenden Interessenkonflikte überlagernden gemeinsamen Bedrohung künftig die Fähigkeit der Partner, stabile Interessenkongruenzen zu behaupten, über den Zusammenhalt der Gemeinschaft entscheidet. Andererseits haben sie aber auch erkennen lassen, dass selbst ein grundlegender Dissens in Einzelfragen den Zusammenhalt der Gemeinschaft als Ganzes nicht zwingend in Frage stellen muss, sofern die wichtigsten gemeinschaftlichen Interessen gewahrt sind. Gerade dieser Zusammenhang verdeutlicht die großen Spielräume wechselseitiger Einflussnahme und zugleich deren Grenzen. Es geht folglich nicht so sehr darum, ob sich die Bundesrepublik Deutschland das Rollenverständnis einer "Sozialisationsagentur" politischer Transformation aneignet und die ihr zur Verfügung stehende Macht und Ressourcen einsetzt, sondern darum, dass sie diese Form der Einflussnahme auf die Weltpolitik als einen den eigenen Interessen entsprechenden Weg versteht. (ICI2)

[76-L] Hacke, Christian:

Goodbye, liberales Amerika?: die Außenpolitik der zweiten Präsidentschaft Bush, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 11/12, S. 5-9 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: Die Angst vor dem Terror und die Sehnsucht nach einer starken Führung waren in den USA bei der Präsidentschaftswahl stärker ausgeprägt als der Wunsch nach einem Wandel. Die transatlantischen Beziehungen stehen nach der Wahl vor den Möglichkeiten eines Neubeginns. Mit Blick auf eine gemeinsame europäische Außenpolitik müssen die Europäer erkennen, dass jede Alternative zum atlantischen Europa ins politische Niemandsland führt. Bush hat zu Beginn seiner zweiten Amtszeit drei außenpolitische Optionen, die er alternativ oder auch in Kombination miteinander verfolgen kann: Er kann seinen bisherigen außenpolitischen Kurs fortsetzen, eine verschärfte Anpassung der Welt an seine Vorgaben fordern oder - nach Reagans Vorbild - stärker auf die realpolitischen Pragmatiker in seiner Partei zurückgreifen. (ICE2)

[77-F] Kaim, Markus, Dr. (Bearbeitung); Hubel, Helmut, Prof.Dr. (Betreuung):

Von der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität

INHALT: keine Angaben

METHODE: keine Angaben *DATENGEWINNUNG:* Entfällt.

ART: Habilitation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen (Ernst-Abbe-Platz 8, 07740 Jena)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 03641-945413, e-mail: markus.kaim@nds.uni-jena.de)

[78-L] Kiss, László J.:

Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa, (Aktuelle Analysen, 32), München, 23 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.hss.de/downloads/aa32internet.pdf>)

INHALT: Nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes und der Weiterentwicklung der EU-Erweiterung bzw. der euroatlantischen Integration beschäftigt sich der Beitrag mit jenen Ländern Mittel- und Osteuropas, die nach einer Neuausrichtung ihrer Außenpolitik und einer Bestimmung ihrer nationalen Identität suchen. Dazu zählen u.a. Österreich, Russland, die Tschechische Republik, die Slowakei, Rumänien und die Balkan-Länder. In das Thema einfürend, werden zunächst die zwei Auffassungen der rationalistischen und konstruktivistischen Außenpolitik vorgestellt. Daran knüpft eine Beschreibung der Interaktion zwischen der Außenpolitik und der nationalen Identität an. Hinsichtlich einer Erläuterung der Bildung von Identitäten folgt die Auseinandersetzung mit der (möglichen) Nicht-Übereinstimmung zwischen Staat und Nation. Von besonderem Interesse ist hier das Verhältnis zwischen starker Staatlichkeit und schwacher nationaler Identität bzw. schwacher Staatlichkeit und starker nationaler Identität. Einen weiteren Aspekt bilden die geographischen und kulturellen Gegebenheiten, das heißt (1) die geographische Lage und das Normensystem sowie (2) die Nachbarschaftsbeziehungen und die regionale Rolle des jeweiligen Landes. (ICG2)

[79-L] Kiwerska, Jadwiga:

Zwischen Mission und Hegemonie: braucht die Welt die Führungsmacht USA?, in: Welt-Trends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 12/2004, H. 43, S. 106-116 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Streit über die Machtpolitik der USA und ihre Rolle in der Welt zählt zu den andauernden und sehr kontrovers geführten Debatten der Gegenwart. Der Weg dieses Staates zur internationalen Supermacht war lang: er führte über den Bürgerkrieg im 19. Jahrhundert, die stürmische Wirtschaftsentwicklung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und schließlich über die beiden Weltkriege. Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Untergang der Sowjetunion nahm diese Entwicklung geradezu dramatisch zu. Heute stehen die USA vor der Frage, wie sie ihre Rolle als die einzig verbliebene Supermacht ausfüllen. Zugleich greifen Widerstand und Protest gegen die einzige Supermacht um sich. Die Art und Weise, wie die USA mit dieser Führungsrolle umgehen, hat nach Einschätzung des Autors weitreichende Folgen für die internationale Ordnung und auch für die Zukunft der Welt, die er in seinem Beitrag thesenartig diskutiert. (ICI2)

[80-L] Lang, Kai-Olaf:

Pragmatische Kooperation statt strategische Partnerschaft: zu Stand und Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen, (SWP-Aktuell), Berlin 2004, 8 S. (Graue Literatur; URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1071)

INHALT: Die Ankündigung deutscher Vertriebener, vor polnischen und internationalen Gerichten auf Entschädigung zu klagen, und die vom polnischen Parlament erhobene Forderung nach Kriegsreparationen haben für Turbulenzen im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland gesorgt. Vor diesem Hintergrund skizziert der Beitrag die derzeit schwierigen Beziehungen beider Länder. So nehmen die Regierungen der Nachbarländer eine besonnene Haltung ein und tragen auf diese Weise zu einer Glättung der Wogen bei. Die jüngsten Zwistigkeiten machen jedoch zahlreiche Defizite deutlich, an denen die deutsch-polnischen Beziehungen seit geraumer Zeit krankten. So wird sichtbar, dass die drei Grundprinzipien und Entwicklungslinien, an denen sich die bilaterale Kooperation in den 1990er Jahren orientierte (Dehistorisierung, Depolitisierung und Europäisierung), an ihre Grenzen gestoßen sind. Nach Ansicht des Autors müssen die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem EU-Beitritt Polens am 01. Mai 2004 auf eine neue, europäisch verankerte Grundlage gestellt werden. In einem zweiten Schritt sollten beide Staaten festlegen, welche Zielsetzungen und Erwartungen sie in bezug auf die gegenseitigen Beziehungen haben. Hier lassen sich die drei Anspruchsniveaus (1) strategische Partnerschaft, (2) pragmatische Kooperation sowie (3) indifferente Partnerschaft unterscheiden. In Anbetracht der gegenwärtigen bilateralen Situation scheint eine Form der 'pragmatischen Kooperation' zwischen Deutschland und Polen ein wirklichkeitsnäherer Ansatz zu sein als eine auf die Spezifika und die 'besondere Rolle' der beiden Länder fußende Formel. (ICG2)

[81-L] Lantis, Jeffrey S.:

Strategic dilemmas and the evolution of German foreign policy since unification, New York: Praeger 2002, XIII, 230 S., ISBN: 0-275-97751-X (Standort: UB d. Bundeswehr Hamburg(705)-Pol668-YC0001)

INHALT: Der Verfasser fragt nach Kontinuität und Wandel in der deutschen Außenpolitik seit der Wiedervereinigung. Dabei wird die These vertreten, dass die Restrukturierung der deutschen Außenpolitik in den 1990er Jahren ein Ergebnis veränderter Eliteeinstellungen, parteipolitischer Veränderungen und einer gewandelten öffentlichen Meinung hinsichtlich außenpolitischer Herausforderungen ist. Die Konfrontation der bundesdeutschen Politik mit außenpolitischen Dilemmata wird anhand von fünf Fallstudien analysiert. Sie betreffen den ersten Golfkrieg, die humanitäre Krise in Somalia, den Zerfall Jugoslawiens, den Krieg in Bosnien und die Kosovo-Krise. Die Fallstudien zeigen, wie innenpolitische Bedingungen die außenpolitische Reaktion Deutschlands auf diese Krisen beeinflusst haben. Dabei wird vor allem die hohe Bedeutung von Elitekonsens und Parteipolitik für die Entwicklung der deutschen Außenpolitik sichtbar. In den 1990er Jahren kommt es zudem zu einem neuen Konsens innerhalb der politischen Linken hinsichtlich außenpolitischer Verantwortung und moralischer Handlungsanforderungen in der Zeit nach dem Ende des Kalten Kriegs. (ICE)

[82-L] Le Gloannec, Anne-Marie:

The unilateralist temptation: Germany's foreign policy after the Cold War, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2004, H. 1, S. 27-39 (URL:
http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/IPG/IPG1_2004/ARTLEGLOANNEC.PDF)

INHALT: Seit der Wiedervereinigung ist die frühere multilaterale Orientierung der deutschen Außenpolitik - abgesehen von vielen Anzeichen für Kontinuität - unter Beschuss geraten. Dieser Umschwung ist mit tiefgehenden Änderungen in den Kernmechanismen des multilateralen Bezugsrahmens verbunden, in den Deutschland eingebettet ist. Diese Tendenz wird am deutlichsten in der Europäischen Union, wo sich engstirnige Interessen und ad hoc-Koalitionen mit steigender Tendenz gegenüber langfristigen Bindungen durchsetzen. (ICA-Übers)

[83-L] Link, Werner:

Kooperative Balancepolitik: deutsch-französische Zusammenarbeit als Kern europäischer Außen- und Sicherheitspolitik, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 49/2004, H. 3 = Nr. 412, S. 37-42 (Standort: UuStB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich); URL:
http://www.kas.de/db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_4258_1.pdf

INHALT: In seinem Beitrag erörtert der Autor die politische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland im Kontext der europäischen Integration sowie der Weltpolitik gegenüber den USA. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die sich als 'Politik der kooperativen Balance' in die epochale Tendenz der Multipolarisierung einfügen soll. Dem gemäß werden sowohl das transatlantische Verhältnis als auch die NATO-Politik beschrieben. In diesem Zusammenhang wird der Frage nachgegangen, welche Konsequenzen sich aus den weltpolitischen Entwicklungen für Deutschlands Politik und für die deutsch-französische Zusammenarbeit im Rahmen der EU ergeben. In einer Schlussfolgerung merkt der Autor an, dass ohne eine deutsch-französische Zusammenarbeit als Kern einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und ohne eine Politik der kooperativen Balance der Übergang zu einer multipolaren Weltordnung gefahrvoller und schwieriger zu bewerkstelligen sein wird. (ICG2)

[84-L] Maull, Hanns W.:

Deutsche Machtpolitik ohne Macht, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 12/2004, H. 43, S. 57-61 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor setzt sich mit einem Artikel von Gunter Hellman im letzten Heft der "WeltTrends" kritisch auseinander, in welchem dieser die "schwerste Krise" in der deutschen Außenpolitik diagnostizierte und für einen "offensiven Idealismus" plädierte. Nach Meinung des Autors ist jedoch nicht ihr Hang zur Machtpolitik das Problem der gegenwärtigen deutschen Außenpolitik, sondern ihre "Machtvergessenheit". Die deutsche Außenpolitik befindet sich gerade deshalb in einer schweren Krise, weil sie die Pflege ihrer spezifischen Machtgrundlagen als Zivilmacht in den letzten Jahren vernachlässigt hat. Dies betrifft sowohl ihre wichtigsten bilateralen Beziehungen zu den Partnern Frankreich und Amerika als auch die institutionellen Grundlagen der deutschen außenpolitischen Gestaltungsfähigkeit in europäischen und internationalen Zusammenhängen, aber auch die personelle, materielle und finanzielle Ausstattung der Außenpolitik. Kurzum: Politik braucht Macht; entscheidend für die Bewertung ist dabei nicht ob, sondern in welchen Formen Macht ausgeübt wird. (ICI2)

[85-F] Meine, Jan (Bearbeitung):

Zur Konstruktion politischer Wirklichkeiten: "Conversational Politics" als Beschreibungsmöglichkeit von ideellen Grundlagen außenpolitischen Handelns - gezeigt an Ideen in der Außenpolitik der Administration Bush Junior

INHALT: Die Arbeit beschäftigt sich mit den ideellen Grundlagen außenpolitischen Handelns in der Administration Bush Junior und will versuchen zu zeigen, dass die amerikanische Außenpolitik der Administration Bush Junior auf Ideen beruht, die der Pragmatik bei Entscheidungen sowie den Zwängen äußerer Umstände zeitlich, inhaltlich und prioritär vorgelagert sind und als Grundlage für Entscheidungen dienen. Gezeigt werden soll dies via Diskursanalyse von Texten aus den 90er Jahren von konservativen Autoren, welche dann in Verbindung mit Entscheidungen der Administration Bush im Bereich der Außenpolitik gesetzt werden. Online-Verweis: <http://www.conversational-politics.net> . **GEOGRAPHISCHER RAUM:** USA

ART: Dissertation **BEGINN:** 2003-01 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Universität Leipzig, Fak. für Sozialwissenschaften und Philosophie, Institut für Politikwissenschaft (Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: post@janmeine.de)

[86-L] Möller, Kay:

China in Fernost: selektive Multilateralität, in: China aktuell, Jg. 33/2004, Nr. 4, S- 390-397 (URL: <http://www.duei.de/ifa/de/content/premium/ca/Apr04/premium/Moeller.html>)

INHALT: Beobachter konstatieren mittlerweile einen Kurswechsel der chinesischen Außenpolitik. Habe diese noch bis zum Jahr 2001 versucht, die USA mit Hilfe von Russland, Europa und gelegentlich Japan auszubalancieren, so sei die multipolare Vision seither einer realistischen Einschätzung der eigenen Verwundbarkeit und einem aktiven Bekenntnis zur Regelung internationaler und regionaler Probleme mit multilateralen Mechanismen gewichen. Die

Volksrepublik selbst bekennt sich in ihren offiziellen Verlautbarungen seit 1997 theoretisch zu diesem Grundsatz. Die spektakulärsten Beispiele für die neue Strategie finden sich in Chinas eigenem, fernöstlichen Umfeld. Der vorliegende Beitrag überprüft diese These anhand einer Analyse der Entwicklung der chinesischen Außenpolitik seit den 90er Jahren und der Fallbeispiele Nordkorea, Zentralasien und Ostasien. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Volksrepublik China heute zu multilateralen Ansätzen bekennt, beziehungsweise solche selbst anregt, wenn sie sich davon materiellen oder ideellen Nutzen erhofft, selbst eine dominierende Rolle spielen kann oder explizit oder implizit über ein Vetorecht verfügt. Pekings neuer diplomatischer Aktivismus konzentriert sich auf die eigene asiatisch-pazifische Peripherie, in der amerikanische Einflüsse zurückgedrängt und eine japanische Führungsrolle verhindert werden soll. Die "multilateralen" Regime, an denen sich China hier beteiligt, sind in der Regel unterinstitutionalisiert und/oder an Chinas Partikularinteressen orientiert. (ICA2)

[87-L] Müller, Harald:

Das zerrissene Erbe der Aufklärung: die ideologische Polarisierung zwischen Deutschland und den USA, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 11/12, S. 15-24 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: "Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika zählen zu den unumstößlichen Bestandteilen der (ungeschriebenen) auswärtigen Doktrin Deutschlands. Tief greifende Meinungsunterschiede im transatlantischen Verhältnis werden, so der Autor, bestehen bleiben, so lange eine 'neokonservative Kamarilla' die Macht in Washington in den Händen hält. Kooperation bleibe auf Grund bestimmter gleicher Sicherheitsinteressen zwar möglich, Harmonie aber sei ausgeschlossen." (Autorenreferat)

[88-F] Neugart, Felix Gregor, Dr. (Leitung):

Europa und der Nahe Osten - Stabilisierung der Beziehungen zwischen Europa, dem Nahen Osten und den USA

INHALT: Strategischer Ansatz des Projektes "Europa und der Nahe Osten" ist, einen Beitrag zur Stabilisierung und Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa, dem Nahen Osten und den USA zu leisten. Es nutzt dazu neue Methoden der Politik- und Unternehmensberatung. Projektpartner ist die Bertelsmann Stiftung. Die politische Konstellation: Das Projekt geht von der zunehmenden Regionalisierung internationaler Politik und transnationaler Wirtschaftsbeziehungen aus. Es vertritt die These, dass sich Staaten und Volkswirtschaften im globalen Wettbewerb um politische und wirtschaftliche Ressourcen strategische Vorteile durch regionale Integration erwerben. Staaten können ihre Ziele im globalen Wettbewerb nur dann erfolgreich verfolgen, wenn es ihnen gelingt, Integrationsprozesse mit ihrer unmittelbaren Nachbarschaft voranzutreiben. Sowohl die Erfolgsgeschichte des europäischen Einigungsprozesses als auch die politische und wirtschaftliche Fragmentierung des Nahen Osten bestätigen diese These. Während die europäische Einigung die europäischen Nationalstaaten und Wirtschaftsakteure in die Lage versetzte, global erfolgreich zu handeln, hindert die Fragmentierung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen im Nahen Osten die regionalen Akteure global erfolgreiche Strategien zu entwickeln. Aus europäischer Perspektive stellen sich daher drei Fragen: Welche Chancen der Regionalintegration bieten sich

dem Nahen Osten? Wie lassen sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und dem Nahen Osten angesichts der strukturellen Ungleichgewichte organisieren und entwickeln? Welche Zukunftschancen ergeben sich aus dem Wandel regionübergreifender Strukturen für Politik und Wirtschaft? Der Aufbau eines umfassenden internationalen Netzwerkes aus Schlüsselinformanten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gewährleistet den schnellen Zugriff auf sensible Primärinformationen. Hochklassig besetzte Expertenworkshops erstellen Chancen- und Risikoanalysen. Mit Hilfe eines projektintern erarbeiteten Instrumentariums entwickelt das Projekt Strategien zur Vertiefung regionaler Politik- und Wirtschaftsbeziehungen. Die Ergebnisse dieses Prozesses werden Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft weltweit exklusiv vermittelt. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Mittlerer Osten, Naher Osten, Europa, USA

VERÖFFENTLICHUNGEN: Neugart, Felix u.a.(Hrsg.): Regime change in Iraq. The regional and transatlantic perspectives. Florenz 2004.+++Neugart, Felix: Die Nahost- und Mittelmeerpolitik. in: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn 2000 ff.+++Behrendt, Sven: Sanktionen als Instrumente der Außenpolitik. München 1997.+++Ders.: Die politische Rolle der EU im Nahen Osten und Nordafrika. in: Orient, 1997, H. 4, S. 548-552.+++Behrendt, S.; Hanelt, Christian-P. (eds.): Elections in the Middle East. München u.a. 1998.+++Behrendt, S.; Hanelt, Chr.-P. (eds.): Security in the Middle East. München/ Gütersloh 1999.+++Behrendt, S.; Hanelt, Chr.-P. (eds.): Bound to cooperate. Europe and the Middle East. Gütersloh 2000.+++Hanelt, Chr.-P.; Neugart, F.; Peitz, M.: Future perspectives for European-Gulf relations. München/ Gütersloh 2000.+++Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: Reshaping European policy in the Middle East. Strategiepapier für die VI. Kronberger Gespräche. München/ Gütersloh 2000. *ARBEITSPAPIERE*: Neugart, Felix; Luciani, Giacomo; Dodge, Toby: The European Union and Iraq: present dilemmas and recommendations for future action. Strategy paper, June 2004.+++Neugart, Felix: Future European policies in the Middle East after the Iraq war. Discussion paper presented by the Bertelsmann Group for Policy Research to the VIII. Kronberg Talks 10.-12. July 2003.

ART: Auftragsforschung; gefördert *AUFTRAGGEBER:* Bertelsmann Stiftung *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München)

KONTAKT: Leiter (Tel. 089-2180-1319, e-mail: felix.neugart@lrz.uni-muenchen.de)

[89-L] Neuss, Beate:

Elitenwandel und außenpolitische Orientierung: ein Grund für das transatlantische Zerwürfnis?, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 49/2004, H. 3 = Nr. 412, S. 51-59 (Standort: UuStB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_4256_1.pdf)

INHALT: In ihrem Beitrag untersucht die Autorin den Wandel der politischen Eliten als eine Ursache für das transatlantische Zerwürfnis zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland. Außenpolitische Eliten definieren das nationale Interesse spezifisch, gemäß ihrer jeweiligen Wahrnehmungsfiler, die durch grundlegende Präferenzen geprägt sind. Dem gemäß orientieren sich die Ausführungen an der Annahme, dass der Elitenwechsel mit der

rot-grünen Regierung, der zugleich ein genereller Generationswechsel war, zur Neuorientierung der transatlantischen Beziehungen wesentlich beiträgt. Dies wirkt deshalb so stark und nachhaltig, weil sich die internationale Gesamtlage gravierend verändert hat. Zwei Daten sind hier entscheidend: (1) die Zäsur 1990/91, in der die Bedeutung von Außenpolitik in Deutschland zugunsten der Innenpolitik schwindet, anfangs mit der Ausnahme der Europapolitik. In den USA treten sowohl Clinton wie auch Bush unter dem gleichen Diktum des Primates der Innenpolitik an, sehen sich aber dann doch rasch auf ihre Position als global präzente Macht verwiesen. Im Unterschied zur deutschen gelangt die amerikanische Elite nolens volens rasch zu einer globalen Sicht; (2) die Ereignisse vom 11. September 2001 in New York und Washington. Amerika sieht sich im Krieg, Deutschland sieht die USA von Terroranschlägen betroffen. Vor diesem Hintergrund werden die folgenden Aspekte erörtert: (a) die ideologische Prägung der Eliten, in Form von Kernauffassungen, prinzipiellen Orientierungen und Werten, (b) auseinander driftende Wahrnehmungen, (c) Diskrepanzen im Wertesystem sowie (d) die Beeinflussung der Außenpolitik durch den Elitenwandel. In einer Schlussbemerkung weist die Autorin darauf hin, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen an einem Scheideweg stehen. Von den Eliten, aber auch von politischen Ereignissen wird abhängen, in welche Richtung sie sich dauerhaft entwickeln. Da der Zusammenhalt in gemeinsamer Abwehr eines klar fixierbaren gemeinsamen Feindes derzeit nicht gegeben ist, müssen die Eliten beider Seiten lernen, einen Umgang miteinander zu entwickeln, in dem mit Differenzen kooperativ umgegangen wird, damit fortbestehende gemeinsame Interessen in der Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik nicht gefährdet werden. Deren Definition steht jedoch für Deutschland noch aus. (ICG2)

[90-L] Puglierin, Jana:

Zwischen realistischen Interessen und moralischem Anspruch: eine theoriegeleitete Analyse der deutschen Außenpolitik seit 1989/90, (Studien zur Internationalen Politik, H. 1/2004), Hamburg 2004, 70 S. (Standort: B 2211 - 90/04; UuStB Köln(38)-20040107506; Graue Literatur)

INHALT: Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit der deutschen Außenpolitik in einer Zeit, in der das Land mit der Herstellung der deutschen Einheit in eine neue Entwicklungsphase getreten ist. Gefragt wird, ob in der Außenpolitik des vereinten Deutschland eher Elemente der Kontinuität aus der Zeit der "Bonner Republik" oder Faktoren des Wandels und der Neuorientierung vorherrschen. Die Verfasserin geht dieser Frage anhand zweier Fallstudien zur deutschen Europa- und Sicherheitspolitik nach. Als theoretische Grundlage greift sie dabei auf neorealistic und institutionalistische Ansätze zurück. Die Untersuchungsergebnisse zeichnen ein differenziertes Bild. Während Deutschland im Bereich der Europapolitik weiterhin als "vollendeter Mannschaftsspieler" auftritt und damit an den Leitlinien der "Bonner Republik" festhält, dehnt es gegen Ende der 1990er Jahre sein weltpolitisches Engagement sprunghaft aus, wozu auch eine Enttabuisierung von Militäreinsätzen gehört. Während die Europapolitik weitgehend institutionalistischen Hypothesen entspricht (aber auch Elemente eines modifizierten Neorealismus aufweist), entspricht die "Normalisierung" der deutschen Außenpolitik allein den Hypothesen des modifizierten Neorealismus. Die Untersuchung schließt mit einem Ausblick auf die Irak-Frage. (ICE2)

[91-L] Rühl, Lothar:

Die Interventionspolitik der USA, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 6, S. 87-94 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: Der Beitrag erörtert die Außenpolitik der USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington, wobei deren Entwicklung durch einen Rückblick auf die Amtshandlungen von B. Clinton dargelegt wird. Die politischen Ziele der Regierung G. W. Bush sind (1) der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, (2) die Beseitigung der Massenvernichtungswaffen in den geheimen Arsenalen von Schurkenstaaten (Beispiel Irak) und (3) eine weit ausgreifende, bewegliche Vorwärtsverteidigung Nordamerikas auf fremden Kontinenten durch vorauseilendes Handeln zur Gefahrenbeseitigung. Dem gemäß orientiert sich die amerikanische Außenpolitik an den folgenden Strategien: (1) Übergang zu einer global angelegten Interventionspolitik mit militärischen Mitteln, (2) vorrangige Nutzung von Ad-hoc-Koalitionen ausgewählter Partner zum Zweck der Intervention, (3) selektive Nutzung von Verbündeten und festen Allianzen, insbesondere der transatlantischen und der australischen sowie (4) präemptive Optionen zur Beseitigung von unmittelbaren oder in Washington dafür gehaltenen Bedrohungen der USA. Vor diesem Hintergrund werden sodann der Nutzen und die Grenzen der Anwendung dieser Strategie beschrieben. Es folgt eine Darstellung des entsprechenden globalen Engagements im Kontext der amerikanischen Sicherheitspolitik. Abschließend skizziert der Verfasser die Politik gegenüber den 'Schurkenstaaten' Irak, Libyen, Syrien und Nordkorea. (ICG2)

[92-L] Schwarz, Siegfried:

Dramatisierung deutscher Außenpolitik, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 12/2004, H. 43, S. 62-66 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor kommentiert einen Beitrag von Gunter Hellmann im letzten Heft der "WeltTrends", in welchem dieser die These einer "machtpolitischen Resozialisierung" deutscher Außenpolitik aufstellte. Der Autor diskutiert vor dem Hintergrund des Wandels der internationalen Beziehungen und des erweiterten Europa die Frage, wie die Utopie eines "offensiven Idealismus" im Rahmen der deutschen Außenpolitik verwirklicht werden kann. Angesichts der Tatsache, dass der EU nunmehr 25 Staaten angehören, hat die Debatte über die eventuelle Herausbildung eines "Kerneuropa" innerhalb der Gemeinschaft bzw. ein fast gleichzeitiges Aufschließen aller Mitglieder auf allen Sachgebieten erneut eingesetzt. Dem Beobachter drängt sich die Erkenntnis auf, dass ein Fast-Kontinent kaum über reale Möglichkeiten verfügen dürfte, in gleichzeitigen Schritten alle Problemfelder erfolgreich zu bearbeiten, d.h. die der EU-Erweiterung innewohnende Ambivalenz zu meistern. Hier liegt nach Einschätzung des Autors ein enormes Aufgabenspektrum deutscher Außenpolitik für die nächsten Jahrzehnte, in welchem sie ihre Innovationsfähigkeit und Gestaltungskraft zugunsten bleibender zivilgesellschaftlicher Strukturen unter Beweis stellen kann. (ICI2)

[93-L] Smyser, William Richard:

Was einmal war, wird nicht mehr sein: Rückblick auf 60 Jahre amerikanische Europa-Politik, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 11/12, S. 143-148 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;

URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: "In Tagen transatlantischer Verstimmung nach der jüngsten Wahl wirft der Autor einen Blick zurück auf die amerikanische Europa-Politik. Amerika stationierte seine Truppen in Europa und unterstützte den europäischen Einigungsprozess, dafür bekam es die strategische Kontrolle, konsultierte aber die Verbündeten. Erst George W. Bush hat sich davon verabschiedet." (Autorenreferat)

[94-L] Thies, Jochen:

Partner oder Konkurrent?: die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 45, S. 3-5 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;

URL: <http://www.bpb.de/files/SF36E8.pdf>)

INHALT: "Der Entfremdungsprozess in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, der Ende der neunziger Jahre begonnen hat und durch den Irakkrieg verschärft worden ist, hält immer noch an. Er droht langfristig die bilateralen Beziehungen zu verschlechtern. Deutschland muss wieder zu seiner traditionellen Mittlerrolle zurückfinden. Es hat noch nie im nationalen Interesse des Landes gelegen, sich entweder für Frankreich oder die USA zu entscheiden. Die geostrategischen Herausforderungen machen darüber hinaus eine Revision deutscher Außenpolitik erforderlich." (Autorenreferat)

[95-L] Warkotsch, Alexander:

Zwischen Konfrontation und Kooperation: die russische Zentralasienpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 49/2004, H. 9, S. 1112-1122 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; UuStB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die russische Zentralasienpolitik geriet nach dem 11. September 2001 und während der Operation "Eduring Freedom" in Afghanistan wieder in den internationalen Blickpunkt. Diese Politik wird als grundsätzliche Akzentverschiebung in der russischen Außenpolitik gesehen. Moskau kooperierte mit Washington, indem es Washingtons Aufmarschpläne duldete. Das Motiv für einen solchen Politikwechsel lag in dem Bemühen um eine gleichberechtigte Partnerschaft mit dem Westen im Kontext der inneren Modernisierungserfordernisse Russlands. Für seine Kooperation mit den Vereinigten Staaten erhoffte sich Russland diverse Vorteile, wie den angestrebten WTO Beitritt oder den Erlass alter Sowjetschulden. Bislang haben die USA jedoch keine der Gegenleistungen erfüllt, sie setzten sogar eine Reihe diplomatischer Erniedrigungen gegenüber Moskau ins Werk. Der US-Einmarsch im Irak schließlich schuf eine unüberbrückbare Kluft zwischen Russlands Hoffnung auf eine ausgewogene Partnerschaft und Washingtons interessengeleitetem Unilateralismus. Auf diesem Hintergrund thematisiert der Beitrag Russlands erneute Großmachtambitionen in Zentralasien: Dazu gehören Faktoren wie die Sorge um die Destabilisierung der Region sowie die Energie- und Sicherheitspolitik. Dieser exklusive Führungsanspruch Russlands wird in Washington mit Besorgnis

registriert. Welche Folgen die Intensivierung des Putinschen Dominanzstrebens für die labile Krisenregion Zentralasiens haben wird, bleibt weiterhin abzuwarten. (ICH)

4 Sicherheitspolitik, Rüstung, Konversion, Friedensbedingungs- forschung

[96-F] Algieri, Franco (Bearbeitung):

Die Neuorganisation der Sicherheit in Europa

INHALT: Ziele, Strategien, Partner: Ziel des Projekts ist die Entwicklung eines differenzierten Integrationskonzepts für die europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dieses Projekt der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik und der Bertelsmann Stiftung soll konzeptionelle Impulse zur strategischen Debatte über die Organisation der Sicherheit in Europa geben und zur Entscheidungsfindung und Strategieplanung beitragen. Darüber hinausreichend werden Analysen zu den Prioritäten europäischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Kontext der Rolle Europas in der Welt erstellt und entsprechende Vorschläge für politisches Handeln entworfen. Die politische Konstellation: Die sicherheits- und verteidigungspolitische Ausgestaltung europäischer Politik ist zu einem zentralen Thema des Integrationsprozesses geworden. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Neubestimmung des Verhältnisses einer sicherheitspolitisch aufgewerteten EU zur NATO. Die bisher dominante Trennung von NATO-Integration und sicherheitspolitischer Integrationsentwicklung im Rahmen der GASP erscheint immer weniger plausibel angesichts der Folgen der Erweiterung von NATO und EU, der Währungsintegration und politischen Gemeinschaftsbildung in der EU. Durch die Erweiterungen wird die Zahl der an Entscheidungsprozessen beteiligten Akteure zunehmen und die Heterogenität der Interessen steigt. Reformen der Strukturen werden somit unausweichlich, um der EU eine operative Kapazität zu verleihen und die Kohärenz zwischen nichtmilitärischen und militärischen Aktivitäten zu gewährleisten. Die Entwicklung der verteidigungspolitischen und militärischen Struktur der EU verändert nicht nur die Sicherheitsarchitektur Europas, sondern hat darüber hinaus nachhaltige Auswirkungen auf die weltpolitische Rolle Europas. Weltpolitisches Handeln wird neben dem Aspekt der harten Sicherheit auch durch ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen in außereuropäischen Regionen - wie beispielsweise Asien - beeinflusst und hieraus ergeben sich sicherheitspolitische Implikationen für Europa. Das Projekt verbindet deshalb Fragen der soft und hard security, liefert aktuelle Lageanalysen und benennt Handlungsoptionen. (S. <http://www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/sicherheit.htm>). **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Europa und seine Grenzen

METHODE: Methodenmix

VERÖFFENTLICHUNGEN: Algieri, Franco: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa Handbuch. 2. aktual. u. völlig überarb. Aufl. Gütersloh 2002, S. 585-601.+++Ders.: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Erweiterter Handlungsspielraum für die GASP. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2001, S. 161-201.+++Algieri, Franco; Emmanoulidis, Janis; Giering, Claus: Flexibilität in der Außen- und Sicherheitspolitik. Konvent-Spotlight, 2. München/ Gütersloh 2003.+++Algieri, Franco; Bauer, Thomas: Die strate-

gischen Sicherheitsinteressen der EU. Definitions- und Sicherungsbedarf. Konvent-Spotlight, 4. München/ Gütersloh 2003.

ART: gefördert **BEGINN:** 1999-07 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Bertelsmann Stiftung

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 089-2180-1318, Fax: 089-2180-1329, e-mail: franco.algieri@lrz.uni-muenchen.de)

[97-L] Allnoch, Daniel:

Has the European Convention United Europe in security and defence policy issues?, (CEuS Working Paper, No. 2003/1), Bremen 2003, 23 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.monnet-centre.uni-bremen.de/pdf/wp/2003-1-Allnoch.pdf>)

INHALT: Eines der Ziele der Europäischen Verfassung ist die Steigerung der Effizienz und Effektivität der allgemeinen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dazu bedarf es einer entsprechenden Akzeptanz der Mitgliedsstaaten, die zu klären ist: Sind die Mitgliedsländer darauf vorbereitet, (weitere) Kompetenzen an die europäische Ebene abzugeben und wenn ja, in welchem Umfang? So besteht derzeit nicht nur Unstimmigkeit in der Definition der Ziele und Interessen, sondern auch bei der Auswahl und Anwendung bestimmter außenpolitischer Instrumente. Ferner sind industrielle Interessen gegenüber den Regierungen bei der Beschaffung von militärischem Equipment zu berücksichtigen. Weitere (Streit-)fragen betreffen die Einsetzung eines EU-Außenministers sowie insbesondere die fundamentale Aussagekraft der Europäischen Verfassung als zukünftiger Garant dafür, dass sich die Mitgliedsländer mit Blick auf ihre Ziele, Interessen und Instrumente in der Außen- und Verteidigungspolitik als geschlossener Akteur in der Weltpolitik präsentieren. Diese Fragen bilden den Ausgangspunkt der Untersuchung, für die der Autor unter anderem die Ergebnisse der Verfassungs-Arbeitsgruppe 'Verteidigungspolitik' heranzieht. In einem ersten Schritt werden die Partikularinteressen sowie die Konfliktverläufe bei der Bestimmung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik dargestellt. In einem zweiten Schritt folgt die Erörterung der entsprechenden Herauskristallisierung von Koalitionen in der EU. Auf dieser Grundlage wird in einem dritten Schritt analysiert, welche Koalitionen bei der vertraglichen Festlegung der Außen- und Verteidigungspolitik das letzte Wort haben. Dabei gilt die Aufmerksamkeit auch den Begrifflichkeiten und ihrer integrierenden und einigkeitsbezeugenden Aussagekraft. (ICG2)

[98-F] Berger, Lars, M.A. (Bearbeitung); Hubel, Helmut, Prof.Dr. (Betreuung):

Die Politik der USA gegenüber islamischen Bewegungen im Nahen und Mittleren Osten seit 1990 (Arbeitstitel)

INHALT: Z.B. Grenzen und Möglichkeiten nationalstaatlicher Antiterrorpolitik. **ZEITRAUM:** ab 1990 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Naher und Mittlerer Osten

METHODE: z.B. Auswertung von Regierungsdokumenten, Experteninterviews etc. **DATENGEWINNUNG:** Qualitatives Interview (geplant). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN:* 2003-09 *ENDE:* 2005-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Studienstiftung des deutschen Volkes

INSTITUTION: Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen (Ernst-Abbe-Platz 8, 07740 Jena)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: Lars.Berger@uni-jena.de)

[99-F] Brauch, Hans Günter, PD Dr.phil.habil. (Bearbeitung):

Rüstungspolitik nach dem globalen Umbruch. Von der Forschung zur Produktion und Einführung (1990-2020)

INHALT: Dieses Forschungsvorhaben soll zur Veröffentlichung einer Monographie mit dem Titel "Rüstungspolitik nach dem globalen Umbruch (1990-2020)" führen. Diese gliedert sich in acht Teile: Während in Teil I der internationale Kontext, in Teil II die nationalen Kontexte der Rüstungspolitik der USA (50-70 Prozent), von Rußland, Frankreich, Großbritannien, Deutschland (bis zu 30-40 Prozent) sowie Chinas und Japans (bis zu 10 Prozent) und in Teil III die Rüstungsbeschaffung alter Vorhaben in den 1990er Jahren behandelt wird, konzentrieren sich Teil IV auf wichtige Entscheidungen zur militärischen F&E seit 1990, Teil V auf anstehende Produktionsentscheidungen (2000-2010) und Teil VI auf die mögliche Einführung neuer Waffensysteme (2010-2020). In Teil VII werden die Rüstungspolitik der 1990er Jahre und die Rüstungstrends (bis 2020) im Lichte von Theoremen zur Rüstungsdynamik interpretiert und in Teil VIII die Rüstungstrends mit alternativen Zukünften und technologischen Trends für eine nachhaltige Entwicklung zur Vermeidung von Konflikten als Folge des alten Sicherheits- und des neuen Überlebensdilemmas verglichen. (Weitere Informationen unter: <http://www.afes-press.de>). *ZEITRAUM:* 1990-2020

VERÖFFENTLICHUNGEN: Brauch, H.G.: Abrüstungspolitik zwischen Sicherheits- und Überlebensdilemma. in: Sahm, Astrid; Sapper, Manfred; Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung. Opladen: Westdt. Verl. 2002, S. 307-334.+++Ders.: Disarmament. in: Vogler, Helmut (ed.): Encyclopaedia of the United Nations. Dordrecht u.a.: Kluwer Acad. Publ. 2002, pp. 82-99.+++Ders.: Anhaltende Blockade. in: Vereinte Nationen, Bd. 50, 2002, No. 2, S. 67.+++Ders.: Ungelöste Universalität. in: Vereinte Nationen, Bd. 50, 2002, No. 2, 2002, S. 67-68.+++Ders.: Vergebliche Vorarbeit. in: Vereinte Nationen, Bd. 50, 2002, No. 2, S. 68-69.+++Ders.: Kostengünstige Minen. in: Vereinte Nationen, Bd. 50, 2002, No. 2, S. 69-70.+++Ders.: "Kein Arbeitsprogramm". in: Vereinte Nationen, Bd. 51, 2003, No. 2, S. 59-60.+++Ders.: "Kein Protokoll". in: Vereinte Nationen, Bd. 51, 2003, No. 2, S. 61.+++Ders.: "Kritische Punkte ausgeklammert". in: Vereinte Nationen, Bd. 51, 2003, No. 3, S. 84.+++Ders.: "Siebenjährige Blockade". in: Vereinte Nationen, Bd. 52, 2004, No. 1, S. 19.+++Ders.: "Brisante Überbleibsel". in: Vereinte Nationen, Bd. 52, 2004, No. 3, S. 89.+++Ders.: National missile defence programmes and debates in the United States on the Mediterranean: an assessment. in: Brauch, Hans Günter; Liotta, P.H.; Marquina, Antonio; Rogers, Paul; Selim, Mohammed (eds.): Security and environment in the Mediterranean. Conceptualising security and environmental conflicts. Berlin et al.: Springer 2003, pp. 369-410.+++Ders.: War impacts on the environment in the Mediterranean and evolution of international law. in: ebd., pp. 489-512.+++Ders.: Amerikanische Raketenabwehrsysteme und variable Begründungen (1945-2003). Vortrag bei der VDW-Studiengruppensitzung "Militärrelevante Risikotechnologien", Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück, 12. Juni 2003. Download unter: http://www.afes-press.de/pdf/hgb_US_BMD.pdf .

ART: gefördert *BEGINN:* 2001-01 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Berghof-Stiftung für Konfliktforschung GmbH

INSTITUTION: Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung und Europäische Sicherheitspolitik AFES-PRESS e.V. (Alte Bergsteige 47, 74821 Mosbach)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 06261-12912, Fax: 06261-15695, e-mail: brauch@afes-press.de)

[100-L] Dinter, Henrik:

Wehrpflicht, Freiwilligenarmee und allgemeine Dienstpflicht - Aktuelle Argumentationslinien, in: Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg.): Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe : sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 109-129, ISBN: 3-531-14273-9

INHALT: "Die Literatur- und Quellenlage zum Thema Wehrpflicht, Freiwilligenarmee und allgemeine Dienstpflicht ist vielfältig und fast unüberschaubar, häufig aber auch einseitig in der Argumentation und Positionierung. Die hier erfolgten Ausführungen sollen dazu beitragen, die in der aktuellen Diskussion befindlichen Argumente und Begründungen in den einzelnen Betrachtungsebenen - konkret der historischen, verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen, gesellschaftspolitischen, militärisch-personellen und ökonomischen Ebene - systematisiert und kompakt vorzustellen." (Autorenreferat)

[101-L] Faath, Sigrid:

US-Engagement im Sahel-Sahararaum: Terrorismusbekämpfung als Vorwand oder Notwendigkeit?, in: DOI-Focus online, 2005, Nr. 18, 33 S.

(URL: <http://www.duei.de/doi/de/content/onlinepublikationen/doifocus/focus18.pdf>)

INHALT: "Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 strebte die US-Administration sukzessive die weltweite Verstärkung der militärischen Präsenz des Landes und der sicherheitspolitischen Kooperation an. Ab Herbst 2002 intensivierte sich in diesem Kontext auch das US-Engagement im Sahel-Sahararaum, der als potentieller Rückzugsraum und Fluchtraum für islamistische Terroristen des al-Qa'ida-Netzwerkes eingestuft wurde. Als regionale Maßnahme zur Bekämpfung des Terrorismus in den Sahelstaaten rief das US-Außenministerium die Pan-Sahel-Initiative (PSI) ins Leben und beauftragte das US European Command mit der Umsetzung der militärischen Initiative. Die PSI ist ein militärisches Hilfs- und Ausbildungsprogramm für die Sahelstaaten Mali, Mauretanien, Niger und Tschad, die zudem eine multilaterale Antiterrorismuskoooperation zwischen diesen vier Staaten und den nördlichen Nachbarstaaten Algerien, Marokko und Tunesien anregen soll. Neben dem Aspekt Terrorismusbekämpfung steht jedoch die Sicherung des wirtschaftlichen Interesses der US-Administration im Sahel-Sahararaum im Zentrum des amerikanischen Engagements. Der Beitrag geht auf die offizielle Begründung der PSI, die Zielsetzung und die einzelnen bislang umgesetzten Maßnahmen ein. Vor dem Hintergrund der Sicherheitsproblematik im Sahel-Sahararaum (Terrorismus, Schmuggel, Migration) wird die Reichweite und der Nutzen von PSI erörtert." (Autorenreferat)

[102-L] Flandes, Daniel:

Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (II): Brasiliens Verteidigungsdoktrin - Regionalmacht ohne Militärweißbuch, (Arbeitspapier / Institut für Iberoamerika-Kunde, Nr. 15), Hamburg 2004, 38 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IK/arbeitspapiere/arbeitspapiereIK15.pdf>

INHALT: "Im Gegensatz zu seinen südamerikanischen Nachbarn Argentinien und Chile, legte Brasilien bisher kein Verteidigungsweißbuch vor. Neben einem knapp formulierten Regierungsdokument von 1996, das lediglich einen groben sicherheitspolitischen Rahmen definiert, bestimmen die Doktrinen der Teilstreitkräfte die brasilianische Strategiedebatte. Außerdem trägt eine ausgeprägte Institutionenredundanz im Sicherheits- und Verteidigungssektor des Amazonasstaates zu Intransparenz und Kakophonie innerhalb des untersuchten Politikfeldes bei. Dabei ist Brasilien in besonderem Maße zu sicherheitspolitischer Offenheit und Transparenz verpflichtet. Denn dem brasilianischen Selbstverständnis als regionale Führungsmacht folgend versteht man sich als Vorreiter im südamerikanischen Integrationsprozess. Auch angesichts der militärischen Überlegenheit Brasiliens in der Region, besteht eine besondere Verpflichtung, durch die Offenlegung der verteidigungspolitischen Planung dem erneuten Aufkommen von gegenseitigem Misstrauen und Ängsten vor brasilianischem Hegemonialstreben entgegenzuwirken. Schließlich ist eine für die potentiellen Partnerstaaten transparente Verteidigungspolitik eine notwendige Bedingung für die Gründung einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft. Bis heute lässt die Regionalmacht ihre Sicherheitspartner im südlichen Lateinamerika im Unklaren über ihre Verteidigungsdoktrin und bleibt damit schwer berechenbar." (Autorenreferat)

[103-L] Flandes, Daniel:

Entsteht im südlichen Lateinamerika eine Sicherheitsgemeinschaft?: Ausgangslage, Stand und Perspektiven sicherheitspolitischer Kooperation, (Arbeitspapier / Institut für Iberoamerika-Kunde, Nr. 11), Hamburg 2003, 42 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IK/arbeitspapiere/arbeitspapiereIK11.pdf>

INHALT: Der Beitrag erörtert die Entstehung einer möglichen Sicherheitsgemeinschaft zwischen Argentinien, Brasilien und Chile. In das Thema einführend, werden in einem historischen Rückblick die bilateralen Beziehungen der Länder beschrieben, die von Konflikt und Entspannung geprägt sind. Sie umfassen (1) die Rivalität um die regionale Vormacht zwischen Argentinien und Brasilien im Zuge der Drago-Formel und der Monroe-Doktrin, (2) die argentinisch-chilenischen Territorialstreitigkeiten sowie (3) die brasilianisch-chilenische Harmonie von der Kooperation der Populisten bis zu der 'sicherheitspolitischen' Zusammenarbeit der Diktatoren. Im Anschluss folgt eine Skizzierung der bilateralen Beziehungen seit der Rückkehr zur Demokratie und der damit einher gehenden Neuorientierung der nationalen Außen- und Sicherheitspolitiken. Die Neuausrichtungen betreffen (1) die wirtschaftspolitische Integration im Mercosur und die bilaterale militärische Zusammenarbeit zwischen Argentinien und Brasilien, (2) die argentinisch-chilenischen Beziehungen der Kooperation in den 1990er Jahren sowie (3) die Beziehungen der Wirtschaftspartner Brasilien und Chile im erweiterten Mercosur und ihre abweichenden Außenhandelsstrategien. Vor diesem Hintergrund werden sodann empirische Nachweise für die These einer entstehenden Sicherheitsgemeinschaft zwischen Argentinien, Brasilien und Chile cursorisch dargelegt. Anschließend wird diskutiert, welche Probleme auf dem Weg zu einer subregionalen Sicherheitsgemeinschaft noch zu lösen

sind und mittels welcher Maßnahmen die sicherheitspolitische Kooperation forciert werden kann. Problematisch für die politische Entwicklung im südlichen Lateinamerika sind nach wie vor die Instabilität der demokratischen Regierungssysteme sowie die fehlende demokratische Legitimität der regionalen Institutionen. Eine hohe Hürde auf dem Weg zu einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft bilden die deutlich abweichenden Vorstellungen über den Zugschnitt zukünftiger sicherheitspolitischer Kooperation. (ICG2)

[104-L] Gareis, Sven Bernhard:

Militärmacht EU?: Erwartungen der Bürger an eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 6, S. 59-66 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: Der Beitrag präsentiert die empirischen Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der deutschen Bevölkerung zu den Einstellungen und Sichtweisen hinsichtlich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) aus dem Jahr 2003. Die Resultate werden in ihrer Grundtendenz den Sichtweisen der Bevölkerung in Italien und Frankreich gegenübergestellt. Die Auswertungen umfassen die Aspekte der (1) Bedrohungseinschätzung, (2) der geeigneten Friedenswahrung durch politische und militärische Maßnahmen sowie (3) der Rolle der EU als sicherheitspolitischer Akteur in Bezug auf das Verhältnis zwischen der Europäischen Eingreiftruppe und der NATO. Daraus leitet der Autor abschließend die weiteren Anstrengungen der EU bei der Ausgestaltung ihrer Sicherheitsstrukturen ab. Danach müssen die Staaten Europas und ihre Regierungen das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen stärken und verdeutlichen, dass die EU den ihr entgegengebrachten Hoffnungen und Erwartungen auch entsprechen kann. Dazu gehört, Europa durch größere Transparenz europäischer Strukturen, Abläufe und Entscheidungsverfahren aus seiner abstrakten Ferne näher an seine Bürger heranzubringen und fassbarer zu machen. (ICG2)

[105-L] Gareis, Sven Bernhard:

Wehrstrukturen und Multinationalität, in: Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg.): Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe : sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 179-199, ISBN: 3-531-14273-9

INHALT: "Im Zuge der sicherheitspolitischen Veränderungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben vor allem in Europa immer mehr Staaten ihre Streitkräfte in multinationale Organisationsformen eingebunden. Allerdings blieben die Reformen in den jeweiligen Wehrstrukturen nationale Angelegenheiten, die zwischen den beteiligten Ländern kaum koordiniert wurden. Unterschiedliche Rekrutierungssysteme, Dienst- und Laufbahnbestimmungen sowie eine Vielzahl weiterer politisch-rechtlicher Regelungen wirken sich daher nachhaltiger auf die Interaktionen in multinationalen Verbänden aus als die Herkunft der Soldaten aus unterschiedlichen militärisch-kulturellen Zusammenhängen. Mit steigenden Ansprüchen an die rasche Verfügbarkeit und die weltweite Einsetzbarkeit multinationaler Hauptquartiere und Verbände wächst jedoch der professionelle Harmonisierungsdruck und die Bereitschaft der Staaten zu Abänderung nationaler Vorgaben. Multinationalität als militärisches Organisationsprinzip nimmt damit wachsenden Einfluss auf die nationalen Wehrstrukturen." (Autorenreferat)

[106-L] Heinemann-Grüder, Andreas:

Im Namen der Nato: Sicherheitspolitik und Streitkräftereform in Osteuropa, Münster: agenda Verl. 2003, 325 S., ISBN: 3-89688-166-3 (Standort: StUB Frankfurt a. M.(30)-1329580)

INHALT: "Die postsozialistischen Länder in Mittel- und Osteuropa übernahmen kostspielige, überdimensionierte, kopflastige und weitgehend funktionslose Massenarmeen - ein Hort sozialistischer Kommando-, Lager- und Misswirtschaft, der den Systemwechsel zunächst überlebte. Wurde diese Erbschaft mittlerweile überwunden? Wie wird Sicherheitspolitik heute in Mittel- und Osteuropa formuliert, welche Rolle spielen dabei die europäischen Nachbarn und die USA? Sind die zivil-militärischen Beziehungen erfolgreich demokratisiert worden? Werden Sicherheitskonzepte beim Streitkräfteaufbau tatsächlich umgesetzt? Wie ist der radikale Truppenabbau bewältigt worden? Das Buch vergleicht die Militär- und Sicherheitspolitik in Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, der Ukraine und Polen, ergänzt um Ausblicke auf Russland und den Balkan. Gefragt wird nach den inneren und äußeren Ursachen für die Beharrungskräfte und den Wandel unter den postsozialistischen Militärs. Als Transformationsverlierer par excellence erwarten die osteuropäischen Militärs von der NATO eine Überwindung der Sinnkrise und eine lukrative Ausstattung." (Autorenreferat)

[107-L] Kamp, Karl-Heinz:

"Preemptive Strikes": eine neue sicherheitspolitische Realität, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 6, S. 42-47 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: "Nicht nur in den Vereinigten Staaten wächst die Akzeptanz des Konzepts der Präemption. Neuartige Sicherheitsbedrohungen und Menschenrechtsverletzungen legen eine Weiterentwicklung des Völkerrechts nahe. Demnach könnte man völkerrechtliche Grundwerte gegeneinander abwägen und, wenn nötig, Prinzipien der staatlichen Souveränität und des Gewaltverbots außer Kraft setzen. Wann wäre jedoch die Bedrohung der Sicherheit dringlich genug und die Informationslage schlüssig genug, um einen vorbeugenden Militäreinsatz zu rechtfertigen?" (Autorenreferat)

[108-F] Kempe, Iris, Dr. (Bearbeitung):

Direkte Nachbarschaft - Neuorganisation der Sicherheit in Europa und an seinen Grenzen

INHALT: Zielsetzung des Projektes: Neuorganisation der Sicherheit in Europa und an seinen Ost-Grenzen; frühzeitige Identifikation von gesamteuropäischen und bilateralen Nachbarschafts-problemen und die darauf basierende Bestimmung politischer Implikationen. Mit dem anstehenden Beitritt der osteuropäischen Kandidatenstaaten im Mai 2004 wird sich die Nachbarschaftspolitik von einer Fingerübung in den europäischen Denkfabriken und Planungsstäben der Außenministerien zu einer politischen Herausforderung entwickeln. Neue Trennlinien, steigende wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungleichgewichte sowie Warteschlangen in den Visabteilungen der Konsulate entwickeln sich von theoretischen Bedrohungsszenarien zu tatsächlichen Belastungen. Zumindest wird dies so lange der Fall sein, wie es der Europäischen Union nicht gelingt, eine leistungsfähige Nachbarschaftspolitik umzusetzen. Zur Entwicklung von Lösungsvorschlägen werden Risikoberichte über gesamteuropäische sowie regionale Aspekte mit europäischer Breitenwirkung der Nachbarschaftsbeziehungen erarbeitet.

Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Die Ausarbeitung, Vorstellung und Diskussion der Risikoberichte erfolgt unter Einbindung von Partnern in den mittel- und osteuropäischen Staaten, dem Baltikum, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie den westeuropäischen Hauptstädten, und Verantwortlichen in der Europäischen Union. Die politische Konstellation: Nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten wird die EU unmittelbar an die Russische Föderation, die Ukraine, Belarus und Moldova angrenzen. Dadurch wird die Union von der Barentssee im äußersten Norden bis zum Schwarzen Meer im Süden in "Direkter Nachbarschaft" zu Staaten stehen, für die sie auch mittelfristig keine Beitrittsperspektive formuliert hat. Der Begriff "Direkte Nachbarschaft" impliziert die Ausgestaltung von unmittelbaren Grenzbeziehungen ohne die Perspektive einer Mitgliedschaft, aber auch ohne territoriale Pufferzonen oder ideologische Trennlinien. Die politischen und wirtschaftlichen Systeme der postsowjetischen Staaten stehen in einem extrem asymmetrischen Verhältnis zu denen der gegenwärtigen EU. Die Unterschiede zwischen den postsowjetischen Staaten und den EU-Beitrittsstaaten werden mit deren fortschreitenden Transformation und Integration in westliche Organisationen zunehmen. Diese Asymmetrien können in erster Linie so genannte "soft security" Risiken verursachen. Diese Risiken gehen über ein engeres militärisches Verständnis von Sicherheit hinaus und beinhalten politisch, wirtschaftlich, sozial und ethnisch bedingte Konflikte. Im Sinne der Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa ist die Bewältigung der Asymmetrien ein wichtiger Bestandteil des Projektes. Aus der Direkten Nachbarschaft entlang der künftigen EU ergibt sich für die EU zwei Gruppen von Fragestellungen: Mit welcher Art von Sicherheitsarchitektur können Nachbarschaftsprobleme geregelt werden? Welche bilateralen Probleme werden entstehen? Als Akteure in den internationalen Beziehungen sind die Russische Föderation, die Ukraine, Belarus und Moldova Bestandteil der (gesamt)europäischen Sicherheit und Stabilität und können als solche die Sicherheit in Europa gefährden. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von "soft security" Risiken dürfen sich analytisches Interesse und politische Implikationen im Projekt nicht auf Fragen der Sicherheitsarchitektur beschränken, sondern müssen explizit Verlauf und Auswirkungen der Systemtransformation betrachten. Neben der institutionellen Sichtweise können Nachbarschaftsprobleme auf dieser Ebene nur durch die Identifikation von Schlüsselakteuren mit dem Ziel einer mittelfristigen Kooperation berechenbar gestaltet werden. Entlang der künftigen EU-Ostgrenze konzentriert sich eine Reihe von binationalen und interregionalen Nachbarschaftsproblemen. Diese Probleme stehen in engem Zusammenhang mit der Erweiterung und Vertiefung der EU. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Europäische Union; mittel- und osteuropäische Staaten, Baltikum, Nachfolgestaaten der Sowjetunion

METHODE: Während die EU einerseits von regionalen Problemen wie Minderheitenkonflikten, grenzüberschreitender Kriminalität und illegalem Handel bedroht ist, belastet die europäische Politik in Form der Übertragung der Schengenbestimmungen sowie der EU Handelsvorschriften auf die mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten die bilateralen Beziehungen. Der strategische Ansatz des Projektes konzentrierte sich auf die Verbindung beider Problemebenen mit dem Ziel, die Nachbarschaftsprobleme zu verringern.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Kempe, I. (ed.): *Prospects and risks beyond EU enlargement. Eastern Europe: challenges of Pan-European policy*. Opladen 2003.+++Kempe, I. (ed.): *The EU accession states and their eastern neighbours*. Gütersloh 1999.+++Kempe, I.: *New concerns for national and regional security: terrorism, organized crime and illegal immigration, in Ukraine and regional co-operation in security*. Looking Ahead, NATO Defence college, Rome, 2003, pp. 35-46.+++Kempe, I.: *German-Russian relations: high expectations, adequate outcome?* in: *Medzinárodné Otázky* (Bratislava), 2003, No. 2, pp. 3-22.+++Kempe, I.: *Risiken und Herausforderungen jenseits der EU-Erweiterung. Eine Strategie für Rußland, die*

Ukraine, Moldova und Belarus. in Osteuropa, 2002, Nr. 12, S. 1547-1561.+++Kempe, I.: David gegen Goliath: Kommunalwahlen in Belarus. Minsker Memorandum für demokratische Kommunalwahlen, Minsk/ München, 25. Febr. 2003, in Zusammenarbeit mit der Vereinigten Bürgerpartei Belarus. Download unter: http://www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/positionen/2003_02_minsk.htm.+++Kempe, I.; Brusis, M.; Meurs, W.v.: Global Corruption Report 2003: Central and Eastern Europe and the Baltic states. Transparency International. Berlin 2003, pp. 177-189.+++Kempe, I.: The Schengen Agreement and EU eastern enlargement: administrative consequences and political discourse. in: Gorodetzky, G. (ed.): Regional security in the wake of the collapse of the Soviet Union: Europe and the Middle East. Bonn 2002, pp. 39-49.+++Kempe, I.; Meurs, W.v.: EU-Strategien für Nachbarregionen. Jenseits der Erweiterung: die Transformation in Südost- und Osteuropa. in: Internationale Politik, 57, 2002, 5, S. 27-34.+++Kempe, I.: Die EU und Russland nach dem 11. September. in: Europäische Rundschau, 2002, Nr. 2, S. 107-118.+++Kempe, I.: Vorzeichenwechsel und neue Herausforderungen in der europäischen Russlandpolitik. in: Ost-West - Europäische Perspektiven, 2001, Nr. 1.+++Kempe, I.: Die europäische Russlandpolitik. in: Ost-West - Europäische Perspektiven, 2000, Nr. 1.+++Kempe, I.: The European Union and Ukraine: interest and strategies. in: Spillmann, K.R.; Wenger, A.; Müller, D. (eds.): Between Russia and the West: foreign policy of independent Ukraine. Bern 1999.+++Kempe, I.: Die Ukraine und Europa. in: Weidenfeld, W. (Hrsg.): Europa Handbuch. Gütersloh 1999.+++Kempe, I.; Meurs, W.v.: No progress on cross-border cooperation without fixed border. Radio Free Europe/ Radio Liberty, Newline, Vol. 2, 1998, No. 143, Part 1, 28 July 1998.+++Kempe, I.; Meurs, W.v.: Regionalpolitik zwischen Estland und Rußland. Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 44. 1998.+++Kempe, I.; Meurs, W.v.: Moldova und die EU-Politik. Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 8. 1998.+++Kempe, I.: Moldova v kontekste politiki evropejskogo sojuza. in: Politica externa a Republicii Moldova: aspecte ale securitatii si colaborarii regionale. Materiale ale simpozionului stiintific international (Chisinau, 16-17 oct. 1997). Chisinau: C.C.I.N. "Perspectiva" 1998.+++Kempe, I.: Chancen und Grenzen sozialwissenschaftlicher Erklärungsansätze zur Transformation der russischen Sozialpolitik. in: Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht, 1998, Nr. 1.+++Kempe, I.; Bremer, T.: Die soziale Frage im heutigen Russland. in: Zeitschrift für Sozialreform, 1996, Nr. 7.+++Kempe, I.: Die Ukraine als Partner für Europa. in: Osteuropa, 1997, No. 10/11.+++Kempe, I.: Die Krise des russischen Gesundheitssystem als regionale Aufgabe. in: Die Krankenversicherung, 1997, Nr. 5/6. *ARBEITSPAPIERE*: Kempe, I.: A strategy for a wider Europe. Vilnius, Nov. 2002.+++Kempe, I.: Strategies of direct neighbourhood for the Baltic Sea region and Northwestern Russia. C-A-P Working Paper. München 1999.+++Kempe, I.; Algieri, F.: Russia, Ukraine, Turkey and an enlarged EU: interests, actors and concepts. Summary of a project. Bertelsmann Science Foundation, Research Group an European Affairs in cooperation with DG IA of the European Commission. München 1998.

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Bertelsmann Stiftung

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 089-2180-1324, Fax: 089-2180-1329, e-mail: Iris.Kempe@lrz.uni-muenchen.de)

[109-L] Kenny, Brian:

Comparative perspectives on East and West European defence industries, in: Journal for East European Management Studies, Vol. 6/2001, No. 1, S. 43-64.

Der Volltext ist über www.infoconnex.de erhältlich.

INHALT: "Europäische Unternehmen der Rüstungstechnik reagieren auf die Gefahren weiterer Budgetkürzungen der Verteidigungshaushalte und zunehmenden Konkurrenzdruckes mit strategischen Umstrukturierungen, vor allem Fusionen, Übernahmen und anderen Formen von Unternehmenszusammenschlüssen. Die größeren EU-Mitgliedsstaaten diskutieren Wege zu einer vereinten europäischen Rüstungsindustrie, und die Integration von Unternehmen der Rüstungs-, Luft- und Raumfahrttechnik geht gut voran. Manager von Unternehmen der ehemaligen Visegrad-Staaten haben vieles mit ihren westlichen Kollegen in punkto Persönlichkeit und Erfahrungen gemein. Eine NATO-Erweiterung in dieser Richtung bietet dann auch die Möglichkeit einer ebenso ausgedehnten vereinten europäischen Rüstungsindustrie." (Autorenreferat)

[110-F] Kleinschmidt, Jochen (Bearbeitung); Siedschlag, Alexander, Priv.Do. Dr. (Betreuung):

Macht, Identität, Komplexität. Sicherheitspolitik im dynamischen Weltsystem

INHALT: Die Arbeit fragt nach der Anwendbarkeit vorhandener theoretischer Ansätze auf das Phänomen gegenwärtiger Sicherheitspolitik, insbesondere nach der Brauchbarkeit der neueren Systemtheorie. Dazu werden die paradigmatisch verstandenen Ansätze des Neorealismus, des Konstruktivismus und der neueren Systemtheorie einem interparadigmatischen Theorienvergleich unterzogen.

METHODE: Interparadigmatischer Theorienvergleich/-evaluation

ART: Diplom **BEGINN:** 2004-07 **ENDE:** 2004-12 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Wissenschaftler

INSTITUTION: Hochschule für Politik München (Ludwigstr. 8, 80539 München)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0173-9803881, e-mail: jkleinsch@t-online.de)

[111-L] Masala, Carlo:

Den Blick nach Süden?: die NATO im Mittelmeerraum (1990-2003) ; Fallstudie zur Anpassung militärischer Allianzen an neue sicherheitspolitische Rahmenbedingungen, (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung -ZEI- der Universität Bonn, Bd. 57), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2003, 316 S., ISBN: 3-8329-0371-2 (Standort: SUB Hamburg(18)-A-2004-5147)

INHALT: Der Verfasser setzt sich zunächst auf theoretischer Ebene mit der Rolle von Allianzen in der internationalen Politik auseinander. Die sich anschließende empirische Untersuchung setzt ein mit einer Perzeptionsanalyse der NATO-Staaten bezüglich der aktuellen und potenziellen Gefahren, die von den Subsystemen des Mittelmeerraumes für die nationalstaatliche und transatlantische Sicherheit ausgehen. Auf dieser Basis wird nach unilateralen wie trilateralen Maßnahmen zur Sicherung von Stabilität und Sicherheit in den mediterranen Subsystemen gefragt. Der Hauptteil der Untersuchung wendet sich im Folgenden der NATO-Politik im und gegenüber dem Mittelmeerraum zu. In drei Schritten werden (1) der Stellenwert der mediterranen Subsysteme in den strategischen Konzepten der Allianz, (2) die Reform der mi-

litärischen Strukturen an der Süd- und Südostflanke des Bündnisses und (3) die NATO-Politik in und gegenüber den mediterranen Subsystemen (Maghreb, Naher Osten, Balkan) analysiert. Die Untersuchung zeigt, dass sich die Allianz an die sicherheitspolitische Situation im Mittelmeerraum nur bedingt angepasst hat. In einem Nachwort geht der Verfasser auf die Situation nach dem 11. September ein. (ICE2)

[112-L] Messner, Dirk; Faust, Jörg:

Entwicklungspolitik als ein Kernelement der europäischen Sicherheitspolitik, (Analysen und Stellungnahmen, Nr. 3/2004), Bonn 2004, 4 S. (Graue Literatur; URL: [http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/8a5f5aa07c7d6847c1256e1400334014/\\$FILE/Messner-FaustEntwicklungspolitik%20als%20ein%20KernelementAuS-03-04.pdf](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/8a5f5aa07c7d6847c1256e1400334014/$FILE/Messner-FaustEntwicklungspolitik%20als%20ein%20KernelementAuS-03-04.pdf))

INHALT: "Die Ende 2003 vom Europäischen Rat verabschiedete Sicherheitsstrategie betont die Bedeutung von Konfliktprävention sowie ziviler, aber - wo nötig - auch militärischer Intervention in schwachen, zerfallenden Staaten. Die neue Sicherheitsstrategie empfiehlt eine enge Verzahnung der Außen- und Sicherheitspolitik mit der Entwicklungspolitik. Weil die Entwicklungszusammenarbeit über spezifische operative Erfahrungen in der Kooperation mit schwachen Staaten verfügt, sollte die Entwicklungspolitik die europäische Sicherheitsstrategie proaktiv aufgreifen. Signifikante Beiträge der Entwicklungspolitik zur neuen europäischen Sicherheitspolitik implizieren eine enorme personelle, konzeptionelle und finanzielle Kraftanstrengung. Hierzu müssen neue Formen der Arbeitsteilung zwischen bilateraler, europäischer und multilateraler Entwicklungspolitik gefunden werden. Gleichzeitig sind zusätzliche finanzielle Investitionen notwendig, die den neuen Herausforderungen gerecht werden". (Autorenreferat)

[113-L] Mohanty, Deba R.:

Changing times?: India's defence industry in the 21st century, (paper / Bonn International Center for Conversion -BICC-, 36), Bonn 2004, 46 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.bicc.de/publications/papers/paper36/paper36.pdf>)

INHALT: Der vorliegende Beitrag untersucht die indische Rüstungsindustrie. Zunächst werden die rüstungspolitischen Aspekte und Entscheidungen der indischen Regierung in der Vergangenheit beleuchtet. Danach werden die wichtigsten politischen Veränderungen in diesem Bereich in den 1990er Jahren nachgezeichnet und analysiert. Im Anschluss daran geht es um die aktuellen rüstungspolitischen Entscheidungen. Abschließend schätzt der Autor die zukünftige Entwicklung ein. Im Zentrum steht dabei jeweils die Frage der Autarkie dieser Entscheidungen. (ICD)

[114-F] Nabers, Dirk, Dr. (Bearbeitung):

Die soziale Konstruktion der Allianz gegen den Terror - die USA, Japan und die Bundesrepublik Deutschland

INHALT: Warum kooperieren Staaten in der internationalen Politik? Wie wirkt sich Kommunikation zwischen Staaten auf deren Interessen und Identitäten aus? Eine Antwort auf diese Fragen wird anhand der Untersuchung der "Allianz gegen den Terror" gesucht, die sich nach

dem 11. September 2001 zwischen den USA und ihren wichtigsten Verbündeten in Europa und Asien gebildet hat. Es wird dabei als Ausgangshypothese formuliert, dass das Krisenmoment des 11. September 2001 eine nicht da gewesene Kooperationsbereitschaft zwischen den USA und ihren Verbündeten generierte. Die untersuchten Staaten sind die USA, Japan und die Bundesrepublik. **GEOGRAPHISCHER RAUM:** USA, Japan, Bundesrepublik Deutschland
ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe
INSTITUTION: Institut für Asienkunde (Rothenbaumchaussee 32, 20148 Hamburg)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 040-428874-0, e-mail: nabers@ifa.duei.de)

[115-L] Nassauer, Otfried; Steinmetz, Christopher:

Rüstungskoooperation zwischen Deutschland und Israel, (BITS Research Report), Berlin 2004, 47 S., ISBN: 3-933111-11-0 (Graue Literatur; URL: <http://www.bits.de/public/pdf/rr03-1.pdf>)

INHALT: Die Studie beleuchtet die Entwicklung der deutsch-israelischen Rüstungskoooperation zwischen 1999 und 2001. Die Ausführungen basieren im Wesentlichen auf der Auswertung von öffentlich zugänglichen Quellen, wie z.B. den Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen oder Beiträgen in wehrtechnischen Publikationen wie 'Wehrtechnik' und 'Jane's Defence Weekly'. Im ersten Kapitel werden die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen der deutsch-israelischen Rüstungskoooperation untersucht. Im Mittelpunkt steht die Darstellung maßgeblicher Faktoren für die politische Gestaltung der Zusammenarbeit und die Vereinbarkeit des bilateralen Interesses an reibungsloser Kooperation mit den politischen Vorgaben für den Rüstungsexport. Im zweiten Kapitel werden die wichtigsten Elemente der Zusammenarbeit im militärischen Bereich skizziert. Die Kapitel drei und vier befassen sich mit dem 'klassischen Rüstungsexport'. Der Schwerpunkt liegt auf den zwischen 1998 und 2001 geplanten und getätigten Rüstungsexportgeschäften. In den Kapiteln fünf und sechs werden sodann einige Bereiche identifiziert, die in Zukunft die bilaterale Rüstungskoooperation bestimmen könnten, wie z.B. gemeinsame Rüstungsprojekte in Drittstaaten. Abschließend werden noch einmal die grundlegenden politischen und rechtlichen Probleme der Rüstungskoooperation aufgegriffen und in den Kontext der allgemeinen Handhabung von Rüstungskoooperation als Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gestellt. (ICG2)

[116-F] Nolte, Detlef, Prof.Dr.; Radseck, Michael, Dr.; Flandes, Daniel (Bearbeitung); Bodemer, Klaus, Dr. (Leitung):

Auf dem Weg zu einer regionalen Sicherheitsarchitektur? Eine vergleichende Untersuchung der nationalen Sicherheitspolitiken im südlichen Lateinamerika

INHALT: Der mit dem Vertrag von Asuncion 1991 initiierte Gemeinsame Markt des Südens (Mercosur) gilt unter Wissenschaftlern und Politikern übereinstimmend als das bislang erfolgreichste Integrationsprojekt außerhalb des OECD-Raums. Die ökonomische Vernetzung zwischen den Vollmitgliedern Argentinien und Brasilien sowie dem assoziierten Chile schließt zwar politische und wirtschaftliche Interessengegensätze nicht aus, begrenzt aber das Risiko sicherheitspolitischer Spannungen. Folgerichtig kam es mit dem Fortgang des Integrationsprozesses zu einem Abbau von Spannungen, zur Lösung der noch ausstehenden Grenzstreitigkeiten sowie zu verstärkten Anstrengungen, handelspolitische Konflikte beizulegen und vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den südamerikanischen Streitkräften zu institutionalisieren. Erwartete Ergebnisse: Die auf der Grundlage des vorläufigen analytischen

Rahmens zu erstellenden Länderstudien werden unterschiedliche Muster nationaler Sicherheitspolitiken widerspiegeln. Diese sollen erstens Auskunft über den Beitrag der einzelnen Länder zur regionalen sicherheitspolitischen Integration geben, zum anderen erlauben, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit anhand der aus der Theoriedebatte entwickelten Kriterien einer Form der sicherheitspolitischen Kooperation zuzuordnen. Kooperation: SER 2000, Buenos Aires; FLACSO, Santiago de Chile; Universität von Sao Paulo und von Brasilia; (u.a.). *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Paraguay

METHODE: Ausgehend von der theoretischen Debatte zwischen Neorealisten, neoliberalen Institutionalisten und Konstruktivistinnen und in Anlehnung an das Konzept der Security Community von Karl W. Deutsch (1957) sowie dessen konstruktivistischer Weiterentwicklung (Adler/Barnett 1998) soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit die nationalen Sicherheitspolitiken einen Beitrag zur Herausbildung einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft leisten. Als Fallbeispiele werden Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay und Paraguay ausgewählt. Methoden: Inhaltsanalyse und teilstandardisierte Interviews.

ART: gefördert *BEGINN*: 2003-04 *ENDE*: 2005-04 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Institut für Iberoamerika-Kunde (Alsterglacis 8, 20354 Hamburg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 040-414782-29, e-mail: bodemer@public.uni-hamburg.de)

[117-F] Peters, Dirk, M.A. (Bearbeitung); Dittgen, Herbert, Prof.Dr. (Betreuung):

The emergence of European Security and Defence Policy (ESDP)

INHALT: The thesis will develop an explanation for the emergence of the European Union's Security and Defence Policy (ESDP). It will focus primarily on rational cost benefit calculations of political and economic actors but will also take a look at how institutions helped to shape actors' identities and interests. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Europa

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Universität Mainz, FB 12 Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Bereich Internationale Politik (Saarstr. 21, 55099 Mainz)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 06131-39-25568, Fax: 06131-39-23729, e-mail: peters@politik.uni-mainz.de)

[118-L] **Promoting security: but how and for whom?**, (brief / Bonn International Center for Conversion -BICC-), (Ten-year Anniversary Conference "Promoting Security: But How and For Whom?", 2004, Bonn), Bonn 2004, 135 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040107362; Graue Literatur; URL: <http://www.bicc.de/publications/briefs/brief30/brief30.pdf>)

INHALT: "Die Erfolgsbilanz bisheriger Konversionsbemühungen und der Anteil, den das BICC daran hatte, bildeten den ersten thematischen Schwerpunkt, den die Konferenzveranstalter anlässlich des zehnjährigen Bestehens des BICC behandelt sehen wollten. Als zweiten, vielleicht sogar noch wichtigeren Komplex aber wollten sie ausloten, welche Wege sich für die künftige Arbeit des BICC abzeichnen. Es wurden schließlich sechs Themen festgelegt, die in sechs Diskussionsgruppen behandelt werden sollten. Dies waren: die Lehren und das Erbe der Zeit nach dem Kalten Krieg, das interessante, aber immer noch umstrittene Konzept der menschlichen Sicherheit; die Beziehungen zwischen den großen internationalen Institutionen, die maßgeblich sind für die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit; die Rolle externer

Akteure in internen Konflikten; Abrüstung und Rüstungskontrolle, und, nicht zuletzt, die Kleinwaffenkontrolle. Durch alle Diskussionsforen zog sich die spezifische Frage, unter die diese Konferenz gestellt wurde - nämlich, um was es bei der Sicherheitspolitik heute und in Zukunft gehen sollte." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Hartmut Krebs: 10 years of BICC - the past and the future (10-12); Michael Brzoska: 10 years of conversion - the main achievements (13-17); Klemens van de Sand: 10 years of BICC - a critical view from the outside (18-19); Peter J. Croll: The future of BICC (20-23); Alyson J.K. Bailes: Arms control: how to move from the Cold War legacy to the needs of a globalized world? (26-31); Edward J. Laurance: Reflections on the 'Decade of Disarmament' 1986-1999 (32-34); Ksenia Gonchar: In defense of conversion studies (35-36); Reinhard Weise: A short review of 10 years of re-designation of military installations in Brandenburg (37-39); Keith Krause: Is human security "more than just a good idea"? (43-46); Andrew Mack: The concept of human security (47-50); Theodor H. Winkler: The toolbox for security (51); Tobias Debiel: The need for an integrated security concept (52-55); Eric Remacle: Consent and dissent in the recent evolution of the transatlantic security architecture (59-61); Crister S. Garrett: Cooperation or competition: weighing the evidence (62-64); Patrick Hardouin: Remarks on NATO's role in meeting security challenges (65-67); Patricia Chilton: The EU-UN strategic partnership: neither partners nor competitors (68-73); Corinna Hauswedell: Prerequisites to successful peacebuilding (77-79); Christoph Weller: A warning against 'social engineering': every peace process first needs the involvement of the conflict parties (80-81); Cornelia Richter: Challenges for development cooperation (82-83); Eben Friedman: The Macedonian conflict of 2001: external actors and conflict resolution (84-87); Patricia Lewis: Reframing arms control and disarmament (91-94); Josef Holik: Arms control achievements: a solid foundation (95-96); Ruprecht Polenz: Priorities for arms control (97-98); Gerrard Quille: A role for the European Union (99-103); Sami Faltas: Capacity-building for small arms control (107-110); Irma Specht: Developing human resources in the field of reintegration of former combatants (111-112); Zahid Hussein: Pakistan: the Small Arms and Light Weapons (SALW) issue (113-114); Wolfgang Richter: The development of international SALW control regimes and practices (115-119); Adam Danile Rotfeld: Promoting security: but how and for whom? (122-126); Reinhart Helmke: The other conversion: from conflict to peace (127-130).

[119-L] Radseck, Michael:

Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (I): Meldeverhalten und Berichterstattungspolitik des Subkontinents gegenüber dem UN-Register für konventionelle Waffen, (Arbeitspapier / Institut für Iberoamerika-Kunde, Nr. 12), Hamburg 2003, 52 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IK/arbeitspapiere/arbeitspapiereI12.pdf>)

INHALT: "Für mehr Offenheit und Transparenz auf dem Feld des internationalen Waffenhandels zu plädieren ist auch und gerade in Südamerika zu einem Gemeinplatz geworden. In welchen Maße sich dieses in der Region weithin akzeptierte Ziel in die Praxis umgesetzt sieht, lässt sich unter anderem am Meldeverhalten und der Berichterstattungspolitik gegenüber dem 1992 eingerichteten 'UN-Register für konventionelle Waffen' aufzeigen. Während sich mit Argentinien, Brasilien, Chile und Peru die wichtigsten Waffenimporteure Südamerikas von Anbeginn und vergleichsweise konstruktiv am Waffenregister der Vereinten Nationen beteiligen, nehmen andere Länder auf dem Subkontinent bislang nur formell (Ecuador, Paraguay, Venezuela) oder überhaupt nicht (Kolumbien) teil. Ebenso zeigen Qualität und Konsistenz der übermittelten Daten deutliche Unterschiede. Nur bei rund jedem dritten Rüstungstransfer in die

Region lassen sich Import- und Exportmeldungen miteinander abgleichen. Entscheidenden Anteil hieran hat die restriktive Informationspolitik der Vereinigten Staaten gegenüber dem UN-Register als dem größten Waffenlieferanten Südamerikas. Insoweit das Bemühen um rüstungspolitische Transparenz im erweiterten MERCOSUR mit am stärksten ausgeprägt ist, kann hier von einer weiter sich vertiefenden Vertrauensbildung unter den beteiligten Staaten ausgegangen werden - dies eine *conditio sine qua non* auf dem Weg des südlichen Lateinamerika zu einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft." (Autorenreferat)

[120-L] Rohde, Joachim:

Rüstung in Europa: Zwänge und Optionen zur Optimierung europäischer Rüstungsprozesse, (SWP-Studie, S 25), Berlin 2004, 28 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=920)

INHALT: "Mitte Juni haben sich die Außenminister über die wesentlichen Eckpunkte der neu einzurichtenden Europäischen Verteidigungsagentur geeinigt. Mit ihr werden weit reichende Hoffnungen zur Verbesserung der europäischen militärischen Fähigkeiten und zur Intensivierung der europäischen Rüstungszusammenarbeit verbunden. Ob die Agentur den in sie gesetzten Hoffnungen gerecht werden können wird, hängt entscheidend von der Bereitschaft ihrer Mitglieder ab, Rüstungsprozesse und ihre politischen Rahmenbedingungen auf der Basis gemeinsamer Ziele auch gemeinsam zu gestalten. Diese Bereitschaft ist alles andere als sicher. Die Studie untersucht vor diesem Hintergrund die Entwicklungsoptionen von Rüstung in Europa, also das Umfeld, in dem die Europäische Verteidigungsagentur operieren muss. Sie diskutiert zwei als realistisch betrachtete Entwicklungsoptionen und kommt zu dem Ergebnis, dass die zur Umsetzung der ESVP-Ambitionen notwendige Vertiefung der europäischen Rüstungszusammenarbeit von einer kleineren Gruppe europäischer Staaten vorangetrieben werden sollte. In diesem "Kern" müssten die Fähigkeits- und Streitkräfteplanung aufs engste koordiniert, wenn nicht sogar gemeinsam gestaltet werden. Darüber hinaus müssten die Mitglieder ihren eigenen gemeinsamen Markt mit gemeinsamen Beschaffungs- und Wettbewerbsregeln sowie Regeln für den innergemeinschaftlichen Transfer und den Export in Länder außerhalb der EU entwickeln. In Ergänzung dazu sollte die Kooperation im Rüstungsbereich auf die Entwicklung gemeinsamer Politiken zur Steuerung von Entwicklungen in der rüstungstechnologischen und -industriellen Basis ausgeweitet werden." (Autorenreferat)

[121-L] Samkharadze, Nikoloz:

The European Security and Defence Policy and the North Atlantic Treaty Organisation - partnership or rivalry?, (ESH Working Paper, No. 5), Hannover 2004, 42 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.gps.uni-hannover.de/europe/workingpapers/samkharadze.pdf>)

INHALT: "Die vorliegende Arbeit analysiert die transatlantische Beziehungen in den letzten Jahrzehnten und konzentriert sich auf die Frage der Zusammenarbeit zwischen NATO und ESVP. Ist es möglich dass die ESVP ihren eigenen Weg einschlägt ohne Interessen der reformierten NATO zu berücksichtigen? Gibt es eine Alternative zu NATO und hat die EU die nötige Einheit und auch die Kapazität ihre eigene Sicherheitsstruktur zu schaffen? Oder wird die ESVP doch die Effizienz der NATO steigern und zur Stärkung der transatlantischen Alli-

anz beitragen? Dies sind die Fragen die der Autor hat versucht zu analysieren und zu beantworten." (Autorenreferat)

[122-L] Schmidt, Hans-Joachim:

Der Wandel in der konventionellen Rüstungskontrolle 1989-1996, (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 45), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2004, 333 S., ISBN: 3-593-37461-7 (Standort: UB Bonn(5)-2004-2930)

INHALT: Der Verfasser legt eine regimeanalytische Untersuchung der KSE-Verhandlungen vor, die sowohl zum Abschluss des Vertrags als auch zu seiner Anpassung an neue Rahmenbedingungen geführt wurden. Dies ist ein Desiderat, weil es hierzu noch keine Studien gibt, die theoretisch angeleitet den ganzen Prozess von 1989 bis 1996 umfassen. Folgende allgemeine Thesen für Regimeentstehung und -evolution liegen der Arbeit zu Grunde: (1) Regime werden von Akteuren aufgebaut und erhalten, die im betroffenen Sachbereich überlegene Machtressourcen besitzen. Das schließt die Gestaltung ihres Wandels ein. (2) Regime verlieren ihre Effizienz und Stärke, wenn das Machtverhältnis sich zwischen den Regimemitgliedern ausgewogener gestaltet. (3) Regime kommen nicht zustande oder zerfallen, wenn der überlegene Akteur das Interesse an ihnen verliert. Die Thesen werden anhand einer Reihe von Fallbeispielen und Themenkomplexe überprüft. Behandelt werden der Zwei-Plus-Vier Vertrag und die Beschränkung deutscher Streitkräfte im Rahmen des KSE-Vertrags; die Auflösung des Warschauer Paktes und der Zerfall der UdSSR; die Harmonisierung der Rüstungskontrolle nach dem Regimewandel. Insgesamt beansprucht der Autor, allgemeine Gesetzmäßigkeiten und Interpretationen für das Funktionieren von internationalen Regimen und ihrer Evolution herauszuarbeiten. (ICA2)

[123-L] Schössler, Dietmar:

Was heißt 'wehrhafte Demokratie'? - Zur sozial- und politikwissenschaftlichen Betrachtung eines Topos, in: Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg.): Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe : sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 87-108, ISBN: 3-531-14273-9

INHALT: "Das Konzept einer 'wehrhaften Demokratie' hat sich als brauchbarer Maßstab für die Messung von sicherheitspolitischer Effizienz erwiesen. Hier wurden aus dem Weimarer Desaster die richtigen Konsequenzen gezogen. In der Zeit der Bedrohung durch den Sowjetimperialismus bewährte sich die Wachsamkeit in der inneren wie äußeren Sicherheitspolitik. Nach der Wende haben die erweiterte weltpolitische Verantwortung Deutschlands wie das drastisch veränderte Konflikt- und Kriegsbild dieses Konzept faktisch globalisiert. Allerdings führt eine lediglich eindimensionale Fixiertheit auf 'asymmetrische' Konflikte - bei aufrechterhaltenen finanziellen Restriktionen - inzwischen bereits im europäischen Maßstab zu einem Niedergang der Wehrstruktur. Die neuen Bedrohungen durch den Terrorismus erzwingen neben der 'Verteidigung Deutschlands am Hindukusch' auch die Sicherung des eigenen Territoriums, d. h. die Neubewertung der Kernfunktion Landesverteidigung in der postkonfrontativen Periode - und diese personalintensive Aufgabe eines modernen Heimatschutzes (Homeland Security) ist allein auf der Basis der Wehrpflicht und der nur so ermöglichten Nutzung eines hinreichenden Reservistenpotenzials implementierbar. Zudem werden sog. neue strategische Akteure (vormals rogue states) weitere technologie- wie personalintensive Maßnah-

men der Sicherheitsvorsorge erzwingen. Mithin bleibt die Wehrpflicht auch künftig eines der wesentlichen Realisierungsmomente der 'wehrhaften Demokratie'." (Autorenreferat)

[124-L] Schroedter, Elisabeth:

Kultur der Prävention - Anspruch und Wirklichkeit: ziviles Konfliktmanagement in der europäischen Sicherheitspolitik, in: Wissenschaft und Frieden : W&F, Jg. 23/2004, H. 2, S. 39-42

INHALT: "Die EU hat in den letzten Jahren die politischen und militärischen Entscheidungsstrukturen zur Krisenbewältigung systematisch ausgebaut. Mit der neuen militärstrategischen Planung sollen jetzt offensichtlich die Voraussetzungen geschaffen werden, um den Entscheidungsstrukturen die militärischen Kapazitäten zur Durchsetzung an die Seite zu stellen. Elisabeth Schroedter schildert vor diesem Hintergrund die Entwicklungen auf dem Gebiet der zivilen Konfliktbearbeitung und geht der Frage nach, inwieweit diese als Ergänzung des militärischen Handels oder aber als Alternative gesehen werden." (Autorenreferat)

[125-L] Seifert, Arne C.:

Der islamische Faktor und die Stabilitätsstrategie der OSZE in ihrer euro-asiatischen Region: muss und kann der islamische Faktor Teil kooperativer Sicherheits- und Stabilitätsstrategien der OSZE sein?, (CORE Working Papers, 4), Hamburg 2001, 22 S. (Graue Literatur; URL: http://www.core-hamburg.de/documents/23_CORE_Working_Paper_4.PDF; http://www.core-hamburg.de/documents/31_CORE_Working_Paper_4_engl.PDF)

INHALT: "Es gibt keinen Gott außer Allah". Dieser Auffassung sind zwischen 60% und 80% der Bevölkerung vom Kaukasus bis zur chinesischen Grenze - eine Erinnerung daran, dass der Faktor Islam in Eurasien von permanenter strategischer Bedeutung bleiben wird. Obwohl radikale islamistische Bewegungen als Hauptquelle des internationalen Terrorismus identifiziert worden sind, sind jedoch erstaunlicherweise weder die OSZE noch ihre Mitgliedstaaten in der westlichen Welt in der Lage gewesen, eine umfassende und konstruktive Strategie im Umgang mit dem islamische Faktor zu entwickeln, noch nicht einmal in ihrem eigenen politischen Einflussraum in Eurasien, in Zentralasien oder im Kaukasus, wo islamistische Bewegungen schon zur politischen Realität geworden sind. Angesichts dieses Mangels beschäftigt sich der Verfasser mit folgenden Fragen: Kann der islamische Faktor in die Gesellschaft integriert werden und so intern wie extern eine konstruktive Rolle spielen? Kann und muss er nicht Teil der kooperativen Sicherheits- und Stabilisierungsstrategien der OSZE sein? Der Verfasser advokiert eine Abkehr von der konventionellen Haltung der OSZE dem politischen Islam gegenüber und fordert, dass die Fixierung auf das negative Terrorismus-Stigma im Umgang mit dem islamischen Faktor aufgegeben werden soll. Ein solcher Strategiewechsel erfordert gründliche Vorbereitung, Geduld und Optimismus. (ICEÜbers)

[126-L] Storp, Andreas:

Die sicherheitspolitischen Bedrohungspotentiale in der postkonfrontativen Periode: die Auswirkungen auf die amerikanische und deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik, (Studien zur internationalen Politik, Bd. 5), Frankfurt am Main: P. Lang 2003, 308 S., ISBN: 3-631-51079-9 (Standort: StuUB Frankfurt am Main(30)-87-569-90)

INHALT: "Zu Beginn der postkonfrontativen Periode kam es zu einer dynamischen Veränderung in der Bedrohungskonstellation im internationalen System. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes reduzierte sich einerseits das überevidente und eindeutige Bedrohungspotential des Kalten Krieges, andererseits entwickelten sich neuartige und komplexe sicherheitspolitische Strukturen. Die Studie untersucht die veränderte Bedrohungslage für die Staaten der westlichen Sicherheitsgemeinschaft. In einer qualitativen Analyse werden die Veränderungsprozesse innerhalb der amerikanischen und deutschen Sicherheitspolitik sowie deren Ausrichtung auf die veränderte Bedrohungskonstellation untersucht. Schließlich werden durch einen Vergleich der sicherheitspolitischen Ausrichtung der USA und Deutschlands die Divergenzen, Interessen- und Leistungsunterschiede sowie die daraus resultierende Stellung der beiden Staaten im internationalen System deutlich." (Autorenreferat)

[127-L] Umbach, Frank:

Aufrüstung und neue Sicherheitskooperationen in Asien-Pazifik, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 9, S. 65-72 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: "Im asiatisch-pazifischen Raum hat seit den neunziger Jahren eine Aufrüstung wie nirgendwo sonst mit Ausnahme des Mittleren Ostens stattgefunden. Besonders China und Japan haben sich militärisch neu orientiert. Gleichzeitig suchen die Staaten der Region nach neuen Formen der Sicherheitskooperation, wie Frank Umbach schildert. Besonderes Gewicht fällt informellen Initiativen wie der 'Proliferation Security Initiative' zu." (Autorenreferat)

[128-F] Varwick, Johannes, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik

INHALT: Das Projekt erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Trier. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Kiel, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. europäische Integration (24098 Kiel)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 030-31503006)

[129-L] Wagner, Wolfgang:

Für Europa sterben?: die demokratische Legitimität der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, (HSFK-Report, 3/2004), Frankfurt am Main 2004, II, 29 S., ISBN: 3-933293-97-9 (Standort: UuStB Köln(38)-20040107005; Graue Literatur;

URL: <http://www.hsfk.de/downloads/report0304.pdf>)

INHALT: "Seit die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mit ersten Einsätzen in Mazedonien, Bosnien und im Kongo eine politische Realität geworden ist, stellt sich die Frage ihrer demokratischen Legitimität mit besonderem Nachdruck. Schließlich, so erklärt Wolfgang Wagner im vorliegenden Report, beinhaltet sie im Extremfall die Zumutung, das Leben europäischer Bürger in Uniform aufs Spiel zu setzen. 'Für Europa sterben?', fragt

der Autor daher provozierend und untersucht vier Säulen der Legitimität einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Wird die ESVP von den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt gewollt? Stehen Entscheidungen über die Entsendung von Truppen unter ausreichender Kontrolle nationaler Parlamente? Besitzt das Europäische Parlament genügend Kompetenzen in der ESVP? Wird die Legitimation europäischer Einsätze durch die Bindung an das Völkerrecht gewährleistet? Keine dieser Säulen, so die skeptische Schlussfolgerung des Autors, ist ausreichend belastbar, um auch im Falle einer verlustreichen Operation die demokratische Legitimation zu gewährleisten. Einsätze der Europäischen Eingreiftruppe sind daher mit einem hohen Risiko behaftet. Einerseits können militärische Erfolge zur Popularität der EU beitragen, andererseits können verlustreiche Einsätze das gesamte Projekt der europäischen Integration in eine Legitimationskrise stürzen. Der Autor plädiert deshalb für eine zurückhaltende europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und macht konkrete Vorschläge, wie durch institutionelle Reformen die demokratische Legitimation verbessert werden kann." (Autorenreferat)

[130-F] Weinlich, Silke, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Senghaas, Dieter, Prof.Dr.Dr.h.c. (Leitung):

Internationalisierung und Privatisierung von Sicherheitspolitik

INHALT: Zwei sicherheitspolitische Schlüsselbegriffe der 1990er Jahre sind Intervention und Krisenprävention: Beide Konzepte erleben seitdem eine beeindruckende Karriere, da sich mit ihnen die Hoffnung verbindet, über wirksame Instrumente zur Eindämmung von nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aufflammenden innerstaatlichen Krisenherden zu verfügen. In den 1990er Jahren war eine Zunahme multilateraler ziviler und militärischer Interventionen in die inneren Angelegenheiten von Staaten zu beobachten. Dieser Trend der Internationalisierung von Sicherheitspolitik verstärkt dabei die Tendenz, nicht-staatliche Akteure an Aktivitäten in Krisenregionen zu beteiligen. Das Engagement nicht-staatlicher Akteure wie Nichtregierungsorganisationen und privater Firmen in Friedenskonsolidierungsprozessen und Präventionsbemühungen steigt immer mehr an, so dass sich neben dem Trend der Internationalisierung von Sicherheitspolitik auch ein Trend zur Privatisierung beobachten lässt. Welches Ausmaß haben nun diese beiden Tendenzen im Bereich der Sicherheitspolitik? Wie ausschlaggebend sind sie bei der Herausbildung von Security Governance Strukturen? Im Kontext des Forschungsprojekts D3 des Sonderforschungsbereichs 597 "Staatlichkeit im Wandel" nähert sich das Dissertationsprojekt der Frage nach der Internationalisierung und Privatisierung von Interventions- und Präventionsbemühungen aus der Perspektive der Vereinten Nationen. Fokus der Dissertation sind die Entwicklungen der Vereinten Nationen in den genannten Bereichen der Sicherheitspolitik seit den 1990er Jahren. *ZEITRAUM:* 1990er Jahre

ART: Dissertation *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien -InIIS- (Postfach 330440, 28334 Bremen)

KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: weinlich@uni-bremen.de)

[131-L] Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.):

Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe: sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte, (Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Bd. 2), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2004, 227 S., ISBN: 3-531-14273-9

INHALT: "Über die allgemeine Wehrpflicht wird schon lange debattiert. Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem veränderten Aufgabenspektrum und der daraus resultierenden Restrukturierung der Streitkräfte steht sie in großen Teilen Europas erneut und verstärkt zur Disposition. Die Beiträge in diesem Buch wenden sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive dem Thema Wehrpflicht zu. Nach einer Klärung kontextbezogener Begriffe und Konzepte wird unter Einbeziehung neuer theoretischer Ansätze verschiedenen Fragestellungen nachgegangen. Der Forschungsrahmen reicht dabei von demokratietheoretischen Zusammenhängen über sozialwissenschaftliche Ansätze der Gender- und politischen Kulturforschung bis hin zu internationalen Aspekten." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Paul Klein: Wehrsysteme und Wehrformen im Vergleich (9-27); Giuseppe Caforio: Rekrutierung und Ausbildung von Soldaten (29-44); Ute Frevert: Bürgersoldaten - Die Allgemeine Wehrpflicht im 19. und 20. Jahrhundert (45-64); Franz Kernic: Demokratie und Wehrform - Anmerkungen zum Verhältnis von Staatsverfassung und Heeresverfassung (65-85); Dietmar Schössler: Was heißt 'wehrhafte Demokratie'? - Zur sozial- und politikwissenschaftlichen Betrachtung eines Topos (87-108); Henrik Dinter: Wehrpflicht, Freiwilligenarmee und allgemeine Dienstpflicht - Aktuelle Argumentationslinien (109-129); Uta Klein: Die Wehrpflicht von Männern - Ausdruck überkommener Geschlechterpolitik (131-153); Ines-Jacqueline Werkner: Die Wehrpflicht - Teil der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland? (155-177); Sven Bernhard Gareis: Wehrstrukturen und Multinationalität (179-199); Gerhard Kümmel: Von den Verheißungen privater Sicherheit - Die postheroische Gesellschaft, der überlastete Staat, das Wehrsystem und private Sicherheits- und Militärdienstleister (201-220).

[132-L] Werkner, Ines-Jacqueline:

Die Wehrpflicht - Teil der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland?, in: Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg.): Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe : sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 155-177, ISBN: 3-531-14273-9

INHALT: "Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen haben sich in Europa und insbesondere auch in der Bundesrepublik Deutschland seit 1989/90 fundamental verändert. In Europa ist ein allgemeiner Trend zu Freiwilligenarmeen festzustellen. Ein Großteil der politischen Akteure in der Bundesrepublik, aber auch wesentliche Teile der deutschen Bevölkerung bejahen dagegen auch heute noch unverändert die Wehrpflicht. Warum hält nun Deutschland weiterhin an der Wehrpflicht fest? Welche Ursachen und Determinanten bestimmen diese Einstellungs- und Verhaltensmuster? Der Beitrag untersucht diese Fragestellung mit dem Ansatz der politischen Kultur. In drei Analyseschritten werden historische Erfahrungen und Traditionsbestände, Normen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sowie Umfrageergebnisse im Hinblick auf die Kernfrage - ob und inwiefern die Wehrpflicht zur politischen Kultur der" (Autorenreferat)

[133-L] Werthebach, Eckart:

Deutsche Sicherheitsstrukturen im 21. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 44, S. 5-13 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/O95QW8.pdf>)

INHALT: "Die föderale Sicherheitsarchitektur Deutschlands trennt nach wie vor strikt nicht nur die Aufgabenfelder Innere und Äußere Sicherheit, sondern auch den Schutz der Bevölkerung vor kriegsbedingten Schadensfällen und friedensmäßigen Katastrophen, obwohl eine existenzgefährdende militärische Bedrohung durch andere Staaten faktisch nicht mehr besteht, während eine neue, asymmetrische durch den internationalen Terrorismus entstanden ist. Angesichts dieses Terrorismus neuen Typs werden für Deutschland - ähnlich wie in den USA - neue unkonventionelle, kooperative Sicherheitsstrategien verlangt. Dennoch muss sich der Rechtsstaat treu bleiben und seine Grundprinzipien wahren. Es zeichnet den Rechtsstaat aus, auch auf befürchtete Terroranschläge mit Augenmaß zu reagieren." (Autorenreferat)

5 Einzelne Kriege, ethnische, nationale Konflikte

[134-L] Alnasseri, Sabah (Hrsg.):

Politik jenseits der Kreuzzüge: zur aktuellen politischen Situation im Nahen und Mittleren Osten, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2004, 219 S., ISBN: 3-89691-574-6

INHALT: "In den Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens hat die postislamitische Phase begonnen, so die These dieses Bandes. Eine Illusion, eine Utopie angesichts der Meldungen über Terrorakte wie zuletzt in Madrid, die islamitischen Gruppen wie El Qaida oder den Taliban zugeschrieben werden? Gelten islamische Gesellschaften doch als geprägt von konservativen Regimen, deren Opposition überwiegend noch konservativer, nämlich 'fundamentalistisch' sei. Der Band versammelt Beiträge von kritischen IslamwissenschaftlerInnen und Nahost-ForscherInnen. In kritischer Auseinandersetzung mit westlichen Diskursen, deren Bild von der in der 'Vormoderne' verharrenden 'islamischen Welt' zur Legitimierung imperialistischer westlicher Politik herangezogen wird, arbeiten sie die Vielgestaltigkeit des 'Islamismus' und des 'islamischen Fundamentalismus' sowie seinen tatsächlichen religiösen Gehalt heraus. Dabei fragen sie auch, ob er tatsächlich der Gegenentwurf zur säkular-neoliberalen westlichen Gesellschaft ist. Zum anderen beschreiben die AutorInnen die wachsende Rolle, die neben 'islamitischen' zunehmend zivilgesellschaftlich-liberale Akteure in der politischen Diskussion der betreffenden Regionen spielen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Sabah Alnasseri: Einleitung (7-18); Matin Baraki: Stationen deutscher Afghanistan-Politik (19-47); Joachim Guilliard: Im Treibsand Iraks Nachkriegsstrategien der USA unter dem Druck der Ereignisse (48-74); Sabah Alnasseri: Kriegs- und Enteignungsökonomie als Modus ursprünglicher Akkumulation. Der Fall Irak (75-84); Moshe Zuckermann: Bush, Sharon und die Quadratur des Kreises (85-94); Sabah Alnasseri: Gewalt und Frieden im Zeitalter des globalisierten Terrors. Der Fall Israel-Palästina (95-136); Ebrahim Tough: Nostalgische Reform und 'Restauration' der Theokratie im Iran (137-153); Ilker Ataç/Emre Arslan: Grenzen des Imperialismus: Die Türkei im Irakkrieg (154-171); Christoph Görg: Ein neuer Imperialismus? (172-183); Sabah Alnasseri: Die Konstruktion der orientalischen Feindbilder (184-197); Sabah Alnasseri: Die Konstruktion 'islamische Demokratie' und der mögliche Übergang zu einer postislamitischen Situation (198-217).

[135-L] Baraki, Matin:

Afghanistan nach den Taliban, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 48, S. 24-30 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/9A4P35.pdf>)

INHALT: "Der Krieg gegen die Taliban ist Bestandteil der 'Greater Middle East Initiative' der USA. Afghanistan war der Prüfstein für weitere Militärinterventionen der USA in der Region. Die Neokonservativen in Washington sahen mit dem militärischen Erfolg gegen das Talibanregime ihre Konzeption bestätigt. Die Vertreibung der Taliban, unter der Chiffre 'Enduring Freedom' ein Teil des 'Kriegs gegen den Terror' und zusätzlich mit der Befreiung der afghanischen Frauen begründet, hat nicht nur Afghanistan, sondern die gesamte Region destabilisiert und zu einem kostspieligen internationalen Engagement geführt. Entgegen den Vorstellungen der EU-Länder haben die USA auf dem Petersberg Afghanistan 'warlordisiert' und damit Möglichkeiten für eine zivile und friedliche Ordnung in absehbarer Zeit zunichte gemacht. Afghanistan ist von der Verwirklichung der Menschenrechte wie von Sicherheit und Frieden weit entfernt, weshalb auch der Wiederaufbau zu wünschen übrig lässt." (Autorenreferat)

[136-L] Becker, Astrid:

Unsichere Zukunft für Sri Lanka, (Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit), Bonn 2004, 4 S. (Graue Literatur; URL: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/01961.pdf>)

INHALT: Der vorliegende Beitrag betrachtet die Situation Sri Lankas nach dem Überraschungssieg der United Peoples Freedom Alliance (UPFA) bei den 13. Parlamentswahlen am 2. April 2004. Die siegreiche Allianz aus Sri Lanka Freedom Party (SLFP) und Janatha Vimukthi Peramuna (JVP) erhielt dabei 45% der Stimmen und löst die bisherige UNF (United National Front)-Regierung geführt von Ranil Wickremesinghe ab. Im Parlament spielt neben der bisherigen Regierungspartei UNF die Tamil National Alliance eine entscheidende Rolle, deren Unterstützung für die Forderungen der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) als sicher angesehen wird. Die LTTE hat Abspaltungstendenzen im Nordosten im März gewaltsam verhindert. Da keine Partei zu einer Koalition bereit ist, hat die UPFA eine Minderheitsregierung unter Premierminister Mahinda Rajapakse gebildet. Es wird deutlich, dass die fehlende Mehrheit die Lösung der drängendsten Probleme des Landes erschweren wird: die Friedensverhandlungen und die Stabilisierung der Wirtschaft. Bisher existiert kein Konsens innerhalb der Allianz zum weiteren Verhandlungskurs mit der LTTE. (ICD)

[137-L] Bendiek, Annegret:

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien und die europäische Integration: eine Analyse ausgewählter Politikfelder, (Forschungen zur Europäischen Integration, Bd. 8), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2004, 370 S., ISBN: 3-8100-4006-1 (Standort: UB Bonn(5)-2004-2534)

INHALT: Das Buch untersucht den Einfluss externer Wirkfaktoren auf die interne Entwicklung des politischen Systems der Europäischen Union. Anhand verschiedener Fallstudien zur Flüchtlingspolitik, Wiederaufbaupolitik und humanitären Hilfe sowie zur Menschenrechts- und Konditionalitätspolitik der EU in den verschiedenen Phasen der jugoslawischen Bürgerkriege der 1990er Jahre wird aufgezeigt, wie die Mitgliedstaaten in Anbetracht der nur gemeinsam zu bewältigenden Konfliktlagen ihre zwischenstaatliche Zusammenarbeit durch

gemeinschaftliche Elemente erweitern und vertiefen und dabei die Kontrolle über ihre abgetretenen und zusammengelegten Hoheitsrechte behalten. Die interne System-Entwicklung der EU wird einerseits als Reaktion auf externen Druck, andererseits als Aktion im Rahmen von institutionellen Anreizen und Einschränkungen analysiert. Hierbei handelt es sich um einen Erklärungsansatz, der von dem hermeneutischen Modell des "akteurszentrierten Institutionalismus" ausgeht. Vor dem Hintergrund dieser theoretischen und konzeptionellen Überlegungen wird ein Analysekonzept entworfen, das zwischen der Polity-, der Politics- und der Policy-Dimension des EU-Systems unterscheidet, die jeweils als Einfallstore für die Wirkung externer Faktoren gewertet werden. In einer Fallstudie werden der Konflikt und die daraus erwachsenen humanitären Konsequenzen für die EU und ihre Mitgliedstaaten dargestellt. Es wird gezeigt, wie die EU im Verlauf der Konfliktgeschichte in den 1990er Jahren insbesondere die Fluchtproblematik ins Zentrum des Geschehens rückte. Im dritten Teil werden die Strukturen, Akteure und Instrumente in den Politikfeldern der humanitären Hilfe, Wiederaufbau- und der Flüchtlingspolitik der EU analog analysiert. (ICA2)

[138-L] Bielawski, Martina; Halbach, Uwe:

Der georgische Knoten: die Südossetienkrise im Kontext georgisch-russischer Beziehungen, (SWP-Aktuell), Berlin 2004, 8 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1014)

INHALT: Der Beitrag erörtert die zwischenstaatlichen Beziehungen von Georgien und Russland hinsichtlich des Umgangs mit dem abtrünnigen georgischen Landesteil Südossetien. Dabei werden die Grenzen für eine nachhaltige Verbesserung der russisch-georgischen Beziehungen sichtbar, die von der neuen Regierung in Tiflis als prioritäres außenpolitisches Ziel deklariert worden ist. Die von militanter Rhetorik und Scharmützeln begleitete 'Südossetienkrise' lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf die unbewältigten regionalen Konflikte des Südkaukasus und die strukturellen Probleme im Verhältnis Georgiens zu Russland. Nach der erfolgreichen 'Rosenrevolution' 2003 erklärt der neue Präsident Saakashvili die Wiederherstellung der territorialen Integrität durch Wiedereingliederung abtrünniger Landesteile zum obersten Ziel. Dies widerstrebt jedoch den Vorstellungen der 'Republik Südossetien', die auf eine Unabhängigkeit pocht. Der georgische Vorstoß an der Grenze zu Südossetien löst Entwicklungen aus, die eine sprunghafte Erhöhung der Spannungen und eine Militarisierung in der Konfliktzone mit sich bringen. Die Rolle Russlands in diesem Sezessionskonflikt gestaltet sich im Zuge der Interessen einzelner Akteure (z.B. Schmuggel und Wirtschaftskriminalität) sowie der Kooperation mit dem Sezessionsregime ambivalent, um so einen Zustand der 'kontrollierten Instabilität' zu erhalten. (ICG2)

[139-L] Bilke, Nadine:

Krieger für den Frieden: Strategien konstruktiver Konfliktberichterstattung am Beispiel interethnischer Konflikte in Ghana, in: Zeitschrift für Kommunikationsökologie, Jg. 6/2004, Nr. 1, S. 33-36

INHALT: Konflikt- und Kriegsberichterstattung ist zum großen Teil einseitig und parteiisch und wenig auf die Konfliktlösung bedacht. Dies ist zum großen Teil auf den Wettbewerbsdruck und die Kommerzialisierung des Mediensystems zurückzuführen, zum Teil weisen aber auch selbst die Journalisten die Ansprüche der konstruktiven Konfliktberichterstattung als unrealis-

tisch zurück. In ihrem Beitrag stellt die Autorin die Systematik für den Friedensjournalismus vor: kritische Konfliktanalyse, Wahrhaftigkeit, Empathie sowie Kompromissbereitschaft und Suche nach der Lösung. Wie diese vier journalistischen Grundhaltungen in die Praxis umgesetzt werden, wird am Fallbeispiel der Berichterstattung über die ethnischen Konflikte im Norden Ghanas, die 1994 ausbrachen, dargestellt. (PT)

[140-L] Bläsi, Burkhard:

Konstruktive Konfliktberichterstattung und Medienrealität - ein unüberwindbarer Gegensatz?, in: Zeitschrift für Kommunikationsökologie, Jg. 6/2004, Nr. 1, S. 28-32

INHALT: In letzter Zeit wurden verschiedene theoretische Modelle von Friedensjournalismus bzw. der "konstruktiven Konfliktberichterstattung" entwickelt, in denen Wege aufgezeigt werden, wie Konfliktberichterstattung zu Prozessen der Deeskalation, der Friedensschaffung und der Versöhnung beitragen könnte. In einer Studie, die auf einer Befragung von 30 Experten beruht wurde ein Modell von Faktoren entwickelt, die Einfluss auf die Konfliktberichterstattung haben. Nach diesem Modell wurden sechs grundlegende Faktoren identifiziert, die in dem Beitrag diskutiert werden: (1) Strukturelle Aspekte des Medienbetriebs, (2) die Konfliktsituation vor Ort, (3) individuelle Merkmale der Journalisten, (4) das öffentliche Klima, (5) die Lobbys und (6) die Rezipienten. Trotz Vereinfachungen soll das Modell dazu beitragen, die Komplexität des Produktionsprozesses besser zu verstehen. (PT)

[141-L] Calic, Marie-Janine:

Herausforderung Kosovo: die Europäer müssen sich noch stärker engagieren, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 11/12, S. 95-102 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: "Der ungeklärte Status Kosovos steht nicht zuletzt seit den blutigen Unruhen vom März 2004 weit oben auf der politischen Agenda des Westens. Die Autorin plädiert für ein noch stärkeres Engagement der Europäischen Union in der seit 1999 international verwalteten Provinz. Die EU werde dort 'in langer zeitlicher Perspektive' den Prozess der Stabilisierung und 'Europäisierung' begleiten und unterstützen müssen." (Autorenreferat)

[142-L] Coppieters, Bruno:

The Georgian-Abkhaz conflict, in: JEMIE : Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe, 2004, Iss. 1, 29 S. (URL: <http://www.ecmi.de/jemie/download/1-2004Chapter5.pdf>)

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit dem historischen Hintergrund des von dem Wunsch nach Identität und Sicherheit getriebenen georgisch-abchasischen Sezessionskonflikts auseinander und fragt nach Aussichten auf eine Lösung, die im hierarchischen Föderalsystem der UdSSR nicht gefunden werden konnte. Nach dem kriegerischen Konflikt der Jahre 1992/93 sagte sich Abchasien von Georgien los. Eine Vermittlung durch die UNO blieb bislang erfolglos. Der Verfasser beschreibt die Vorschläge und Initiativen der beiden Konfliktparteien und der internationalen Vermittler. Er zeigt, wie die Konfliktparteien den Prozess der Europäisierung ihrer Region wahrnehmen, welche Rolle die EU in diesem Konflikt spielt und welche Ergebnisse die Zukunft bringen kann. Die Vorschläge der UNO sehen Abchasien entweder als Teil

einer Föderation mit Georgien oder als Teil eines georgisch-abchasischen Staatenbundes. Solange aber kein gemeinsamer Ansatz der internationalen Kräfte zur Überwindung des toten Punkts in den politischen Verhandlungen existiert, lässt sich das Ergebnis dieses Konflikts nur schwer prognostizieren. (ICEÜbers)

[143-L] Dehnert, Stefan; Preuss, Wolf:

Unruhiger Kosovo: Konfliktstrukturen und Lösungsansätze, (Europäische Politik), Bonn 2004, 20 S., ISBN: 3-89892-273-1 (Graue Literatur;
URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/02124.pdf>)

INHALT: Der vorliegende Beitrag untersucht die Ursachen für die Unruhen im Kosovo und stellt Lösungsmöglichkeiten vor. Im Zentrum stehen dabei folgende Fragen: (1) Ist das von UNO, NATO, EU und OSZE im Kosovo verfolgte Konzept der Befriedung und des Wiederaufbaus gescheitert? (2) Was stimmt an den Vorwürfen, dass UNMIK durch sein arrogantes Verhalten seinen Kredit bei der einheimischen Bevölkerung verspielt hat? (3) Stimmt es, dass die Vor Enthaltung der Unabhängigkeit der wesentliche, destabilisierende Faktor für Kosovo ist, oder lässt man damit den regionalen Kontext der Kosovo-Frage außer acht? Oder muss man nicht eher davon ausgehen, dass aufgrund der vorhandenen, konfliktträchtigen Parameter bei rascherer Verfolgung einer Exit-Strategie die Folgen wesentlich katastrophaler ausgefallen wären, als dies bei den März-Unruhen der Fall war? (4) Wie lässt sich fast fünf Jahre nach dem Ende des militärischen Konflikts, nach Jahren des Wiederaufbaus von Gebäuden und Institutionen und der starken internationalen Präsenz so viel destruktive Kraft erklären? (5) Wie konnte andererseits die Situation so falsch eingeschätzt werden, dass die anwesenden Sicherheitskräfte weitgehend unvorbereitet reagierten? (ICD2)

[144-L] Fürtig, Henner:

Der Irakkrieg: Katalysator für die Demokratisierung des Nahen Ostens?, in: DOI-Focus online, 2003, Nr. 11, 40 S.
(URL: <http://www.duei.de/doi/de/content/onlinepublikationen/focus11.pdf>)

INHALT: "Der Irakkrieg wurde von der Bevölkerung Nordafrikas und des Nahen Ostens nicht nur schlechthin als einschneidende Zäsur wahrgenommen, sondern als Erschütterung, ja als Schock. Statt zum demokratischen Aufbruch zu führen, verstärkte der Krieg deshalb die Wahrnehmung elementarer Instabilität, Unsicherheit und Fremdbestimmung. Abwehrreflexe gegen - tatsächliche oder vermeintliche - Dominanzbestrebungen des Westens kamen erneut zum Tragen. Die Ursachen für dieses Verhalten sind zwar vielfältig, trotzdem lassen sich hauptsächliche benennen. Dazu zählen zunächst der unvollendete bzw. außerordentlich divergente Demokratiediskurs in der Region bis zum Irakkrieg und die Unglaubwürdigkeit der amerikanischen Demokratisierungsoffensive angesichts des Erbes der US-Nahostpolitik, insbesondere der nahezu kritiklosen Unterstützung Israels. Darüber hinaus bestätigte sich das Verhalten arabischer Regimes, auf Reformdruck mit erlernten Mustern zu reagieren; unter maximaler Nutzung der Propaganda, so minimal wie nötig zu verändern. Der Irakkrieg erleichterte diese Strategie, weil er die Schaffung einer 'Wagenburgmentalität' begünstigte. Außerdem zeigte sich das Glaubwürdigkeitsproblem des amerikanischen Demokratieexports gerade bei den avisierten Reformkräften in der Bevölkerung am ausgeprägtesten. Hier herrscht die grundsätzliche Einschätzung vor, dass sich die USA bei ihrem Krieg gegen Irak aus-

schließlich von eigenen, machtpolitischen Interessen leiten lassen und nicht von altruistischen Motiven." (Autorenreferat)

[145-L] Görg, Christoph:

Ein neuer Imperialismus?, in: Sabah Alnasseri (Hrsg.): Politik jenseits der Kreuzzüge : zur aktuellen politischen Situation im Nahen und Mittleren Osten, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2004, S. 172-183, ISBN: 3-89691-574-6

INHALT: Der "neue Imperialismus" stellt für den Autor die Krise der Globalisierung unter neoliberaler Ägide dar, eine Krise, die strukturell den Widersprüchlichkeiten neoliberaler Strategien seit Anfang der 1970er Jahre inhärent ist. Die Irakkriege sind der gewaltförmige Ausdruck dieser Krise. Sie betrifft nicht nur den US-Imperialismus, sondern den gesamten Imperialismus unter der US-Hegemonie. Der Autor bringt dies auf folgende Formel: "Neu ist nicht der Imperialismus, neu ist sein offenkundiges Hervortreten" - und diese unkaschierte Demonstration eines "Kriegs gegen das Böse" macht den aggressiv-gewalttätigen Charakter des neuen Imperialismus aus. Diskutiert werden auch Gründe, die einer leichtfertigen Anklage des US-Imperialismus entgegenstehen: Erstens sind imperialistische Tendenzen in der heutigen Weltlage gerade keine neue Entwicklung, die erst nach dem 9. September 2001 oder dem Krieg im Irak hervorgetreten wären, sondern schon in der neuen Phase kapitalistischer Globalisierung der letzten 25 Jahre systematisch angelegt. Auch geht mit der einseitigen Anklage der USA eine Entlastung Europas einher, die wiederum politisch im Rahmen eigener Hege-monialprojekte ausgenutzt wird. Anstatt aber den US-Imperialismus anzuklagen und für alle Übel dieser Welt verantwortlich zu machen, sollte man die gemeinsamen Interessen von USA und Europa nicht aus den Augen verlieren. (ICA2)

[146-L] Hagn, Julia:

Der Irak-Konflikt: das UN-System kollektiver Sicherheit auf dem Prüfstand, (Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, Nr. 36), München 2004, 228 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.forschungsstelle-dritte-welt.de/Dokumente/AP/AP_FSDW_36_Hagn.pdf)

INHALT: Im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht die Überprüfung der Funktionsfähigkeit des Systems Kollektiver Sicherheit (SKS) der UNO, wie es sich während des Irak-Konfliktes zwischen 1990 und 2003 darstellte. Die Autorin arbeitet insbesondere heraus, welche Schwächen sich bei der Handhabung des Konfliktes offenbarten und welche Konsequenzen sich daraus für den Reformprozess des UN-SKS ergeben. Die Arbeit konzentriert sich in Bezug auf die völkerrechtlichen Aspekte auf das Instrumentarium, das dem SKS zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zur Verfügung steht und in Kapitel VII der UN-Charta genannt wird. Die Untersuchung wird auf drei Ebenen vollzogen: (1) auf der Ebene der normativen Ausgestaltung des SKS in der UN-Charta; (2) auf der Ebene der zur Verfügung stehenden Instrumente und (3) auf der Ebene der die entsprechenden Maßnahmen der kollektiven Sicherheit treffenden Institution des Sicherheitsrates. (ICD)

[147-L] Halbach, Uwe:

Gewalteskalation im Kaukasus, Verhärtung in Rußland, (SWP-Aktuell), Berlin 2004, 8 S. (Graue Literatur; URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1028)

INHALT: Der Beitrag skizziert die Konflikt- und Gewaltsituation im Kaukasus, in die die Hoheitsmacht Russland involviert ist. Dabei gliedern sich die Ausführungen in die folgenden Aspekte: (1) Krise im Nordkaukasus, (2) Informationspolitik und Feindbildfixierung, (3) 'Dschihadisierung' von Regionalkonflikten, (4) die Lösung bzw. der Umgang mit der Gewaltspirale in Tschetschenien durch Verhandlung, 'Tschetschenisierung', außenstehende Konfliktvermittler oder das Weiterkämpfen bis zur restlosen Vernichtung des bewaffneten Gegners. Die europäische Russland- und Kaukasuspolitik gestaltet sich komplex und schwierig. Die EU tastet sich in letzter Zeit an eine Südkaukasus-Politik heran und muss dabei erfahren, dass Konfliktzonen in einem Land wie Georgien nicht von der nordkaukasischen Dimension regionaler Dynamiken abgetrennt werden können. Solange der Nordkaukasus die Gewaltzone Russlands bleibt, stößt internationale Stabilitätspolitik im Südkaukasus auf enge Grenzen. (ICG2)

[148-L] Kakar, Sudhir:

Kalis Zeit: Gewalt zwischen Religionsgruppen in Indien, in: Internationales Asienforum, Jg. 34/2003, H. 3/4, S. 231-250 (Standort: UuStB Köln(38)-MXG 01077; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Auf dem Hintergrund der im Dezember 1990 ausbrechenden gewalttätigen Ausschreitungen im südindischen Andhra Pradesh befasst sich der Beitrag mit der Gewalt zwischen Hindus und Muslimen in Indien und untersucht im Bereich der verschiedenen Disziplinen der Sozialwissenschaften die unterschiedlichen Erklärungen für die Ursachen der Gewalt. Dabei geht es dem Autor vor allem um eine psychoanalytische Interpretation der gewaltsamen Konflikte, indem er sich auf die subjektiven Erfahrungen von Männern, Frauen und Kindern bezieht, Hindus und Muslimen, die in der Altstadt Hyderabads leben. Anhand von Interviews acht Monate nach den gewaltsamen Ereignissen wird verdeutlicht, dass der Ausbruch von Gewalt die Aktivierung des ewigen hindu-muslimischen Geschichtskonflikts und die "kommunalistische Identität" im Bewusstsein der Beteiligten voraussetzt und zusätzlich durch religiöse Demagogen ausgelöst wird. Außerdem wird mit Hilfe von Gerüchten das paranoide Potential aktiviert und es werden Bilder einer direkt bevorstehenden Gefahr der Auslöschung des Körpers herauf beschworen. Mit der Vorrangstellung der kommunalistischen Identität setzt sich eine neue Moral durch, die Brandstiftung, Plünderung und das Töten männlicher Mitglieder der feindlichen Gruppe sanktioniert. Trotz der langen Geschichte kommunalistischer Gewalt widerstehen jedoch viele Hindus und Muslime einer permanenten Radikalisierung ihrer religiösen Identität. (ICH)

[149-L] Kolmer, Christian:

Krieg im Fernsehen 2001-2003: eine Inhaltsanalyse der deutschen, englischen, südafrikanischen und US-Fernsehnachrichten, in: Zeitschrift für Kommunikationsökologie, Jg. 6/2004, Nr. 1, S. 37-43

INHALT: Die Rolle der Medien im dritten Golfkrieg wurde schon im Vorfeld selber zum Medienthema. In einer kontinuierlichen, vollständigen und standardisierten Inhaltsanalyse der Hauptabend-Nachrichtensendungen in Deutschland, Großbritannien, Südafrika und den USA durch das Medienforschungsinstitut "Medien Tenor" wurde folgenden Fragen nachgegangen: Hat die Berichterstattung über Kriege und militärische Konflikte nach dem 11. September 2001 zugenommen? Gibt es Unterschiede in der Intensität der Kriegsberichterstattung zwischen den kriegsführenden und den unbeteiligten Staaten? Über welche Kriege wird berichtet und über welche nicht? Wie unterscheidet sich das Medienbild der weltweiten Konfliktlage von der Perspektive der Politik und der Krisenforschung? Wie lässt sich die Nachrichtenauswahl erklären? In dem Beitrag werden die Ergebnisse der Inhaltsanalyse vorgestellt und kommentiert. (PT)

[150-L] Köndgen, Olaf:

Tragödie in Darfur, in: KAS-Auslands-Informationen, 2004, Nr. 10, S. 4-16 (Standort: UuStB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_5677_1.pdf)

INHALT: "Von Arabern als Täter und von Afrikanern als Opfer zu sprechen, würde der Komplexität des multiethnischen, in einem Jahrhunderte alten Streit um Land und Wasserressourcen, um Macht und Vorherrschaft wurzelnden Konflikt im afrikanischen Darfur sicher nicht gerecht werden. Sehr unterschiedliche Völker - Zaghawa-Nomaden und eine kleine arabischsprachige Minderheit im Norden, sesshafte, nicht arabischsprachige Fur, Massalit, Daju und Berti im Westen sowie Baggara im Süden Darfurs - haben durch ihre Kriege, in denen oft genug die Regierungen des Landes eine unrühmliche Rolle spielten, ein Spannungspotenzial geschaffen, das in jüngster Zeit laut VN zu 50000 Konfliktopfern, laut anderen Angaben zu 180000 Toten geführt hat. Vor allem die Reitermilizen der Janjawid, derer sich die islamistische, arabozentrisch orientierte Regierung Präsident Baschirs im Kampf gegen die aufständischen SLA und JEM bedient, sind für die Zerstörung zahlreicher Dörfer, eine Unzahl von Toten sowie die Flucht von über einer Million Menschen verantwortlich. Ein Ende des Sterbens der in tschadischen und sudanesischen Lagern lebenden Flüchtlinge ist nicht in Sicht, zumal die Führung des Landes angesichts des nur schwachen Drucks von EU, VN und USA kaum Anlass zu einem Kurswechsel sieht." (Autorenreferat)

[151-L] Lewis, Scott:

Rejuvenating or restraining civil war: the role of external actors in the war economies of Sudan, (paper / Bonn International Center for Conversion -BICC-, 37), Bonn 2004, 45 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.bicc.de/publications/papers/paper37/paper37.pdf>)

INHALT: Der vorliegende Beitrag untersucht die Rolle der externen Akteure, die in Sudans Kriegswirtschaft involviert sind, und konzentriert sich dabei hauptsächlich auf Ereignisse zwischen 1997 und 2003. Seit der Unterzeichnung der Friedensvereinbarung von Khartoum hat der Krieg im Sudan an Intensität gewonnen, was zu Massenvertreibungen und einer militärischen Aufrüstung durch die sudanesischen Regierung führte. Die militärische Eskalation hat den Einsatz von Kampfbombern aus China, Panzern aus Polen und Hubschraubern aus Russland eingeschlossen. Ausländische Investitionen haben die Feindseligkeiten der Krieg führenden Parteien direkt unterstützt. Der Autor liefert eine Hintergrundstudie über die wich-

tigsten internationalen ökonomischen Akteure und die Auswirkung auf die sudanesishe Kriegswirtschaft. Es wird gefragt, ob die Politik der internationalen Akteure dazu beiträgt, den Konflikt zu verlängern oder ihn zu zügeln. Hierfür werden theoretische Ansätze zur Kriegswirtschaft analysiert und auf den Fall Sudan angewendet. (ICD)

[152-L] Maihold, Günther:

Kolumbien: Sicherheit als Weg zum Frieden?: die Rolle Europas und der internationalen Gemeinschaft im kolumbianischen Konflikt, (SWP-Aktuell), Berlin 2004, 8 S. (Graue Literatur; URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=980)

INHALT: Vor dem Hintergrund des umstrittenen kolumbianischen Programms 'demokratische Sicherheit', das scheinbar zur Befriedung des Landes beiträgt, skizziert der Beitrag das friedenspolitische Engagement Europas und der internationalen Gemeinschaft in Kolumbien. Der Wandel in der Kolumbien-Politik der USA lässt sich als Ausweitung des Drogenkriegs zum Kampf gegen den Terrorismus beschreiben. Gerade in der kolumbianischen innenpolitischen Diskussion gelten die Beziehungen des Landes zu Europa als weithin unfruchtbar. Dies resultiert aus der 'Paralleldiplomatie' der kolumbianischen Guerilla-Gruppen, die in der europäischen Öffentlichkeit (relativ) viel Anklang gefunden hat. Auf dieser Grundlage lassen sich die Ansatzpunkte für eine neue Diskussion zwischen Kolumbien und der internationalen Gemeinschaft wie folgt gliedern: (1) Beendigung der Politik der doppelten Agenda Europa/USA, (2) Wiederherstellung eines konstruktiven europäisch-kolumbianischen Dialogs, (3) Entspannung der Beziehungen zwischen der kolumbianischen Regierung und den (europäischen) Menschenrechtsgruppen, (4) Zusammenführung der Friedensinitiativen in der Region mit den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, (5) Einsetzung einer Wahrheitskommission und Beginn einer nationalen Versöhnungspolitik sowie (6) Eröffnung eines gesellschaftlichen Reformdialoges in Kolumbien. (ICG2)

[153-L] Mattes, Hanspeter:

Sudan Sommer 2004: auf dem Weg zum Frieden im Süden, Krieg im Westen, anhaltender Konflikt mit der Opposition, in: DOI-Focus online, 2004, Nr. 16, 27 S. (URL: <http://www.duei.de/doi/de/content/onlinepublikationen/focus16.pdf>)

INHALT: "Die Entwicklungen im Sudan werden in den Medien momentan komplett vom Konflikt im westsudanesischen Darfur dominiert. Dieser Konflikt, der zwar unterschwellig schon Jahre schwelt, ist seit Anfang 2003 offen ausgebrochen und hat trotz der Kürze der verstrichenen Zeit sowohl hinsichtlich der Opfer als auch der Vertriebenen gravierende Ausmaße angenommen. Noch fehlt allerdings eine plausible Erklärung für die Eskalation dieses Konfliktes und die Schärfe der Auseinandersetzungen. Der Konflikt überrascht vor allem deshalb, weil seit Sommer 2002 die sudanesishe Regierung mit dem Sudan People's Liberation Movement in Verhandlungen zur Lösung des seit der Unabhängigkeit 1956 schwelenden Konfliktes zwischen dem Nord- und Südsudan eingetreten ist, die nach zahlreichen Verhandlungsrunden überwiegend im kenianischen Naivasha mit der Erklärung von Nairobi am 5. Juni 2004 einen vorläufigen Schlusspunkt gefunden haben. Die bevorstehende Interimsperiode wird allerdings zeigen müssen, ob der geschlossene Frieden ein kalter Frieden bleibt, d.h. nur das Einhalten von Waffenstillstandsvereinbarungen garantiert, oder ob er tatsächlich zu einer breit angelegten sozio ökonomischen Entwicklung insbesondere des kriegszerstörten Südsu-

dan führt, an deren Ende die Hoffnung steht, dass die Südsudanesen beim 2010 anberaumten Selbstbestimmungsreferendum für die Aufrechterhaltung der territorialen Einheit votieren. Skepsis ist in dieser Hinsicht angesagt, denn das in Khartum ansässige autoritäre Regime mit seiner ungebrochenen Vision eines islamischen Gesellschaftsmodells erschwert nicht nur den Friedensprozess im Südsudan, sondern führte auch seit der Machtübernahme 1989 zur Konfrontation mit denjenigen nordsudanesischen Oppositionsgruppen, die seither für mehr Demokratie und Menschenrechte in einem säkularen Staat Sudan streiten. Dieser grundlegende Konflikt ist noch offen und die eigentliche Ursache für die Destabilisierung des Sudan in den letzten Jahrzehnten." (Autorenreferat)

[154-L] Melvern, Linda:

Ruanda: der Völkermord und die Beteiligung der westlichen Welt, München: Hugendubel 2004, 384 S., ISBN: 3-7205-2486-8 (Standort: StB Mainz(36)-2004/1053)

INHALT: "Nach rund einem Jahrzehnt investigativer Recherche in Kigali, Paris, New York und Brüssel deckt Linda Melvern die Rollen von Vertretern der Vereinten Nationen, wie Boutros Boutros-Ghali oder Kofi Annan, auf und klagt die beteiligten westlichen Institutionen der Komplizenschaft an. Laut ihren Unterlagen bildete das französische Militär die Killer aus. Die USA halten bis heute Abhör- und Satellitenbeweise zurück. Die britische Regierung ignorierte sichere Warnungen, nach denen der Völkermord geplant wurde. Auch die belgische und die französische Regierung waren bereits über die Vorbereitungen informiert. Und der UN-Sicherheitsrat entschied in beschämender Weise, die Friedenstruppen aus Ruanda zu verlegen, obwohl der Völkermord sich abzeichnete. Neben den offiziellen Dokumenten bezieht sich Melvern auf Dutzende Zeugenaussagen vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda sowie auf das bisher unveröffentlichte Geständnis des damaligen ruandischen Premierministers. Darüber hinaus interviewte sie selbst zahlreiche Überlebende." (Autorenreferat)

[155-L] Pabst, Martin:

Chronologie des Scheiterns: Zypern wartet weiter auf seine Wiedervereinigung, in: Vereinte Nationen : Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, Jg. 52/2004, H. 5, S. 173-178

INHALT: "Zypern bleibt ein Mühlstein am Hals der Vereinten Nationen. Zwar einigten sich die Konfliktparteien am 13. Februar 2004 in New York darauf, die Verhandlungen auf der Grundlage des ein Jahr zuvor von der zyperntürkischen Regierung verworfenen 'Annan-Plans' wieder aufzunehmen und ihn in beiden Inselhälften einem bindenden Referendum zu unterstellen. Doch lehnten drei Viertel der Zyperngriechen den Plan am 24. April ab, während die Zyperntürken mit einer Zweidrittelmehrheit dafür stimmten. Eine 'Vereinigte Republik Zypern' kam daraufhin nicht zustande, und am 1. Mai wurde die - de facto nur den zyperngriechischen Süden repräsentierende - Republik Zypern (RZ) in die Europäische Union aufgenommen. Im Nordteil der Insel besteht weiterhin die international nicht anerkannte 'Türkische Republik Nordzypern' (TRNZ). EU-Recht kann dort vorerst nicht angewendet werden." (Autorenreferat)

[156-L] Proskurjakov, Aleksandr:

Tschetschenien: Krieg ohne Ende?: Strategien des asymmetrischen Kampfs, in: Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Jg. 53/2003, H. 4, S. 452-463 (Standort: UB Bonn(5)-Z60/70; UuStB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Schatten des Irakkriegs, der als 'großer Krieg' zwischen Staaten geführt wird, dauert der 'kleine Krieg' in Tschetschenien an. Auf tschetschenischer Seite sind asymmetrische Strategien der Kriegsführung und religiöse Motive zu beobachten. Dazu gehören Kampfformen wie Selbstmordanschläge aber auch Guerillakampf mit modernster Ausrüstung und militärischem Know-how. Die Kämpfer bieten einer Übermacht Paroli, indem sie zusätzliche Ressourcen mobilisieren und so ein Gleichgewicht herstellen, das auf das Kosten-Nutzen-Kalkül des Gegners zurückschlägt und diesen zum politischen Einlenken zwingen könnte. Das Ziel der Rebellen besteht offensichtlich nicht im militärischen Sieg über die überlegenen russländischen Truppen, sondern in der moralisch-ökonomischen Abnutzung und damit Schwächung des Gegners." (Autorenreferat)

[157-L] Reuter, Jens:

Nationalistische Unruhen in Kosovo: Politik der internationalen Gemeinschaft gescheitert?, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsforschung, Jg. 52/2003, H. 10/12, S. 500-515

INHALT: Im März 2004 sorgen albanische Demonstranten für nationalistisch motivierte Unruheherde in rund dreißig Orten des Kosovo und attackieren erstmals auch KFOR und UN-Polizei. Dabei kommen neunzehn Menschen zu Tode, darunter auch zwei Angehörige der internationalen Polizei. Dreißig serbische Kirchen und zwei Klöster werden zerstört oder beschädigt. 4500 Serben, Roma und Ashkali müssen flüchten, ihre Häuser werden niedergebrannt oder beschädigt. Sechs von Kosovoserben bewohnte Dörfer werden total entvölkert. Im Zuge der Erörterung dieser gewaltgeprägten Ereignisse werden unter Berücksichtigung persönlicher Stellungnahmen und Einschätzungen von involvierten Personen die folgenden Aspekte dargestellt: (1) Vorgeschichte der Unruhen, (2) Ablauf der Ereignisse, (3) die Rolle der KFOR und des Bundeswehkontingents sowie (4) Reaktionen auf die Unruhen. In einer abschließenden Beurteilung merkt der Verfasser an, dass bei der internationalen Gemeinschaft irgendwelche Lehren aus den gewaltsamen Unruhen in Kosovo nicht erkennbar sind. Die verantwortlichen Politiker in den USA und in der EU reagieren lediglich mit einer Verstärkung der Truppen und einer Verurteilung der Gewalt. Doch für die gesamte Atmosphäre und für die künftige Entwicklung in Kosovo bleibt die wirtschaftliche Entwicklung das Kernproblem. (ICG2)

[158-L] Schertges, Claudia:

Der Nahe Osten heute: Disengagement - besser als nichts?, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau : SLR ; Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sozialpolitik, Gesellschaftspolitik, Jg. 27/2004, H. 49, S. 79-92 (Standort: UuStB Köln(38)-M XG 05303; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Seit vielen Jahren reihen sich eine Friedensinitiative, eine UN-Resolution, ein Gipfeltreffen an das andere; weder ist dadurch für die Israelis das Leben sicherer vor Terroranschlägen geworden, noch verfügen die Palästinenser nur annähernd über Autonomie oder einen ei-

genen Staat. Im Gegenteil - die Fläche, über die sie eines Tages verfügen sollten, wird immer kleiner. Der vorliegende Beitrag rekapituliert die wichtigsten Positionen und Debatten der Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern wie innerhalb dieser Gruppen. Eingegangen wird vor allem auf den amerikanisch-europäisch-israelischen Friedensplan "Road Map", mit dem zumindest die Staatsfrage im Falle "Palästina" ansatzweise gelöst schien. Diskutiert werden neben der Frage der Interessen der Beteiligten die Chancen für eine Friedenslösung. Die "Road Map" genannte Friedensinitiative des Nahost-Quartetts zeigt bis jetzt keinerlei Fortschritte in der Befriedung der Region - dem Ziel, bis 2005 einen dauerhaften, endgültigen Status eines unabhängigen palästinensischen Staates und das Ende des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu erreichen, sind beide Seiten nicht näher gekommen, da weder die Israelis noch die Palästinenser sich ernsthaft darum bemühen. (ICA2)

[159-L] Schrepfer-Proskurjakov, Alexander:

Geopolitik und Terrorbekämpfung: Russlands Krieg in Tschetschenien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 49/2004, H. 8, S. 974-983 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; UuStB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Dezember jährt sich der Beginn des Tschetschenien-Konflikts zum zehnten Mal. Obwohl im zweiten Tschetschenienkrieg seit 1999 Zehntausende von Menschen getötet wurden, erntet Russland spätestens seit dem 11. September weltweit Stillschweigen, wenn nicht gar Unterstützung für seinen Krieg gegen den 'Terror'. Der Publizist Alexander Schrepfer-Proskurjakov analysiert die Interessen der Konfliktparteien sowie die Situation der Bevölkerung und warnt vor einer weiteren Eskalation des Bürgerkrieges." (Autorenreferat)

[160-F] Stewart, Susan (Bearbeitung); Jahn, Egbert, Prof.Dr. (Leitung):

Internationale Bearbeitung von ethnonationalen Konflikten in Osteuropa

INHALT: Der Zerfall der Sowjetunion hat zu einer Reihe gewaltsamer ethnopolitischer Konflikte geführt, in deren Mittelpunkt die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit einer ethnischen Minderheit steht, die von der Zentralgewalt verweigert wird. Eine Bearbeitung dieser Konflikte durch internationale Organisationen ist kaum möglich, ohne das Völkerrechtsprinzip der territorialen Integrität zu verletzen. Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung bieten demgegenüber neue Instrumente der Konfliktbearbeitung, die zum Ziel haben, alle Ebenen einer Gesellschaft in eine Konfliktlösung einzubeziehen. Ziel des Projekts ist es, anhand mehrerer Konflikte im Raum Osteuropa zu untersuchen, welche Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung es gibt und welche Akteure (internationale Organisationen, NGOs, lokale Akteure) was leisten können in Hinblick auf eine dauerhafte Friedenskonsolidierung. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Osteuropa, v.a. GUS

METHODE: Literaturrecherchen; Interviews; Umfrage *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse, offen. Qualitatives Interview. Standardisierte Befragung, face to face (Stichprobe: 220; erwachsene Bevölkerung Abchasiens; Auswahlverfahren: Quota, Zufall).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Stewart, S.: The role of the United Nations in the Georgian-Abkhazian conflict. in: Journal of Ethnopolitics and Minority Issues in Europe, 2003, No. 2.+++ Ders.: The role of international and local NGOs in the transformation of the Georgian-Abkhazian conflict. in: The Global Review of Ethnopolitics, March-June 2004. Siehe unter: <http://www.ethnopolitics.org> .

ART: gefördert *BEGINN:* 1999-05 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0621-181-2856, Fax: 0621-181-2845, e-mail: Susan.Stewart@mzes.uni-mannheim.de)

[161-L] Strizek, Helmut:

Entwicklungskiller: die Konflikte in der Region der Großen Seen Afrikas sind noch weit von jeder Lösung entfernt, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 11/12, S. 80-86 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: "Über der neuen humanitären Katastrophe Darfur ist die Region der Großen Seen in Afrika aus den Schlagzeilen verschwunden. Das heißt aber bei weitem nicht, dass dort die Konflikte gelöst wären. Der Autor zeigt ganz im Gegenteil auf, dass die Interessen der autoritären Regime von Kongo, Ruanda, Uganda und anderen in einem bisher unentwirrbaren Knäuel verstrickt sind und noch lange eine Entwicklung dieser Länder verhindern werden. Verschlimmert wird dies noch dadurch, dass auch die Großmächte in dieser Region vorwiegend ihre eigenen Interessen verfolgen." (Autorenreferat)

[162-L] Tetzlaff, Rainer:

Genozid in Afrika: Darfur: fernbleiben oder sich einmischen?, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 11/12, S. 87-94 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: "Die schwelende Krise in der im Westen von Afrikas größtem Staat Sudan gelegenen Provinz Darfur ist zu einer 'menschlichen Katastrophe in der Größenordnung und Schwere eines Genozids' eskaliert. Angesichts dieser Entwicklung fragt der Hamburger Politikwissenschaftler, wie die Europäische Union bzw. die internationale Staatengemeinschaft 'angemessen' auf das Morden in Darfur reagieren sollten." (Autorenreferat)

[163-L] Vahl, Marius; Emerson, Michael:

Moldova and the Transnistrian conflict, in: JEMIE : Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe, 2004, Iss. 1, 29 S.

(URL: <http://www.ecmi.de/jemie/download/1-2004Chapter4.pdf>)

INHALT: Der Transnistrien-Konflikt entstand mit dem Zerfall der UdSSR Ende der 1980er Jahren. Beide Konfliktparteien konnten sich bislang auf keinen der von den internationalen Vermittlern Russland, Ukraine und OSZE unterbreiteten Vorschläge einigen. Die Rolle der EU war in den ersten zehn Jahren des Konflikts vernachlässigbar; dies hat sich aber jüngst im Zuge einer zunehmenden Europäisierung und EU-Orientierung des politischen Denkens in Moldawien geändert. Die Enttäuschung über die bisherigen Verhandlungen hat in Moldawien unabhängig von einer Lösung des Transnistrien-Konflikts Stimmen laut werden lassen, die

sich für eine Europäisierung Moldawiens aussprechen. Demgegenüber ist das Engagement der EU in Transnistrien negativ aufgenommen worden. Auch Meinungsunterschiede zwischen den internationalen Vermittlern sind lauter geworden. So missbilligt Russland die 'Einmischung' des Westens und das wachsende Engagement der EU. (ICEÜbers)

[164-L] Vögele, Meike:

Kritischer Medienjournalismus als Chance für eine bessere Kriegsberichterstattung?: zur Reflexion und Thematisierung der Berichterstattung über den Irakkrieg 2003 in der überregionalen Presse, in: Zeitschrift für Kommunikationsökologie, Jg. 6/2004, Nr. 1, S. 67-70

INHALT: In ihrer Diplomarbeit ist die Autorin der Frage nachgegangen, ob der überregionale Medienjournalismus möglicherweise eine Instanz darstellen kann, die zum einen die in Kriegszeiten erschwerte Arbeit von Journalisten kritisch beobachtet, zum anderen die ihr zugrunde liegenden problematischen Tendenzen der Öffentlichkeit erklärt. Antwort auf die Frage sollte eine inhaltsanalytische Untersuchung des Medienjournalismus zur Berichterstattung über den Irakkrieg geben. Der untersuchte Zeitraum waren die ersten drei Kriegswochen, vom 20.03.-09.04.2003, untersucht wurden fünf überregionale Tageszeitungen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Die Welt, Frankfurter Rundschau und die tageszeitung, sowie die Wochenzeitung Die Zeit und die Nachrichtenmagazine Der Spiegel und Focus. 211 Artikel wurden ausgewertet, identifiziert wurden drei Kategorien der Thematisierung: (1) Bedingungen der journalistischen Arbeit im Krieg; (2) Konsequenzen dieser Bedingungen; (3) strukturelle Tendenzen des Mediensystems. In dem Beitrag werden die Ergebnisse der Untersuchung vorgestellt und kommentiert. (PT)

[165-L] Zinecker, Heidrun:

El Salvador nach dem Bürgerkrieg: Ambivalenzen eines schwierigen Friedens, (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 44), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2004, 241 S., ISBN: 3-593-37459-5 (Standort: ULB Münster(6)-MI77000/2)

INHALT: "1992 beendete ein Friedensabkommen zwischen Regierung und Guerillagruppen den zwölf Jahre währenden Bürgerkrieg in El Salvador. Bis heute nimmt dort jedoch die Gewalt nicht ab. Mehr als ein Jahr-zehnt nach der Unterzeichnung des Vertrages untersucht Heidrun Zinecker die ökonomischen und politischen Veränderungen während der Friedenskonsolidierung, die faktische Umsetzung des Abkommens und den daraus resultierenden Demokratisierungsprozess des Landes, der noch immer von Rückschlägen begleitet ist." (Autorenreferat)

6 Wirtschaftsbeziehungen, Globalisierung, Umwelt, Nord-Süd-Beziehungen

[166-L] Bliss, Frank; König, Eva (Bearbeitung):

Zielgruppen- und Beteiligtenanalyse in der Finanziellen Zusammenarbeit, (Diskussionsbeiträge : Arbeitshilfen, Materialien und Diskussionsbeiträge zu entwicklungspolitischen Fragestellungen, Nr. 31), Frankfurt am Main 2003, 87 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.kfw-entwicklungsbank.de/DE/Service/OnlineBibl48/AMD31.pdf>)

INHALT: Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) verfolgt das Ziel, die Lebensbedingungen insbesondere armer oder sonstiger benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den Partnerländern zu verbessern. Die Beteiligung der betroffenen Menschen an der Gestaltung der EZ stellt dabei ein tragendes Prinzip dar. Eine in diesem Sinne erfolgswirksame Ausrichtung der EZ setzt Mindestinformationen über die Lebensrealität der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, das Verhältnis von Institutionen und Bevölkerung sowie mögliche Wirkungsketten voraus. Vor dem Hintergrund dieses Anspruchs dient der Text dem Länderbereich der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als Einführung in die Thematik und unterstützt die Umsetzung von Zielgruppen- und Beteiligtenanalysen (ZGA) in der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) durch praktische Hilfestellungen. Er führt themenverwandte 'Materialien' der KfW wie frauenrelevante und sozio-kulturelle Fragestellungen, Selbsthilfeansätze sowie Inhalte und Methoden der Zielgruppenanalyse bei Vorhaben der FZ zusammen und ersetzt diese. Die Arbeitshilfe berücksichtigt dabei jüngere konzeptionelle Entwicklungen auf nationaler wie internationaler Ebene und weitet das Anwendungsspektrum auf projektübergreifende, länder- und schwerpunktbezogene FZ-Tätigkeiten aus. Dem gemäß besteht die vorliegende Arbeitshilfe aus zwei Hauptteilen sowie acht Anlagen. Der erste Teil fasst als "Grundkurs Zielgruppenanalyse" das Basiswissen zu ZGA zusammen. Er beinhaltet eine Einführung in Ziele, Inhalte und Anwendungsgebiete der ZGA und legt Mindeststandards vor, die bei allen FZ-Vorhaben sowie projektübergreifenden Aufgaben zu berücksichtigen sind. Der zweite Teil vertieft Informationen zu zentralen Bearbeitungsschritten in der Projektspirale bzw. Besonderheiten der ZGA bei bestimmten Vorhabentypen, beispielsweise dem Einsatz externer Sachverständiger. Die Anlagen enthalten weiterführende Informationen (konzeptionelle Grundlagen, Methoden der ZGA) oder stellen auf wesentliche Bearbeitungsschritte ausgerichtete praktische Umsetzungshilfen in Form von Standardmodulen dar. (ICG2)

[167-L] Busch, Per-Olof; Jörgens, Helge; Tews, Kerstin:

The global diffusion of regulatory instruments: the making of a new international environmental regime, in: European Integration online Papers, Vol. 8/2004, No. 21, 22 S.

(URL: <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2004-021.pdf>)

INHALT: "Während der 1990er hat sich ein neues Regulierungsmuster in der nationalen Umweltpolitik entwickelt, das durch eine gestiegene Anwendung kooperativer, informations- und marktbezogener Instrumente charakterisiert ist. Dieses Muster ist zu einem bedeutenden Teil ein Ergebnis internationaler Politikdurchdringung - die länderübergreifende Verbreitung von Politikinnovationen, angetrieben durch Informationsflüsse vielmehr als hierarchische oder kollektive Entscheidungsprozesse innerhalb internationaler Institutionen. Auf der Basis von vier Fallstudien legt das Papier empirisch dar, wie horizontale Durchdringungsprozesse, be-

gleitet von Information und Empfehlungen internationaler Organisationen, in einer steigenden Anzahl von Staaten zur Annahme neuer Regulierungsinstrumente geführt haben und wie diese individuellen nationalen Umsetzungen zusammen eine aufkommende Regulierungsstruktur auf internationaler Ebene ergeben. Auf der Makro-Ebene untersuchen die Fallstudien, wie die Durchdringung mit den beiden anderen internationalen Hauptmechanismen nationalen Politikwandels zusammenwirkt: Legale Harmonisierung und zwangsweise Auferlegung. Insbesondere innerhalb der Europäischen Union kann ein typisches Muster horizontaler Durchdringung zwischen individuellen Mitgliedstaaten, gefolgt von vertikaler Durchdringung von der nationalen auf die europäische Ebene und letztendlich zu einer EU-weiten legalen Harmonisierung durch EG-Richtlinien, identifiziert werden. Auf der Mikro-Ebene erforscht das Papier, welche Faktoren die Durchdringung neuer umweltpolitischer Instrumente begünstigen oder behindern. Während die Bekräftigung von Regulierungsinstrumenten durch internationale Organisationen oder transnationale Netzwerke von Befürwortern oft ihre Durchdringung erleichtert, bestimmen die Charakteristika der Instrumente das Ausmaß und die Geschwindigkeit, mit der Regulierungsinstrumente sich über Länder ausbreiten. Was die Motivation von politischen Entscheidungsträgern für die freiwillige Anwendung von Regulierungsinstrumenten betrifft, argumentiert das Papier, dass dies nicht ausschließlich durch rationale Versuche, die Effektivität von Politiken zu verbessern, erklärt werden kann. Darüber hinaus ist die Übernahme von Politik sehr oft durch Anliegen der Legitimität und wahrgenommenen Druck, mit internationalen Normen zu entsprechen, motiviert." (Autorenreferat)

[168-F] Daude, Sabine, Dipl.-Betriebsw. (Bearbeitung); Heidhues, Franz, Prof.Dr.rer.pol. (Betreuung):

Die Dynamik internationaler Handelsbeziehungen in Südostasien und ihre Wirkung auf die regionale Ernährungssicherung

INHALT: Ziel der Arbeit ist es zu untersuchen, wie sich verschiedene Liberalisierungspolitiken auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ländern Südostasiens auswirken, insbesondere im Hinblick auf Liberalisierungsschritte im Rahmen der WTO. Da sich Vietnam in den Beitrittsverhandlungen zur WTO befindet, sollen die Auswirkungen verschiedener Verhandlungsergebnisse und Politikoptionen untersucht werden. Besondere Beachtung finden dabei Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und Armutssituation. Es sind nicht nur sich ändernde Handelsströme zwischen den Ländern zu erwarten, sondern auch Veränderungen innerhalb eines Landes zwischen verschiedenen Sektoren. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Südostasien, Vietnam

METHODE: generelles Gleichgewichtsmodell

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN:* 2001-01 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Eiselen-Stiftung

INSTITUTION: Universität Hohenheim, Fak. Agrarwissenschaften, Institut für Agrar- und Sozialökonomie in den Tropen und Subtropen FG Landwirtschaftliche Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik (70593 Stuttgart)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0711-459-3475, e-mail: daude@uni-hohenheim.de)

[169-F] Debiel, Tobias, Dr.; Nuscheler, Franz, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Entwicklungspolitik unter Bedingungen der Globalisierung

INHALT: Die Weltbank sucht nach einem post-Washingtoner Konsensus und betont die Armutsbekämpfung als zentrales Ziel ihrer Politik. Der IWF bemüht sich nach der Asienkrise und angesichts nicht enden wollender Finanzkrisen in den Entwicklungsländern um eine Neuorientierung. Die deutsche Entwicklungspolitik soll in Richtung einer globalen Strukturpolitik weiterentwickelt werden, die nicht nur auf die Stärkung endogener Potenziale in Entwicklungsländern, sondern auch auf die Mitgestaltung globaler Rahmenbedingungen und den Schutz globaler öffentlicher Güter ausgerichtet wird. Zugleich stagnieren die Investitionen in die Entwicklungskooperation. Wie ist die Reichweite der Reformprozesse einzuschätzen? Projekt in Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Overseas Development Center in Großbritannien und der Universidad Nacional Autonoma de Mexico, Facultad de Economia.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Messner, Dirk: Inversiones, innovacion y global players: las relaciones economicas entre la Union Europea, Alemania y America Latina. in: *Desarrollo y Cooperation*, 1998, Nr. 2., S. 9-12.+++Ders.: Latin America: the difficult road to the world economy. in: *Economics*, 1998, pp. 73-100.+++Messner, Dirk; Qualmann, Regine: Desarrollo social y inversiones productivas: conflictos y complementaridades. in: *Revista internacional des presupuesto publico*, 1999, Nr. 41, S. 9-35.+++Messner, Dirk; Eßer, Klaus; Hillebrand, Wolfgang; Meyer-Stamer, Jörg: Systemic competitiveness: new challenges to business and politics. in: *Economics*, 1999, Vol. 59, pp. 62-86.+++Messner, Dirk: Del estado centrico a la 'sociedad de redes': nuevas exigencias a la coordination social. in: Lechner, Norbert; Millan, Rene; Valdes Ugalde, Francisco (Hrsg.): *Reforma del estado y coordination social*. Mexico 1999, S. 77-122.+++Messner, Dirk; Scholz, Imme: Sociedad y competitividad en Chile. in: Eßer, Klaus (Hrsg.): *Competencia global y libertad de accion nacional*. Caracas 1999, S. 207-226.+++Messner, Dirk: Fortalecer la competitividad internacional y dimensiones sociales de desarrollo: correlaciones y contradicciones. in: Filgueira, Carlos (Hrsg.): *Sistemas de proteccion social en un mundo globalizado*. Buenos Aires 1999.+++Ders.: Desafinos de la globalizacion. Lima 2000.+++Ders.: Nicht-Regierungsorganisationen: neue Hoffnungsträger oder überschätzte Akteure? Suchprozesse in Lateinamerika. in: Hengstenberg, Peter; Kohut, Karl; Maihold, Günther (Hrsg.): *Zivilgesellschaft in Lateinamerika: Interessenvertretung und Regierbarkeit*. Frankfurt am Main: Vervuert 2000, S. 499-520. ISBN 3-89354-123-3.+++Ders.: Global Governance und Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit. in: Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert: zur Wirkungsgeschichte des Brandt-Berichts*. EINE Welt - Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Sonderbd. Bonn: Dietz 2000, S. 267-294. ISBN 3-8012-0288-7.+++Ders.: Markt, Netzwerksteuerung und soziale Gerechtigkeit als Elemente einer Entwicklungsstrategie jenseits des Neoliberalismus. in: Brunkhorst, Hauke; Kettner, Matthias (Hrsg.): *Globalisierung und Demokratie: Wirtschaft, Recht, Medien*. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 1448. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, S. 90-130. ISBN 3-518-29048-7.+++Ders.: Messner, Dirk: Entwicklungspolitik in der Weltinnenpolitik: Überlegungen nach dem 11. September 2001. in: *epd Entwicklungspolitik*, 2001, Nr. 22, S. 44-47.+++Messner, Dirk; Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitik und Globalisierung. in: Hauchler, Ingomar; Messner, Dirk; Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Globale Trends 2002: Fakten, Analysen, Prognosen*. Fischer-Taschenbücher, Bd. 15162. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl. 2001, S. 401-420. ISBN 3-596-15162-7.+++Messner, Dirk; Fernando Fajnzylber (1940-1991): desarrollo tecnologico, competitividad y equidad. in: *Cooperation y desarrollo*, 2001, Nr. 4, S. 30-33. Bonn 2001.+++Ders.: Globalisierung gestalten: neue Anforderungen an Nationalstaaten, Regionen, Unternehmen und die Entwicklungspolitik. in: Messner, Dirk; Altenburg, Tilman (Hrsg.): *Wettbewerbsfähiges Lateinamerika*. Schriftenreihe des DIE. Bonn: DIE 2001, S. 9-26.+++Ders.: Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit

und Breitenwirksamkeit: Anmerkungen zur BMZ-Querschnittsevaluierung über langfristige Wirkungen. in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 42, Nr. 1, S. 13-16.+++Messner, Dirk; Altenburg, Tilman (Hrsg.): *America Latina competitiva*. Caracas 2002.+++Messner, Dirk: *Latin America: the difficult road to the World Economy*. in: Singer, Hans (ed.): *Growth and reforms in Latin America*. New Delhi 2002, pp. 139-178.+++Messner, Dirk: *Entwicklungsforschung*. in: Münkler, Herfried (Hrsg.): *Politikwissenschaft: ein Grundkurs*. rororo, Bd. 55648; Rowohlts Enzyklopädie. Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. 2003, S. 373-412. ISBN 3-499-55648-0. *ARBEITSPAPIERE*: Messner, Dirk: *Lateinamerika: der schwierige Weg in die Weltwirtschaft*. INEF-Report, H. 26. Duisburg: INEF 1998, 106 S. Abrufbar als PDF-Dokument unter <http://inef.uni-duisburg.de/page/documents/report26.pdf> .+++Ders.: *New perspectives of international and German development policy*. INEF-Report, H. 33. Duisburg: INEF 1998, 47 S. Abrufbar als PDF-Dokument unter <http://inef.uni-duisburg.de/page/documents/report33.pdf> .+++Ders.: *Gestaltung der Globalisierung: Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit und Elemente von Global Governance*. in: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Stabsstelle 04, *Grundsatzfragen der Unternehmensentwicklung* (Hrsg.): *Globalisierung: Chancen und Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit*. Bonn 1998, S. 85-108.+++Ders.: *Internationale Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Dimension von Entwicklung: eine Ideenskizze*. in: GTZ, Abteilung 42, *Reform von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft* (Hrsg.): *Armutorientierte Wirtschaftspolitik*. Eschborn: GTZ 1998, S. 223-274.

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

INSTITUTION: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit -GTZ- GmbH (Dag Hammarskjöld Weg 1-5, 65760 Eschborn); Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Entwicklung und Frieden -INEF- (Geibelstr. 41, 47057 Duisburg)

KONTAKT: Debiel, Tobias (Dr. Tel. 0203-379-4422, Fax: -4425, e-mail: tobias.debiel@uni-duisburg-essen.de); Nuscheler, Franz (Prof.Dr. Tel. 0203-379-4421, Fax: -4425, e-mail: nuscheler@uni-duisburg.de)

[170-F] Faust, Jörg, Dr. (Bearbeitung):

Politische Herrschaft, Demokratisierung und wirtschaftliche Entwicklung

INHALT: Fragestellung: Wie wirkt sich politische Herrschaft auf wirtschaftliches Wachstum und gesamtwirtschaftliche Produktivität aus? Welche Auswirkungen haben Demokratisierungsprozesse auf die Konzeption und Implementierung ökonomischer Reformen? Welches sind die politischen Ursachen von Währungs- und Finanzkrisen in Entwicklungs- und Schwellenländern? Vorläufige Ergebnisse: Während mittlerweile die negative Wirkung von Korruption und einer geringen Sicherheit von Eigentumsrechten auf die wirtschaftliche Entwicklung unbestritten ist, dauert die Diskussion um die Auswirkung demokratischer Herrschaft auf die wirtschaftliche Entwicklung an. Auf Grundlage theoretisch abgeleiteter Vermutungen weisen erste ökonometrische Testverfahren daraufhin, dass zumindest in einem großen sample von Entwicklungs- und Schwellenländern mit zunehmendem Demokratieniveau positive Effekte auf Wachstum und Produktivität einhergehen. Aus entwicklungspolitischer Perspektive erscheint daher die Demokratieförderung nicht nur aus normativen, sondern auch aus ökonomischen Gründen ein lohnenswertes Unterfangen. Dieser Befund über die (langfristige) Divi-

dende der Demokratisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern kontrastiert jedoch partiell mit den Problemen, die vielfach in jungen Demokratien bei der Umsetzung gesamtwirtschaftlich kohärenter ökonomischer Reformen zu beobachten sind. Erklären lassen sich diese Probleme vor allem aus einer politökonomischen Perspektive, die den Umverteilungscharakter von Demokratisierungsprozessen in den Vordergrund stellt. Denn mit der Umverteilung von politischen Rechten werden die ehemals von der Autokratie Ausgeschlossenen auch die Umverteilung ökonomischer Ressourcen einfordern. Dieser für junge Demokratien besonders ausgeprägte Umverteilungsstress kann leicht zur Fragmentierung des politischen Systems und zu kurzfristig orientierten Politiken staatlicher Akteure führen. Dies wiederum begünstigt die Persistenz illiberaler Verfahren wie Korruption und Rechtsbeugung sowie eine inkohärente, die ökonomische Entwicklung und die makroökonomische Stabilität schädigende Wirtschaftspolitik. Gerade der Blick auf die Ursachen von Währungs- und Finanzkrisen in jungen Demokratien zeigt hier, dass jene makroökonomischen Verwerfungen stark mit dem politischen Fragmentierungsgrad und der Persistenz illiberaler Verfahren korrelieren.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Faust, Jörg: Democratization, financial crises and global governance. in: Schirm, Stefan (ed.): New rules for global markets - public and private governance in the world economy. Basingstoke: Palgrave 2004. ISBN 1-4039-3264-6.+++Ders.: Brazil: resisting globalization through federalism? in: Boeckh, Andreas; Barrios, Harald; Segbert, Klaus (eds.): Resistance to globalization. Politik, Bd. 7. Münster: Lit Verl. 2003. ISBN 3-8258-6749-8.+++Ders.: Marktkonstruktion und politische Transformation. Politökonomische Ursachen defizitärer Demokratisierung. in: Bendel, Petra; Croissant, Aurel; Rüb, Friedbert (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur: zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen: Leske u. Budrich 2002. ISBN 3-8100-3087-2.+++Ders.: Aufstieg und Niedergang einer Autokratie. Mexiko aus Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie. in: Lateinamerika-Jahrbuch 2001. Frankfurt am Main: Vervuert Verl. 2001.+++Ders.: Rechtsstaat, Demokratie und Wirtschaftsordnung. in: Becker, Michael; Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Rechtsstaat und Demokratie: theoretische und empirische Studien zum Recht in der Demokratie. Wiesbaden: Westdt. Verl. 2001. ISBN 3-531-13645-3.+++Ders.: Informelle Politik und ökonomische Krisen in jungen Demokratien. in: Politik und Zeitgeschichte, 2002, Bd. 21. Abrufbar im Internet unter: http://www.bpb.de/publikationen/3LK72V,0,0,Informelle_Politik_und_%F6konomische_Krisen_in_jungen_Demokratien.html.+++Ders.: Die politische Konstituierung von Märkten in Lateinamerika aus ordoliberaler Perspektive. in: Mols, Manfred; Öhlschläger, Rainer (Hrsg.): In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert: Lateinamerikas Entwicklungserfahrungen und -perspektiven. Politik in der Gegenwart, Bd. 4. Frankfurt am Main: Vervuert 2000. ISBN 3-89354-484-4. **ARBEITSPAPIERE:** Faust, Jörg; Messner, Dirk: Entwicklungspolitik als ein Kernelement der europäischen Sicherheitspolitik. Analysen und Stellungnahmen, Nr. 3. Bonn: Dt. Inst. für Entwicklungspolitik 2004. Abrufbar im Internet unter: [http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/8a5f5aa07c7d6847c1256e1400334014/\\$FILE/Messner-FaustEntwicklungspolitik%20als%20ein%20KernelementAuS-03-04.pdf](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/8a5f5aa07c7d6847c1256e1400334014/$FILE/Messner-FaustEntwicklungspolitik%20als%20ein%20KernelementAuS-03-04.pdf).

ART: keine Angabe **BEGINN:** 2003-09 **ENDE:** 2004-12 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (Tulpenfeld 4, 53113 Bonn)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0228-94927-184, Fax: 0228-94927-130,
e-mail: Joerg.Faust@die-gdi.de)

[171-L] Fürstenberg, Friedrich; Oesterdiekhoff, Georg W. (Hrsg.):

Globalisierung ohne Grenzen?: soziologische Beiträge zum Entgrenzungsdiskurs, (Socialia : Studienreihe Soziologische Forschungsergebnisse, Bd. 62), Hamburg: Kovac 2004, 323 S., ISBN: 3-8300-1114-8

INHALT: "Der Sammelband vereinigt Beiträge von Soziologen zur Globalisierungsdebatte. Phänomene der Globalisierung werden nicht aus einer verengten theoretischen und themenspezifischen Perspektive erörtert, sondern vielfältige kulturelle, ökonomische, soziale, normative und städtebauliche Themen werden einbezogen. Somit werden Sachverhalte fokussiert, die bisher teilweise eher am Rande der Globalisierungsdiskussion standen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Friedrich Fürstenberg/ Georg W. Oesterdiekhoff: Einführung (11-29); Überblick über die Beiträge (29-34); Friedrich Fürstenberg: Das Machtpotenzial globaler Netzwerke. Entwicklungschancen und Kontrollprobleme (35-56); Georg W. Oesterdiekhoff: Machtblöcke und Wirtschaftsregionen. Positionen und Entwicklungen im globalen Wettbewerb (57-82); Manfred Prisching: Globalismus und Weltgesellschaft (83-106); Anton Sterbling: Intellektuelle und ihre Standpunkte im Globalisierungsdiskurs. Soziologische Reflexionen (107-134); Karl-Heinz Hillmann: Wertwandel Global. Kulturelle Identität und Differenz von Werten im Globalisierungsprozess (135-158); Helmut F. Spinner: Über Funktionale, Graduelle und Fundamentale Ungleichheit in der asymmetrischen Gesellschaft (159-204); Rolf von Lüde: Transformationen von Wirtschaft und Arbeit im Globalisierungsprozess: Von der Effizienzlogik zur Lösung des Innovations- und Komplexitätsproblems (205-232); Bernhard Schäfers: Die Stadt. Ursprünge der Globalisierung seit der Antike und ihre Entwicklung bis zur Gegenwart (233-256); Eckart Pankoke: 'Beton' und 'Bambus'. Globalisierungsdruck und nachhaltige Entwicklung (257-286); Hans Gerd Schütte: Frühformen der Globalisierung. Beispiele aus der niederländischen Kolonialgeschichte (287-316).

[172-L] Genschel, Philipp:

Globalisation and the welfare state: a retrospective, (TranState Working Papers, No. 3), Bremen 2004, 26 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de/pages/download.php?ID=3&SPRACHE=de&TABLE=AP&TYPE=PDF>)

INHALT: Im Grundsatz gibt es drei Positionen zum Zusammenhang zwischen Globalisierung und Wohlfahrtsstaat. Die erste Position sieht die Globalisierung als Ursache für die chronische Krise des Wohlfahrtsstaats. Im Zuge der Öffnung nationaler Volkswirtschaften für den internationalen Markt sind die Staaten gezwungen, den Imperativen des internationalen Wettbewerbs zu gehorchen, was die Beschneidung kostenintensiver sozialpolitischer Programme erfordert (Globalisierungstheorie). Die zweite Position sieht die Globalisierung nicht als Ursache für die Krise des Wohlfahrtsstaats. Vertreter dieser Auffassung sehen weder einen theoretischen Grund noch einen empirischen Beleg für die Auffassung, dass die politische Autonomie der Nationalstaaten aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Interdependenzen abgenommen hätte (Globalisierungsskeptiker). Die dritte Position sieht die Globalisierung nicht als Ursache, sondern als Folge der Probleme des Wohlfahrtsstaats und als Teil einer Lösung dieser Probleme (Revisionismus). Der Verfasser diskutiert die drei Positionen im Lichte deskriptiver statistischer Daten für die OECD-Länder. (ICEÜbers)

[173-L] Giddens, Anthony:

Die große Globalisierungsdebatte, in: Marcus S. Kleiner, Hermann Strasser (Hrsg.): *Globalisierungswelten : Kultur und Gesellschaft in einer entfesselten Welt*, Köln: Halem, 2003, S. 33-47, ISBN: 3-931606-65-1 (Standort: UuStB Köln(38)-30A4237)

INHALT: Der Verfasser setzt sich zunächst auf definitorischer Ebene mit dem Begriff der Globalisierung auseinander und skizziert Grundlinien der Globalisierungsdebatte, um das Phänomen der Globalisierung dann als durch Märkte und Kommunikationsmedien vermittelte wachsende wechselseitige Abhängigkeit zu charakterisieren. Die Folgen des Globalisierungsprozesses sieht er in einer wachsenden Interdependenz und Transformation höchst unterschiedlicher Bereiche: individuelles Leben, Unternehmen, Wirtschaft, Nation, transnationale Institutionen. Mit Blick auf die Globalisierungsgegner verweist der Verfasser darauf, dass die Globalisierung nicht für das gesellschaftliche Kernproblem, die weltweit bestehenden Ungleichheiten, verantwortlich gemacht werden kann. Über das Problem der globalen Ungleichheit hinausgehend sieht er die Schlacht zwischen Fundamentalismus und Kosmopolitanismus als die große Schlacht des 21. Jahrhunderts, die über die Gesellschaft der Zukunft entscheidet. (ICE)

[174-L] Goedeking, Ulrich:

Staatliche Regulierung des Engagements deutscher zivilgesellschaftlicher Organisationen und ihrer Partner in Entwicklungs- und Transformationsländern: Restriktionen und Reaktionsmöglichkeiten der deutschen EZ, (Berichte und Gutachten (Erscheinen eingestellt), 9/2004), Bonn 2004, VII, 52 S., ISBN: 3-88985-269-6 (Standort: UuStB Köln(38)-20040107256; Graue Literatur; URL: [http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/3c1afada7a2d054cc1256e1400333faa/\\$FILE/Goedeking-Staatl.%20Regulierung%20des%20Engagements-B-9-04.pdf](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/3c1afada7a2d054cc1256e1400333faa/$FILE/Goedeking-Staatl.%20Regulierung%20des%20Engagements-B-9-04.pdf))

INHALT: Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf die rechtlichen und politischen Bedingungen der Tätigkeit großer, international tätiger deutscher Zivilgesellschaftlicher Organisationen (ZGOs). Es wird zunächst ein Überblick geboten über charakteristische Problemkonstellationen und staatliche Restriktionen, die die Tätigkeit deutscher ZGOs in den Kooperationsländern prägen. Daran anschließend wird auf die verschiedenen Statusformen, unter denen deutsche ZGOs tätig sind, sowie auf deren Relevanz für die Tätigkeit der ZGOs Bezug genommen. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Blick auf die jeweilige Rechtswirklichkeit in ihrem Verhältnis zu existierenden rechtlichen Normen und damit insbesondere der Fokus auf politische Kriterien, die für die Handlungsspielräume in den Entwicklungs- und Transformationsländern von Bedeutung sind. Vier Länderbeispiele, in denen Problemkonstellationen und Konfliktlagen mit besonderen Charakteristika zu verzeichnen sind, werden separat dargestellt mit Ausführungen zu Russland, Ägypten, Kolumbien und Pakistan. Im darauf folgenden Teil werden nach der zunächst problemorientierten Darstellung einige regionale Tendenzen aufgegriffen, die sich für ganze Ländergruppen, teils mit ähnlichen gesellschaftlichen und historischen Rahmenbedingungen, identifizieren lassen. Schließlich wird auf Handlungsbedarf und Handlungsoptionen der Bundesregierung bzw. des BMZ eingegangen. (ICD)

[175-L] Götz, Roland:

Licht und Schatten: die Energiepartnerschaft zwischen Russland und der EU, in: Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Jg. 53/2003, H. 9/10, S. 1525-1539 (Standort: UB Bonn(5)-Z60/70; UuStB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU wird von privaten Unternehmen und Regierungsinstanzen vorangetrieben. Zur Integration Russlands in den europäischen Wirtschaftsraum kann es wegen inkompatibler Ziele mittelfristig nicht kommen. Die EU hegt auf dem Gebiet der Energiebeziehungen momentan kaum erfüllbare Erwartungen. Die russländische Gaswirtschaft kann den jetzigen Lieferumfang nur aufrechterhalten, wenn der russländische Binnenverbrauch nicht ansteigt. Dies erfordert eine Abkehr von der staatlichen Preisregulierung. Zwar entspricht die Struktur des Warenaustauschs der EU mit Russland heute kolonialen Verhältnissen. Eine kluge Wirtschaftspolitik ermöglicht es, damit verbundene Nachteile zu vermeiden. Russlands Integration in Europa erfordert ein offenes Wirtschaftsmodell." (Autorenreferat)

[176-F] Grävingholt, Jörn (Bearbeitung):

Ansätze für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zur Krisenprävention in Zentralasien

INHALT: Bestandsaufnahme zu Krisenpotenzialen sowie Empfehlungen zur Ausrichtung der deutschen EZ in Zentralasien unter dem Gesichtspunkt krisenpräventiver Wirkung. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Zentralasien; Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan

METHODE: Bezug der aktuellen entwicklungstheoretischen Debatte um Krisenprävention und Konfliktbearbeitung auf die konkrete Situation in den fünf zentralasiatischen Republiken. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Stichprobe: 50; Expertengespräche). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Grävingholt, Jörn: Krisenprävention in Zentralasien: Welchen Beitrag kann Entwicklungszusammenarbeit leisten? in: Krisen und Konflikte im Osten Europas. Beiträge für die 11. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten. Arbeitspapiere und Materialien - Forschungsstelle Osteuropa, Bremen, Nr. 45. Bremen: FSO 2003, S. 39-43. Online unter: http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/04_publicationen/0402_arbeitspapiere/index.htm.

ART: Auftragsforschung *BEGINN:* 2002-09 *ENDE:* 2003-08 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (Tulpenfeld 4, 53113 Bonn)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0228-94927-172, e-mail: joern.graevingholt@die-gdi.de)

[177-L] Grote, Hendrik:

Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik: Voraussetzungen, Strukturen und Mentalitäten der bundesdeutschen Entwicklungshilfe 1949-1961, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 43/2004, H. 2 = H. 166, S. 24-35 (Standort: UuStB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag untersucht die Motive, die hinter der frühen deutschen Entwicklungshilfe standen, die 1961 zur Institutionalisierung des neuen Politikfeldes in einem eigenständigen Entwicklungshilfeministerium begann. Berücksichtigt wird dabei eine ganze Reihe von miteinander verwobenen Begründungen, Bedingungen und Mentalitäten: Der Ost-West-Konflikt, die Entkolonialisierung, eine anfängliche deutsche Fokussierung auf die Außenwirtschaftspolitik sowie amerikanische Forderungen an die deutsche Seite bilden den Rahmen, innerhalb dessen Ängste, Hoffnungen und gesellschaftspolitische Einstellungen auf die Rechtfertigung und Ausgestaltung westdeutscher Entwicklungshilfe einwirkten. Es wird aufgezeigt, dass sich der Charakter der bundesdeutschen Entwicklungspolitik in den 1960er Jahren auch inhaltlich veränderte, indem das Gießkannenprinzip zugunsten einer Schwerpunktbildung aufgegeben wurde und zunehmend die Menschen in den Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Bemühungen rückten, etwa durch das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe und technische Hilfe zur Nahrungsversorgung. (ICH2)

[178-F] Humrich, Christoph, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Kohler-Koch, Beate, Prof.Dr. (Betreuung):
Die kommunikative Evolution der internationalen Umweltordnung

INHALT: Ziel der Arbeit ist es, zu einer Bewertung der Weltumweltordnung beizutragen. 'Weltumweltordnung' bezeichnet dabei die normative Struktur, die multilateralen Umweltvereinbarungen zu Grunde liegt. Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Für die Bewertung wird mit Hilfe der Diskursethik erstens ein normativer Maßstab entwickelt, der an die Weltumweltordnung angelegt werden soll. Dieser normative Maßstab wird im zweiten Teil mit einer Makrotheorie sozialer Evolution verbunden, um sowohl einen moralistischen Fehlschluss (Überschätzung des normativen Potenzials), als auch einen realistischen Fehlschluss (Unterschätzung des normativen Potenzials) zu vermeiden. Im dritten Teil wird schließlich die Entwicklung der Weltumweltordnung an Hand des gewonnenen Maßstabs nachvollzogen und bewertet. *ZEITRAUM:* 1868 bis 2003

METHODE: Rationale Rekonstruktion an Hand des kommunikativen Paradigmas Kritischer Theorie (Jürgen Habermas) in Form der Theorie kommunikativen Handelns und der Diskursethik. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen (Auswahlverfahren: bestehende Auswahl). Dokumentenanalyse, offen. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Humrich, Christoph: A normative principle for the global environmental order: shared responsibility and discourse ethics. Marie Curie Working Paper, No. 2. Department of International Politics, University of Wales, Aberystwyth 2002, 50 S.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2000-07 *ENDE:* 2004-03 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0621-181-2843,
e-mail: christoph.humrich@mzes.uni-mannheim.de)

[179-L] Jung, Martina:

The history of sinks - an analysis of negotiating positions in the climate regime, (HWWA Discussion Paper, 293), Hamburg 2004, 26 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040106970; Graue Literatur; URL: http://www.hwwa.de/Publikationen/Discussion_Paper/2004/293.pdf)

INHALT: Die Frage der terrestrischen Kohlenstoffdeponien, offiziell bekannt als Landnutzung, veränderte Landnutzung und Forstwirtschaft (LULUCF), gehört zu den umstrittensten und schwierigsten Fragen der internationalen Verhandlungen über den Klimawandel. Die Verfasserin analysiert den einschlägigen Verhandlungsprozess von der dritten Konferenz der Verhandlungsparteien (COP 3) bis COP 7 und verwendet ein multinomiales Logit-Modell zur Identifizierung der Faktoren, die die Positionen der 166 Verhandlungsparteien der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) in Bezug auf LULUCF beeinflussen. Es zeigt sich, dass die Bedeutung der Forstwirtschaft in einem Land dessen Position zu LULUCF anscheinend nicht beeinflusst. Allerdings scheint es so, als würde die LULUCF-Frage von Verhandlungsparteien mit einer ausgesprochen negativen Einstellung zur internationalen Klimapolitik genutzt, um ihre Kyoto-Verpflichtungen zu reduzieren. Annex-I-Staaten mit einer positiven Einstellung zu Kohlenstoffdeponien scheinen dadurch motiviert worden zu sein, dass Kohlenstoffdeponien ihr Reduktionsziel deutlich verringern. Die Verfasserin analysiert die zu LULUCF eingereichten Vorlagen. Staaten mit einer positiven Einstellung zu Kohlenstoffdeponien in Bezug auf Artikel 3.4 waren hierbei die aktivsten. Das Gegenteil trifft für CDM zu, hier waren die Gegner der forstwirtschaftlichen Projekte die aktivsten Diskussionssteilnehmer. Einen Einfluss auf die Beteiligung an der Diskussion - wenn auch einen bescheidenen - hat auch die Größe der Delegationen. (ICEÜbers)

[180-L] Kleiner, Marcus S.; Strasser, Hermann (Hrsg.):

Globalisierungswelten: Kultur und Gesellschaft in einer entfesselten Welt, Köln: Halem 2003, 262 S., ISBN: 3-931606-65-1 (Standort: UuStB Köln(38)-30A4237)

INHALT: "Globalisierungswelten ist das Buch über eine Konferenz, die die Herausgeber unter diesem Titel im Rahmen der 26. Duisburger Akzente am 14. Juni 2002 organisiert haben. Die Duisburger Akzente sind eine der bekanntesten Sparten übergreifenden Kulturveranstaltungen in Deutschland, die sich jedes Jahr einem aus der öffentlichen Debatte herausragenden Thema verpflichtet fühlen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Marcus S. Kleiner/ Hermann Strasser: Globalisierungswelten - Kultur und Gesellschaft in einer entfesselten Welt (9-32); Anthony Giddens: Die große Globalisierungsdebatte (33-47); Claus Leggewie: Die Globalisierung und ihre Gegner (48-70); Pierre Bourdieu/ Loic Wacquant: Schöne neue Begriffswelt (71-77); George Ritzer: Die Globalisierung des 'Nichts'? So viele machen so viel aus so wenig (78-101); Winfried Fluck: 'California Blue'. Amerikanisierung als Selbst-Amerikanisierung (102-123); Miriam Meckel: Globalisierung und Kommunikation (124-146); Ulf Poschardt: Arbeit am Mythos: Stadtteilkultur als globale Kultur (147-160); Joana Breidenbach: Globaler Alltag. Kann man Globalisierung verstehen? (161-175); Gerd Nollmann/ Hermann Strasser: Kultur der wirtschaftlichen Globalisierung: Neue Deutungsmuster sozialer Beziehungen (176-199); Rolf Gössner: Reiseverbote in einer grenzenlosen Welt? Zu den staatlichen Reaktionen auf Globalisierungsproteste (200-214); Bernd Wagner: Multikultur - Aufgabe globaler Toleranz (215-230); Franz Nuscheler: Globalisierung: Unheil für Mensch und Natur? (231-243); Nico Stehr: Die Chancen und Risiken der Globalisierung: Rückentwicklung oder Fortentwicklung? (244-257).

[181-F] Krause, Matthias (Bearbeitung):

Versorgung der Armen mit Infrastrukturleistungen: Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit

INHALT: Fragestellung: Eines der drängendsten entwicklungspolitischen Probleme besteht darin, der armen Bevölkerung in Entwicklungsländern den Zugang zu Infrastrukturdienstleistungen (hier: Bildungs-, Gesundheits-, Wasser- und Energiedienstleistungen) zu ermöglichen bzw. deren Qualität zu verbessern. Die Versorgung mit diesen Leistungen ist ein wesentlicher Schritt zum Erreichen der Millennium Development Goals. Bis Ende der 80er Jahre wurden Infrastrukturdienstleistungen in Entwicklungsländern in erster Linie durch staatliche Organisationen bereitgestellt. Dieses staatliche Versorgungsmodell wurde in den 90er Jahren, auch mit Unterstützung der internationalen Geber, durch eine zunehmende Privatisierung und Liberalisierung der Infrastruktursektoren abgelöst. Die Erfahrungen zeigen, dass Privatisierung und Liberalisierung nur dann zu einer umfassenden Verbesserung der Leistungen führen, wenn sie durch eine geeignete Regulierung ergänzt werden. Außerdem ist klar, dass die Einführung eines marktorientierten Modells nicht automatisch zu einer Verbesserung der Versorgungssituation der Armen führt. Diese Erkenntnisse haben zu einer Ernüchterung geführt, was die Erwartungen an die Marktkräfte betrifft, sowie zu einer gewissen Orientierungslosigkeit, was das ideale Versorgungsmodell im Infrastrukturbereich angeht. Es scheint eine systematische Benachteiligung der Armen bei der Versorgung mit Infrastruktur zu geben, die unabhängig vom gewählten (staatlichen oder marktorientierten) Versorgungsmodell ist. Anhand einer Untersuchung des Trinkwassersektors in Lateinamerika soll den Ursachen für die systematische Benachteiligung der Armen auf den Grund gegangen werden sowie nach den politischen Instrumenten für deren Überwindung geforscht werden. Es wird postuliert, dass die Ursachen jenseits der Dimension Eigentum (private versus staatliche Leistungserbringer) zu suchen sind. Vielmehr kommt es entscheidend auf die Interaktion der Dimensionen ökonomisches und politisches Anreizsystem an. Vorläufige Ergebnisse: Die Hauptursachen für die Unterversorgung der Armen mit Infrastrukturdienstleistungen sind in ihrer geringen Kundenmacht (client power) sowie in ihrer geringen politischen Mitsprache (voice) zu sehen. Diese beiden Merkmale wirken sich im Trinkwasserbereich besonders negativ aus, da ein Ausbau der Versorgung mit hohen Fixkosten verbunden und somit auf eine hinreichend kaufkräftige Nachfrage angewiesen ist und da bei Allokationsentscheidungen häufig politische Faktoren ausschlaggebend sind. Maßnahmen müssen daher auf eine Stärkung der voice und der client power der Armen zielen. Ein mögliches Maßnahmenbündel zur Stärkung der voice ist die Dezentralisierung der Verantwortung für Trinkwasserversorgung auf kommunale Ebene (Stärkung der accountability in der Beziehung Bürger-Staat und dadurch indirekt in der Beziehung Staat-Leistungserbringer) bei gleichzeitiger Vorschrift und Sanktionierung von Anschlussverpflichtungen von unterversorgten Haushalten durch eine von den Interessen auf kommunaler Ebene unabhängigen Aufsichtsbehörde (Stärkung der Interessen der Armen). Ein mögliches Maßnahmenbündel zur Stärkung der client power ist die Erhöhung der Wahlmöglichkeiten der Kunden durch eine Förderung des Wettbewerbs bei gleichzeitiger Stärkung der Kaufkraft der armen Kunden durch gezielte Subventionen. Ein wichtiger Einflussfaktor für die Zielgenauigkeit von Subventionen ist die Ausgestaltung des Subventionsmechanismus. Dieser kann nur zielgenau sein, wenn das Berechtigungskriterium (nach technischen Gesichtspunkten) zielkonform definiert wird und die Entscheidung über den Erhalt der Subvention einer unabhängigen Kontrolle unterliegt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben **ARBEITSPAPIERE:** Wiemann, Jürgen; Krause, Matthias; Neubert, Susanne; Wolff, Peter: Weltentwicklungsbericht 2004 der Weltbank: ma-

king services work for poor people. Auswertung und Kommentar zum Entwurf vom Mai 2003. Bonn: Dt. Inst. für Entwicklungspolitik 2003.+++Krause, Matthias: Restructuring the electricity industry: Latin American experiences. Demands on the public sector and tasks for development cooperation. Working paper. Bonn: Dt. Inst. für Entwicklungspolitik 2002.

ART: keine Angabe **BEGINN:** 2004-01 **ENDE:** 2005-12 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (Tulpenfeld 4, 53113 Bonn)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0228-94927-203, Fax: 0228-94927-130, e-mail: matthias.krause@die-gdi.de)

[182-L] Liebig, Klaus:

Die Welthandelsordnung nach Cancún, oder: Was passiert, wenn die Rhetorik von der Entwicklungsrunde plötzlich ernst genommen wird..., (Analysen und Stellungnahmen, Nr. 2/2003), Bonn 2003, 4 S. (Graue Literatur; URL: [http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/fa66ed1ab3b8efd6c1256ce100431e37/\\$FILE/A%2B%20Cancun%20Liebig%20DIE.PDF](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/fa66ed1ab3b8efd6c1256ce100431e37/$FILE/A%2B%20Cancun%20Liebig%20DIE.PDF); [http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/fa66ed1ab3b8efd6c1256ce100431e37/\\$FILE/AS_Cancun_Englisch.pdf](http://www.die-gdi.de/die_homepage.nsf/6f3fa777ba64bd9ec12569cb00547f1b/fa66ed1ab3b8efd6c1256ce100431e37/$FILE/AS_Cancun_Englisch.pdf))

INHALT: "Unter Entwicklungspolitikern besteht weitgehend Konsens darüber, was eine Entwicklungsrunde ausmachen würde. Die handelspolitischen Entscheidungsträger in den Industrieländern fühlen sich diesem Konsens - entgegen ihrer eigenen Rhetorik - nicht verpflichtet. Sie tragen daher die Hauptverantwortung für das Scheitern in Cancún. Das Scheitern der Konferenz bedeutet noch keinen Erfolg für die Entwicklungsländer, da sie ihre handelspolitischen Ziele nicht erreicht haben. Es bleibt zu hoffen, dass der Schock von Cancún zu einer stärkeren Kompromissbereitschaft vor allem der Industrieländer, aber auch der Schwellen- und Ankerländer führt, um die WTO entwicklungsfreundlicher zu gestalten. Gelingt dies nicht, droht ein Zerfall der multilateralen Handelsordnung." (Autorenreferat)

[183-L] Lüde, Rolf von:

Transformationen von Wirtschaft und Arbeit im Globalisierungsprozess: Von der Effizienzlogik zur Lösung des Innovations- und Komplexitätsproblems, in: Friedrich Fürstenberg, Georg W. Oesterdiekhoff (Hrsg.): Globalisierung ohne Grenzen? : soziologische Beiträge zum Entgrenzungsdiskurs, Hamburg: Kovac, 2004, S. 205-232, ISBN: 3-8300-1114-8

INHALT: "Rolf von Lüde behandelt in seiner Studie 'Transformationen von Wirtschaft und Arbeit im Globalisierungsprozess: Von der Effizienzlogik zur Lösung des Innovations- und Komplexitätsproblems' die Veränderungen der Wirtschaftsstandorte, Produktionsstrukturen und Arbeitsplatzkapazitäten unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs. Insbesondere alte Industrien wie Stahl- und Elektroindustrie geraten zunehmend unter Druck infolge auch asiatischer und osteuropäischer Konkurrenz, die mit deutlich niedrigeren Löhnen einen Wettbewerbsvorteil zu haben scheinen. Technologische Innovationen und fachliche Qualifizierung der Arbeitskräfte sind die geeigneten Mittel, mit denen sich Hochlohnländer wie Deutschland im globalen Wettbewerb behaupten können." (Autorenreferat)

[184-L] Manning, Stephan:

Public Private Partnership als Aushandlungsprozess: Befunde und Implikationen für die Entwicklungspolitik, (Diskussionspapiere / Freie Universität Berlin, FB Wirtschaftswissenschaft, Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients, 91), Berlin 2003, 36 S. (Standort: UB Bayreuth(703)-05-QB910T794-91; Graue Literatur)

INHALT: "Das Programm zur Förderung von Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft - kurz: Public Private Partnership - gilt angesichts knapper Staatskassen als Hoffnungsträger der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Nach Ablauf der Pilotphase 1998-2001 kam die erste vermeintliche Ernüchterung: Insellösungen und Mitnahmeeffekte statt Breitenwirkung und Innovation - so der Grundtenor der Evaluatoren. Dieses Ergebnis ist nicht Ausdruck fehlerhafter Politik, sondern naiver Vorstellungen von Potenzialen und Grenzen des neuen Instruments in der Praxis. Ein Grund: Die praktische Umsetzung von Public Private Partnerships wurde bisher kaum empirisch untersucht. Dieses Defizit greift der Autor auf: Mit Hilfe der Negotiated Order Theory - einer Sozialtheorie - geht er der Frage nach, wie Entwicklungspartnerschaften von Vertretern öffentlicher und privater Organisationen in der Praxis aushandelt werden und wie in diesem Prozess Akteure mit oft widersprüchlichen Anforderungen an Effizienz und Legitimität in ihrem Handeln umgehen. Auf Grundlage einer vergleichenden Analyse der vorvertraglichen Phase von drei Entwicklungspartnerschaften der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit entwickelt der Autor drei Hypothesen, in denen er typische Muster der Aushandlung von Public Private Partnerships aufgreift und sozialtheoretisch interpretiert. Vor diesem Hintergrund gibt er Empfehlungen zum Umgang mit dem neuen Instrument und verdeutlicht, warum hinter scheinbaren Umsetzungsdefiziten häufig Gestaltungsvarianten stecken, die ein Nutzungspotenzial beinhalten und dem Instrument zum Erfolg verhelfen können". (Autorenreferat)

[185-L] Meier-Walser, Reinhard C.; Stein, Peter (Hrsg.):

Globalisierung und Perspektiven internationaler Verantwortung: Problemstellungen, Analysen, Lösungsstrategien ; eine systematische Bestandsaufnahme, München: Saur 2004, 702 S., ISBN: 3-598-11657-8 (Standort: UuStB Köln(38)-28A2995)

INHALT: "Die Globalisierung ist in unserer Zeit zu einer Schicksalsfrage geworden. Wir stehen unausweichlich vor der Wahl, den Globalisierungsprozess gemeinsam konstruktiv zu begleiten oder die Dinge einer Eigendynamik zu überlassen, die zu einem unabsehbaren Ergebnis führen wird. Gleichzeitig ist aber der Diskussions- und Problemlösungsprozess aufgrund der Facettenreichtums der Thematik besonders schwierig. Der vorliegende Band bietet mit insgesamt 35 Beiträgen und mit Einführungen in seine Kapitel eine Gesamtschau von zentralen Problemstellungen und Analysen, die mit dem Thema Globalisierung im Zusammenhang stehen. Sachgerechte Problemlösungen setzen einen schonungslosen Umgang mit Legenden ebenso wie mit unbequemen Wahrheiten voraus. Auf der Basis "Wohlstand für alle", "soziale Gerechtigkeit" und "Nachhaltigkeit" werden Perspektiven für einen zielführenden Umgang mit dem Globalisierungsprozess erarbeitet." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Knut Borchardt: Globalisierung in historischer Perspektive (21-49); Klaus Wollenberg: Globalisierung als Gegenstand wirtschaftswissenschaftlicher Betrachtung - ein historischer Überblick (50-80); Matthew Griffith: Globalization and its Critics - An Examination of the 'Anti-globalization Movement' (81-97); Moises Naim: Measuring the Dimensions of Globalization - Who is Up, Who ist Down? (98-109); Heinz Lampert: Globalisierung und die Perspektiven

des Sozialstaates Deutschland (124-142); Wolf Schäfer: Auswirkungen der Globalisierung auf die Handlungsspielräume nationaler Wirtschafts- und Sozialpolitik (143-154); David Vogel: Is there a Race to the Bottom? The Impact of Globalization on National Regulatory Policies (155-162); Udo Kruse, Silke Kruse: Die Zukunft der betrieblichen Sozialpolitik im wachsenden Wettbewerb (163-171); Hans Tietmeyer: Perspektiven für eine Soziale Marktwirtschaft im Kontext internationaler Märkte (172-183); Otto Wiesheu: Chancen der Globalisierung durch offensive Wirtschaftspolitik nutzen (184-194); Heinrich van Pierer: Informations- und Kommunikationstechnologien im Wissensmanagement eines globalen Unternehmens (195-203); Hartmut Hirsch-Kreinsen: Chancen und Risiken transnationaler Unternehmensnetze - die Globalisierungsfalle und ihre Vermeidung (204-218); Bernhard Harrer, Manfred Zeiner: Beispiel Tourismus in Bayern: regionale Identität und globale Herausforderung (219-228); Martin Ravallion: The Debate on Globalization, Poverty and Inequality: Why Measurement Matters (247-265); Robert Kappel: Gewinner und Verlierer der Globalisierung (266-303); Hans-Rimbert Hemmer, Holger Marienburg: Der Beitrag des internationalen Handels zum wirtschaftlichen Fortschritt von Entwicklungsländern (304-315); Hans-Rimbert Hemmer, Ralf Krüger: Wachstums- und Verteilungswirkungen ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländern (316-329); Bernd Eisenblätter: Multilateralismus und Bilateralismus: Auswirkungen der Globalisierung (330-338); Johannes Müller, Johannes Wallacher: Entwicklungszusammenarbeit im Spannungsfeld von Eigeninteresse und Solidarität (339-350); Christina Ruck: Antworten einer modernen Entwicklungspolitik auf die Globalisierung (351-361); David Lahl: Die Wirkungen einer Tobin-Steuer im Lichte einer differenzierten Analyse (362-380); Anjali Bansal, Pradeep S. Mehta: Competition Policy and the Poor (381-395); Kevin Cleaver: Reducing Poverty in Developing Countries: The Agriculture Factor (396-400); Sefik Alp Bahadir: Hat Kultur Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung? (401-410); Michael Zürn: Globalization and Global Governance: From Societal to Political Denationalization (422-448); Saskia Sassen: Locating Cities on Global Circuits (449-482); Klaus Schwab, Ulf Gartzke: Die Problemlösungsfähigkeit unterschiedlicher Global Governance-Strukturen: Überlegenheit von Multistakeholder-Netzwerken (483-498); und acht weitere Beiträge.

[186-F] Messner, Dirk, Priv.Do. Dr.; Meyer-Stamer, Jörg; Humphrey, John, Prof.; Nadvi, Khalid; Schmitz, Hubert, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Neue governance-Muster in der Weltwirtschaft - Anforderungen an Entwicklungs- und Schwellenländern. Das Konzept der "World Economic Triangle"

INHALT: Aus der Perspektive unterschiedlicher Ansätze zu Regionen in der Weltwirtschaft (z.B. der cluster-Forschung (Khalid Nadvi/ Hubert Schmitz), des Konzeptes "systemischer Wettbewerbsfähigkeit" (Klaus Esser, Wolfgang Hillebrand, Dirk Messner, Jörg Meyer Stamer), Ansätzen zu lokalen und nationalen Innovationssystemen (Bengt-Ake Lundvall) sowie Michael Porters Sichtweise zu Determinanten lokaler und nationaler Wettbewerbsvorteile werden die Handlungsspielräume für lokale Standortakteure (Unternehmen, lokaler Politiknetzwerke) eher optimistisch beurteilt. Die Schlüsselvariable dieser Konzepte besteht in der Gestaltung der Beziehungen in den jeweils spezifischen lokalen Unternehmensnetzwerken (clusters) und deren Zusammenspiel mit ihrem Unternehmensumfeld. Regionen, in denen es den lokalen Standortakteuren gelingt, die intra-cluster-Beziehungen durch den Aufbau leistungsfähiger business Netzwerke (cluster) und die Herausbildung dynamischer Politiknetzwerke im Umfeld der Unternehmen in Richtung "systemische Wettbewerbsfähigkeit" und "kollektive

Effizienz" zu optimieren, können "spezifische, geographisch gebundene Wettbewerbsvorteile" entwickeln und so ihre Positionierung in der Weltwirtschaft aktiv beeinflussen und verbessern. Regionen, deren kollektive Handlungsfähigkeit nicht ausreicht, um produktive Netzwerke sowie spezifische Wettbewerbsvorteile zu schaffen und permanent weiterzuentwickeln, gehören zu den Verlierern in der globalen Ökonomie. Aus diesen Perspektiven liegt der Schlüssel für die Entwicklungsdynamik von Regionen auf lokaler Ebene. Die skizzierten Ansätze und die darauf basierenden Handlungs- und Politikempfehlungen ignorieren die spezifischen Anforderungen jeweiliger Weltmarktsegmente für konkrete Regionen. Der Referenzrahmen Weltmarkt wird im Sinne nicht beeinflussbarer Rahmenbedingungen wahrgenommen, bleibt aber ansonsten eine "black box". Das vorliegende Projekt leistet ein Beitrag dazu, dieses Defizit zu beheben. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass Regionen in jeweils spezifische globale Marktsegmente, governance-Muster und Regelsysteme eingebunden sind, die die Handlungsspielräume der lokalen Standortakteure und die Anforderungen an deren Leistungs- und Strategiefähigkeit signifikant beeinflussen. Untersucht wird, welche Auswirkungen global governance-Strukturen, in die Regionen integriert sind (wie globale Regelwerke; globaler Wertschöpfungsketten; globale Netzwerke, in denen Unternehmen, NGOs, internationale Organisationen globale Standards entwickeln), auf lokale governance-Kapazitäten und -systeme und damit die Fähigkeit, erfolgversprechende lokale Entwicklungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen, haben. Es geht also um das Zusammenspiel von local und global governance in der Weltwirtschaft. Weitere Kooperationspartner: Frank Wältring, GTZ/ INEF; Lizbeth Navas-Alemán, IDS; Luiza Bazan, Social Services for Industry (SESI), Federation of Industries of Rio Grande do Sul, Brazil; Prof. Dr. Alfonso Fleury, DEP/ EP, University of São Paulo, Brazil; Dr. Raquel Gomez, Department of Urban Studies & Planning, Massachusetts Institute of Technology, USA; Dr. Gerhard Halder, Institut für Geographie, Universität Stuttgart, Germany; Dr. Marcia de Paula Leite, DECISAE/ FE, University of Campinas, Brazil; Claudio Maggi, SERCOTEC, Chile and INEF, Germany; Dr. Ruy Quadros, IGE, University of Campinas, Brazil; Dr. Roberta Rabellotti, Department of Economics, University of Piemonte Orientale, Novara, Italy; Silene Seibel, IEL, Federation of Industries of Santa Catarina, Brazil.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Schmitz, Hubert (Hrsg.): Local Enterprises in the global economy. Issues of governance and upgrading. London 2004.+++Messner, Dirk: Regions in the world economic triangle. in: Schmitz, Hubert (ed.): Local enterprises in global economy. London 2004, S. 21-52.+++Ders.: Etablierte Weltwirtschaftsdiskurse und neue Governance - Muster in der globalen Ökonomie. Das Konzept der "World Economic Triangle". in: Fues, Thomas; Hippler, Jochen (Hrsg.): Globale Politik. Bonn 2003, S. 90-112.+++Ders.: La arquitectura de gobernanza global en le economía globalizada. in: Instituciones y Desarrollo, 2003, Nr. 14/15, S. 139-169.+++Humphrey, John; Schmitz, Hubert: How does insertion in global value chains affect upgrading in industrial clusters? mimeo to be published in: Regional Studies, Vol. 36, 2002, No.9. *ARBEITSPAPIERE*: Messner, Dirk: The concept of the "World Economic Triangle", global governance and options for regions. IDS-Working Paper, Nr. 173. Brighton 2002, 99 pp.+++Ders.: Modelos de desarrollo nacionales y desafíos de la globalización. Los casos de Chile, Cuba y México. INEF-Report, Nr. 56. Duisburg 2002, 74 S. Download unter: <http://inef.uni-duisburg.de/page/documents/report56.pdf> .+++Humphrey, John: Opportunities for SMEs in developing countries to upgrade in the global economy. ILO, SEED Working Paper 43, 2003. Download unter: <http://www.ilo.org/dyn/em-pent/docs/F1233130367/WP43-2003.pdf> .+++Humphrey, John; Memedovic, Olga: The global automotive industry value chain: what prospects for upgrading by developing countries? UNIDO, Vienna 2003. Download unter:

load/?file_id=11902 .+++Navas-Alemán, Lizbeth; Navas-Bazan, Luiza: Local implementation of quality, labour and environmental standards: opportunities for upgrading in the footwear industry. Seed Working Paper, 45, 2003. Series on Upgrading in Small Enterprise Clusters and Global Value Chains. Download unter: <http://www.ilo.org/dyn/empent/docs/F1391434055/WP45-2003.pdf> .+++Nadvi, Khalid; Halder, Gerhard: Local clusters in global value chains: exploring linkages between Germany and Pakistan. IDS Working Paper, 152, 2002. Download unter: <http://www.ids.ac.uk/ids/bookshop/wp/wp152.pdf> .

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2002-01 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (Tulpenfeld 4, 53113 Bonn); University of Sussex Brighton, Institute of Development Studies -IDS- (, BN1 9RE Brighton, Vereinigtes Königreich)

KONTAKT: Messner, Dirk (Dr. Tel. 0228-94927-110, e-mail: dirk.messner@die-gdi.de)

[187-F] Messner, Dirk, Dr. (Bearbeitung):

Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik

INHALT: Die deutsche und die internationale Entwicklungspolitik will nicht mehr nur zur Stärkung endogener Entwicklungspotentiale in Entwicklungsländern beitragen, sondern zugleich Impulse geben, um 1. entwicklungsfreundliche internationale Rahmenbedingungen zu schaffen (z.B. Weiterentwicklung der WTO, des Bretton Woods Systems); 2. Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, eine aktive Rolle in der entstehenden Global Governance-Architektur zu spielen; 3. Weltprobleme zu bearbeiten, die ohne eine Kooperation mit Entwicklungsländern unlösbar sind (z.B. Klimawandel, Stabilisierung des internationalen Finanzsystems, Migration und Flucht, transnationaler Terrorismus). In dem Projekt werden die Herausforderungen, die sich aus dieser Neuorientierung für die Organisationen und die Instrumente der Entwicklungspolitik, die Geberkoordinierung und das Zusammenspiel der Entwicklungspolitik mit anderen außenorientierten Politiken ergeben, herausgearbeitet.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Messner, Dirk: Ein effektiveres multilaterales System. in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 2004, Nr. 3., S. 111-112.+++Ders.: Zur Bedeutung privater Akteure in der Entwicklungspolitik. in: Mummert, Uwe; Sell, Friedrich (Hrsg.): Globalisierung und nationale Entwicklungspolitik. Münster 2003, S. 207-240.+++Ders.: Die Beziehungen zwischen Nord und Süd im Schatten der Irak-Krise. in: Weller, Christoph u.a. (Hrsg.): Friedensgutachten 2003. Münster 2003, S. 51-60.+++Ders.: Global Governance aus lateinamerikanischer Perspektive. in: Mols, Manfred; Öhlschläger, Rainer (Hrsg.): Lateinamerika in der Globalisierung. Frankfurt 2003, S. 145-163.+++Ders.: Schwellenländerdiskurse seit Mitte der 70er Jahre. in: Zeitschrift für Geographie, 2003, H. 143, S. 3-12.+++Ders.: Entwicklungsforschung. in: Münkler, Herfried (Hrsg.): Grundkurs Politikwissenschaft. Reinbek 2003, S. 373-412.+++Messner, Dirk; Nuscheler, Franz: Basic outlines of German development policy. in: Maull, Hans (ed.): International politics. German and Japanese perspectives. Tokyo 2004.+++Messner, Dirk: El retorno de la inseguridad generalizada. Reflexiones después del 11 de septiembre de 2001. in: Desarrollo y Cooperación, 2002, Nr. 2., S. 8-10.+++Ders.: Armut in Weltwirtschaft und -gesellschaft. in: Bundesministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (Hrsg.): Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert. Strukturpolitik für eine kooperative Welt. Bonn 2002, S. 38-44.+++Ders.: Zur Neuausrichtung deutscher Außenbeziehungen. in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 2002, Nr. 6, S. 182-184.+++Maggi, Claudio; Messner, Dirk: Gobernanza global desde la perspectiva latino-

americana. Desafíos a principios del siglo XXI. in: Messner, Dirk; Maggi, Claudio (Hrsg.): Global Governance desde una perspectiva latinoamericana. Caracas 2002, S. 9-34.+++ Messner, Dirk: Gobernanza global y el futuro de los estados nacionales a principios del Siglo XXI - una perspectiva europea. in: Messner, Dirk; Maggi, Claudio (Hrsg.): Global Governance desde una perspectiva latinoamericana. Caracas 2002, S. 35-68.+++Ders.: Globalisierung gestalten. Anforderungen an Nationalstaaten, Regionen, Unternehmen und die Entwicklungspolitik. in: Altenburg, Tilman; Messner, Dirk (Hrsg.): Wettbewerbsfähiges Lateinamerika. Herausforderungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Bonn 2001, S. 9-25.+++Ders.: Globalisierung und Entwicklungspolitik, in: Hauchler, Ingomar; Messner, Dirk; Nuscheler, Franz (Hrsg.): Globale Trends 2002. Frankfurt 2001, S. 401-421. *ARBEITSPAPIERE*: Messner, Dirk: Global governance. Challenges for the north - south - cooperation. Gutachten für CIDSE/ Brüssel. Duisburg 2002, 55 S.

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 2001-01 *ENDE*: 2005-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (Tulpenfeld 4, 53113 Bonn)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0228-94927-110, e-mail: dirk.messner@die-gdi.de)

[188-L] Nunnenkamp, Peter:

Effizienz der Entwicklungshilfe: die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 11/12, S. 47-54 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: "Zwar hat die 'Gebermüdigkeit' der Industriestaaten inzwischen etwas nachgelassen, doch muss man fragen, wie effizient die allmählich wieder zunehmenden Finanzmittel wirklich eingesetzt werden. Der Autor kritisiert, dass die dazu von der Weltbank und Anderen entwickelten Kriterien auch heute noch - bis auf ein paar Ausnahmestaaten - ungenügend angewandt werden. Entwicklungshilfe ist nach wie vor weder besonders selektiv noch wirklich zielgerichtet." (Autorenreferat)

[189-L] Nuscheler, Franz:

Globalisierung: Unheil für Mensch und Natur?, in: Marcus S. Kleiner, Hermann Strasser (Hrsg.): Globalisierungswelten : Kultur und Gesellschaft in einer entfesselten Welt, Köln: Halem, 2003, S. 231-243, ISBN: 3-931606-65-1 (Standort: UuStB Köln(38)-30A4237)

INHALT: Globalisierungsbefürworter wie -kritiker können ihre Argumente mit einer Fülle von Daten belegen. Die Globalisierung hat Gewinner und Verlierer, sowohl auf der Ebene der Staatenwelt als auch innerhalb der Gesellschaften, sowohl im Norden als auch im Süden. Sie ist ein janusköpfiges Phänomen. Einerseits bietet sie wettbewerbsfähigen Schwellenländern neue Chancen auf einem zunehmend deregulierten Weltmarkt, andererseits droht sie, ganze Regionen wirtschaftlich und politisch noch weiter ins Abseits zu drängen. Der Verfasser macht diese Janusköpfigkeit des Globalisierungsprozesses an den Beispielen "globalisierte Frau", ökologische Risiken des Freihandels sowie Demokratie und Menschenrechte deutlich. Zentrales Ziel sollte es seiner Auffassung nach sein, Globalisierung mit dem Konzept der global governance als Orientierungsmodell politisch zu gestalten. (ICE2)

[190-F] Pérez Dominguez, Ignacio, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Holm-Müller, Karin, Prof.Dr. (Betreuung):

A regional model in European agri-environmental policy making. An integrated economic approach: political, physical and social indicators. The use of choice modelling techniques

INHALT: Hypothesen: a) Änderungen von politischen Variablen in der Landwirtschaft (z.B. Agenda 2000) haben Nebenwirkungen auf die Umweltqualität; b) physische Umweltindikatoren sollten auf Einzel-Betrieb Ebene gemessen werden; c) verschiedene Ziele in der landwirtschaftlichen Umweltpolitik stehen miteinander in Konflikt; d) soziale Präferenzen für Umweltgüter sind quantifizierbar (Zahlungsbereitschaft); e) mit der Hilfe von physischen Indikatoren als "a priori Information" können Choice Modelling Techniques Präferenzen für verschiedene Umweltgüter gleichzeitig quantifiziert werden; f) monetäre Schätzungen von bestimmten Umweltgütern gelten als Ansatzpunkt für umweltpolitische Handlungsempfehlungen. Ziele: Mit Hilfe von Zahlungsbereitschaftsanalysen sollten umweltpolitische Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. *ZEITRAUM:* 1990-2004 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union

METHODE: Regionalisierung von physischen Indikatoren: Consistent Aggregation Analyse; monetäre Bewertungsmethode: Choice Modelling Technique. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2001-10 *ENDE:* 2004-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Bonn, Landwirtschaftliche Fakultät, Institut für Agrarpolitik, Marktforschung und Wirtschaftssoziologie Abt. Ressourcen- und Umweltökonomik (Nußallee 21, 53115 Bonn)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0228-73-2326, Fax: 0228-73-4693, e-mail: perez@agp.uni-bonn.de)

[191-L] Rechkemmer, Andreas:

Global environmental governance: the United Nations Convention to Combat Desertification, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), Berlin 2004, 154 S. (Graue Literatur; URL: <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2004/p04-001.pdf>); Forschungsbericht/Nummer: P 2004-001

INHALT: Gegenstand der Untersuchung ist die UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD). Sie zählt zu den multilateralen Übereinkünften, die im Zuge der 1992 in Rio de Janeiro veranstalteten UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) geschlossen wurden. Die UNCCD basiert auf einem Konzept internationaler Beziehungen, das zu einem großen Teil jenseits traditioneller Vorstellungen von Verträgen zwischen Regierungen angesiedelt ist. Solche auch als Global Governance bezeichneten Politikkonzepte sind eher horizontal als vertikal orientiert und beziehen Akteurnetzwerken und Zivilgesellschaft ein. Ausgehend vom Brundtland-Report und dem sich entwickelnden Prozess der Globalisierung zeigt der Verfasser, dass Rio den Höhepunkt für Global Governance-Konzepte war; diese Konzepte fanden ihren Niederschlag in Verträgen und setzten strukturelle Reformprozesse in Gang, die eine neue Form multilateraler Zusammenarbeit schufen. Von allen Ergebnissen, die die UNCED zeitigte, ist die UNCCD am meisten auf Global Governance orientiert. Ihr rechtlich verbindlicher Vertragstext enthält eine Reihe entsprechender Elemente, so die Verbindung von Umwelt- und Entwicklungsfragen, einen bottom-up-Ansatz und einen Mix von Po-

litikinstrumenten wie nationale Aktionsprogramme und Partnerschaftvereinbarungen. (ICE-Übers)

[192-L] Rotte, Ralph:

Kontraproduktive Konsequenzen: das Debakel von Cancún, in: Die Politische Meinung : Monatschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 49/2004, H. 3 = Nr. 412, S. 83-87 (Standort: UuStB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich⁹; URL:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_4250_1.pdf

INHALT: Das Scheitern der jüngsten Verhandlungsrunde zur Liberalisierung des Welthandels, der fünften WTO-Ministerkonferenz Mitte September 2003 in Cancún, ist verschiedentlich als bahnbrechender Erfolg der Entwicklungsländer gegenüber den Egoisten des kapitalistischen Westens begrüßt worden. Gemäß der gängigen Interpretation von Globalisierungsgegnern bedeutet der gut organisierte und vorbereitete Widerstand der Gruppe von 21 Staaten der Dritten Welt unter der Führung Chinas, Indiens und Brasiliens einen ersten wichtigen Emanzipationsakt der Dritten Welt in der weltwirtschaftlichen Konfrontation mit den Vertretern eines neoliberalen Globalisierungskurses um eine gerechtere Verteilung des globalen Wohlstandes und die Chance zu eigenständiger ökonomischer Entwicklung. Vor dem Hintergrund der positiven Resonanz auf Cancún in kapitalismuskritischen Kreisen weist der Autor auf vier zentrale Punkte hin: (1) Auch die Positionen der Entwicklungsländer haben zum Scheitern der Verhandlungen beigetragen. (2) Es sind weniger die Industrie- als die Entwicklungs- und Schwellenländer, die unter einer Stagnation der Welthandelsliberalisierung infolge des mehr oder weniger kategorischen und massiv von Antiglobalisierungs-Aktivisten unterstützten Neins der G 21 zu leiden haben. (3) Aufgrund der fehlenden Konsistenz der G 21 ist die Interpretation von Cancún als Emanzipationsakt der Dritten Welt schlichtweg naiv, weil zu undifferenziert. (4) Das Beispiel China zeigt ferner deutlich auf, dass mit dem Scheitern der Konferenz in Mexiko eine allgemeine Gefährdung des multilateralen Welthandelsystems verbunden sein könnte, wenn die großen Handelsmächte zukünftig bilaterale Alternativen zum WTO-Rahmen suchen. Die Obstruktionshaltung der G 21 berührt jedoch nicht nur die WTO. Für die Gestaltung der politischen, nicht nur der ökonomischen Weltordnung nach dem Kalten Krieg sind vielmehr drei weitere Punkte noch wichtiger als die handelspolitischen und ökonomischen Konsequenzen: (1) Die Vereinigten Staaten sind keineswegs die 'Hypermacht', als die sie in mehr oder weniger populären Amerika-kritischen Darstellungen seit spätestens den US-Reaktionen auf den 11. September 2001 erscheinen. (2) Cancún hat gezeigt, dass die USA und die EU als größte Welthandelsmächte letztlich in einem Boot sitzen, was die Gestaltung der Weltwirtschaft und damit verbunden der Weltpolitik angeht. (3) Die Erfahrung der neuen Verhinderungsmacht der Dritten Welt führt wohl zu einer noch skeptischeren Haltung des Westens gegenüber einer wieder diskutierten, grundlegenden Reform der internationalen Organisationen, allen voran des Weltsicherheitsrates. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie es die Industriestaaten tatsächlich mit der Gleichberechtigung der Dritten Welt in internationalen Organisationen halten, wenn sie von ihnen überstimmt werden könnten. Angesichts des Warnschusses von Cancún wird die Reaktion der Europäer, auch der Deutschen, auf Neuordnungsvorstellungen internationaler Institutionen, die auf eine deutliche Aufwertung der Dritten Welt abzielen, jenseits aller Sozialromantik und Neoimperialismustheorie jedoch ähnlich skeptisch sein müssen wie die der US-Amerikaner, wollen sie ihre eigenen mittel- und langfristigen Interessen nicht verleugnen. (ICG2)

[193-F] Scholz, Imme, Dr. (Leitung):

Stärkung von Kapazitäten in Entwicklungsländern für Prozesse der Global Environmental Governance

INHALT: Die Teilnahme an Prozessen der globalen Umweltpolitik stellt besondere Anforderungen an alle Staaten: Sie müssen nationale Interessen ins Verhältnis zu globalen Interessen setzen; sie müssen den internationalen Diskurs in die Sprache nationaler Werte, Ziele und Interessen übersetzen; sie müssen vielfältige Wissenspools auf nationaler Ebene mobilisieren, um über das für eine aktive Teilnahme notwendige Know-how zu verfügen und auch nationale Umsetzungsmaßnahmen konzipieren zu können. Schließlich müssen sie alle relevanten nationalen Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mobilisieren, um die Umsetzung dieser Maßnahmen zu ermöglichen. Schon in Industrieländern können diese vielfältigen Anforderungen nur mit Mühe erfüllt werden; in Entwicklungsländern bestehen besondere Hindernisse, aber auch Chancen, um diesen Herausforderungen zu begegnen und die Anschlussfähigkeit an globale politische Prozesse zu sichern. Im Auftrag des BMZ werden die Ansätze zur Kompetenzentwicklung in Entwicklungsländern untersucht, die im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) finanziert, von der Global Environmental Facility entwickelt und von UNDP bzw. UNEP umgesetzt werden. Außerdem werden die Aktivitäten des entsprechenden GTZ-Sektorvorhabens berücksichtigt. Ziel des Forschungsvorhabens ist es, eine Bestandsaufnahme dieser Ansätze zu erstellen und zu prüfen, inwiefern sie die oben dargestellte strategische Sichtweise von Umweltkompetenzentwicklung widerspiegeln. Außerdem sollen Empfehlungen dahingehend formuliert werden, wie die vorhandenen Ansätze und Instrumente verbessert werden können, um größere Fortschritte bei der strategischen klimapolitischen Kompetenzentwicklung in Entwicklungsländern zu erzielen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Scholz, Imme: Bessere umweltpolitische Entscheidungen durch Information und Partizipation. in: e.velop - online-Magazin der Bundesregierung, 2004, Nr. 18. Abrufbar im Internet unter: http://www.bundesregierung.de/Service/Online-Publikationen/E-Magazines-,9276.613209/e-magazine.htm?link=bpa_ezine.

ART: Auftragsforschung *BEGINN:* 2004-05 *ENDE:* 2005-01 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (Tulpenfeld 4, 53113 Bonn)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0228-94927-170, Fax: 0228-94927-130,
e-mail: Imme.Scholz@die-gdi.de)

[194-L] Steffek, Jens:

Gerechtigkeit zwischen Staaten: eine empirische Spurensuch, in: Stefan Liebig, Holger Lengfeld, Steffen Mau (Hrsg.): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2004, S. 361-386, ISBN: 3-593-37464-1

INHALT: Der Autor plädiert dafür, den Gerechtigkeitsdiskurs und die ihm zugrunde liegenden Überzeugungen für den Bereich der internationalen Beziehungen fruchtbar zu machen. Er verdeutlicht am Beispiel der internationalen Handelspolitik, wie Vorstellungen von Gerechtigkeit zwischen Staaten die Herausbildung von "international governance" beeinflusst haben. Dabei können zwei Arten von empirisch vorfindbaren Gerechtigkeitskonzeptionen voneinander unterschieden werden: Erstens Spielarten von Gerechtigkeit als Fairness, die den Akteuren die reziproke Respektierung von gemeinsam festgelegten Regeln internationaler Koopera-

tion abverlangen; zweitens substantielle Gerechtigkeitsideen, die eine internationale Umverteilung von Ressourcen fordern. Der Autor zeigt in diesem Zusammenhang, dass Gerechtigkeit als Fairness mit dem traditionellen Bild einer hochgradig kompetitiven, aber zivilisierungsfähigen Staatenwelt durchaus vereinbar ist. Die distributive Gerechtigkeit zwischen Staaten ist dagegen mit der Vorstellung einer internationalen Solidargemeinschaft verknüpft und stellt entsprechend höhere Anforderungen an die Politik. (ICI2)

[195-L] Stehr, Nico:

Die Chancen und Risiken der Globalisierung: Rückentwicklung oder Fortentwicklung?, in: Marcus S. Kleiner, Hermann Strasser (Hrsg.): *Globalisierungswelten : Kultur und Gesellschaft in einer entfesselten Welt*, Köln: Halem, 2003, S. 244-257, ISBN: 3-931606-65-1 (Standort: UuStB Köln(38)-30A4237)

INHALT: Der Verfasser diskutiert ökonomische, kulturelle und ökologische Konsequenzen der Globalisierung. Er zeigt, dass die Globalisierungsdebatte gegenwärtig jenen Stellenwert einnimmt, den in der jüngsten Vergangenheit die Debatten um Massengesellschaft, Rationalisierung und Modernisierung hatten. Eine Auseinandersetzung mit dem Facettenreichtum des Globalisierungsprozesses zeigt, dass dieser Prozess für viele Akteure weltweit - oft bisher nicht realisierte - neue Handlungschancen eröffnet. Die Risiken der Globalisierung, so der Verfasser, liegen in einem entfremdeten Verständnis des Globalisierungsprozesses. Die Chancen der Globalisierung liegen darin, die durch diesen Prozess eröffneten Handlungsmöglichkeiten der Akteure und Institutionen zu nutzen. (ICE2)

7 Europäische Integration, europäische Sozialpolitik, EU-Osterweiterung

[196-L] Bade, Monika:

Influencing policy in the European Union: interest groups and trafficking in women, (ESH Working Paper, No. 1), Hannover 2004, 43 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.gps.uni-hannover.de/europe/workingpapers/bade.pdf>)

INHALT: Die EU präsentiert sich als ein supranationaler Staat, in dem sich Gruppen öffentlicher Themen wie Umwelt, Gleichberechtigung und Menschenrechte annehmen und dabei die Gelegenheit wahrnehmen, den Verlauf der europäischen Politik zu beeinflussen. Diese Interessengruppen und ihre Kompetenz und Vorgehensweise bei der Einflussnahme auf die EU-Politik am Beispiel des Frauenhandels bilden den Untersuchungsgegenstand der Studie. Dabei orientiert sich die Analyse an zwei Hypothesen: (1) Die institutionelle Struktur der EU ermöglicht Gruppen mit diffusen Interessen die Möglichkeit zur Beeinflussung des politischen Entscheidungsprozesses. (2) Eine effektive Interessenstrategie zur Durchsetzung der diffusen Anliegen bedarf einer entsprechenden Gelegenheitsstruktur bzw. eines Strukturrahmens, um die europäischen Institutionen bei ihrer politischen Arbeit zu beeinflussen. Die Ausführungen gliedern sich in zwei Kapitel: Der erste Abschnitt liefert den theoretischen Rahmen, der folgende Punkte umfasst: (1) die Vermittlung von Interessen in der EU, (2) der europäische Politik-Zyklus, (3) die Opportunitätsstrukturen sowie (4) das Rahmenkonzept.

Der zweite Abschnitt befasst sich sodann mit dem Problem des Frauenhandels in der EU, mit dem sich Interessengruppen wie nichtstaatliche Organisationen und Frauengruppen auseinandersetzen. Dabei wird aufgezeigt, inwieweit es gelingt, das Thema Frauenhandel auf die europäische Agenda zu setzen, und in welchem Umfang die Gestalter der EU-Politik darauf eingehen. Das Fallbeispiel macht deutlich, dass das EU-System die Möglichkeiten einer erfolgreichen Einflussnahme auf die Politik durch Interessengruppen liefert. Die europäische Gelegenheitsstruktur erlaubt somit eine Partizipation an den politischen Entscheidungsprozessen in der EU. (ICG2)

[197-L] Banse, Christian; Stobbe, Holk (Hrsg.):

Nationale Grenzen in Europa: Wandel der Funktion und Wahrnehmung nationaler Grenzen im Zuge der EU-Erweiterung. Frankfurt am Main: P. Lang 2004, 302 S., ISBN: 3-631-52338-6

INHALT: "An den Grenzen in Europa ist ein paradoxer Sachverhalt zu beobachten: Einerseits gewinnt die Grenzüberschreitung von Menschen und Waren zunehmend an Bedeutung, andererseits entwickeln sich parallel dazu neue Grenzziehungen. Im Vordergrund des Sammelbandes steht daher die Frage, wie sich die Funktion und Wahrnehmung der nationalen Grenze in Europa politisch, ökonomisch und sozial verändert hat. In den Beiträgen wird die These vertreten, dass die EU-Grenzpolitik sich zwar erheblich verändert hat, diese Veränderung jedoch nicht zu einem Wegfall, sondern zu einer Verschiebung von Grenzziehungen führt: Die alten politischen Grenzen bestehen durch neue Grenzziehungen weiter oder werden durch solche ersetzt, die politisch und sozial auf den alten aufbauen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Michael Neumann: Einführung (9-14); Kapitel 1: Der sozialwissenschaftliche Blick auf die nationale Grenze: Christian Banse: Die nationale Grenze und die soziale Grenze (15-34); Christian Banse: Die Grenzregion. Zur Metaphorik grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Ein Literaturüberblick (35-52); Konrad Thomas: Die unsichtbare Objektivität der Grenze (53-63); Kapitel 2: Grenzregionen der Europäischen Union: Jorgen Kühl: Dänisch-Deutsche Grenzregion: Erfahrungen zwischen Deutsch und Dänisch (67-96); Simone Ahrberg: Französisch-deutsche Grenzregion: Grenz Wahrnehmung von Jugendlichen (97-115); Dieter Haller: Grenzland Gibraltar (117-136); Kapitel 3: Der Wandel nationaler Grenzen in der EU: Irena Szlachcicowa, Markieta Domecka und Adam Mrozowicki: Polnisch-tschechisch-deutsche Grenzregion: Biographische Strategien (139-158); Christian Friedrich: Österreichisch-slowakische Grenzregion: Perzeptionen des Funktionswandels (159-188); Daniel Satra: 'Buffer Zone' Tschechische Republik: Ukrainische Arbeitsmigranten an den Grenzen der EU (189-214); Stephan Alscher: Grenzregion Ostpolen und die EU-Außengrenze: Brücke oder Trennlinie? (215-234); Stephanie Dittmer: Grenzregion Estland-Russland: Regionalpolitik und EU-Osterweiterung (235-248); Kapitel 4: Grenzpolitik der Europäischen Union: Helmut Dietrich: EU-Ostgrenze und Ost-Erweiterung: Grenzregime und Grenzerfahrungen (251-261); Beat Leuthardt: Essay über die EU-Außengrenzen: Ausgrenzung vom Süden Spaniens bis zum Osten Litauens (262-276); Holk Stobbe: EU-Grenzpolitik im Vergleich: Die U.S. - mexikanische Grenze (277-294); Kapitel 5: Ausblick: Christian Banse, Holk Stobbe: Nationale Grenzen und die Gleichzeitigkeit der Ein- und Ausschließung (295-298).

[198-L] Behning, Ute:

Die "neue Methode der offenen Koordinierung": Versuche der integrationstheoretischen Klassifizierung einer neuen Form des sozial-politischen Regierens in der Europäischen Union, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 33/2004, H. 2, S. 127-136 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Dieser Beitrag versucht, die 'neue Methode der offenen Koordinierung' ('neue OMC') integrationstheoretisch zu klassifizieren. Geprüft wird, ob die 'Ansätze zu einer Theorie des Regierens im europäischen Mehrebenensystem' und die davon abgeleiteten 'Typen der Europäisierung' von Scharpf (2000; 2002), die Basis seiner Klassifizierungen der OMC sind, einer empirischen Überprüfung stand halten. Am Beispiel der Etablierung der 'neuen OMC' im Politikfeld 'Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung' wird gezeigt, warum Scharpf in seiner Klassifizierung der OMC von 2000 bis 2002 einen Einschätzungswechsel vorgenommen haben könnte. Dennoch kann festgestellt werden, dass die neuen Formen des sozialpolitischen Regierens in der EU von Scharpfs Typologie nicht hinlänglich erfassbar sind. In diesem Zusammenhang werden alternative Klassifizierungsmuster angeboten und Forschungsperspektiven aufgezeigt." (Autorenreferat)

[199-L] Bieling, Hans-Jürgen:

Europäische Integration: Determinanten und Handlungsmöglichkeiten, in: Joachim Beerhorst, Alex Demirovic, Michael Guggemos (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 128-152, ISBN: 3-518-12382-3

INHALT: Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags steht die Frage, wie die selbstverordnete Beschneidung politischer Optionen in den EU-Staaten aufgebrochen und überwunden werden kann und welchen Beitrag hierzu ein kritisches Verständnis der europäischen Integration leistet. Zur Beantwortung werden in drei Schritten folgende Dimensionen beleuchtet: Zunächst wird argumentiert, dass im Unterschied zu denjenigen Paradigmen, die im Sinne von Problemlösungs-Theorien in erster Linie eine Effektivierung und Demokratisierung der europäischen Governance-Strukturen vor Augen haben, ein kritischer Ansatz nicht umhin kommt, die Governance-Strukturen selbst noch als Moment des gegebenen europäischen Entwicklungsmodells machtanalytisch zu entschlüsseln. Danach wird erörtert, wie in dieser Perspektive die Dynamik der europäischen Integration, insbesondere die Konstitutionalisierung der neuen europäischen Ökonomie und die ihr eigenen Gestaltungszwänge, zu interpretieren sind. Abschließend wird die Frage diskutiert, ob und wie die europäische Integration durch alternative bzw. gegenhegemoniale Projekte eines "progressiven Konstitutionalismus" neu zugeschnitten werden kann. (ICI2)

[200-L] Bocklet, Reinhold:

Die europäische Union und die Türkei, in: Zeitschrift für Politik : Organ der Hochschule für Politik München, Jg. 51/2004, H. 2, S. 153-173 (Standort: UuStB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser stellt zunächst die lange Geschichte der türkischen Bemühungen um eine Mitgliedschaft in der EU (bzw. EG und EWG) seit 1959 dar. Er diskutiert im Folgenden ökonomische und gesellschaftliche Aspekte eines türkischen EU-Beitritts. Während der Verfasser

die Problematik politischer Reformen in der Türkei auf dem Weg in die EU für lösbar hält, wertet er die Kombination aus demographischer Stärke und ökonomischer Schwäche zusammen mit der islamischen Prägung breiter Bevölkerungsschichten als zentrales Hindernis für einen schnellen EU-Beitritt. Er rät dazu, die Entwicklung der EU nach der Osterweiterung zunächst in eine Phase innerer Konsolidierung eintreten zu lassen, bevor weitere Beitritte ins Auge gefasst werden. (ICE)

[201-L] Boix, Carles:

The institutional accomodation of an enlarged Europe, (Europäische Politik), Bonn 2004, 10 S., ISBN: 3-89892-278-2 (Graue Literatur; URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/02103.pdf>)

INHALT: Der vorliegende Beitrag überprüft die Auswirkung, die der Erweiterungsprozess auf die Institutionen der Europäischen Union (EU) haben kann, wobei der Schwerpunkt auf der Auswertung der politischen Theorie und der Literatur zum Thema der politischen Handelsökonomie liegt. Der Autor nimmt an, dass Länder nur dann eine wirtschaftliche und politische Union eingehen, wenn sie einen politischen und ökonomischen Nutzen davon haben. Integration bringt mehr Handels- und Friedenssicherheit, geht aber auch mit einem Souveränitätsverlust der Nationalstaaten einher. Bei vollständiger politischer Integration können die einwohnerstarken Länder Regulationsmechanismen für die kleineren Nationen festlegen. Unter Verwendung neuer Einkommensverteilungsdaten zeigt der Beitrag, dass das relativ niedrige Niveau der Ungleichheit zwischen den Staaten erklärt, warum die politische Integration seit Anfang der 1960er Jahre anhält. Darüber hinaus erforscht der Autor, wie die relativ homogene Einkommensverteilung sich verändern kann, wenn es zu einer Erweiterung der EU kommt. (ICDÜbers)

[202-L] Botsch, Andreas:

Wachstum und Beschäftigung in Europa: Anspruch und Wirklichkeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 55/2004, H. 5, S. 276-284 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X1085; UuStB Köln(38)-Haa950; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: http://www.gmh.dgb.de/main/jahresin/2004/Leseproben/Beitrag_05-2004-Botsch.html)

INHALT: Drei Faktoren spielen für den Europessimismus und die Wachstumsschwäche in Europa eine wesentliche Rolle: (1) die Unterschätzung der europäischen Politik durch die europäischen Politiker und die Überschätzung des wirtschaftlichen und sozialen Potentials der USA; (2) die Ineffizienz des industriellen Gefüges der europäischen Wirtschaftspolitik und ihrer mangelnden demokratischen Legitimität; (3) das mangelnde Verständnis für und die politische Marginalisierung der makroökonomischen Politik in der EU. Um eine makroökonomische Wirtschaftspolitik zu erreichen, bedarf es unter den gegebenen europäischen Rahmenbedingungen einer Diskussion unter Beteiligung der beiden Tarifparteien und der Vertreter der Fiskalpolitik sowie der Geldpolitik. Der makroökonomische Dialog auf europäischer Ebene bedarf einer Unterstützung auch auf der nationalen Ebene der einzelnen Mitgliedsländer. (ICF)

[203-L] Bruha, Thomas; Nowak, Carsten (Hrsg.):

Die Europäische Union nach Nizza: wie Europa regiert werden soll, (Schriftenreihe des Europa-Kollegs Hamburg zur Integrationsforschung, Bd. 39), (Interdisziplinäres Kolloquium zur Regierungsdebatte in der Europäischen Union "Die Europäische Union nach Nizza: Wie Europa regiert werden soll", 2001, Hamburg), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2003, 339 S., ISBN: 3-8329-0457-3 (Standort: ThULB Jena, Teilbibl. Rechtswiss./Wirtschaftswiss.(27)-JUR-NE25-155-2003/1)

INHALT: "Der vorliegende Tagungsband besteht aus fünf Teilen mit insgesamt vierzehn Beiträgen und einem Dokumentenanhang: Der erste Teil des Bandes enthält drei strukturierende Einführungsreferate von Jérôme Vignon, Rudolf Hrbek und Ulrich K. Preuß zum Weißbuch 'Europäisches Regieren' sowie zur Regierungsdebatte aus politik- und rechtswissenschaftlicher Sicht. Im zweiten Teil geht es in drei weiteren Texten um die Bedeutung des Governance-Weißbuchs für den Post-Nizza-Prozess (Gert Nicolaysen), um die Frage der künftigen Rolle nationaler Parlamente im Rahmen der gemeinschaftlichen Entscheidungsprozesse (Christine Landfried) sowie um Fragen der Kompetenzordnung und des Systemwettbewerbs in der Europäischen Union (Peter Bernholz). Der dritte Teil ist den Grundsätzen und Instrumenten 'guten Regierens' gewidmet. Im Vordergrund stehen dabei zunächst einmal die Grundsätze der accountability (Carol Harlow) und der Transparenz (Carsten Nowak); zusätzlich aufgenommen wurde der Beitrag von Claudio Franzius zu der ebenfalls im Regierungsweißbuch der Kommission angesprochenen Idee der Koregulierung. Im vierten Teil wird die Regierungsdebatte im Lichte der aktuellen Reform des EG-Kartellrechts betrachtet (Dorothe Dalheimer) und mit der Diskussion über kommissionsinterne Verwaltungsreformen zusammengeführt (Veith Mehde). Im fünften Teil geht es um die externen Dimensionen der Regierungsdebatte. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen des 'Weltregierens' (Volker Rittberger) und der 'Global Governance' (Thomas Bruha); der letzte Beitrag skizziert die Bedeutung des Regierungsweißbuchs für den Erweiterungsprozess (Danuta Kabat)." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Teil 1. Regierungsweißbuch und Regierungsdebatte: Jérôme Vignon: Gouvernance européenne: 'Un livre blanc' (21-31); Rudolf Hrbek: Regieren ohne Regierung: Die Regierungsdebatte aus politikwissenschaftlicher Sicht (33-47); Ulrich K. Preuß: Regieren ohne Demos: Die Regierungsdebatte aus rechtswissenschaftlicher Sicht (49-57); Teil 2. Regierungsdebatte und Verfassungsdiskussion: Gert Nicolaysen: Die Bedeutung des Regierungsweißbuchs der Kommission für den Post-Nizza-Prozess (61-72); Christine Landfried: Mehr Macht den Parlamenten in der Europäischen Union (73-83); Peter Bernholz: Kompetenzordnung und Systemwettbewerb in der Europäischen Union (85-91); Teil 3. Grundsätze und Instrumente guten Regierens: Carol Harlow: European Governance and Accountability (95-115); Carsten Nowak: Mehr Transparenz durch Informationszugangsfreiheit (117-153); Claudio Franzius: Regieren durch "besseren" Instrumenteneinsatz: Zur Idee der Koregulierung im Regierungsweißbuch der Kommission (155-173); Teil 4. Regierungsdebatte und Verwaltungsreformen: Dorothe Dalheimer: Die neue Verordnung zur Durchführung der Artikel 81 und 82 EG-Vertrag - ein Beispiel für neue Konzepte im Recht der Europäischen Union (177-194); Veith Mehde: European Governance and the Administrative Reform of the Commission (195-207); Teil 5. Externe Dimensionen der Regierungsdebatte: Volker Rittberger: Weltregieren: Herausforderungen, Probleme, Tendenzen (211-221); Thomas Bruha: EU und Global Governance: Herausforderungen, Ziele und Rechtsprobleme (223-242); Danuta Kabat: Die Bedeutung des Regierungsweißbuchs für den Erweiterungsprozess (243-252).

[204-F] Brusic, Martin, Dr.; Meurs, Wim van, Dr.; Emmanouilidis, Janis (Bearbeitung):

Folgefragen der EU-Osterweiterung

INHALT: Ziele, Strategien, Partner: Die bevorstehende Osterweiterung wird die politischen Prioritäten und Machtbalancen der Europäischen Union grundlegend verändern. Im Verhältnis zum politischen Handlungsbedarf bei der Gestaltung der Osterweiterung besteht ein gravierendes Defizit an politischen Strategien, die den verschiedenen Dimensionen des Wandels gerecht werden. Ziel des Projektes ist es vor diesem Hintergrund, Vorschläge und Strategien zur Bearbeitung von drei zentralen Problemen der Osterweiterung zu entwickeln: unzureichende institutionelle Kapazitäten der Beitrittsländer zur Bewältigung der Beitrittsanforderungen, Risiken einer Abkopplung der Nachzügler im Beitrittsprozess und Entwicklungsdifferenzen in einer erweiterten EU. Das Projekt steht in engem Zusammenhang mit einem Netzwerk von mittel- und osteuropäischen Nicht-Regierungsorganisationen und Forschungsinstituten, das die Bertelsmann Stiftung zusammen mit der Weltbank organisiert. Das Projekt basiert auf der Annahme, dass die erweiterte EU massive politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungsdifferenzen verkraften müssen wird. Die mittel- und osteuropäischen Staaten werden trotz ihrer wirtschaftlichen Dynamik noch jahrelang nicht zum Leistungsniveau der jetzigen Mitgliedstaaten aufschließen können. Dies bedeutet, dass das Wohlstandsgefälle zwischen den alten und den zukünftigen EU-Mitgliedstaaten auf absehbare Zeit fortbestehen wird. Auch bei einer vorübergehend möglichen Einschränkung der Arbeitnehmer-Freizügigkeit ist dieses Wohlstandsgefälle mit vielfältigen neuen Konflikten verbunden, die den gesellschaftlichen Konsens und die innere Sicherheit bedrohen. Der verschärfte Wettbewerb im EU-Binnenmarkt wird den Strukturwandel in den derzeitigen Mitgliedstaaten und in den Beitrittsländern beschleunigen und zu sozialen und politischen Spannungen auf beiden Seiten führen. Im Projekt geht es darum, im Hinblick auf diese neuen Problemlagen einer "Entwicklungsgemeinschaft" Strategien zur Neujustierung europäischer Solidarität zu erarbeiten. Die Beitrittsländer bemühen sich zwar um eine möglichst vollständige Übernahme des Gemeinschaftsrechts, aber verfügen weder über hinreichende Verwaltungskapazitäten, noch über eine gefestigte rechtsstaatliche Tradition. Aus diesen Gründen werden sie noch einen langen Zeitraum benötigen, um einen leistungsfähigen und effizienten öffentlichen Sektor aufzubauen. Die Angleichung an die EU ist mit umfangreichen Reformen im Sozial- und Umweltbereich verbunden. Das Projekt zielt darauf, Vorschläge zur Optimierung der "governance"-Kapazitäten in den Beitrittsländern und der EU zu entwickeln. Ein weiteres Problem ist die neue Trennlinie, die sich zwischen den ersten Beitrittsländern und den Nachzüglern im Erweiterungsprozess abzeichnet. Wirtschaftliche und politische Entwicklungstendenzen deuten daraufhin, dass sich der Abstand zwischen den südosteuropäischen Nachzüglerländern und den fortgeschrittenen ostmitteleuropäischen Beitrittsländern eher vergrößert. Weder hat die EU mit ihrer bisherigen Erweiterungspolitik diese Abkoppelungstendenz stoppen können, noch lässt sich bei den EU-Mitgliedstaaten eine verlässliche Bereitschaft zu einer stärkeren Unterstützung der zurückbleibenden Länder annehmen. Das Projekt soll daher Strategien zur Gestaltung eines inklusiven Beitrittsprozesses entwerfen. Ein weiterer Themenschwerpunkt widmet sich den anstehenden Reformen der EU aus Sicht der Kandidatenländer. Die Debatte zur Zukunft der EU wurde bisher von Ansichten und Meinungen aus den 15 EU-Mitgliedstaaten dominiert, während die zwölf Beitrittsländer vor allem mit der Vorbereitung und Verhandlung ihrer Mitgliedschaft beschäftigt sind. Ziel des Projekts ist es, eine Brücke zwischen diesen unterschiedlichen Debatten zu bauen, indem es eine gemeinsame Perspektive der Beitrittsländer auf die Zukunft der EU entwickelt. (S. <http://www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/moe.htm>). *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa

METHODE: Methodenmix

VERÖFFENTLICHUNGEN: Emmanouilidis, J.: Nizza aus der Beitrittsperspektive. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2001, S. 263-304.+++Emmanouilidis, J.: When markets fail: preventing social exclusion. Discussant notes. in: Funck, Bernard; Pizzati, Lodovico (eds.): Labor, employment, and social policies in the EU enlargement process. Washington D.C.: The World Bank 2001.+++Brusis, M.; Emmanouilidis, J.; Grabbe, H.: The EU must start thinking enlarged. in: European Voice, 6-12 Dez. 2001, p. 14.+++Brusis, M.: European integration and national identity in the accession countries: the role of the European Union. in: Drulák, Petr (ed.): National and European identities in EU enlargement. Prague: Inst. for International Relations 2001, pp. 195-208.+++Brusis, M.: Institution building for regional development: a comparison of the Czech Republic, Estonia, Hungary, Poland and Slovakia. in: Beye, Jürgen; Wielgoths, Jan; Wiesenthal, Helmut (eds.): Successful transitions. Political factors of socio-economic progress in postsocialist countries. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2001, pp. 223-242.+++Brusis, M.: Governance capacity as a key factor in preparing accession to the European Union. A survey of the discussion. in: Perspectives, 14, Summer 2000, pp. 40-52.+++Brusis, M.: Internal problems of the European Union that might obstruct an enlargement towards the east. in: Tang, Helena (ed.): Winners and losers of EU integration. Policy issues for Central and Eastern Europe. Washington: World Bank, pp. 265-289.+++Brusis, M.: Vergemeinschaftungsfreundlich oder auf Vetopunkte bedacht? Koordinaten der Integrationsbereitschaft der ostmitteleuropäischen Staaten in einer erweiterten Europäischen Union. in: FAZ, 13.11.2000.+++Brusis, M.; Emmanouilidis, J.: Negotiating EU accession: policy approaches of advanced candidate countries from Central and Eastern Europe. CAP Working Paper. Munich 2000.+++Brusis, M. (ed.): Regional policy-making in Bulgaria, the Czech Republic, Estonia, Hungary, Poland and Slovakia. CAP Working Paper. Munich 1999.+++Brusis, M.: Residual or European welfare model? Central and Eastern Europe at the crossroads. Introduction. in: Central and Eastern Europe on the way into the European Union: welfare state reforms in the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia. CAP Working Paper. Munich 1998.+++Romania between EU enlargement and the Stability Pact. A long-term perspective. in: Millennium, III, 2000, 5, pp. 14-22.+++Land reform in Romania - a never ending story. in: South East European Review for Labour and Social Affairs, 2, 1999, 2, pp. 109-121.+++Downloads unter: <http://www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/moe.htm> und <http://www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/soe.htm> .

ART: gefördert *BEGINN:* 1999-07 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Bertelsmann Stiftung

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München)

KONTAKT: Brusis, Martin (Dr. Tel. 089-2180-1300, Fax: 089-2180-1329,
e-mail: martin.brusis@lrz.uni-muenchen.de)

[205-L] Dauderstädt, Michael:

Vom Ostblock in die Europäische Union: Reformen, Anpassung, Konflikte, (Europäische Politik), Bonn 2004, 13 S., ISBN: 3-89892-263-4 (Graue Literatur;

URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/01938.pdf>)

INHALT: Der vorliegende Beitrag untersucht die Reform- und Anpassungsprozesse in den neuen Mitgliedstaaten der EU, die vorher dem so genannten Ostblock angehörten. Diese jungen Demokratien sahen sich gleichzeitig mehreren Aufgaben gegenüber: dem Aufbau eines neuen Nationalstaates (nur Polen und Ungarn existierten schon 1989 in ihren heutigen Grenzen), der Demokratisierung der alten Parteidiktatur, dem Systemwechsel zur Marktwirtschaft und nach außen der Integration in den Weltmarkt und vor allem in die sich neu gestaltende europäische Wirtschaft. Diese vier politischen und ökonomischen Transformationen sind eng miteinander verflochten. Der Beitrag beginnt mit dem Reformprozess, der die Strukturen der Planwirtschaft zerschlug und die Marktwirtschaft etablierte. Anschließend werden die zwiespältigen wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Reformen betrachtet. Danach widmet sich der Autor der außenwirtschaftlichen Integration und Anpassung an die EU, um abschließend die Chancen, Risiken und Konflikte für die neuen Mitglieder und die erweiterte EU einzuschätzen. (ICD)

[206-L] Dieringer, Jürgen:

Die Europäische Union nach der Osterweiterung aus der Sicht der neuen Mitgliedstaaten, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 53/2004, H. 2, S. 167-177 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; UuStB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Am 1. Mai 2004 wurde die Osterweiterung der Europäischen Union vollzogen. In der bisher umfangreichsten Erweiterungsrunde in der Geschichte der Union traten zehn Staaten, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern der EU bei. Dem Autor geht es vor allem um das folgende Paradoxon: "Man will Integration, ohne Souveränität abgeben zu müssen." Daraus folgt, dass der Nizza-Vertrag mit der förmlichen Eingliederung der neuen Mitglieder, nicht aber eine weitergehende integrierende europäische Verfassung als Krönung europäischer Einheit angesehen wird. So wird Gleichbehandlung groß geschrieben in bezug auf die Stimmengewichte, die Zahl der Kommissare, die halbjährlich wechselnde EU-Präsidentschaft. Bedeutsame Unterschiede zwischen den neuen und den alten Mitgliedern bestehen in der Priorität von Agrarhilfen und Regionalpolitik bei geringerem Gewicht von Bildung, Forschung, Umwelt. In der EU-Außenpolitik orientieren sich die neuen Länder eher auf das umliegende Europa, während die Kernstaaten eher geopolitisch zu agieren versuchen. (ICA2)

[207-L] Döring, Lars:

Fundament für Europa: Subsidiarität, Föderalismus, Regionalismus, (Zur Zukunft Europas, Bd. 5), Münster: Lit Verl. 2004, 293 S., ISBN: 3-8258-7693-4 (Standort: THB Aachen(82)-Sz19670=2)

INHALT: "Das Ziel aller Reformbestrebungen der Europäischen Union muss darin bestehen, die Legitimation für voranschreitende Integration zu stärken. Die vorliegende Untersuchung behandelt die Notwendigkeit des Ausbaus von Subsidiarität, Föderalismus und Regionalismus. So wird der Nachweis erbracht, dass durch diese drei Prinzipien zwischen der Europäischen Union, ihren Mitgliedsstaaten und deren Regionen ein Grundkonsens über die Verteilung von Macht entstehen kann. Diese Arbeit stellt daher einen wichtigen wissenschaftlichen Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union dar." (Autorenreferat)

[208-F] Duwendag, Dieter, Univ.-Prof.Dr.rer.pol. (Leitung):

Beschäftigungs- und Wachstumseffekte der Osterweiterung der Europäischen Union

INHALT: Die bislang vorliegenden Untersuchungen zu den Wachstums- und Beschäftigungswirkungen der EU-Osterweiterung kommen zu stark abweichenden Ergebnissen, und zwar sowohl für die MOE-Staaten als auch für EU-15-Länder. Die Anzahl und Struktur der einbezogenen Beitrittsländer, das zugrundegelegte Beitrittsjahr und Szenarien über die binnenwirtschaftliche Entwicklung in den MOE-Staaten sind verantwortlich für diese unterschiedlichen Resultate. Dabei ist davon auszugehen, dass - ähnlich wie im Vorfeld der Schaffung des damaligen EU-Binnenmarktes - schon zahlreiche Effekte vorgezogen (vorweggenommen) worden sind. Gegenstand des Projektes ist die Abschätzung dieser bereits vorgezogenen Effekte und der noch nach dem Beitritt verbleibenden Beschäftigungs- und Wachstumswirkungen (unter Einschluss der Migrationseffekte). *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union, MOE-Staaten

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2003-07 *ENDE:* 2005-06 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer Sektion 02 Verwaltung in der Mehrebenenpolitik (Postfach 1409, 67324 Speyer)

KONTAKT: Leiter (e-mail: duwendag@dhv-speyer.de)

[209-F] Duwendag, Dieter, Univ.-Prof.Dr.rer.pol. (Leitung):

Nutzen und Kosten der Osterweiterung der Europäischen Union

INHALT: Aus der Vielzahl möglicher Nutzen- und Kostenkomponenten können hier nur einige wesentliche Faktoren bearbeitet werden. Der Schwerpunkt sollte auf den Beschäftigungs- und Wachstumseffekten in den beteiligten Staaten bzw. der EU liegen. Dazu gehört auch das Problem der Migration und ihrer Wirkungen auf die Arbeitsmärkte und die Beschäftigungspolitik. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäischen Union

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer Sektion 02 Verwaltung in der Mehrebenenpolitik (Postfach 1409, 67324 Speyer)

KONTAKT: Leiter (e-mail: duwendag@dhv-speyer.de)

[210-L] Falkner, Gerda:

Kontinuität und/ oder Wandel?: Zahlen und Fakten zur EU-Sozialpolitik, (Reihe Politikwissenschaft / Institut für Höhere Studien, Abt. Politikwissenschaft), Wien 2004, 66 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20050106007; Graue Literatur;

URL: http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_100.pdf)

INHALT: "Dieser Beitrag befasst sich mit der Frage nach der Entfaltung regulativer und distributiver Sozialpolitik auf Ebene der Europäischen Union, wobei die quantitative Betrachtung im Vordergrund steht. In mühevoller Detailarbeit erhobene Daten zu den sozialpolitischen Kompetenzen der EU und ihrer praktischen Nutzung von Beginn der europäischen Integration bis

Ende 2002 werden in Schaubildern und Tabellen präsentiert. Es zeigt sich eine quantitativ betrachtet durchaus eindrucksvolle Entfaltung des EU-Sozialrechts. Entgegen gängigen Erwartungen haben die unverbindlichen Interventionsformen zumindest bislang die verbindlichen nicht abgelöst. Soft law und die jüngst vieldiskutierte 'Offene Methode der Koordinierung' stellen demnach eine Ergänzung zur schon klassischen Rechtsetzung in Form von Mindestharmonisierung dar. Auf politikwissenschaftlicher und juristischer Theorieebene bedeutet dies, dass sowohl die Neo-Voluntarismus-These als auch die Legalisierungs-These zwar wichtige Aspekte der EU-Sozialpolitik aufzeigen, aber nicht als umfassende Gesamtcharakterisierung verstanden werden sollten." (Autorenreferat)

[211-L] Falkner, Gerda; Treib, Oliver:

Die Europäische Union als Herausforderung für die Sozialpolitik der Mitgliedsländer, in: Sieglinde Rosenberger, Emmerich Tálos (Hrsg.): Sozialstaat : Probleme, Herausforderungen, Perspektiven, Wien: Mandelbaum Verl., 2003, S. 14-27, ISBN: 3-85476-088-4 (Standort: ULB Düsseldorf(61)-wir-w090r813)

INHALT: Die Verfasser behandeln sozialpolitische Aktivitäten der EU, nicht zuletzt arbeitsrechtliche Richtlinien, im Hinblick auf den Wandel von Sozialstaatlichkeit in den EU-Staaten. Sie geben zunächst einen Überblick über die verschiedenen Aktivitäten der EU im Bereich der Sozialpolitik (Regulierung, finanzielle Anreizsetzung, offene Koordinierung). Vor diesem Hintergrund wird nach möglich nationalen Wirkungsmustern der Sozialpolitik der EU gefragt. Hier unterscheiden die Verfasser verschiedene Effekte: eine Anschubfunktion in progressive Richtung, eine Symbolfunktion, die Absicherung eines sozialen Mindeststandards, aber auch die Gefahr eines race to the bottom oder einer Reduktion auf rein symbolische Politik. Insgesamt wird deutlich, dass die Sozialpolitik der EU durchaus Standards setzt, die auch für weiter entwickelte Wohlfahrtsstaaten mitunter deutliche Verbesserungen implizieren. (ICE2)

[212-L] Falkner, Gerda:

Neues Regieren und Soziales Europa: EU-Mindestregulierung und Soft Law in der Praxis, (Reihe Politikwissenschaft / Institut für Höhere Studien, Abt. Politikwissenschaft, 98), Wien 2004, 18 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040107291; Graue Literatur;
URL: http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_98.pdf)

INHALT: "Wie wirkt die Sozialpolitik der Europäischen Union? Was sind ihre tatsächlichen Folgen in den Mitgliedstaaten, und zwar auf der materiellen Ebene der Qualität neuer Schutzbestimmungen oder Rechte wie auf der prozeduralen Ebene der angewandten Verfahren bei der Einführung oder Gewährleistung dieser Standards? Diese Fragen nicht nur anhand von abstrakten Überlegungen, sondern auf Grundlage konkreter empirischer Forschung zu beantworten und damit zur politikwissenschaftlichen Theoriebildung einerseits sowie zum praktisch-politisch unmittelbar verwertbaren Erkenntnisgewinn andererseits beizutragen, war das Anliegen einer Forschungsgruppe am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Dieser Artikel bietet erstens einen Überblick über die Forschungsfragen und Ergebnisse der ganzen Projektgruppe und zweitens Informationen zum Forschungsdesign, auf dessen Grundlage die Vielzahl von bislang unbekanntem und zum Teil durchaus brisanten Daten erhoben und ausgewertet wurde." (Autorenreferat)

[213-F] Finke, Daniel J., Dipl.-Verw.Wiss.; Daimer, Stephanie, M.A. (Bearbeitung); König, Thomas, Prof.Dr. (Leitung); Laver, Michael, Prof.; Hix, Simon, Prof.; Pagoulatos, George, Prof.; Tsebelis, George, Prof.; Dorussen, Han, Prof.; Hosli, Madeleine O., Prof.; Pennings, Paul, Prof.; Crombez, Christophe, Prof.; Hug, Simon, Prof. (Betreuung):

Domestic Structure and European Integration (DOSEI)

INHALT: DOSEI (Domestic Structures and European Integration) is an international research project studying the multi-stage nature of the constitution building process in the European Union by using a multi-stage two-level-analysis framework. Considering the domestic and the European level, we will examine the agenda-setting stage of the European Convention, the preparatory stage of domestic inter-ministerial coordination, the negotiation stage at the Intergovernmental Conference (IGC) to be concluded in 2004, and ratification in member and accession states. We wish to answer two main questions: How is the process of European constitution building carried out? How can we explain the outcome of this process? DOSEI documents this multi-stage constitution-building process by systematically gathering data on the policy positions of key political actors at the European and domestic level. These actors are the delegates of the European Convention, the European Commission, the European Parliament, the domestic ministries and political parties, the governmental delegates at the IGC and the public opinion in all member and accession countries. For this purpose, we use a number of instruments, such as expert surveys, document analysis and public opinion polls. The multi-pronged data gathering strategy will allow us to test hypotheses on constitution building, and to assess the multi-stage two-level character of inter-ministerial coordination, IGC negotiations and domestic ratification. (S.a. <http://dosei.dhv-speyer.de>). *ZEITRAUM:* ab 2000 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa (Europäische Union)

METHODE: Erhebung von Politikpräferenzen mittels Expertenbefragung und Dokumentenanalyse; formale Modellierung; statistische Auswertung; Rational Choice. Untersuchungsdesign: Panel; Querschnitt; Mehrebenenanalyse *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, face to face (Stichprobe: 85; Experten aus den 25 Mitgliedstaaten der EU sowie aus dem Europaparlament und der Kommission -3-5 pro Land, Praktiker und Wissenschaftler-; Auswahlverfahren: Expertise). Dokumentenanalyse, standardisiert (Parteiprogramme, offizielle Dokumente, mittels Wordscore). Standardisierte Befragung, online (Stichprobe: 29; Experten aus den 25 Mitgliedstaaten der EU sowie aus dem Europaparlament und der Kommission -1-2 pro Akteur, delegiert zur Regierungskonferenz 2003/2004-; Auswahlverfahren: Expertise). Sekundäranalyse von Aggregatdaten (sozio-ökonomische sowie politische Strukturdaten). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Balvoukos, S.; Dorussen, H.; Lenz, H.: Assessing the reliability and validity of expert interviews. in: EUP Special Issue, 2005, 2.+++Benoit, K.; Laver, M.; Hosli, M.; Pennings, P.; Arnold, C.: Measuring national delegate positions at the convention on the future of Europe using computerized wordscoring. in: EUP Special Issue, 2005, 2.+++Hix, S.; Crombez, Chr.: Extracting ideal point estimates from actors' preferences in the EU constitutional negotiations. in: EUP Special Issue, 2005, 2.+++König, T.; Hug, S. (eds.): Preference formation and European constitution-building. A comparative study in member states and accession countries (forthcoming).+++Hug, S.; Schulz, T.: Using AMSS survey data to infer political positions. in: EUP Special Issue, 2005, 2.+++König, T.; Finke, D.J.; Heisele, S.: Ignoring the non-ignorables? Missingness and missing policy positions. in: EUP Special Issue, 2005, 2.+++König, T.; Hug, S.: Domestic structures and institution building in the European Union. Workshop chair at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Uppsala, 13th-18th April 2004 (Panel Chair).+++Finke, D.; Heisele, S.: Heterogeneity underneath?

Comparing domestic position formation on EU constitution building in Finland, Germany and the Baltic states. Paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Uppsala, 13th-18th April 2004.+++Chari, R.S.: Spain and EU constitution building. Paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Uppsala, 13th-18th April 2004.+++Hix, S.; Benedetto, G.: The convention and Intergovernmental Conference of 2002-3: is the European Parliament an agenda-setter for constitutional reform? Paper presented at the 2nd Pan-European Conference on EU Politics, organised by the European Consortium for Political Research, Bologna, 24-26 June 2004.+++Dorussen, H.; Lenz, H.: The role of veto threats in bargaining on the European constitution. Paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Uppsala, 13th-18th April 2004.+++Lenz, H.: Finding national policy positions for the Intergovernmental Conference 2004: a case study on Denmark and Sweden. Paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Uppsala, 13th-18th April 2004.+++Pagoulatos, G.; Blavoukos, S.: The last presidency: Greece in the European integration and the four Greek presidencies of the EU. Athens: Papazissis 2004 (in Greek).+++Tsebelis, G.: The European Convention and the failure of the Rome IGC: a veto players analysis. Paper for the DOSEI project, Univ. of California in Los Angeles, Jan. 2004.+++Pagoulatos, G.; Blavoukos, S.: Domestic structures and national policy-making in the convention and the IGC: a four-country empirical analysis. Paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Uppsala, 13th-18th April 2004. Paper to be presented at the Bologna Pan-European Conference on EU Politics, org. by the European Consortium for Political Research in June 2004. Paper to be presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association (APSA), Chicago, 2-5 Sept. 2004.+++Hosli, M.; Arnold, Chr.; Pennings, P.: Social policy-making in the European Union: a new model of governance? Paper presented at the 14th Biennial Conference of Europeanists, March 11-13, 2004, Chicago.+++The EU-constitution and positions on governance. Paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Uppsala, 13th-18th April 2004.+++Analyzing preferences for Euro exchange rates. Paper presented at the 2nd Pan-European Conference on EU Politics, org. by the European Consortium for Political Research, Bologna, 24-26 June 2004.+++The European social dimension in EU constitution-building: assessment of challenges and progress. Paper to be presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association (APSA), Chicago, 2-5 Sept. 2004.+++S.a. <http://dosei.dhvspeyer.de>. *ARBEITSPAPIERE*: Annual Report 2003.+++6th Month Progress Report 2004.+++National political parties and European integration: new evidence from party manifestos. Paper to be presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association (APSA), Chicago, 2-5 Sept. 2004.+++Crombez, Chr.: Policy processes and positions for convention and IGC: Belgium, Luxembourg and the Commission. Paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Uppsala, 13th-18th April 2004.+++Schulz, T.: Explaining gains and losses in EU accession negotiations. Paper presented at the ECPR Conference in Marburg, Sept. 18-21, 2003.+++Schulz, T.; Chabreckova, M.: The process and the results of position formation regarding the constitutional treaty in France, Italy and Slovakia. Paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Uppsala, 13th-18th April 2004.+++ Working paper on approaches and operationalization (summary on the approaches and operationalization of the research designs, all partners have specified in their contributions their models and their variables).+++Working paper on field reports and empirical instruments (all teams summarize their field work in the 25 EU member states as well as in the European Commission and the European Parliament, where at the end of 2003 expert interviews have been conducted to gather the policy positions of the actors at the start of the IGC negotiations).

ART: gefördert *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Europäische Kommission

INSTITUTION: Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrstuhl für Politikwissenschaft (Postfach 1409, 67324 Speyer)

KONTAKT: Leiter (Tel. 06232-654-355, Fax: 06232-654-127, e-mail: tkoenig@dhv-speyer.de)

[214-L] Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Abt. Internationale Politikanalyse Arbeitsgruppe Europäische Integration (Hrsg.):

Beitrittskandidat Türkei, (Europäische Politik, 16), Bonn 2004, 10 S., ISBN: 3-89892-246-4 (Graue Literatur; URL: <http://library.fes.de/fulltext/id/01846inf.htm>)

INHALT: Der vorliegende Beitrag befasst sich mit den Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung der Defizite auf türkischer Seite. Der Autor geht insbesondere auf die Schwachpunkte im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte ein. Die von der Regierung Erdogan eingeleiteten Reformen haben hier zwar Veränderungen bewirkt, ebenso wie im Bereich der zivilen Kontrolle des Militärs und der Unabhängigkeit der Justiz, aber die Umsetzung der Reformen erfolgt wegen innenpolitischer Widerstände nicht immer im ausreichenden Maße, so dass eine eindeutige Aussage über die Beitrittsfähigkeit der Türkei derzeit nicht möglich ist. In einem zweiten Schritt geht es um einen eventuellen Beitritt der Türkei zur EU, wobei zusätzlich zu den innenpolitischen Kriterien auch wirtschaftliche und außenpolitische Aspekte zu beachten sind. Außerdem müssen die Folgen eines Beitritts für die Handlungs- und Funktionsfähigkeit der EU berücksichtigt werden. (ICD)

[215-L] Fröhlich, Stefan:

The difficulties of EU governance: what way forward for the EU institutions?, Frankfurt am Main: P. Lang 2004, 174 S., ISBN: 3-631-50301-6 (Standort: UB Duisburg(464)-01PEN10008)

INHALT: Der Verfasser gibt einen Überblick über die institutionelle Entwicklung der EU und die aktuelle Reformdebatte. Er benennt die mit der anstehenden Erweiterung und der Fertigstellung des Verfassungsentwurfs durch den Europäischen Konvent verbundenen Herausforderungen. Seine besondere Aufmerksamkeit gilt institutionellen Fragen in der gegenwärtigen Diskussion um eine Reform des EU-Vertrags. Angesichts der Vorschläge des Konvents kommt der Verfasser zu dem Schluss, dass die Vorstellung einer grundlegenden Umgestaltung des Governance-Systems der EU nicht realistisch ist. Für die nächsten Jahre ist es ziemlich unrealistisch, dass die Ratsmaschinerie alle exekutiven Funktionen an die Kommission abgibt und sich auf eine rein legislative Funktion beschränkt - als eine Art zweite Kammer des bestehenden Europaparlaments. Die aktuellen Tendenzen auf europäischer Ebene lassen vielmehr vermuten, dass es gute Gründe dafür gibt, dass der Europäische Rat die Funktion einer europäischen Regierung übernimmt. (ICEÜbers)

[216-L] Gehring, Thomas:

How to circumvent parochial interests without excluding stake-holders: the rationalizing power of functionally differentiated decision-making, (BACES Discussion Paper, No. 3), Bamberg 2004, 48 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.uni-bamberg.de/sowi/baces/Texte/discussion_paper3.pdf)

INHALT: Im Kontext der Erweiterung der Europäischen Union (EU) beschäftigt sich der Beitrag mit der Frage, ob der komplexe Entscheidungsapparat der EU ein höheres Potential zur Schaffung 'guter' Entscheidungen besitzt als gewöhnliche Verhandlungssysteme. Dem gemäß gliedern sich die Ausführungen wie folgt: In einem ersten Schritt wird die Theorie des kommunikativen Handelns nach J. Habermas erläutert. Sie liefert nach Ansicht des Autors eine berücksichtigungswerte Interaktionsform der Argumentation sowie einen sinnvollen normativen Standard zur Bewertung der Qualität von kollektiven Entscheidungen. In einem zweiten Schritt werden die Bedingungen untersucht, unter denen rationale Nützlichkeitsmaximierungen zu erwarten sind, wenn man auf der Basis von Begründungen kommuniziert anstatt Einigungen aufgrund der Machtverhältnisse zu erzielen. Die vorherrschenden Bedingungen internationaler Verhandlungen differieren deutlich von den bestehenden komplexeren Systemen der Entscheidungsfindung innerhalb der EU. Es zeigt sich, dass bei Verhandlungen nur ein begrenzter Raum für begründungsbasierte Interaktionen besteht, während die institutionellen Vereinbarungen umfangreicher Entscheidungssysteme die rationale Nützlichkeitsmaximierung sogar forcieren könnte, was schließlich Kommunikationsverläufe mit rationalen Ergebnissen im Habermaschen Sinne ermöglicht. Auf dieser Grundlage wird im dritten Schritt das Prinzip der rationalen Kommunikation auf die Marktpolitik des einzelnen Staates im Kontext der gemeinschaftlich entschiedenen EU-Erweiterung angewendet. In einem Fazit merkt der Verfasser an, dass die Relevanz einer formalen Entscheidungsfindung sich mit dem Grad verringert, in dem die Teilung der Funktionen einen Schleier der Ignoranz auf der normativen Ebene schafft und die teilnehmenden Akteure dazu veranlasst, eine diskursive Suche nach der angemessensten, 'besten' Lösung zu beginnen. (ICG2)

[217-F] Giering, Claus, Dr.; Metz, Almut, M.A. (Bearbeitung); Janning, Josef, M.A. (Leitung):
Systemwandel in Europa

INHALT: Ziele, Strategien, Akteure: Die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik führt in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung das Projekt "Systemwandel in Europa" durch. Ziel des Projektes ist die Erarbeitung eines Regierungssystems für die erweiterte Europäische Union und eines Sollmodells für die politische Vollendung der europäischen Integration. Dabei werden auch die im Rahmen früherer Projekte erarbeiteten Konzepte und Strategien überprüft und weiterentwickelt. Die politische Konstellation: Durch die anstehenden Erweiterungsrounden, den Ausbau der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die politischen Folgewirkungen des Euro wird der bereits bestehende Reformdruck auf die gemeinsamen Institutionen und Verfahren der Europäischen Union wie auch auf die bisherige Integrationsmethode noch erheblich verstärkt. Die konstitutionelle, institutionelle und konzeptionelle Entwicklung der europäischen Integration wird daher auch in den kommenden Jahren weiterhin eine Schlüsselrolle in der Europapolitik spielen. Zentrale Herausforderungen sind dabei: die Stärkung der demokratischen Legitimation und öffentlichen Akzeptanz bei gleichzeitiger Verbesserung der Handlungsfähigkeit und Effizienz europäischer Entscheidungen; die Schaffung einer optimalen Arbeitsteilung zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene; die Definition der Aufgaben und Strukturen politischer Führung in Europa; die Stabilisierung bestehender Integrationsprojekte sowie die Ermöglichung weiterführender Integrationschritte in einer EU mit 20 und mehr Mitgliedern nach dem Konzept der differenzierten Integration. Diese Aufgabenstellung wird auf zwei zeitlichen Ebenen verfolgt: zum einen in Bezug auf die im Jahr 2004 beginnende Regierungskonferenz zur Zukunft der Europäischen Union, deren Themenspektrum mit der Erklärung von Laeken im Dezember 2001

bereits umrissen wurde, zum anderen im Hinblick auf die längerfristige Vollendung der europäischen Integration sowie die Ausgestaltung einer künftigen europäischen Verfassung. Dazu werden wissenschaftliche Analysen der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik erstellt, ein Expertennetzwerk eingerichtet und Fachkonferenzen durchgeführt. Die Projektergebnisse werden regelmäßig publiziert und durch gezielte Beratung von Regierungen und europäischen Institutionen direkt vermittelt. In Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung werden auf diese Weise konkrete Reformoptionen und Strategien für die Zukunft der Europäischen Union entwickelt und in die europapolitische Diskussion eingebracht. (S. <http://www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/systemwandel.htm>). *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Europa

METHODE: Methodenmix

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bertelsmann Europa-Kommission (Hrsg.): Europas Vollendung vorbereiten. Forderungen an die Regierungskonferenz 2000. Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2000.+++Friedrich, H.: Nach außen labil, nach innen stabil. in: Frankfurter Rundschau, 2000, Nr. 23 (28.01.), S. 19.+++Ders.: Europa braucht politische Geschlossenheit und einen Finanzausgleich. in: Frankfurter Rundschau, 2000, Nr. 132 (08.06.), S. 14.+++Fischer, Thomas; Schley, Nicole: Organizing a federal structure for Europe. An EU catalogue of competencies. Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2000. ISBN 3-89204-541-0.

ART: gefördert *BEGINN*: 1999-07 *ENDE*: 2004-06 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Bertelsmann Stiftung

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München)

KONTAKT: Giering, Claus (Dr. Tel. 089-2180-1317, Fax: 089-2180-1329, e-mail: claus.giering@lrz.uni-muenchen.de)

[218-L] Gosau, Torben:

Demokratie und Regieren in der Europäischen Union: die Legitimität der Europäischen Kommission, Marburg: Tectum Verl. 2004, 145 S., ISBN: 3-8288-8613-2 (Standort: UB Essen(465)-PEND1130)

INHALT: "Die Europäische Kommission ...handelt seit dem Beginn des europäischen Integrationsprozesses nicht nur als ausführende Verwaltungsbehörde, sondern auch als Regierung und damit innerhalb eines ständigen Legitimitätsdefizits: Denn Regierungen bedürfen nach gegenwärtig geltendem Demokratiestandard irgendeiner Form von demokratischer Legitimation. Eine Demokratisierung der Europäischen Union hängt nicht nur davon ab, dass durch kluge Institutionenpolitik und durch Einrichtung einer Verfassung die notwendigen Grundlagen geschaffen werden, sondern auch und vor allem davon, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas die Kommission als eine Regierung anzusehen beginnen und jene demokratische Legitimation einfordern, welche sie auch von ihren jeweiligen nationalstaatlichen Regierungen erwarten." (Autorenreferat)

[219-L] Grethe, Harald:

Turkey's accession to the EU: what will the Common Agricultural Policy cost?, (Working Paper / Humboldt-Universität Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus, Nr. 70), Berlin 2004, 18 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.agrar.hu-berlin.de/wisola/va/wp70.pdf>)

INHALT: "Im Dezember 2004 wird der Europäische Rat über die Festlegung eines Zeitpunkts zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entscheiden. Die Diskussion über die aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) resultierenden Budgetwirkungen eines EU-Beitritts basiert bisher meist auf Schätzungen, die die spezifische Struktur des türkischen Agrarsektors sowie zukünftige Änderungen der GAP bis zu einem Beitritt der Türkei kaum einbeziehen. In diesem Beitrag werden die aus der GAP resultierenden Budgetwirkungen eines potentiellen EU-Beitritts der Türkei im Jahr 2014 auf Grundlage der Literatur entnommener makroökonomischer Projektionen, Abschätzungen zukünftiger Änderungen der GAP sowie einem Gleichgewichtsmodell des türkischen Agrarsektors analysiert. Im Ergebnis ergeben sich EU-Zahlungen an die Türkei im Rahmen der GAP von insgesamt 3,3 Mrd. Euro im Jahr 2014, die nach einer schrittweisen Einführung des vollen Umfangs der GAP im Jahre 2024 etwa 5 Mrd. Euro betragen. Der sich aus der GAP potentiell ergebende Netto-Transfer aus dem EU-Budget an die Türkei beträgt 1,6 Mrd. ? im Jahr 2014 und steigt bis 2024 auf etwa 2,6 Mrd. Euro an. Im Verhältnis zu den sich voraussichtlich aus der europäischen Strukturpolitik ergebenden Transfers und dem politischen Gesamtvorhaben einer Integration der Türkei sind diese Summen eher unbedeutend." (Autorenreferat)

[220-L] Guttenberg, Karl-Theodor zu:

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU - eine "Privilegierte Partnerschaft", (Aktuelle Analysen, 33), München 2004, 30 S., ISBN: 3-88795-275-8 (Graue Literatur;
URL: http://www.hss.de/downloads/aa33_internet.pdf)

INHALT: Im Kontext der Beitrittsverhandlungen um eine Vollmitgliedschaft zwischen der Türkei und der Europäischen Union (EU) erörtert der Autor die (zukünftigen) Beziehungen der beiden Verhandlungspartner zueinander. In einem ersten Schritt wird eine Bestandsaufnahme des türkisch-europäischen Verhältnisses vorgelegt, die sich in die folgenden Aspekte gliedert: (1) historische Entwicklung, (2) Inhalte der überarbeiteten Beitrittspartnerschaft (März/Mai 2003) sowie (3) Fortschrittsbericht der EU-Kommission für die Türkei vom November 2003. Demnach haben sich die Beziehungen der EU zur Türkei in den letzten Jahren, insbesondere seit der Gewährung des Kandidatenstatus 1999, in nahezu allen relevanten Politikbereichen extensiv weiterentwickelt. Die regelmäßigen Fortschrittsberichte sowie die 'überarbeitete Beitrittspartnerschaft' mit konkreten kurz- und mittelfristigen Prioritäten für die Politik, die Wirtschaft und die Übernahme des EU-Rechts verdeutlichen, dass ohne die offizielle Eröffnung von Beitrittsverhandlungen bereits faktisch Beitrittsverhandlungen geführt werden. In einem zweiten Schritt wird ein Arbeits- und Diskussionsentwurf einer Privilegierten Partnerschaft mit der Türkei vorgestellt, wobei zunächst unterschiedliche Optionen einer erweiterten institutionellen Zusammenarbeit erläutert werden. Anschließend werden Politikfelder der EU benannt, für die (Teil)Zugeständnisse bzw. die völlige Übernahme des EU-Besitzstandes möglich sein könnten. Dies wird anhand der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes (freier Warenverkehr, Freizügigkeit, freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr) und weiterer EU-Politikfelder (Landwirtschaft, Justiz und Inneres, Verkehr, Währungsunion, Gesellschaftsrecht, Regionalpolitik, Kulturpolitik) entsprechend aufgeschlüsselt dargestellt. Eine solche Annäherung könnte im beiderseitigen Interesse der Türkei und der Europäischen Union gestaltet werden. Den Abschluss bilden Anregungen, wie die Kooperation im Kontext einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik intensiviert werden könnte. (ICG2)

[221-L] Hacke, Christian:

Die europäische Verfassung: Katalysator für mehr außen- und sicherheitspolitische Gemeinsamkeiten?, in: Politische Studien : Zweimonatsschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 55/2004, H. 397, S. 64-71 (Standort: UuStB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.hss.de/downloads/Pol.Studien_397.pdf)

INHALT: Nach den Verträgen von Maastricht, Amsterdam und Nizza haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nun in der Verfassung weitere Instrumente für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und für eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) entwickelt, um international an Gewicht zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund geht der Beitrag der Frage nach, ob die auf dem Brüsseler Gipfel Ende Juni 2004 verabschiedete Verfassung eine gute Voraussetzung darstellt, um der Europäischen Union in einer globalisierten Welt 'Gestalt und Fundament', mithin die Identität eines 'bürgerlichen Europas' zu geben. In Anbetracht der unterschiedlichen Auffassungen über die Zukunft der ESVP unter den EU-Mitgliedern werden zunächst die außenpolitischen Aspekte der Europäischen Verfassung erörtert. Daran knüpft eine Darlegung der Perspektiven für Europa an: (1) Europa wird immer größer und geeinter, wenn auch zögerlich und schubweise, mit dem Ziel kontinentaler Einheit und voller politischer Integration. (2) Die Idee der Europäischen Union könnte nach und nach zerfallen und alte nationale Rivalitäten könnten wieder aufflackern. (3) Bei einem Rückschritt in der europäischen Einigung könnte ein geopolitisches Niemandsland in Europa entstehen. Als Fazit lässt sich festhalten: Zwar ist am 18. Juni 2004 europäische Verfassungsgeschichte geschrieben worden, doch erst die Ratifizierung in allen 25 Mitgliedsstaaten und dem EU-Parlament selbst wird Aufschluss über die weitere Entwicklung geben, auch in der Außen- und Sicherheitspolitik. (ICG2)

[222-F] Heidenreich, Martin, Prof.Dr. (Leitung):

Die Offene Methode der Koordinierung. Ein Weg zur Modernisierung nationaler Beschäftigungs- und Sozialpolitiken?

INHALT: Wesentliche Rahmenbedingungen einer europäischen Sozialpolitik sind der Vorrang wirtschaftlicher Integrationsprojekte, die Mehrebenenstruktur der EU und die Vielfalt der wohlfahrtsstaatlichen Systeme in Europa. Eine europaweit einheitliche Sozialpolitik ist daher weder möglich noch wünschenswert. Durch die Osterweiterung, die stärkere Öffnung nationaler Wirtschaftsräume und die politische Vertiefung der EU steigen allerdings die Anforderungen an eine koordinierte Modernisierung der nationalen Systeme sozialer Sicherung. Hierzu kann die offene Methode der Koordinierung (OMK) einen Beitrag leisten. In der Diskussion werden zahlreiche mögliche Vorteile dieses Verfahrens hervorgehoben: Die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure, die verbesserte Abstimmung zwischen regionalen, nationalen und europäischen Akteuren, die Chance wechselseitigen Lernens trotz Berücksichtigung der nationalen Vielfalt. Empirisch wurde dies bisher jedoch noch kaum überprüft. In dem hier vorgeschlagenen Projekt soll diese Lücke durch die empirische Untersuchung der Europäischen Beschäftigungsstrategie und der Eingliederungspolitik in Italien, Frankreich und Deutschland geschlossen werden. Hierbei soll die These überprüft werden, dass die OMK trotz der Beharrungsmomente nationaler Ordnungen - die in den betrachteten konservativen Wohlfahrtsstaaten besonders ausgeprägt sind - einen Beitrag zur pfadabhängigen Modernisierung nationaler Beschäftigungs- und Sozialpolitiken leisten kann. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Brüssel

METHODE: Insgesamt sind somit vier Arbeitspakete abzuarbeiten: 1. Im Rahmen des ersten Arbeitspakets soll der Beitrag der Offenen Methode der Koordinierung zur Europäisierung der nationalen Beschäftigungs- und Sozialpolitiken auf allgemeiner Ebene analysiert werden. Auf Grundlage einer zusammenfassenden Auswertung der empirischen Untersuchungen soll ein Beitrag zur Debatte um die Europäisierung nationaler Regulationsstrukturen im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik geleistet werden. 2. Im Rahmen des zweiten Arbeitspakets sollen die italienischen, deutschen und französischen Beschäftigungs- und Sozialschutzordnungen rekonstruiert werden, um die Eigenlogiken dieser nationaler Ordnungen und die damit einhergehenden Pfadabhängigkeiten zu rekonstruieren. 3. Im Rahmen des dritten Arbeitspakets soll die Implementierung der OMK Beschäftigung und Sozialschutz in Italien, Frankreich und Deutschland untersucht werden. Herausgearbeitet werden soll, welche Akteure mit welchen Zielen und Strategien an der Erarbeitung der nationalen Aktionspläne beteiligt sind und welche Auswirkungen die Koordinierungsprozesse auf die nationalen Reformprojekte im Bereich der Beschäftigungs- und Armutspolitik haben. Als Ergebnis sollen sechs Fallstudienberichte über die Erstellung der nationalen Aktionspläne im Bereich der Sozialschutz- und Beschäftigungspolitik erarbeitet werden. 4. Im Rahmen des vierten Arbeitspakets sollen die Entwicklung der Zielvorgaben und Indikatoren, die Verhandlungen während der Erstellung des gemeinsamen Berichtes (einschließlich der Empfehlungen) und die Weiterentwicklung im Rahmen der ab 2006 geplanten Straffung auf der europäischen Ebene untersucht werden. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Expertengespräche auf der nationalen und europäischen Ebene, Europäische Regulationsebene, OMK Beschäftigung: Kommission -GD Beschäftigung/ Soziales-, Ministerrat -Ständige Vertretungen der 3 Länder-, Beschäftigungsausschuss, WSA, Parlament, Ausschuss der Regionen, EGB/ UNICE, OMK Eingliederung: Kommission -GD Beschäftigung/ Soziales-, Ministerrat -Ständige Vertretungen der 3 Länder-, Ausschuss für Sozialschutz, WSA, Parlament, Ausschuss der Regionen, EGB/ UNICE, European Antipoverty Network u.a. zivilgesellschaftliche Akteure -Eurodiaconia etc.-, Nationale Regulationsebene -Italien, Frankreich, Deutschland-, OMK Beschäftigung: federführende Ministerien, interministerielle Kooperationen, Regionen/ Bundesländer, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, weitere Akteure der Zivilgesellschaft, OMK Eingliederung: federführendes Ministerien, interministerielle Kooperationen, Regionen/ Bundesländer, Wohlfahrtsverbände -Caritas etc.-, weitere Akteure der Zivilgesellschaft). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Heidenreich, Martin; Bischoff, Gabriele: Die offene Methode der Koordinierung. Ein Weg zur Europäisierung der Sozial- und Beschäftigungspolitik? Unveröffentl. Arbeitspapier. Bamberg/ Brüssel, Aug. 2004, 22 S. Download unter: <http://www.uni-bamberg.de/sowi/europastudien/omk.htm> .

ART: gefördert *BEGINN:* 2005-04 *ENDE:* 2007-04 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Fach Soziologie Professur für Sozialwissenschaftliche Europaforschung (Feldkirchenstr. 21, 96045 Bamberg)

KONTAKT: Leiter (e-mail: martin.heidenreich@sowi.uni-bamberg.de)

[223-L] Heidenreich, Martin:

The decision-making capacity of the European Union after the fifth enlargement, (BACES Discussion Paper, No. 1), Bamberg 2004, 25 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.uni-bamberg.de/sowi/baces/Texte/discussion_paper1.pdf)

INHALT: "Im Mai 2004 sind Malta, Zypern und acht mitteleuropäische Länder der Europäischen Union (EU) beigetreten. Damit stellt sich die Frage, ob die EU angesichts der unterschiedlichen Erinnerungen, Interessen, Ideen und Identitäten der nunmehr 25 Mitgliedstaaten noch handlungsfähig ist. Nur dann wäre die Erweiterung mit einer politischen Vertiefung vereinbar. Analytisch können drei verschiedene Aspekte einer solchen Handlungsfähigkeit unterschieden werden: die Verpflichtungs-, Entscheidungs- und Vertiefungsfähigkeit der EU. 1. Um zentrale 'Klubgüter' der EU wie den Binnenmarkt oder das Wettbewerbsrecht nicht zu gefährden, wurde die Übernahme der geltenden Regeln zur Beitrittsvoraussetzung erklärt. 2. Die Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit der EU-Organisationen steht mit der Aufnahme von zehn zumeist kleineren und ärmeren Ländern auf dem Prüfstand. Bis zur Erweiterung konnten keine grundlegenden Reformen der institutionellen Architektur und der Agrar- und Strukturpolitiken vereinbart werden, die diesen Herausforderungen Rechnung tragen. 3. Eine Voraussetzung für eine weitere politische Vertiefung ist die Kompromiss- und Kooperationsbereitschaft der 25 Mitgliedstaaten. Die Entwicklung der hierfür erforderlichen Balance zwischen Gleichberechtigung und ungleichen Einflusschancen wird durch die erhebliche Machtasymmetrie während der Beitrittsverhandlungen zusätzlich erschwert. Während die Verpflichtungsfähigkeit des gemeinschaftlichen Besitzstandes somit zum Beitrittszeitpunkt weitgehend gegeben war, muss sich noch erweisen, ob die organisatorischen und politischen Voraussetzungen für eine handlungsfähige Union wiederhergestellt werden können." (Autorenreferat)

[224-F] Heipertz, Martin (Bearbeitung):

Entstehung und Implikationen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes: eine institutionelle Erklärung der steuerungspolitischen Defizite in der Eurozone

INHALT: Die Europäische Währungsunion basiert konzeptuell auf der einseitigen Dominanz monetaristischer Stabilitätserwägungen, wie sie insbesondere im institutionellen Übergewicht der Europäischen Zentralbank und im Stabilitätspakt zum Ausdruck kommen. Der sich daraus ergebende Vorrang von Bemühungen zur Haushaltskoordinierung hat in der derzeitigen Konjunktursituation eine kontraproduktive Wirkung, insbesondere für Länder mit hohen Realzinsen. Als dringende Aufgabe der Finanzpolitik nach dem Wegfall des geldpolitischen Instrumentariums erscheint vielmehr die antizyklische Stabilisierung der Konjunktur zur Wiederbelebung des wirtschaftlichen Wachstums. Welche sind die politischen Faktoren, die zu dieser Situation geführt haben? Unter Anwendung des akteurzentrierten Institutionalismus versucht das Dissertationsprojekt, die Konstellationen individueller und kollektiver Akteure (Finanzministerien, Kommission, Bundesbank, Regierungen etc.) darzustellen sowie deren Interaktion auf mehreren Entscheidungsebenen spieltheoretisch zu analysieren. Ziel ist es zu erklären, warum und auf welche Weise eine suboptimale Wirtschaftsordnung für Europa geschaffen wurde. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Eurozone

METHODE: Interesse am Design von Institutionen als Ergebnis politischer Prozesse; europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt als empirische Fallstudie; Vorgehensweise anhand des akteurzentrierten Institutionalismus'; Verwendung von Spieltheorie und Verhandlungstheorie; Ziel-Erklärung von Problemlösungsdefiziten anhand der Entscheidungsfindung; Generalisierung zu Aussagen über intergouvernementale Politik auf Ebene der EU *DATENGEWINNUNG:* Akten- und Dokumentenanalyse, offen (Stichprobe: 30; EU internal memos). Qualitatives Interview (Stichprobe: 50; beteiligte Akteure). Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: 50). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2001-12 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Paulstr. 3, 50676 Köln)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0221-2767-254, Fax: 0221-2767-555, e-mail: heipertz@mpifg.de)

[225-L] Heise, Arne:

EMU, coordinated macroeconomic policies and a boost to employment in the European Union, (Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, Nr. 1), Hamburg 2002, 16 S. (Graue Literatur; URL: http://www.hwp-hamburg.de/fach/fg_vwl/DozentInnen/heise/Materials/WP_StaatsWiss/01-EMU.pdf)

INHALT: Seit Realisierung der Europäischen Währungsunion (EWU) gilt die damit beabsichtigte Ankurbelung des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung als Hauptargument. Bei der Betrachtung und Einschätzung der Europapolitik vertritt der Autor die Annahme, dass eine Verbesserung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung nur durch eine makroökonomische Politik zu erreichen ist. Dabei wird im Verlauf der Erläuterung des Untersuchungsgegenstandes zwischen zwei verschiedenen Niveaus der Koordination sowie zwei unterschiedlichen Prozeduren der Koordination differenziert: (1) Die horizontale Koordination regelt die nationalen Politiken im Rahmen eines bestimmten Politikbereiches, wie beispielsweise der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der sich mit der Fiskalpolitik der Mitgliedsstaaten befasst. Die vertikale Koordination der Währungs-, Fiskal- und Einkommenspolitik ist damit beauftragt, die politischen Spielregeln festzulegen. (2) Die 'harte Koordination' implementiert eindeutige Regeln und Sanktionen, während die 'leichte Koordination' auf dem Gruppendruck basiert. Auf dieser Grundlage werden sodann die bisherigen Resultate der europäischen Wirtschaftspolitik dargestellt. So lässt sich die schwache wirtschaftliche Wachstumssituation in der EU auf eine erfolglose vertikale makroökonomische Politikkoordination zurückführen. Dies lässt sich anhand eines Vergleiches mit der prosperierenden Entwicklung in den USA während der zweiten Hälfte der 1990er Jahren bestätigen. Somit hat im Zuge der Suche nach einer besseren Koordination der makroökonomischen Politik ein paradigmatischer Wechsel in der Wirtschaftspolitik oberste Priorität. Die Gründe für die ausgemachten Probleme sind keineswegs 'technische' Fehler, sondern vielmehr eine falsche Vorstellung von Koordination. (ICG2)

[226-F] Hellmann, Birgit, M.A.; Tseng, Su-Ling, B.S. (Bearbeitung); Knodt, Michèle, Dr.phil. (Leitung); Kohler-Koch, Beate, Prof.Dr. (Betreuung):

Regieren in erweiterten Mehrebenensystemen der EU

INHALT: Das Projekt geht der Einbindung der EU in ein internationales Ordnungssystem und dem damit verbundenen Wandel der institutionellen Verfasstheit der EU nach. Diese Frage wird am Beispiel der WTO analysiert. Die Bearbeiterin untersucht den institutionellen Wandel in der Außenhandelspolitik der EU in Bezug auf die Beilegung von Handelskonflikten unter den Streitbeilegungsverfahren der WTO. *ZEITRAUM:* 1995-2003 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union

METHODE: Das Projekt wendet einen reflexiv-interaktionistischen Institutionenansatz; die EU wird als interaktives Mehrebenensystem konzipiert. Untersuchungsdesign: Querschnitt DA-

TENGEWINNUNG: Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen. Qualitatives Interview (Stichprobe: 11; Beamte der EU-Kommission). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

- VERÖFFENTLICHUNGEN**: Knodt, Michele: Governance in an expanded multi-level system. in: Journal of European public policy, Vol. 11, 2004, No. 4.+++Knodt, Michele; Wagner, Wolfgang; Schimmelpfennig, Frank: Auswärtiges Regieren in der EU: ein Tagungsbericht. in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 2004.+++Knodt, Michele; Jachtenfuchs, Markus: Regieren in internationalen Institutionen. in: Dies. (Hrsg.): Regieren in internationalen Institutionen. Opladen: Leske u. Budrich 2004, S. 9-28. ISBN 3-8100-3472-X.+++Knodt, Michele; Finke, Barbara: Europäisierung der Zivilgesellschaften oder Europäische Zivilgesellschaft? Ein Tagungsbericht. in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 2003, 10, S. 387-394.+++Knodt, Michele; Princen, Sebastiaan: Understanding the EU's external relations. London: Routledge 2003.+++Dies.: Understanding the EU's external relations: the move from actors to processes. in: Dies. (eds.): Understanding the EU's external relations. London: Routledge 2003, pp. 195-208.+++Dies.: Introduction: puzzles and prospects in theorising the EU's external relations. in: Dies. (eds.): Understanding the EU's external relations. London: Routledge 2004, pp. 1-18.+++Knodt, Michele; Kohler-Koch, Beate; Conzelmann; Thomas: Europäische Integration - europäisches Regieren. Grundwissen Politik, Bd. 34. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss. 2004. ISBN 3-8100-3543-2.
- ART**: Dissertation; gefördert *BEGINN*: 2001-10 *ENDE*: 2004-09 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Deutsche Forschungsgemeinschaft
- INSTITUTION**: Universität Mannheim, Fak. für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl für Politische Wissenschaft II (68131 Mannheim)
- KONTAKT**: Hellmann, Birgit (Tel. 0621-8190697,
e-mail: birgit.hellmann@mzes.uni-mannheim.de)

[227-L] Hölcker, Norbert:

Regionen in Europa - Gewinner oder Verlierer des europäischen Einigungsprozesses?: eine Betrachtung des Bedeutungswandels der Regionen in Europa am Beispiel der europäischen Regional- und Strukturpolitik von 1957 bis heute, (ESH Working Paper, No. 2), Hannover 2004, 43 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.gps.uni-hannover.de/europe/workingpapers/hoelcker.pdf>)

INHALT: "Kernfrage der Arbeit ist, ob die Regionalpolitik der EU für Regionen in Europa förderlich oder abträglich ist. Der Verfasser setzt mit der Erläuterung des Regionenbegriffes ein und geht differenziert auf die Regionalpolitik der EU ein. Er erörtert die Förderziele und die Ziele der Regional- und Strukturpolitik und deren historische Entwicklung sowie die aktuelle Politik der Regionenförderung. Mit der Analyse der unterschiedlichen politischen Positionierung der Regionen, der europäischen Institutionen und der Nationalstaaten gelingt es dem Verfasser, die Dynamik der Regionalpolitik der EU gut herauszuarbeiten. Im Ergebnis kommt er zu der Auffassung, dass die Regionen sich auch vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung der Regional- und Strukturpolitik als Gewinner bezeichnen lassen. In Anbetracht der bis heute noch bestehenden regionalen Disparitäten müssen die politischen Gewinne der Regionen relativiert werden. Der Verfasser hat eine sehr sorgfältig gearbeitete Studie zu einem relevanten Thema der Europaforschung vorgelegt." (Autorenreferat)

[228-L] Holler, Manfred J.; Kliemt, Hartmut; Schmidtchen, Dieter; Streit, Manfred E. (Hrsg.): **Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie: Bd. 22, European Governance**, Tübingen: Mohr Siebeck 2003, XI, 311 S., ISBN: 3-16-148219-0 (Standort: UB Bonn(5)-Z82-144)

INHALT: Der Band vereint Beiträge, die sich mit verschiedensten Fragestellungen im Zusammenhang mit der "Europäischen Regierungsmacht" aus der Rational Choice Perspektive beschäftigen und auf der Konferenz "European Governance" in Saarbrücken 2002 vorgetragen wurden. Grundlage der dort geführten Diskussionen war das im Juli 2001 von der Europäischen Kommission veröffentlichte White Paper (WP), in dem eine Vielzahl von Vorschlägen bzgl. neuer Politikinstrumente der EU vorgestellt wurden. Unter anderem wurden die Rollen des Europäischen Rates und des EU-Parlamentes definiert, die sich im wesentlichen auf die Rahmengesetzgebung konzentrieren, während die Regelung der Einzelheiten in den Kompetenzbereich der Europäischen Kommission fallen soll. Die einzelnen Beiträge befassen sich thematisch mit dem Europäischen Gerichtshof, der Rolle der Wahlen zum EU-Parlament, Fragen der Besteuerung, dem europäischen Markt, dem Ausgleich zwischen verschiedenen Interessengruppen, Vorgehensweisen bei der EU-Erweiterung sowie mit der Reform der EU-Institutionen in diesem Kontext. (ICH)

[229-L] Hrbek, Rudolf:

Europawahl 2004: neue Rahmenbedingungen ? alte Probleme, in: Integration : Vierteljahresschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Jg. 27/2004, H. 3, S. 211-222 (Standort: UuStB Köln(38)-XG7362; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Allenfalls indirekt und dann sehr abgeschwächt könnten Europawahlen und ihre Ergebnisse europapolitische Wirkungen verbreiten, indem nämlich der europapolitische Handlungsspielraum einzelner nationaler Regierungen eingeschränkt oder in eine bestimmte Richtung gelenkt würde. Solange diese Wahlen aber von innenpolitischen Erwägungen und Themen beherrscht würden, könnten sie auch keinen nennenswerten Beitrag zur besseren demokratischen Legitimierung der Europäischen Gemeinschaft/ Europäischen Union und ihrer Politik bewirken. Auf die Frage, ob diese Feststellungen auch für die Europawahlen 2004 gelten, wird am Schluss des Beitrags zurückzukommen sein. Zunächst soll auf spezifische Rahmenbedingungen für die diesjährigen Wahlen und auf im Wahlkampf behandelte Themen eingegangen werden, bevor dann verschiedene Aspekte des Wahlergebnisses und dessen unmittelbare Konsequenzen erörtert werden." (Autorenreferat)

[230-F] Hurrelmann, Achim, Dr. (Bearbeitung); Nullmeier, Frank, Prof.Dr. (Betreuung):

Verfassung und Integration in Europa

INHALT: 1. Herausarbeitung der theoretischen Zusammenhänge zwischen demokratischen Verfassungsinstitutionen und gesellschaftlicher Integration: a) gesellschaftliche Integration als Voraussetzung der konstitutionellen Demokratie; b) integrierende Wirkung von Verfassungsinstitutionen. 2. Analyse der aktuellen Diskussion über eine europäische Verfassung unter Berücksichtigung der theoretischen Erkenntnisse.

METHODE: 1. Theoriearbeit; 2. Textanalyse

VERÖFFENTLICHUNGEN: Hurrelmann, A.: Verfassungspolitik als Konstruktion von Lernprozessen? Konstitutionalisierung und Identitätsbildung in der Europäischen Union. in: Maier, Leonhard; Hurrelmann, Achim; Nullmeier, Frank; Pritzlaff, Tanja; Wiesner, Achim (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse. Opladen: Leske u. Budrich 2003, S. 267-291.+++Ders.: Verfassung und Integration in Europa. Wege zu einer supranationalen Demokratie. Frankfurt/ M.: Campus 2005 (im Erscheinen). *ARBEITSPAPIERE:* Hurrelmann, A.: European constitutionalism and social integration. in: Federal Trust Online Paper 13. London: 2004. Standort: http://www.fedtrust.co.uk/uploads/constitution/13_04.pdf.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2001-01 *ENDE:* 2004-07 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik (Postfach 330440, 28334 Bremen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0421-218-4384, e-mail: a.hurrelmann@zes.uni-bremen.de)

[231-L] Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate:

Governance in der Europäischen Union, in: Arthur Benz (Hrsg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen : eine Einführung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 77-101, ISBN: 3-8100-3946-2 (Standort: UB Siegen(467)-31PDB1424)

INHALT: Der Beitrag will folgende These belegen: Um die EU zu verstehen, braucht man keine Spezialtheorie, sondern man kann sich aus dem reichen Fundus der Politikwissenschaft bedienen. Dies erlaubt es, auch die EU mit anderen Systemen und deren Politikprozessen zu vergleichen. Trotzdem ist Vorsicht geboten, denn die Anwendung allgemeiner Konzepte auf vergleichbare Phänomene lässt nicht auf die Identität des Untersuchungsgegenstands schließen. Insgesamt zeigen die Autoren: Eine Untersuchungsperspektive, die sich mit Governance beschäftigt, trägt der Tatsache Rechnung, dass sich das zu untersuchende Phänomen nicht mehr säuberlich in die politikwissenschaftlichen Teildisziplinen einordnen lässt. Regiert wird heute in netzwerkartigen Strukturen, die auch Staatsgrenzen überschreiten können, mit öffentlichen und privaten Akteuren. Dies lässt sich besser durch eine analytische Perspektive in den Griff bekommen, die nach einem Problem fragt ("Wie wird heute regiert?"), statt den Untersuchungsbereich entlang der politikwissenschaftlichen Teildisziplinen von vornherein auf zwischenstaatliche Beziehungen, die EU, Regierungen oder Verwaltungen zu beschränken. Damit wird der allgemeinen Tendenz Rechnung getragen, dass sich diese Teildisziplinen stärker auf einander zu bewegen. Gleichzeitig bietet eine solche problemorientierte Betrachtungsweise auch Ansatzpunkte für interdisziplinäre Forschung. (ICA2)

[232-L] Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hrsg.):

Europäische Integration, (Uni-Taschenbücher : Politikwissenschaft, Bd. 1853), Opladen: Leske u. Budrich 2003, 596 S., ISBN: 3-8100-3845-8 (Standort: UB Bonn(5)-2003-5024)

INHALT: "Das Buch liefert eine breit angelegte und theoretisch reflektierte Behandlung von Institutionen, Politikbereichen und Problemfeldern der europäischen Integration. Die Beiträge orientieren sich an der Leitfrage, wie Regieren in diesem dynamischen Mehrebenensystem sowohl demokratisch als auch effizient erfolgen kann." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Einleitung: Markus Jachtenfuchs/ Beate Kohler-Koch: Regieren und Institutionenbildung (11-

46); Kapitel Demokratie und Partizipation: Peter Graf Kielmansegg: Integration und Demokratie (mit Nachwort zur 2. Auflage) (49-83); Klaus Eder: Öffentlichkeit und Demokratie (85-120); Doug Imig/ Sidney Tarrow: Politischer Protest im europäischen Mehrebenensystem (121-149); Simon Hix: Parteien, Wahlen und Demokratie in der EU (151-180); Kapitel Politisches System: Christian Joerges: Recht, Wirtschaft und Politik im Prozess der Konstitutionalisierung Europas (183-218); Fritz W. Scharpf: Politische Optionen im vollendeten Binnenmarkt (219-253); Helen Wallace: Die Dynamik des EU-Institutionengefüges (255-285); Franz Urban Pappi und Christian H.C.A. Henning: Die Logik des Entscheidens im EU-System (287-315); Arthur Benz: Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union (317-351); Wolfgang Wessels: Beamtengremien im EU-Mehrebenensystem. Fusion von Administrationen? (353-383); Kapitel Politik im Wandel: Rainer Eising: Europäisierung und Integration. Konzepte in der EU-Forschung (387-416); Burkard Eberlein/ Edgar Grande: Die Europäische Union als Regulierungsstaat (417-447); Kenneth Dyson: Die Wirtschafts- und Währungsunion als Prozess der Europäisierung (449-478); Gerda Falkner: Wohlfahrtsstaat und europäische Integration: Theorie und Praxis (479-511); Hans-Jürgen Bieling/ Frank Deppe: Die neue europäische Ökonomie und die Transformation von Staatlichkeit (513-539); Frank Schimmelfennig: Die Osterweiterung der EU: Erklärung eines widersprüchlichen Prozesses (541-568); Wolfgang Wagner/ Gunther Hellmann: Zivile Weltmacht? Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union (569-596).

[233-L] Knill, Christoph; Lehmkuhl, Dirk:

Die Europäisierung nationaler Staatstätigkeit: Erkenntnisse aus der vergleichenden Policy-Forschung, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Staatsentwicklung und Policyforschung : politikwissenschaftliche Analysen der Staatstätigkeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 141-165, ISBN: 3-8100-4034-7 (Standort: UB Bonn(5)-2004-5273)

INHALT: Der Begriff Europäisierung wird in sehr unterschiedlicher Weise verwendet. Auf einer generellen Ebene lassen sich dabei zwei Ansatzpunkte identifizieren. So findet sich erstens eine Vielzahl von Studien, die unter dem Stichwort der Europäisierung der Frage nachgehen, wie nationale Policies, Interessen und Institutionen die Gestaltung von Institutionen und Politikinhalt auf der Ebene der Europäischen Union (EU) beeinflussen. Von dieser Perspektive abzugrenzen ist ein zweites Konzept von Europäisierung, welches auch dem vorliegenden Beitrag zugrunde liegt. Hierbei liegt der analytische Fokus weniger auf dem nationalen Einfluss auf europäischer Ebene, sondern auf dem genau umgekehrten Zusammenhang. Im Mittelpunkt steht das Ziel, mögliche Rückwirkungen zu untersuchen, die von der europäischen Ebene auf die Staatlichkeit in den Mitgliedstaaten ausgehen. Je nach dominantem Mechanismus der Europäisierung sind dabei unterschiedliche Faktoren analytisch relevant, um die unterschiedlichen nationalen Auswirkungen europäischer Policies zu erklären. Um diese Argumentation näher auszuführen, werden zunächst Dimensionen und Mechanismen der Europäisierung nationaler Staatstätigkeit vorgestellt. Entsprechend dieser Unterscheidung illustrieren die nachfolgenden Abschnitte die Wirkungsweise und die nationalen Effekte für idealtypisch identifizierbare Mechanismen der Europäisierung. Dies geschieht auf der Basis konkreter Beispiele aus den Bereichen der europäischen Umwelt, Straßengüterverkehrs- und Eisenbahnpolitik. (ICA2)

[234-L] Kohler-Koch, Beate; Conzelmann, Thomas; Knodt, Michèle:

Europäische Integration - europäisches Regieren. (Grundwissen Politik, Bd. 34), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2004, 348 S., ISBN: 3-8100-3543-2 (Standort: UB Bonn(5)-2004-3680)

INHALT: Das Buch gibt einen Überblick über die Entwicklung der Europäischen Union, ihre Institutionen und politischen Aktivitäten sowie die Auswirkungen der europäischen Integration auf die Mitgliedstaaten. Damit werden zwei Teilbereiche der Politikwissenschaft berührt, die Regierungslehre und die Lehre von den internationalen Beziehungen. Dies geschieht in fünf thematischen Schwerpunkten: (1) Dynamik der Wirtschaftsintegration von der EGKS über den europäischen Binnenmarkt bis zur Wirtschafts- und Währungsunion; (2) politisches System der EU, Funktionsweise des EG-Systems sowie Bürgerrechte und öffentliche Ordnung; (3) Aufstieg der regulativen Politik, Transformation des Regierens im europäischen Mehrebenensystem; (4) Demokratie und politische Partizipation, Suche nach Legitimität, organisierte Interessen in der europäischen Politik; (5) internationale Einbettung der EU, Außenwirtschafts- und Assoziationspolitik, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Osterweiterung, regionale Stabilisierungspolitik. Abschließend wird ein Ausblick auf Schwerpunkte und Perspektiven der Europaforschung gegeben. (ICE)

[235-F] Krause, Kim Carolin, Dipl.agr.oec.; Struve, Carsten, M.Sc. (Bearbeitung); Henning, Christian H.C.A., Prof.Dr.Dr.; Froberg, Klaus, Prof.Dr. (Betreuung):

Polit-ökonomische Modellierung der geplanten Osterweiterung der Europäischen Union (Arbeitstitel)

INHALT: Die anstehende Osterweiterung ist die bislang bedeutendste Erweiterung in der Geschichte der EU, von der enorme Effekte nicht nur im ökonomischen Bereich, sondern auch hinsichtlich der zukünftigen Ausgestaltung Gemeinsamer Europäische Politik ausgehen werden. Das Projekt versucht in diesem Zusammenhang am Beispiel der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) systematisch die ökonomischen, institutionellen und strukturellen Faktoren zu analysieren, die auf die zukünftige Ausgestaltung der GAP im Zuge der Osterweiterung einwirken. Inhaltlich stehen dabei die folgende Bereiche im Vordergrund der Analysen: 1. eine deskriptiv-komparative Analyse grundsätzlicher Interessenvermittlungsstrukturen im nationalen Politikfeld der Agrarpolitik zwischen den osteuropäischen Beitrittskandidaten sowie zwischen Beitrittskandidaten und den EU-15 Mitgliedsstaaten; 2. eine Modellierung der internationalen EU-Beitrittsverhandlungen; 3. eine polit-ökonomische Modellierung der zukünftigen Ausgestaltung der GAP in einer erweiterten EU unter unterschiedlichen ökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen. *ZEITRAUM:* 2001-2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* mittel- und osteuropäische Beitrittskandidaten Länder

METHODE: Methodisch sollen innovative Konzepte der quantitativen Politiknetzwerkanalyse, u.a. Netzwerkmultiplikatoren und soziale Kapitalindizes, zur komparativen Politiknetzwerkanalyse verwendet werden. Zur polit-ökonomische Modellierung der Ausgestaltung zukünftiger EU-Agrarpolitiken in einer erweiterten EU wie auch der internationalen Erweiterungsverhandlungen sollen neben polit-ökonomischen Standardansätzen insbesondere ein angewandtes polit-ökonomisches generelles Gleichgewichtsmodelle eingesetzt werden. Ein Vorteil dieses innovativen Ansatzes ist, dass dieser explizit die Analyse ökonomischer Faktoren, wie z.B. Weltmarktpreise, technischer Fortschritt oder Wechselkurse, wie auch formale politische Institutionen, z.B. die institutionelle Ausgestaltung des EU-Entscheidungssystem und informelle Institutionen, wie z.B. ex ante Koalitionen auf der Grundlage einer gemeinsamen politi-

schen Ideologie oder den Einfluss von Interessengruppen, simultan berücksichtigen kann. Weiterhin ist dieser Ansatz im Gegensatz zu den meisten spieltheoretischen Modellen politischer Entscheidungen auch für eine Vielzahl von politischen Akteuren und multidimensionalen Entscheidungen operationalisierbar und erlaubt somit empirische quantitative positive Politikanalysen. *DATENGEWINNUNG*: Standardisierte Befragung, face to face; Standardisierte Befragung, schriftlich (Institutionen, Interessenverbände der MOEL). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Henning, Ch.H.C.A.; Krause, K.C.; Struve, C.: Institutionelle Grundlagen der Agrarprotektion: eine polit-ökonomische Analyse der Agrarpolitik in den Mittel- und Osteuroäischen Ländern. in: *Agrarwirtschaft*, 52, 2003, H. 6, S. 288-299. +++ Henning, Ch.H.C.A.; Krause, K.C.: Politische Präferenzen für Umwelt und Ökologie in Osteuropa und ihre Auswirkungen auf die Agrarpolitik in der EU. in: *Vorträge zur Hochschultagung 2003*. Schriftenreihe der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel, H. 98. Kiel 2003, S. 187-194. *ARBEITSPAPIERE*: Henning, Ch.H.C.A.: The role of institutions in European agricultural protectionism. Paper prepared at the 80th EAAE Seminar, Ghent, Belgium, 2003.+++Henning, Ch.H.C.A.; Krause, K.C.; Struve, C.: Institutional foundation of agricultural protection: the case of EU-accession and agricultural policy in Eastern Europe. Paper prepared at the 2002 Annual Meeting of the AAEA. Download: <http://www.uni-kiel.de/agrarpol/pages/de/workingpapers/WPIInstFound2002-07.pdf>.

ART: Dissertation; Eigenprojekt; gefördert *BEGINN*: 2001-11 *ENDE*: 2005-11 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Kiel, Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät, Institut für Agrarökonomie Lehrstuhl für Agrarpolitik (Olshausenstr. 40, 24089 Kiel)

KONTAKT: Krause, Kim Karolin (Tel. 0431-880-4447, e-mail: kkrause@agric-econ.uni-kiel.de); Struve, Carsten (Tel. 0431-880-2146, e-mail: cstruve@agric-econ.uni-kiel.de)

[236-F] Lamping, Wolfram, Dr. (Bearbeitung):

European Union and social policy - processes, logics and opportunities of health policy integration

INHALT: Europe matters. But why, how, and to what extent? The impact of European integration on the welfare systems of the member states and the way they "Europeanise" still raise challenging questions for researchers. A great number of empirical studies demonstrates the growing impact of European integration on national politics, patterns of policy-making, and (public) policies. But welfare state politics and policies - especially the core policies of social re-distribution and social protection - seem to be somewhat different. They apparently escape integration politics and resist increasing pressures to adjust. It may be for this reason that most of the studies available on health policy and health care reform still ignore the "European dimension" and focus mainly on domestic challenges. The aim of this research project is to provide empirical insights in the actual relationship between European politics and the completion of the Single European Market (competition regime; "four freedoms") on the one hand and national health care systems - especially the German health care system - on the other. At first glance, health policy is all but an appropriate example for investigating the impact of European integration: Member states have explicitly declared in the Treaty that the organisation and delivery of health services and medical care shall remain a matter of national competence. By contrast, this research project seeks to demonstrate systematically that the EU has begun a new chapter in the history of health policy. Especially since the 1990s, the

EU has successfully impinged in many ways (directly and indirectly) on health care systems of the Member States. The EU does not take the national "welfare fortresses" by storm. It is rather an incremental, creeping and sometimes unsystematic process of institutional convergence and harmonisation: It is expectable that various health policy programmes of the Commission, recent Court judgements on the delivery of and access to health care, increasing expectations of EU citizens in getting prompt, effective and high quality health care irrespective of administrative restrictions or territorial borders, and the establishment of an epistemic health policy community at supra-national level as well as the application of the "open method of co-ordination" will have a major impact on health care and health systems in the years to come. Consequently, the basic assumption of this project is that even though member states are formally still the guardians of their health care systems, European integration substantially reduces the policy margin member states have on regulating health care autonomously. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Europäische Union

ART: Habilitation *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Universität Hannover, FB Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften, Institut für Politische Wissenschaft Abt. Sozialpolitik und Public Policy (Im Moore 13, 30167 Hannover)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0511-762-4916, e-mail: lamping@ipw.uni-hannover.de)

[237-F] Lang, Jochen, Dr.; Knopp-Malek, Tanja, Dr. (Bearbeitung); Heinelt, Hubert, Prof.Dr.; Reissert, Bernd, Prof.Dr. (Leitung):

Die Entwicklung der EU-Strukturfonds als kumulativer Politikprozess

INHALT: Politik im Mehrebenensystem der Europäischen Union gilt im allgemeinen als schwer veränderbar. Die Vielzahl der "Veto-Spieler" mit unterschiedlichen Interessen und Positionen fördert gerade in diesem System die Beibehaltung des Status Quo. Die europäischen Strukturfonds sind jedoch in den zurückliegenden Jahrzehnten immer wieder tiefgreifenden Reformen unterworfen worden, die sowohl die Förderziele als auch die Planungs- und Umstrukturierungen wesentlich verändert haben. Wodurch lässt sich diese erhebliche Reformfähigkeit der europäischen Strukturfondspolitik erklären? Das Forschungsprojekt ist dieser Frage nachgegangen, indem es sowohl die historische Entwicklung der Strukturfonds seit den Römischen Verträgen als auch ihre Implementation in ausgewählten Mitgliedstaaten untersucht hat. Es hat gezeigt, dass gerade die Unterschiedlichkeit der Umsetzungssysteme in den Mitgliedstaaten und die lose Koppelung der Entscheidungs- und Umsetzungssysteme zur Reformfähigkeit der europäischen Strukturpolitik beigetragen haben. *ZEITRAUM*: 1957-2000 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Europäische Union mit Mitgliedsstaaten Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Irland, Schweden, Spanien

METHODE: Ausgangspunkte sind die Konzepte der Implementationsforschung sowie das organisationstheoretische Konzept der losen Koppelung. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Querschnitt *DATENGEWINNUNG*: Dokumentenanalyse, offen. Aktenanalyse, offen. Qualitatives Interview (Stichprobe: größer als 100; Auswahlverfahren: total). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Heinelt, Hubert; Kopp-Malek, Tanja; Lang, Jochen; Reissert, Bernd: Die Entwicklung der EU-Strukturfonds als kumulativer Politikprozess. Baden-Baden: Nomos 2005.+++Dies.: Policy-Making in fragmented systems: how to explain success. in: Kohler-Koch, B. (Hrsg.): Linking EU and national governance. Oxford: OUP 2003, pp. 135-153.+++Dies.: Die EU-Strukturfonds. Zu den Voraussetzungen von Steuerungsfähigkeit im

EU-Mehrebenensystem. in: Hartwig, I.; Petzold, W. (Hrsg.): Die EU-Strukturpolitik nach 2006: Perspektiven für die Reform. Baden-Baden: Nomos 2005 (im Erscheinen).+++Lang, J.; Reissert, Bernd: Reform des Implementationssystems der Europäischen Strukturfonds - die neuen Verordnungen vor dem Hintergrund der Leistungsfähigkeit des bisherigen Systems. in: WSI-Mitteilungen 1999, 6, S. 380-389.+++Reissert, Bernd: Europa und die Kommunen: das Feld der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 2003, 42, Nr. 2, S. 12-29. *ARBEITSPAPIERE*: Lang, J.: Symbolische Implementation als Flexibilitätsreserve. Die Umsetzung europäischer regionaler Strukturpolitik in Deutschland, Irland und Schweden. Diss. FernUniv. Hagen, 2003.

ART: Auftragsforschung; gefördert *BEGINN:* 1998-11 *ENDE:* 2004-07 *AUFTRAGGEBER:* Hans-Böckler-Stiftung *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Technische Universität Darmstadt, FB 02 Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Arbeitsbereich Öffentliche Verwaltung, Staatstätigkeit -public policy- und lokale Politikforschung (Residenzschloss, 64283 Darmstadt); Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, FB Wirtschaftswissenschaften I, Lehrgebiet Politikwissenschaft, Arbeitsmarkt (10313 Berlin)

KONTAKT: Reissert, Bernd (Prof.Dr. Tel. 030-5109-2614, e-mail: reissert@fhtw-berlin.de)

[238-L] Lepsius, M. Rainer:

Prozesse der europäischen Identitätsstiftung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 38, S. 3-5 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/50A1N5.pdf>)

INHALT: "Europäische Identität wird gestiftet durch die Institutionalisierung von Wertvorstellungen in konkreten Verhaltenskontexten. Die Europäische Union bietet dafür die Organisations-Struktur und die Verfahren für die Willensbildung und Entscheidungsfindung. Mit ihrer Entwicklung konkretisieren sich auch die Bezugsobjekte für eine europäische Identitätsbildung. Die Integrationskraft der nationalstaatlich verfassten Gesellschaft kann nicht durch die neuen europäischen Ordnungen ersetzt werden. Zugleich werden aber die Nationalstaaten europäisiert und mit ihnen auch die Identitätskriterien der Nationalstaaten." (Autorenreferat)

[239-F] Maruhn, Roman (Bearbeitung):

Folgefragen des Euro

INHALT: In Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung untersucht die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik die Frage, welche Konsequenzen die Einführung des Euro für die wirtschaftlichen und politischen Systeme in Europa hat. Die politische Konstellation: Mit der Einführung des Euro am 1.1.1999 ist der Europäischen Union ein entscheidender Schritt auf ihrem Integrationsweg gelungen. Mit der Vergemeinschaftung der Geldpolitik und der Schaffung einer dafür zentralen Zuständigkeitsinstanz, der EZB, kommt der Grad ökonomischer Verflechtung in der EU dem eines Nationalstaates nahe. Allerdings fehlt neben einer harmonisierten Wirtschafts- und Fiskalpolitik vor allem die für ein reibungsloses Funktionieren notwendige institutionelle und konstitutionelle Verankerung der Zielgrößen Solidarität und Konvergenz. Im Mittelpunkt des Projektes steht neben der politischen Bewertung der inneren und äußeren Folgen der gemeinsamen Währung die Erarbeitung eines politischen Sollmodells des gemeinsamen Währungsraumes. Diese umfasst unter anderem die Konzeption eines differenzierten

und mehrstufigen Systems gesamteuropäischer Solidarität. Der Entwurf eines europäischen Soll-Modells folgt dabei der Leitfrage, wie die Konsequenzen der gemeinsamen Währung konstruktiv in der Debatte um die Finalität Europas politisch genutzt werden können. (S. <http://www.cap.uni-muenchen.de/bertelsmann/euro.htm>). *GEOGRAPHISCHER RAUM: Europa*

VERÖFFENTLICHUNGEN: Collignon, Stefan: The European Republic - reflections on the political economy of a future European Constitution. The Federal Trust for Education & Research in association with the Bertelsmann Foundation. London 2003.+++Friedrich, Holger B.: Probleme und Folgefragen des Euros. CAP Working Paper. München 2001.+++Ders.: Europa braucht den Konsens für einen starken Euro. in: Euro-Notes, 2001, 6.+++Ders.: Versprechen einlösen und Chancen wahrnehmen. in: Euro-Notes, 2001, 3.+++Ders.: Der Mangel an Identität schwächt den Euro. in: Euro-Notes, 2001, 2.+++Ders.: Europas Aufbruch in die digitale Lerngemeinschaft. in: Euro-Perspektiven, 2000, 10.+++Ders.: Geschlossenheit und ein Finanzausgleich für Europa. in: Euro-Perspektiven, 2000, 7.+++Ders.: Europa braucht politische Geschlossenheit und einen Finanzausgleich. in: Frankfurter Rundschau, 8. Juni 2000, Nr. 32, S. 14.+++Ders.: Der freie Fall des Euro. in: Euro-Perspektiven, 2000, 4.+++Ders.: Ein Jahr Euro - eine Bilanz. in: Euro-Perspektiven, 2000, 1.+++Ders.: Nach außen labil, nach innen stabil. in: Frankfurter Rundschau, 28. Jan. 2000, Nr. 23, S. 19.+++Hillenbrand, Olaf: Europa als Wirtschafts- und Währungsunion. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch. Gütersloh 1999.+++Ders.: Europäische Währungspolitik. in: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Bayern (Hrsg.): Währungspolitik. National - europäisch - international. München 1998.+++Weidenfeld, Werner: Europa - Weltmacht im Wartestand. in: Reiter, Erich (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2000.+++Ders.: Der Euro als Sprengsatz transatlantischer Beziehungen? in: Integration, Jg. 22, 1999, 1.+++Ders.: Der Euro und die künftige Gestalt Europas. in: Agrarwirtschaft, 48, 1999, H. 10.+++Maruhn, Roman: Wirtschafts- und finanzpolitische Weichenstellungen im Verfassungsentwurf des EU-Konvents. in: Giering, Claus (Hrsg.): Der EU-Reformkonvent - Analyse und Dokumentation. CD-Rom. Gütersloh/ München 2003. (S.a. http://www.cap.uni-muenchen.de/publikationen/strategien/cd_eu_konvent.htm).

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bertelsmann Stiftung

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 089-2180-1305, Fax: 089-2180-1329, e-mail: roman.maruhn@lrz.uni-muenchen.de)

[240-L] Mau, Steffen:

Wohlfahrtsstaat, Verteilung und Gerechtigkeit in Europa: Modell nationaler Wohlfahrts politik und die soziale Dimension der europäischen Integration, in: Sozialwissenschaftliche Informationen : das Journal für Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur, Jg. 33/2004, H. 3/4, S. 45-54

INHALT: "Stehen wir vor einer Entgrenzung und Europäisierung der Sozialpolitik - mit der Folge, dass die Instrumente und Leistungen einer nationalstaatlichen Wohlfahrts politik sekundär werden? Die Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten in Europa folgte unterschiedlichen Mustern, mit durchaus divergierenden Leitbildern für sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit. Ange sichts dieser Geschichte wie auch der aktuellen Problemstellungen bleibt der 'europäische

Wohlfahrtsstaat' auf der Ebene der EU eine nur sehr vage Perspektive. Was macht dann die soziale Dimension Europas aus?" (Autorenreferat)

[241-F] Metz, Almut, M.A.; Kempe, Iris, Dr.; Maruhn, Roman, M.A.; Brusis, Martin, Dr.; Emmanouilidis, Janis, M.A. (Bearbeitung):

Das größere Europa - Entwicklung eines politischen und institutionellen Ordnungsrahmens für die erweiterte Europäische Union

INHALT: Im Mittelpunkt des Projekts "das größere Europa", das die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung durchführt, steht die Verwirklichung eines politischen und institutionellen Ordnungsrahmens für die Europäische Union mit 25 und mehr Mitgliedstaaten. Konzeptionell stellt das Vorhaben auf die Entwicklung von Strategien der Gestaltung und der Regierbarkeit für einen gesamteuropäischen Integrationsraum ab. Die Zukunftsfähigkeit des Integrationsprozesses in der großen EU wird sich an ihrem Reform- und Innovationspotential entscheiden. Besonderer Handlungsbedarf besteht dabei auf drei Feldern: 1. Interne System- und Politikreformen: Um ihr politisches Gestaltungspotential voll entfalten zu können, muss die Konsolidierung des politischen Systems der Europäischen Union nach ihrer Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten intensiviert werden. Auch die neue EU-Verfassung wird wesentliche Schwachstellen in ihrer institutionellen Architektur und ihrem Entscheidungsgefüge nicht beheben. Ihre Weiterentwicklung ist deshalb schon in den kommenden Jahren mit zu bedenken. Auf zentralen Handlungsfeldern, wie der Innen- und Justizpolitik, der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder der Wirtschafts- und Sozialpolitik, erweist sich der einzelne Mitgliedstaat immer weniger als autonom problemlösungsfähig. Gleichzeitig bleiben die EU-Entscheidungsverfahren gerade dort besonders blockadeanfällig. Souveränitätsvorbehalte und zunehmende Verteilungskämpfe in einer erweiterten Union werden ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten weiter erschweren. Ohne System- und Politikreformen drohen diese veränderten Konflikt- und Machtkonstellationen die Leistungserwartungen zu enttäuschen, die die Eliten wie die Bürger der großen Europäischen Union hegen. 2. Strategien differenzierter Integration und Erweiterung: Auch unter der Annahme weitergehender Reformen wird das EU-Regierungssystem allein die gravierenden Unterschiede in der Integrationswilligkeit und -fähigkeit ihrer Mitglieder nicht aufheben können. In wachsendem Maß wird eine wirksame Wahrnehmung zentraler öffentlicher Aufgaben der Unionsebene davon abhängen, dass zunächst Teilgruppen von EU-Staaten ihre Zusammenarbeit intensivieren und damit eine integrationspolitische Führungsrolle übernehmen. Jenseits dieser Vertiefungsdimension nimmt die Bedeutung von Ansätzen differenzierter Integration aber auch mit Blick auf das künftige Raumbild der Europäischen Union zu, dessen Konturen sich heute bereits deutlich abzeichnen: Bulgarien, Rumänien und Kroatien könnten im Jahr 2007 beitreten. Für die übrigen Staaten des westlichen Balkans ist durch den Stabilitäts- und Assoziierungsprozess eine Integration in die EU bereits angelegt. Äußerst kontrovers diskutiert wird die Mitgliedschaftsperspektive für die Türkei, über deren Beitrittsfähigkeit die Europäische Kommission noch Ende dieses Jahres einen Bericht vorlegen wird. Nimmt man noch die EFTA-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz hinzu, so ist eine EU mit über 30 Mitgliedstaaten vorgezeichnet. Die Türkei erweist sich dabei als eigentlicher Lackmestest für die Frage, ob die Eröffnung der Beitrittsperspektive auch weiterhin gleichzusetzen sein wird mit der Aussicht auf eine EU-Vollmitgliedschaft. Aber auch bei den Staaten Südosteuropas erscheint es zweifelhaft, ob auf sie das Modell der ersten Osterweiterung ohne weiteres übertragbar ist. Um sie nicht zu überfordern, erscheinen Strate-

gien differenzierter Erweiterung angemessener, die eine Abstufung verschiedener Formen von EU-Mitgliedschaft zulassen. 3. Konzeption einer neuen EU-Nachbarschaftspolitik: Die Erweiterungsdynamik der Europäischen Union wird es auf lange Zeit nicht zulassen, ihre Grenzen abschließend zu bestimmen. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Europäische Union

VERÖFFENTLICHUNGEN: Brusic, Martin: Wie Europa wirkt. Positionen und Befunde der sozialwissenschaftlichen Europäisierungsforschung. in: *Soziologische Revue*, Jg. 27, 2004, H. 3, S. 283-296.+++Emmanouilidis, Janis: Die institutionellen Reformen in der Verfassung - die neue Machtarchitektur der EU. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Die europäische Verfassung in der Analyse*. 2004.+++Ders.: Der Weg zu einer neuen Integrationslogik - Elemente flexibler Integration in der Europäischen Verfassung. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Die europäische Verfassung in der Analyse*. 2004.+++Kempe, Iris: Die Europäische Union und die Ukraine. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche*. Bonn 2004, S. 503-521.+++Kempe, Iris u.a.: Prospects and risks beyond EU enlargement. *Eastern Europe: challenges of a pan-European policy*. Opladen 2003.+++Metz, Almut: Den Stier bei den Hörnern gepackt? Definition, Werte und Ziele der EU im Verfassungsprozess. in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Die Europäische Verfassung in der Analyse*. 2004.+++Ders.: Die offene Methode der Koordinierung im Verfassungsprozess. in: Ebd. *ARBEITSPAPIERE*: Brusic, Martin: Evaluating governance in Central and Eastern Europe: the utility and limits of performance indicators. Paper presented at the 5th Summer Seminar for Civil Servants from South-Eastern Europe, Varna, September 2004.+++Maruhn, Roman: Mehr Europa für weniger Geld? Übersicht zur finanziellen Vorausschau 2007-2013 in der Strategiemappe der SommerAkademie Europa.

ART: Auftragsforschung; gefördert *BEGINN*: 2004-07 *AUFTRAGGEBER*: Bertelsmann Stiftung
FINANZIERER: Auftraggeber

INSTITUTION: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Forschungsgruppe Europa (Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München)

KONTAKT: Hillenbrand, Olaf (Tel. 089-2180-1300, Fax: 089-2180-1329,
e-mail: Olaf.Hillenbrand@lrz.uni-muenchen.de)

[242-L] Münch, Richard:

Perspektiven der sozialen Einigung Europas, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 55/2004, H. 5, S. 285-291 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X1085; UuStB Köln(38)-Haa950; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Erweiterung der EU hat zwei konträre Positionen bezüglich der sozialen Integration herauskristallisiert: (1) Die konsequente Fortsetzung des europäischen Einigungswerks wird in der Vertiefung zu einer Europäisch-Sozialen Union gesehen. (2) Mit der Erweiterung der EU wird eine erheblich vergrößerte Ungleichheit des wirtschaftlichen Leistungsniveaus und die Heterogenität der sozialpolitischen Institutionen einhergehen. In der wissenschaftlichen Debatte hat sich die zweite Position durchgesetzt. Mit der Umstellung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik auf die Qualifizierung des einzelnen Individuums zwecks Sicherung seiner Beschäftigung erfolgt die Inklusion des Einzelnen gemäß dem Modell der kollektiven Teilhabe am Wohlstand nach dem individuellen Markterfolg. Die hoch entwickelten europäischen Wohlfahrtsstaaten können immer weniger ihren Wohlstand durch die Protektion ihrer weltweit nicht mehr wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweige sichern, sie müssen verstärkt den wirtschaftlichen Strukturwandel durch Investitionen in Bildung, Forschung und technologi-

sche Innovationen fördern. Im weltweiten Zusammenhang wirkt die EU in dem Maße desintegrierend, in dem sie ihren Binnenmarkt nach außen abschottet. (ICF)

[243-F] Niederhafner, Stefan, Dipl.-Pol. (Bearbeitung):

Transnationale Städtenetzwerke - zwischen Government und Governance. Neue Akteure im institutionellen Arrangement Europas

INHALT: Untersuchung der Integration von transnationalen Städtenetzwerken in das europäische Mehrebenensystem. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union, insb. Frankreich, Bundesrepublik Republik, Großbritannien

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH FSP Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Abt. Zivilgesellschaft und transnationale Netzwerke (Reichpietschufer 50, 10785 Berlin)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 030-25491-297, Fax: 030-25491-254, e-mail: niederhafner@wz-berlin.de)

[244-F] Niederhafner, Stefan, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Kern, Kristine, Dr. (Leitung):

Transnationale Städtenetzwerke in Europa

INHALT: Die abnehmende Handlungsfähigkeit des Nationalstaats löst einen Wandel politischer Institutionen aus, der sowohl Ausdruck des drohenden Steuerungsverlusts wie auch der Versuch ist, diesem zu begegnen. Das 2000/2001 begonnene Projekt untersucht neue Formen der Governance jenseits des Nationalstaates. Dabei konzentriert es sich auf die Struktur und die Funktion transnationaler Städtenetzwerke in Europa. Gefragt wird nach den Entstehungsgründen und der Problemlösungskapazität dieser Netzwerkorganisationen. Sind sie eine Alternative zu anderen Governance-Formen? Welche Bedeutung haben sie für Politiklernen? In welchem Verhältnis stehen sie zu nationalstaatlichen Institutionen? Welche Rolle spielt die EU als Netzwerkbildnerin? Transnationale Städtenetzwerke sind ein relativ neues Phänomen. Sie sind vor allem seit Ende der 80er Jahre entstanden und unterscheiden sich erheblich von den traditionellen Formen der europäischen Interessenvertretung der Kommunen. Mitglieder der transnationalen Städtenetzwerke sind die Städte selbst und nicht ihre nationalen Verbände. Beispiele hierfür sind die Union of the Baltic Cities (über 100 Städte in der Ostseeregion), das Gemeindeforum "Allianz in den Alpen" (ca. 140 Gemeinden in der Alpenregion) oder Eurocities (über 100 Städte mit mehr als 250.000 Einwohnern in 26 europäischen Ländern). Charakteristisch für Städtenetzwerke ist erstens die Autonomie der Mitgliedstädte, denen sowohl der Beitritt als auch der Austritt aus solchen Netzwerken freisteht. Zweitens handelt es sich in der Regel um polyzentrische, horizontale und nicht-hierarchische Netzwerke. Drittens bilden solche Netzwerke die Basis für die dezentralisierte Kooperation zwischen den Mitgliedsstädten. Untersucht werden vor allem transnationale Städtenetzwerke, die einen hohen Grad an Institutionalisierung und interner Ausdifferenzierung aufweisen. Von besonderer Bedeutung für das Projekt sind zudem Meta-Netzwerke. Ausgangspunkt der Analyse sind drei parallele Tendenzen: Erstens werden Aufgaben zunehmend auf bereits bestehende internationale und supranationale Institutionen übertragen. Daneben sind auf internationaler wie europäischer Ebene in den letzten Jahren zahlreiche neue Institutionen entstanden, zu denen auch

transnationale Städtenetzwerke zu rechnen sind. Zweitens zeichnet sich neben den damit verbundenen neuen Governance-Formen jenseits des Nationalstaates ein Bedeutungszuwachs der subnationalen Ebene (Regionen, Städte) ab. In den letzten Jahren kam es in vielen europäischen Staaten zur Dezentralisierung der Staatsorganisation und zum Ausbau der lokalen Handlungskapazitäten. Drittens werden Staatsaufgaben von staatlichen Institutionen auf NGOs und auf private Träger, aber auch auf transnationale Städtenetzwerke verlagert. Staatliche Autorität diffundiert somit in drei Richtungen: aufwärts hin zu transnationalen und supranationalen Organisationen, seitwärts hin zu NGOs und anderen nicht-staatlichen Organisationen und abwärts hin zu subnationalen Akteuren. Die Institutionalisierung der transnationalen Netzwerke von Städten und Gemeinden in Europa spiegelt die Entwicklung in alle drei Richtungen wider: Durch die Entstehung transnationaler Städtenetzwerke wandeln sich die institutionellen Arrangements auf europäischer und internationaler Ebene. Tangiert wird darüber hinaus die lokale Ebene, da durch die transnationale Vernetzung von Städten die lokale direkt mit der globalen Ebene verbunden wird ("glokale Governance"). Schließlich zeigen sich Veränderungsprozesse auf der nationalen Ebene, da die transnationalen Städtenetzwerke zunehmend mit staatlichen Institutionen im Rahmen von gemeinsamen Projekten kooperieren. Das Projekt erfolgt in Kooperation mit zahlreichen Kooperations- und Praxispartnern. *GEOGRAPHISCHER RAUM: Europa*

METHODE: 1. Governance und Performanz von transnationalen Städtenetzwerken: Transnationale Städtenetzwerke verfügen über eigene Ressourcen, haben in der Regel eine Geschäftsstelle mit eigenem Personal und Finanzmitteln, die Mitgliedschaft ist formalisiert, die Mitglieder fördern die Organisation durch ihre Beiträge, und schließlich können durch die Organisation Entscheidungen getroffen werden, die für alle Mitglieder verbindlich sind. Dabei stellt sich die Frage, welche funktionalen Äquivalente für das Sanktionspotenzial hierarchischer Organisationen entwickelt wurden. Zunehmend spielen Wettbewerbe und Benchmarking-Strategien für die Performanz der Netzwerke eine entscheidende Rolle. In vielen Städtenetzwerken zeichnet sich im Zeitverlauf eine Abfolge ab: Zunächst werden Datenbanken zu "best practice" aufgebaut, danach Qualitätswettbewerbe durchgeführt, und schließlich werden Indikatoren festgelegt, die den systematischen Vergleich der Performanz der Mitgliedstädte ermöglichen. 2. Konkurrenz und Kooperation zwischen transnationalen Städtenetzwerken: Transnationale Städtenetzwerke konkurrieren sowohl um Mitglieder als auch um Ressourcen. Die Dynamik der transnationalen Städtenetzwerke hängt von den Strategien ab, die von einer Organisation verfolgt werden, wobei man zwischen Wachstumsstrategien (möglichst viele Mitglieder) und Stabilisierungsstrategien (bestimmte Anzahl von Mitgliedern, die möglichst konstant gehalten werden soll) unterscheiden kann. Die Kooperation und die Koordination der Netzwerke erfolgen häufig über Meta-Netzwerke. So wird die European Sustainable Cities & Towns Campaign, der sich mittlerweile ca. 1.300 europäische Städte, Gemeinden und Regionen angeschlossen haben, derzeit von 10 europäischen und internationalen Städtenetzwerken getragen. Dieses Netzwerk stellt eine neue Form europäischer Netzwerk-Governance und eine Art "Dachverband" europäischer und internationaler Städtenetzwerke dar. 3. Nationalstaatliche Institutionen und transnationale Städtenetzwerke: Transnationale Städtenetzwerke überschreiten nationalstaatliche Grenzen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass nationale Faktoren völlig bedeutungslos werden. Vielmehr kommt es auch bei den transnationalen Städtenetzwerken auf die Verbindung nationaler und transnationaler Governance an. Hier können verschiedene Wege gewählt werden, z.B. die Einbindung bereits bestehender nationaler Städteverbände (International Council on Local Environmental Initiatives, ICLEI) oder die Schaffung nationaler Koordinationsstellen (Klima-Bündnis). In einigen Fällen (z.B. Allianz in den Alpen) kann festgestellt werden, dass durch selektive nationalstaatliche Programme,

die sich nur auf die Mitglieder eines bestimmten Städtenetzwerkes beziehen, das Wachstum dieses Netzwerkes beschleunigt wird. Der Nationalstaat trägt also zur Schaffung transnationaler Räume bei, die er selbst nur schwer zu kontrollieren vermag. 4. Europäische Governance und transnationale Städtenetzwerke: Gefragt wird schließlich nach den interdependenten Beziehungen zwischen Städtenetzwerken, Nationalstaaten und EU. Die bisherige Entwicklung macht deutlich, dass die Transnationalisierung der Stadtpolitik häufig durch die Europäische Union beeinflusst oder sogar initiiert wird. Unterstützend wirken hier die Initiativen der EU, die auf eine stärkere Dezentralisierung von Politik, die Integration der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse, aber auch auf die Verbesserung der direkten Beziehungen zu den Städtenetzwerken abzielen. Die Europäische Kommission beschränkt sich keineswegs darauf, bereits bestehende Strukturen für ihre Programme zu nutzen, sondern fungiert als Netzwerkbildnerin, die die Fäden zwischen den Knoten spinnt. Sie fördert die Kooperation der Netzwerke, insb. durch die Schaffung und die institutionelle Förderung von Meta-Netzwerken. Von Bedeutung ist zudem die in vielen Ländern festzustellende Tendenz, dass Aufgaben vom Nationalstaat auf die lokale und regionale Ebene verlagert werden.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Kern, Kristine; Löffelsend, Tina: Sustainable development in the Baltic sea region. Governance beyond the nation state, Local environment 9, 2004 (im Druck).+++Kern, Kristine: Vereint macht stark. Noch ist der Einfluss der Städte und Gemeinden im EU-System nicht groß. Aber kommunale Kooperationen über die Grenzen hinweg sind die Basis für Veränderungen. in: Pro Polis 21, Mai 2003, S. 11. Download: http://www.wz-berlin.de/zkd/ztn/pdf/kern_propolis03.pdf .+++Bulkeley, Harriet; Davies, Anna; Evans, Bob; Gibbs, David; Kern, Kristine; Theobald, Kate: Environmental governance and transnational municipal networks in Europe. in: Journal of Environmental Policy & Planning, 5, 2003, 3, pp. 235-254.+++Kern, Kristine: Diffusion nachhaltiger Politikmuster, transnationale Netzwerke und "glokale" Governance. in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme und Chancen - eine kritische Diskussion. Global zukunftsfähige Entwicklung - Perspektiven für Deutschland, Bd. 3. Berlin: Ed. Sigma 2002, S. 193-210. ISBN 3-89404-573-6.+++Kern, Kristine; Wegener, Alexander: Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgabenerfüllung: soziale und umweltpolitische Perspektiven im Zeichen des Wettbewerbs. Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 37. Berlin: Dt. Inst. für Urbanistik 2002. ISBN 3-88118-333-7.+++Kern, Kristine: Transnationale Städtenetzwerke in Europa. in: Schröter, Eckhard (Hrsg.): Empirische Policy- und Verwaltungsforschung: lokale, nationale und internationale Perspektiven. Opladen: Leske u. Budrich 2001. ISBN 3-8100-3031-7. **ARBEITSPAPIERE:** Kern, Kristine: Transnational city networking in Europe. Paper prepared for the Berlin conference on the human dimensions of global environmental change "Global environmental change and the nation state", Berlin, 7-8 December 2001.

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 2000-12 *ENDE*: 2005-09 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH FSP Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Abt. Zivilgesellschaft und transnationale Netzwerke (Reichpietschufer 50, 10785 Berlin)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 030-25491-282, Fax: -254, e-mail: kern@wz-berlin.de); Bearbeiter (Tel. 030-25491-297, Fax: -254, e-mail: niederhafner@wz-berlin.de)

[245-L] Nissen, Sylke:

Europäische Identität und die Zukunft Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 38, S. 21-29 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/50A1N5.pdf>)

INHALT: "Die öffentliche Unterstützung der EU gilt aus Sicht der politischen Akteure inzwischen als notwendige Voraussetzung für den zukünftigen Erfolg der europäischen Integration. Allerdings sind Zweifel angebracht, ob die Identifikation der Bevölkerung mit der EU als Basis für die Unterstützung ausreichend belastbar ist. Denn dafür wäre es notwendig, dass die Identifikation, mit Europa nicht nur ein verbales Bekenntnis der Bürgerinnen und Bürger zur EU darstellt, sondern auch die Bereitschaft beinhaltet, sich an den Kosten für das Projekt Europa zu beteiligen. Die Ergebnisse des Eurobarometers deuten nun daraufhin, dass das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für Europa von Kosten-Nutzen-Kalkülen beeinflusst wird. Je schwieriger es für politische Akteure wird, die Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu vermitteln, desto unsicherer wird die Basis für eine tragfähige europäische Identität." (Autorenreferat)

[246-L] Nollmann, Gerd:

Der Geist Europas: Europa als Zurechnungsidee ; (noch) nicht das richtige Thema für die Forschung, in: Soziologie : Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Jg. 33/2004, H. 3, S. 7-21 (Standort: UuStB (Köln)38-XG0236; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Europaforschung bemüht sich kaum, den Institutionenaufbau durch die Analyse sinnhaften menschlichen Verhaltens zu erklären. Der Beitrag nimmt demgegenüber an, dass es gerade die sinnhafte Selektivität kontextspezifischen menschlichen Verhaltens ist, die in der modernen Gesellschaft eine eigenständige Wirkung hat. Er erläutert auf einfache Weise die Selektivität menschlichen Verhaltens und strebt auf der Basis einer explorativen Sichtung einiger Dokumente zur Europapolitik die Formulierung von Hypothesen zum europäischen Institutionenaufbau an. Sowohl Konsens als auch Dissens werden in Europa wechselseitig und kontextspezifisch aneinander gesteigert. So können die feierliche Beschwörung der europäischen Idee auf EU-Gipfeln und die im Zeitablauf wachsende Kritik an den neuen Institutionen gleichzeitig dargestellt werden - allerdings mit jeweils unterschiedlicher kausaler Reichweite. Es wäre zu prüfen, ob die mit dem Aufbau Europas immer lauter werdende Kritik diesen nicht letztlich auch immer weniger behindert." (Autorenreferat)

[247-L] Peschutter, Gudrun; Reimers, Hans-Eggert; Schleicher, Michael (Hrsg.):

Osterweiterung der Europäischen Union, Stuttgart: Lucius u. Lucius 2004, 145 S., ISBN: 3-8282-0279-9 (Standort: UB Bonn(5)-2004-2221)

INHALT: "Mit den Konsequenzen der EU-Erweiterung für die europäische Geldpolitik beschäftigt sich zunächst Dieter Gerdesmeier, insbesondere mit den Schwierigkeiten, die die institutionelle Integration von bis zu zehn weiteren Ländern in den Euro-Währungsraum birgt. Die jüngste Überprüfung der geldpolitischen Strategie der EZB ist Gegenstand des Aufsatzes von Franz Seitz. Er empfiehlt der Zentralbank, sich bei ihren Entscheidungen von der Entwicklung der Geldmenge leiten zu lassen und auf die 'zweite Säule' ihrer Strategie, die breit angelegte Analyse ökonomischer Indikatoren, als eigenständiges Strategieelement zu verzichten.

Abgerundet wird dieser Themenbereich von Hans-Eggert Reimers mit einer Untersuchung der Geldnachfragefunktionen in den Beitrittsländern und deren Einfluss auf die Geldmengensteuerung in einer erweiterten Euro-Zone. Den zweiten Themenschwerpunkt bilden die regionalwirtschaftlichen Effekte der Erweiterung und die Reaktionsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik. Barbara Kurkowiak, Gudrun Peschutter und Silvia Stiller stellen theoretische Überlegungen hinsichtlich der Auswirkungen auf regionale Standortbedingungen dar, die sich ergeben können, wenn nationale Grenzen ihren Charakter als Hemmnisse der ökonomischen Beziehungen verlieren. Am Beispiel der deutsch-polnischen Grenzregionen werden diese Aussagen überprüft. Sonning Bredemeier erläutert den Stand der Integration in der bestehenden EU und die von der Osterweiterung zu erwartenden regionalwirtschaftlichen Entwicklungen, wobei er die Erfahrungen aus den zurückliegenden Erweiterungsrounds mit einbezieht. Im dritten Themenbereich rücken die Kandidatenländer in den Blickpunkt. Michael Schleicher gibt einen Überblick über die wichtigsten volkswirtschaftlichen Kennziffern der zehn Staaten, die im Frühjahr 2004 die Union auf 25 Mitglieder wachsen lassen werden. Leopold Maurer schildert den Prozess der Beitrittsverhandlungen, die sich über einen Zeitraum von fünf Jahren erstreckten, aus Sicht der Union. Schließlich erläutert Raivo Sulg den Annäherungs- und Verhandlungsprozess Estlands, für dessen strikt liberale Wirtschaftspolitik die Übernahme des 'gemeinschaftlichen Besitzstandes' der EU in einigen Bereichen einen Rückschritt zu mehr staatlicher Regulierung bedeutet. Gleichwohl war ein Verbleib außerhalb der EU für Estland wohl keine realistische Option." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Dieter Gerdemeier: Herausforderung der EU-Erweiterung für die Geldpolitik der EZB (1-18); Franz Seitz: Zur Strategie des Eurosystems: Warum eine (die monetäre) Säule reicht (19-32); Hans-Eggert Reimers: Einfache Schätzungen einer langfristigen Geldnachfragefunktion von EU-Beitrittskandidaten (33-52); Barbara Kurkowiak, Gudrun Peschutter, Silvia Stiller: Standortbedingungen in der deutsch-polnischen Grenzregion (53-86); Sonning Bredemeier: Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die regionale Wirtschaftspolitik (87-102); Michael Schleicher: Der Wirtschaftsraum der Beitrittsländer zur Europäischen Union (13-128); Leopold Maurer: Beitrittsverhandlungen mit den Kandidatenländern (129-136); Raivo Sulg: Estlands Weg in die EU (137-144).

[248-L] Quaisser, Wolfgang; Wegner, Manfred:

Welche Zukunft hat die EU?: Gefahren für die wirtschaftliche Integration Europas, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2004, H. 3, S. 117-144

(URL: http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/IPG/IPG3_2004/ARTQUAISSER-WEGNER.PDF)

INHALT: "Die europäische Einigung bleibt ein krisengeschütteltes Projekt mit ungewissem Ausgang. Die EU ist nicht hinreichend vorbereitet, um die mit der Erweiterung verbundenen Probleme zu bewältigen. Europa braucht nun eine Konsolidierungsphase, um ausstehende Reformen anzugehen und - hoffentlich - die neue Verfassung zu erproben." (Autorenreferat)

[249-F] Rosar, Ulrich, Dr. (Bearbeitung):

It's a long way to Europe... Die Unterstützung der europäischen Integration zwischen Nutzenmaximierung, supranationaler Identität und normativer Kraft des Faktischen. Eine Analyse für die Mitgliedsländer der EU 1952-2002

INHALT: keine Angaben *ZEITRAUM:* 1952-2002 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union
METHODE: Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe (internationaler Vergleich, Mehrebenenesign) *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Individualdaten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Herkunft der Daten: ZA, StBuA, Eurostat, Unesco). Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.
VERÖFFENTLICHUNGEN: Klein, Markus; Rosar, Ulrich: The Euro and the Europeans. Explaining support for the European common currency. in: planung & analyse - Zeitschrift für Marktforschung und Marketing, Special English, Ed. 2002, S. 21-25.
ART: Habilitation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Angewandte Sozialforschung -IfAS- (Greinstr. 2, 50939 Köln)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0221-470-2746, Fax: 0221-470-5169, e-mail: ROSAR@wiso.uni-koeln.de)

[250-F] Schäfer, Armin (Bearbeitung):

Das Management wirtschaftlicher Interdependenz: die "offene Methode der Koordinierung" im Vergleich

INHALT: Mit der europäischen Beschäftigungspolitik hat die Europäische Union in einem weiteren Politikfeld Einfluss auf die nationalstaatliche Politik gewonnen. Das Dissertationsprojekt untersucht, ob und inwieweit die hierbei angewandte "offene Methode der Koordinierung" sich von den Koordinationsmethoden internationaler Organisationen wie des IWF oder der OECD unterscheidet. Im Zentrum steht der doppelte Vergleich der offenen Koordinierung mit anderen wirtschaftspolitischen Koordinationsverfahren innerhalb der Europäischen Union sowie mit denen internationaler Organisationen. Das Projekt ist ein Beitrag zur theoretischen Diskussion in der Integrationsforschung und der Forschung über Politikentwicklung in der Europäischen Union. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union
METHODE: Die Doktorarbeit ist eine historisch vergleichende Studie, die der Frage nachgeht, weshalb die EU in der Wirtschaftspolitik (außer der Geldpolitik) auf dieselben Koordinierungsinstrumente zurückgreift wie andere internationale Organisationen. Um diese Frage zu beantworten, kombiniert die Arbeit longitudinale und zwei horizontale Vergleiche. Sie nutzt sowohl Mills Methoden der Übereinstimmung und Differenz als auch "within case"-Vergleiche. *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Stichprobe: ca. 30; Experteninterviews). Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Herkunft der Daten: Manfred G. Schmidt, Regierungszusammensetzung in den OECD-Staaten; Auswahlverfahren: alle EU-Länder, 1990 bis 2002).
ART: Dissertation *BEGINN:* 2001-05 *ENDE:* 2004-04 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe
INSTITUTION: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Paulstr. 3, 50676 Köln)
KONTAKT: Institution (Tel. 0221-2767-0, Fax: 0221-2767-430, e-mail: info@mpifg.de)

[251-L] Schäfer, Armin:

Beyond the community method: why the open method of coordination was introduced to EU Policy-making, in: European Integration online Papers, Vol. 8/2004, No. 13, 23 S.
 (URL: <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2004-013.pdf>)

INHALT: "Das Papier untersucht die Einführung der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) in der Europäischen Union. Dieses neue Politikinstrument ist in den letzten zehn Jahren als Alternative zur Gemeinschaftsmethode entstanden und hat in der wissenschaftlichen Literatur viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Allerdings wird der Zusammenhang seiner Einführung mit der Europäischen Währungsunion oft nur cursorisch bemerkt, ohne ihm ausführlich nachzugehen. Dieses Papier möchte im Gegensatz dazu genau auf diesen Zusammenhang aufmerksam machen, um auf zwei Arten zum Forschungsstand beizutragen: Ersten fügt der theoretische Teil drei Elemente zu Piersons historisch-institutionalistischer Analyse der Europäischen Integration hinzu. Zweitens soll mit Hilfe des modifizierten historisch-institutionalistischen Ansatzes eine Alternative zu funktionalistischen Erklärungen der OMK dargestellt werden. Dabei lautet das Argument, dass die Mitte-Rechts-Koalition in Maastricht Regeln für die Haushalts- und Geldpolitik verabschiedete, die nachfolgende Regierungen binden würden. Die sozialdemokratische Mehrheit in Amsterdam einigte sich hingegen auf weiche Regeln in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, um den eigenen Handlungsspielraum nicht unnötig einzuengen. Während die Inhalte des Amsterdamer Beschäftigungstitels durch die Währungsunion bestimmt wurden, schuldet es seine Form - die OMK - dem Unwillen sozialdemokratischer Regierungen, Befugnisse an die EU abzugeben." (Autorenreferat)

[252-L] Schimmelfennig, Frank:

Starke Anreize, ambivalente Wirkungen: die Europäisierung Mittel- und Osteuropas, in: Leviathan : Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 32/2004, H. 2, S. 250-268 (Standort: UuStB Köln(38)-XG01679; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Dank der starken Anreizfunktion des EU-Beitritts hat die 'Europäisierung' Mittel- und Osteuropas - der Transfer von EU-Vorschriften auf die Beitrittskandidaten - die autonome freiheitlich-demokratische Transformation dieser Länder seit Mitte der 1990er Jahre überlagert. Allerdings waren die Effekte der Europäisierung auf die Transformation ambivalent. Die EU hat tatsächlich einen signifikanten Beitrag zur demokratischen Konsolidierung der Region geleistet. Gleichzeitig hat der Beitrittsprozess jedoch den demokratischen Wettbewerb unterminiert, die Exekutive im Verhältnis zu Parlament und Gesellschaft gestärkt sowie technokratische Vorschriften und Organisationen des regulierenden Staates in die Beitrittsländer transferiert. Zudem bleibt die Implementation der EU-Regeln gegenwärtig hinter ihrer formalen Transposition zurück. (ICEÜbers)

[253-L] Schmidt, Susanne K.:

Das Projekt der europäischen Marktschaffung: die gegenseitige Anerkennung und der Binnenmarkt für Dienstleistungen, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Sonderheft, 2003, H. 34, S. 83-106 (Standort: UB Bonn(5)-Einzelsign; UuStB Köln(38)-FHM-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In diesem Aufsatz wird argumentiert, dass der aus der gegenseitigen Anerkennung logisch folgende Regulierungswettbewerb die politikwissenschaftliche Diskussion dazu verleitet hat, andere negative Folgen des Binnenmarktes zu übersehen. Dieses Argument bezieht sich auf den Dienstleistungsbereich, der einen Schwerpunkt des Binnenmarktprogramms bildete. Die juristische Konstruktion der Dienstleistungsfreiheit und die praktische Umsetzung der gegenseitigen Anerkennung für viele Dienstleistungen machen einen Regulierungswett-

bewerb sehr unwahrscheinlich. Nicht so sehr ökonomische Zwänge schränken die national noch existierenden Handlungsmöglichkeiten ein, sondern die rechtliche Unsicherheit darüber, welche Kompetenzen überhaupt auf nationaler Ebene verbleiben. Die Mitgliedstaaten reagieren auf Unsicherheit unterschiedlich, wie am Beispiel Deutschlands und Frankreichs gezeigt wird." (Autorenreferat)

[254-L] Schneider, Heinrich:

Die Zukunft der differenzierten Integration in der Perspektive des Verfassungsvertrags und der Erweiterung, in: Integration : Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Jg. 27/2004, H. 4, S. 259-273 (Standort: UuStB Köln(38)-XG7362; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Zukunftsbezogene Aussagen über die 'differenzierte Integration' - oder, wie man lange Zeit hindurch gesagt hat, über die 'Flexibilität' - im Rahmen der Europäischen Union sind schwierig, wenn man sie nur aus dem Text des Verfassungsvertrags ableiten soll. Dieser Text steht vorläufig nur auf dem Papier. Wie er die Verfassungswirklichkeit der Union prägen wird, vorausgesetzt der Vertrag wird ratifiziert und tritt in Kraft, das ist nicht präzise vorherzusagen. Was man bislang 'Flexibilität' nannte, könnte in einer Union mit 25 und mehr Mitgliedstaaten auf verschiedene Weise in Erscheinung treten: einerseits in Wahrnehmung von Möglichkeiten, die der Verfassungsvertrag selbst vorsieht, andererseits hingegen über die Vertragsbestimmungen hinweg, oder an ihnen vorbei, in Gestalt von faktischen Differenzierungen in der Deutung und der Implementierung der generellen rechtlichen Prinzipien und Normen. In Zukunft werden 'faktische' Differenzierungsphänomene eine weit größere Rolle spielen werden als bisher. Im Übrigen gibt es Gründe, auch die Aussicht auf eine besonders massive, qualitative Vertiefung durch die Wahrnehmung von Möglichkeiten engerer Integration im kleineren Kreis von Mitgliedstaaten in die Überlegung einzubeziehen, nämlich die eventuelle Aussicht auf eine Renaissance des Kerneuropa-Projekts." (Autorenreferat)

[255-L] Schymik, Carsten:

Nordische Sonderwege nach Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 47, S. 10-15 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/FMCMXZ.pdf>)

INHALT: "Der Beitrag gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Integration Nordeuropas in die Europäische Union. Ausgehend von der Frage, ob es einen Sonderweg des Nordens in Europa gibt, werden Grundzüge und Besonderheiten der Europapolitik von Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Island dargestellt. Im Ergebnis kristallisieren sich zwar verschiedene nationale Sonderwege heraus, aber auch ein gemeinsamer Nenner der nordisch-europäischen Beziehungen, der einerseits durch Akzeptanz des Europäischen Binnenmarkts und andererseits durch politisch motivierten Unionswiderstand gekennzeichnet ist." (Autorenreferat)

[256-L] Stenzel, Ursula:

Erweiterung - das Ende der Nachkriegsordnung, in: Europäische Rundschau : Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 31/2003, H. 2, S. 31-36 (Standort: UuStB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In ihrem Beitrag erörtert die Autorin die EU-Erweiterung, besiegelt durch die Unterzeichnung des entsprechenden Vertrages seitens der 15 EU-Mitgliedsländer und der zehn Beitrittskandidaten im April 2003. Die (zukünftige) Ausdehnung der EU wird als das Ende der Nachkriegsordnung in Europa im Kontext einer neuen Weltordnung beschrieben, deren Umrisse noch nicht eindeutig zu erkennen sind. In diesem Zusammenhang finden insbesondere die Abstimmungsergebnisse im Europäischen Parlament zu den Beitrittsländern Tschechische Republik, Polen und Zypern Berücksichtigung. Abschließend wird die zukünftige Rolle Europas auf weltpolitischer Ebene in Bezug auf die NATO und die transatlantischen Beziehungen zu den USA skizziert. (ICG2)

[257-L] Sturm, Roland:

Staatstätigkeit im europäischen Mehrebenensystem - Der Beitrag der Policy-Forschung zur Analyse von EU-governance-Prozessen, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Staatsentwicklung und Policyforschung : politikwissenschaftliche Analysen der Staatstätigkeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 117-132, ISBN: 3-8100-4034-7 (Standort: UB Bonn(5)-2004-5273)

INHALT: Die Policy-Forschung hat inzwischen einen weitgehend selbständigen Theoriebestand entwickelt, der in seiner ganzen Breite noch nicht auf die Staatstätigkeit der EU übertragen worden ist. Kennzeichnend für diesen Forschungsstand, der im vorliegenden Beitrag in seinen wesentlichen Aspekten dargestellt wird, ist der Mangel an Integration der einzelnen Ansätze. Neben der fehlenden Integration der Forschungsansätze als grundlegendem Defizit der traditionellen Policy-Forschung im Hinblick auf die Untersuchung europäischer Entscheidungsprozesse versucht der Autor folgende Fragen zu klären: Wie lässt sich politikfeldorientierte Steuerung im neuen politischen Raum theoretisch prägnanter fassen? Sind die im nationalen Rahmen entwickelten theoretischen Überlegungen der Policy-Forschung "europäisierbar", und inwieweit können einzelne Ansätze der Policy-Forschung zum Verständnis der Staatstätigkeit auf EU-Ebene beitragen? Der Autor sieht das Potential einer auf die Analyse der EU-Governance abstellenden Policy-Forschung weder in der Verknüpfung mit Macht- und Organisationsfragen, wie sie vor allem Integrationsforscher interessieren, noch in einem theoretischen "Großansatz", sondern in den noch nicht hinreichend genutzten Möglichkeiten zur Hypothesenbildung diverser theoretischer Designs. Solche je unterschiedlichen Ressourcen an Erklärungskraft werden für insgesamt acht Theorieansätze, nämlich Netzwerkanalyse, Advocacy Coalition, Policy Learning, Politikstilanalyse, Epistemic Communities, Neo-Institutionalismus, Nested Games und Multiple Streams, der Reihe nach aufgezeigt. Gerade in der vorhandenen Varietät der Ansätze der Policy-Forschung und ihrer weitgehenden Unverbundenheit sieht der Autor einen heuristischen Vorteil des Policy-Ansatzes. (ICA2)

[258-L] Taschowsky, Peter:

EU-enlargement and the social dimension of the European Union: the cases of Poland and Hungary, (ESH Working Paper, No. 6), Hannover 2004, 38 S. (Graue Literatur;
URL: <http://www.gps.uni-hannover.de/europe/workingpapers/taschowsky.pdf>)

INHALT: "Im Zuge des Beitrittsprozesses mussten die neuen EU-Mitglieder ihre Gesetzgebung auch auf dem Bereich der Sozialpolitik an den gemeinsamen Besitzstand ('acquis communautaire') anpassen. Bereits zuvor brachte die Transformation von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft weit reichende Änderungen mit sich. In der Arbeit wird der Beitrittsprozess mit besonderer Berücksichtigung der Sozialpolitik beschrieben. Des Weiteren wird auf die Wege der beiden neuen EU-Mitglieder Polen und Ungarn bei der Umstellung der Sozialpolitik im Transformationsprozess eingegangen und beide Ansätze verglichen. Besondere Berücksichtigung findet der so genannte Soziale Dialog, der eine Säule der Sozialpolitik auf europäischer Ebene darstellt. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Ländern werden herausgearbeitet." (Autorenreferat)

[259-L] Weinert, Günter:

Aspekte einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, (HWWA Discussion Paper), Hamburg 2004, 33 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040107475; Graue Literatur; URL: http://www.hwwa.de/Publikationen/Discussion_Paper/2004/300.pdf)

INHALT: "Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist in den vergangenen Jahren von einer zunehmenden Zahl von Ländern verletzt worden. Dies deutet auf Mängel in der Gestaltung bzw. in der Umsetzung des Pakts hin. Kritisiert wird insbesondere das zentrale Kriterium für eine nachhaltige Finanzpolitik, eine für alle Länder einheitliche Obergrenze von 3% für die gesamtstaatliche Defizitquote, nicht zuletzt wegen der damit verbundenen Asymmetrie. Zugleich wurden zahlreiche Alternativen vorgeschlagen: eine Orientierung der Finanzpolitik an den gesamtstaatlichen Schulden, am strukturellen Budgetsaldo, mit oder ohne besondere Berücksichtigung der öffentlichen Investitionen, sowie an einem für die mittlere Frist festgelegten linearen Pfad für die öffentlichen Ausgaben. Die Analyse zeigt, dass speziellen Vorteilen der einzelnen Konzepte jeweils auch Schwächen gegenüberstehen. Unter den Vorschlägen, die eine Umsetzung des Pakts besser gewährleisten sollen, wird die Schaffung eines unabhängigen Gremiums dargestellt." (Autorenreferat)

[260-L] Wessels, Wolfgang:

Die institutionelle Architektur der EU nach der Europäischen Verfassung: höhere Entscheidungsdynamik - neue Koalitionen?, in: Integration : Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Jg. 27/2004, H. 3, S. 161-175 (Standort: UuStB Köln(38)-XG7362; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In der Geschichte der 'Konstitutionalisierung' der europäischen Integration hat der Europäische Rat einen 'historischen Meilenstein' besonderer Art gesetzt: Die Staats- und Regierungschefs von erstmals 25 Unionsstaaten haben sich im Rahmen des Abschlussgipfels der Regierungskonferenz über einen 'Vertrag über eine Verfassung für Europa' (VVE) geeinigt. Das Dokument ist in vielfacher Sicht grundlegend für die weitere Entwicklung Europas; selbst wenn der VVE in den Ratifizierungsprozessen scheitern sollte, wird er die europapolitische Debatte intensiv und auch nachhaltig beeinflussen. Als eine weitere Welle jahrzehntelanger Diskurse zur Finalität der Integrationskonstruktion wird die Diskussion zu diesem Text zunächst durch traditionelle Kontroversen geprägt: Stärken die Regeln zur institutionellen Architektur eher eine intergouvernementale oder supranationale beziehungsweise föderale Ausrichtung der Union?" (Autorenreferat)

8 Interkulturelle Beziehungen, Migration, internationale Kommunikationsordnung

[261-L] Adlung, Philipp:

Graben nach der eigenen Identität: internationale Kooperation auf kulturellem Terrain, in: Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Jg. 53/2003, H. 2/3, S. 193-200 (Standort: UB Bonn(5)-Z60/70; UuStB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Kaliningrader Gebiet leben Russen heute in der dritten und bald vierten Generation. Von den Schwierigkeiten, in dieser in den Jahrhunderten zuvor von Polen, Deutschen und Balten gleichermaßen geistig und kulturell geprägten Gegend eine eigene Identität zu finden, handelt dieser Beitrag." (Autorenreferat)

[262-L] Albertin, Lothar; Asholt, Wolfgang; Baasner, Frank; Bock, Hans Manfred; Christadler, Marieluise; Kimmel, Adolf; Kolboom, Ingo; Picht, Robert; Uterwedde, Henrik (Hrsg.):

Frankreich-Jahrbuch 2003: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2004, 270 S., ISBN: 3-531-14266-6

INHALT: "Die enge wirtschaftliche und gesellschaftliche Vernetzung Deutschlands und Frankreichs ist zur selbstverständlichen Realität geworden. Angesichts der Dynamik der europäischen Integration werden die Kenntnis des Partnerlandes und der Austausch der Ideen wichtiger denn je. Das Frankreich Jahrbuch versteht sich dabei als Beitrag der Wissenschaft zu besserer Kenntnis der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktualität Frankreichs. Die gesellschaftliche Realität Frankreichs zu verstehen ist eine interdisziplinäre Aufgabe, zu der Politik-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften gleichermaßen beizutragen haben. Darüber hinaus geht es darum, angesichts der Europäisierung der Gesellschaften und Bildungseinrichtungen sowie der zunehmenden kulturellen Vielfalt in einer wachsenden Europäischen Union den nationalstaatlichen Blick auf Frankreich zu erweitern und zu ergänzen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Lothar Albertin: Frankreich zwischen Reformbedarf und Reformfähigkeit (9-38); Frank Baasner: Interkulturelle Kommunikation, deutsch-französisch: eine Einführung (41-48); Jacques Demorgon: Die Kompetenz interkulturellen Verstehens und Handelns - eine kritische Analyse (49-77); Christoph I. Barmeyer: Interkulturelle Kommunikation im deutsch-französischen Management: Entwicklungen, Methodik und Forschungsperspektiven (79-99); Michael Vierling: Aktuelle Verwaltungsmodernisierung in Frankreich und Deutschland: Zur Bedeutung der Verwaltungskulturen (101-117); Jean-Pierre Segal: Unternehmenskulturen in Deutschland und Frankreich: Globalisierung unter angelsächsischen Vorzeichen (119-136); Hans-Jürgen Lüsebrink: Kulturtransfer im wirtschaftlichen Bereich. Deutsch-französische Unterschiede und Spezifika im Kontext der Globalisierung (137-149); Gilbert Ziebur: Anfänge deutsch-französischer Begegnungen 1947-1951 (153-165); Sonja Schwarz: Französische Amerikapolitik nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 (167-180); Hans Manfred Bock: Eine anspruchsvolle, eine belastbare Freundschaft. Zum Briefwechsel zwischen Heinrich Mann und Felix Bertaux 1922 bis 1948 (183-189); Roland Höhne: Eine Mittlerorganisation im Wandel der Zeit: Das Deutsch-Französische Jugendwerk 1963-2003 (191-199); Joachim Schild: Höhen und Tiefen einer privilegierten Sonderbeziehung (201-203); Joachim Schild: Wegweiser in der Frankreich-Forschung: Ausgewählte Aufsätze Gilbert Zieburas (205-208).

[263-F] Boswell, Christina, Dr. (Bearbeitung):

Eine umfassende Strategie im Bezug auf gewaltsame Vertreibung. Integration der Flüchtlingsdimension in die EU-Außenpolitik

INHALT: Hintergrund und Ziele: Mit der in den letzten zwei Jahrzehnten größer werdenden Sorge unter der Bevölkerung im Bezug auf die Anzahl von Asylsuchenden in der EU, haben auch die europäischen Regierungen eine Reihe von Regelungen eingeführt, welche die Anzahl der Asylsuchenden oder die Kosten ihrer Aufnahme begrenzen sollen. Das offensichtliche Scheitern dieser restriktiven innenpolitischer Maßnahmen, hat Forderungen nach einer umfassenderen EU Strategie laut werden lassen, sich den Ursachen gewaltsamer Vertreibung zuzuwenden. Der Europäische Rat verlangte im Oktober 1999, die Anliegen der Generaldirektion für Justiz und Inneres (GJI) in alle Bereiche der EU-Außenpolitik aufzunehmen. Dies bedeutet, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die Entwicklungs- und humanitäre Hilfe durch eine Politik, welche gewaltsame Vertreibung verhindert oder Schutz in der Herkunftsregion bietet, auf das Ziel der Begrenzung der Zuwanderung auszurichten. Man könnte meinen, dass solches schon in einigen Bereichen der EU-Außenpolitik geschieht. Die Effektivität solcher allumfassender Ansätze und ihre Kompatibilität mit anderen Zielen der Außenpolitik ist jedoch bei weitem nicht klar, und zu dieser Frage wird kaum geforscht. Dieses Projekt hat sich als Ziel gesteckt, diese Forschungslücke zu schließen. Es wird eine kritische Beurteilung der EU-Außenpolitik auf dem Feld der Verhinderung und Eindämmung gewaltsamer Vertreibung bieten, sowie auch Empfehlungen für die Entwicklung wirkungsvollerer Strategien erstellen. Die Effektivität der allumfassenden Politik wird anhand zweier Merkmalen überprüft werden: Ihre Fähigkeit die Einwanderung zu vermindern (Ziel der GJI) und ihre Übereinstimmung mit anderen Vorsätzen der Außenpolitik (Ziel der GASP und humanitären Hilfe). Aufbau: Das Projekt wird sich in folgende Teile aufspalten: 1. Gewaltsame Vertreibung, internationaler Schutz und Asyl: Hintergrundanalyse zur gewaltsamen Vertreibung und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Auswirkungen auf die EU-Empfängerstaaten; 2. EU-Außenpolitik und gewaltsame Vertreibung: Übersicht von derzeitigen und vorgeschlagenen außenpolitischen Praktiken in Beziehung zu der Verhinderung und Eindämmung gewaltsamer Vertreibung; 3. Fallstudien: Kosovo, Maghreb und der Kaukasus: Untersuchung der Wirkung der umfassenden Ansätze der EU in drei (möglichen) Sendungsregionen.; 4. Schlußfolgerungen und Empfehlungen an die Politik: Möglichkeiten für eine weitere Einbeziehung der Anliegen der GJI in die Außenpolitik.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Boswell, Christina: Burden-sharing of asylum-seekers in the EU: lessons learned from UK and German experiences. in: Journal of refugee studies, 2003, 3, pp. 316-335 (special edition).+++Dies.: The external dimension of EU immigration and asylum policy. in: International affairs, 2003, 3, pp. 573-593. *ARBEITSPAPIERE:* Boswell, Christina: Burden-sharing in the new age of immigration. in: Migration information source. Washington: Migration Policy Institute 2003.+++Dies.: European migration policies in flux: changing patterns of inclusion and exclusion. Oxford 2003.+++Dies.: Poverty, international migration and asylum. UN-WIDER working paper. Helsinki 2003.+++Dies.: Wege zu liberaler Zuwanderungspolitik. in: HWWA-Info, 2003, 9, pp. 1-5.

ART: gefördert *BEGINN:* 2001-06 *ENDE:* 2003-06 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Europäische Kommission

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik -IFSH- an der Universität Hamburg Zentrum für OSZE-Forschung -CORE- (Falkenstein 1, 22587 Hamburg)

[264-L] Donner, Franziska:

Was ist "Fortschritt"?: ein interkultureller Nahrungsversuch, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 11/12, S. 40-46 (Standort: UuStB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.econdoc.de/_de/indexip.htm)

INHALT: Mit der internationalen Konferenzreihe "Der Begriff Fortschritt in unterschiedlichen Kulturen" schufen die GTZ und das Goethe-Institut 2004 erstmalig die Plattform für einen interkulturellen Dialog, in dem das jeweilige Verständnis von Forschung dargestellt und verglichen werden konnte. Die Auseinandersetzung mit den jeweiligen nationalen Fortschrittsbegriffen fand auf sechs Konferenzen statt: in Alexandria, La Paz, Kalkutta, Kaliningrad, Windhoek und Görlitz. Gerade für nachhaltige Entwicklung, den Leitbegriff für die Arbeit der GTZ, ist ein Verständnis für die Vielschichtigkeit und kulturelle Diversität von Begriffen und Wertvorstellungen, wie sie auf diesen Konferenzen sichtbar wurden, nach Ansicht der Verfasserin von zentraler Bedeutung. (ICE2)

[265-F] Eigmller, Monika (Bearbeitung):

Grenzsicherungspolitik. Migrationspolitik zwischen europapolitischer Steuerungsabsicht und nationalen Interessen. Eine Untersuchung am Beispiel der Arbeitsmarkt- und Migrationspolitik Spaniens

INHALT: Das Abkommen von Schengen über den schrittweien Abbau der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen hat die Bedeutung der EU-Außengrenzen deutlich wachsen lassen. Die bisherigen Bemühungen der EU, die Außengrenzen zu sichern und den wachsenden Migrationsströmen zu begegnen, gehen in zwei Richtungen: Zum einen wird der Ausbau der 'Festung Europa' vorangetrieben, zum anderen werden entwicklungspolitische Instrumentarien eingesetzt, um durch wirtschaftliche Hilfe in der Peripherie Migrationsströme im Kern einzudämmen. Beide Strategien zielen letztlich auf eine Verhinderung von Migration. Dem stehen jedoch die nicht abreienden Migrationsströme und insbesondere die Zunahme illegaler Migration entgegen. Das Projekt befasst sich mit dieser Diskrepanz zwischen Ziel- und Ergebnisebene in der europäischen "Migrationsverhinderungspolitik" und geht dabei von der These aus, dass eine wesentliche (und bislang unbeachtete) Variable für Migration die innerhalb der EU bestehende Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften ist. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union, insb. Spanien

ART: Dissertation *BEGINN:* 2002-10 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Leipzig, Fak. für Sozialwissenschaften und Philosophie, Institut für Politikwissenschaft (Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig)

KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: eigmuell@rz.uni-leipzig.de)

[266-L] Gerhards, Jürgen:

Europäische Werte: passt die Türkei kulturell zur EU?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 38, S. 14-20 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/50A1N5.pdf>)

INHALT: "In einem ersten Schritt werden die für die Europäische Union konstitutiven Werte durch die Bezugnahme auf das Primärrecht der EU und den Verfassungsentwurf bestimmt. In einem zweiten Schritt wird auf der Basis der Ergebnisse einer Werteumfrage aus fast allen europäischen Ländern und der Türkei geprüft, ob die im Recht fixierten Werte der EU von den Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden und ob es zwischen den EU-Ländern, den Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien und der Türkei signifikante Unterschiede gibt. Die Analysen zeigen, dass die von der EU als wichtig erachteten Werte von den Bürgerinnen und Bürgern der alten und neuen Mitgliedsländer akzeptiert werden; sie erhalten eine geringere Unterstützung von den Menschen der beiden Länder der nächsten Beitrittsrunde. Vor allem aber zeigt sich, dass die Türkei in vielen Wertebereichen von den Wunschvorstellungen der EU deutlich abweicht." (Autorenreferat)

[267-L] Kraus, Peter A.:

Europäische Öffentlichkeit und Sprachpolitik: Integration durch Anerkennung. (Theorie und Gesellschaft, Bd. 53), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2004, 232 S., ISBN: 3-593-37491-9 (Standort: UB Bonn(5)-2004-4100)

INHALT: Die vorliegende Untersuchung unternimmt den Versuch, zentrale normative Fragen zum Zusammenhang von demokratischer Integration, kultureller Vielfalt und Sprachpolitik im Lichte des aktuellen Fallbeispiels EU aufzuhellen. Einleitend werden Grundlinien des europäischen Integrationsprozesses und Grundpositionen im Vorfeld des verfassungsgebenden Prozesses der EU skizziert. Vor diesem Hintergrund wird die Problematik der europäischen Identität angesichts der Vielvölkerkonstellation der EU behandelt. Ein Überblick über die sprachpolitischen Entwicklungspfade westeuropäischer Demokratien macht sodann die Implikationen gesellschaftlicher Vielsprachigkeit sichtbar. In diesem Zusammenhang geht der Verfasser auch auf politische Initiativen zur Verankerung der Achtung sprachlicher Identitäten in einem Katalog europäischer Bürgerrechte ein. Im Folgenden diskutiert der Verfasser das interne Sprachenregime des Institutionengefüges der EU mit seinen Problemen. Er arbeitet die wesentlichen Verbindungslinien zwischen der Sprachenfrage und der Problematik der Entstehung einer europäischen politischen Öffentlichkeit heraus und formuliert einen Vorschlag zur Regelung der Sprachenfrage im transnationalen öffentlichen Kommunikationsraum der EU. Abschließend werden die Ergebnisse der Untersuchung in Beziehung zu den eingangs formulierten Herausforderungen europäischer Verfassungspolitik gesetzt. (ICE2)

[268-L] Roscher, Klaus:

Ideen, Weltbilder, Normen und Handlungsrepertoires: Die kulturelle Wende in den Internationalen Beziehungen, in: Birgit Schwelling (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft : Theorien, Methoden, Problemstellungen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 231-252, ISBN: 3-8100-3996-9 (Standort: UB Bonn(5)-2004-5132)

INHALT: Der Autor gibt einen Überblick über die derzeitige Verwendung von Kultur-Konzepten und kulturwissenschaftlich beeinflussten Begrifflichkeiten in der deutschsprachigen Disziplin Internationale Beziehungen. Dabei wird insbesondere die Zielstellung des vorliegenden Sammelbandes beachtet, die Kommunikation über traditionelle (teil-)disziplinäre Grenzen hinweg zu befördern. Das Hauptaugenmerk liegt in einer Verortung von in den Internationalen Beziehungen gebräuchlichen Begriffen von Kultur im Umfeld von Konzepten, die zur

selben Zeit die Konjunktur des "cultural turn" begleiten. Ausgehend von der handlungstheoretischen Debatte zwischen rationalistischen und konstruktivistischen Ansätzen, die zu einem großen Teil für die neue Welle "kulturalistischer" Erklärungsansätze in der Teildisziplin verantwortlich ist, werden zunächst Ideen und Weltbilder diskutiert. Unter dem Begriff der Normen werden ferner einige maßgebliche neuere Arbeiten der deutschsprachigen Internationalen Beziehungen vorgestellt. Daran anschließend betrachtet der Beitrag die Einflüsse des Soziologischen Institutionalismus auf das in der Teildisziplin dominante Kulturverständnis, und zwar einerseits hinsichtlich des Forschungsgegenstandes der Weltkultur oder "Weltgesellschaft" sowie andererseits bezüglich der daraus abgeleiteten Annahmen über die Rolle von Kultur als Handlungsrepertoire und den Wirkungsmechanismus der Angemessenheitslogik. Auf dieser Grundlage werden abschließend einige zusammenfassende Eindrücke über den "cultural turn" in den Internationalen Beziehungen skizziert. (ICI2)

[269-F] Vondrasek, Karel, Dr. (Bearbeitung):

Normalisierung nach der Normalisierung. Über die tschechisch-russischen kulturellen Beziehungen nach 1989

INHALT: Die sog. Normalisierungsperiode (1969-1989) war durch eine starke Reglementierung der tschechischen Kultur geprägt. Die verbindlichen Vorgaben der tschechoslowakischen Politik bezogen sich zunächst auch auf die immense Präsentation der sowjetischen Kunst und Kultur sowie auf die mechanische Umsetzung der Grundprinzipien der sowjetischen Kulturpolitik. Erst mit dem Beginn der Perestrojka hat sich die Situation grundsätzlich geändert: Die tschechischen Kulturschaffenden haben plötzlich - gegen den Willen der politischen Führung - ein enormes Interesse an der Präsentation der sowjetischen Kultur gezeigt und damit eine ähnliche Disproportion der kulturellen Strukturen geschaffen. Ziel der Untersuchung ist es, die Beziehung der tschechischen Kultur zu der russischen nach 1989 nicht nur zu beschreiben, zu charakterisieren und zu quantifizieren, sondern auch die bestehenden tschechischen kulturellen Strukturen nach alten und neuen Einflüssen der russischen (bzw. sowjetischen) Kultur zu erforschen. Sind die Prinzipien, die während der Normalisierung die traditionell gute Beziehung zwischen der tschechischen und der russischen Kultur erheblich geschädigt haben, überwunden, sind sie immer noch aktuell oder sogar aktualisiert? Die zentrale Fragestellung betrifft vor allem die Beziehungsproblematik der beiden Kulturen, die bleibenden (positiven und negativen) Einflüsse, den neuen wechselseitigen Austausch von Inspirationen und den Stellenwert der russischen Kultur innerhalb der gegenwärtigen tschechischen Strukturen.
ZEITRAUM: nach 1989 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Tschechien, Russland

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Universität Bochum, Fak. für Philologie, Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur (44780 Bochum)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: Karel.Vondrasek@gmx.de)

[270-L] Weiss, Christina:

Europa als kultureller Raum: kulturpolitische Perspektiven der EU-Osterweiterung, in: Osteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Jg. 53/2003, H. 11, S. 1595-1604 (Standort: UB Bonn(5)-Z60/70; UuStB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Beim vorliegenden Text handelt es sich um eine Grundsatzrede der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zu den kulturpolitischen Herausforderungen der EU-Osterweiterung aus dem September 2003. Die Verfasserin erinnert an den gemeinsamen kulturellen Raum Europa, der durch den Zweiten Weltkrieg und die Teilung Europas vernichtet wurde. Sie fordert vor diesem Hintergrund angesichts der Osterweiterung der EU, des "kühnen Projekts der europäischen Einheit", eine "Osterweiterung des europäischen Bewusstseins". Die Verfasserin plädiert für ein anderes Marketing der europäischen Idee und formuliert abschließend sieben Vorschläge für eine "gelebte kulturelle Solidarität mit den künftigen EU-Mitgliedern". (ICE)

9 Gewalt in der Gesellschaft, politische Konflikte, zivile Konfliktbearbeitung

[271-L] Albrecht, Günter:

Sinn und Unsinn der Prognose von Gewaltkriminalität, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): *Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 475-524, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: Der Beitrag geht zunächst davon aus, dass Kriminalprognosen trotz großer Bemühungen bisher nur bescheidene Leistungen erbracht haben und dass die Kriminalpolitiker und die Praktiker in der Justiz meist Erwartungen an die Leistungen von Prognosen haben, die unrealistisch sind. Das gilt in besonderem Maße für die im Zentrum des Beitrags stehende Gewaltprognose. Die Ausführungen zu diesem Thema zeigen, dass die Dynamik der "kriminellen Karriere" nicht nur aus den persönlichen und sozialen Hintergrundfaktoren oder aus den Handlungen der Probanden selbst resultiert, sondern nicht zuletzt auch Ausdruck der gesellschaftlichen Reaktionen auf das abweichende Verhalten ist. Diese Reaktionen, insbesondere die des Kriminaljustizsystems, sind wiederum nicht völlig unabhängig von der Biographie des Probanden, aber sie hängen auch von Zufällen und Entscheidungen der Instanzen der sozialen Kontrolle ab, die sich aus unkalkulierbaren Quellen speisen. Dabei ist zu beachten, dass sich das Sanktionsverhalten oft in einem Aufschaukelungsprozess zu Sanktionen versteigt, die den Rückfall erhöhen; eine Eigendynamik, die insbesondere dann fatal ist, wenn die Einstiegssanktion schon scharf ausfällt. Dass die Studien zu kriminellen Karrieren auch 40 Jahre nach dem Aufkommen labeling-theoretischer Argumente die für den Karriereverlauf relevanten Determinanten fast nur in der Person und dem unmittelbaren sozialen Umfeld der Täter, nicht aber auch bei den informellen und formellen gesellschaftlichen Reaktionen suchen, ist für den Autor insgesamt "skandalös wie fatal". (ICA2)

[272-L] Bielefeld, Ulrich:

Gewalt, Nachbarschaft und Staat: eine Soziologie lokaler Gewalt, in: *Mittelweg 36 : Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung*, Jg. 13/2004, H. 5, S. 5-22 (Standort: UuStB Köln(38)-FHM XG7349; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Nachbarschaften sind in keiner Weise idyllische Nischen friedlichen Zusammenlebens. Im Gegenteil: Konflikte und Konfliktbewältigung sind ein wichtiges Element des alltäglichen

Lebens in Nachbarschaften. Zu diesen Konflikten gehören Gruppenkonflikte, wie diese auch definiert sein mögen - nach Generationszugehörigkeit oder Geschlecht, als religiöse, soziale oder ethnische Gruppen, als Alteingesessene oder neu Hinzugezogene. Streitigkeiten können unter gewissen Voraussetzungen schnell zu Gewalt führen. Damit gewaltsame Konflikte länger andauern, fehlt es aber noch an einer Bedingung: die Konflikte müssen gesellschaftlich institutionalisiert werden. Wenn dies eintritt, sind jene Gruppen besonders gefährdet, die nicht länger als nachbarschaftliche Konfliktpartner betrachtet werden. (ICEÜbers)

[273-L] Dörr, Oliver:

Gewalt und Gewaltverbot im modernen Völkerrecht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2004, B 43, S. 14-20 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/78TS50.pdf>)

INHALT: "Das völkerrechtliche Gewaltverbot hat als Grundnorm der gegenwärtigen internationalen Ordnung auch die Herausforderungen durch den Irakkrieg 2003 bestanden. Die Norm, die jede militärische Gewalt zwischen den Staaten verbietet, gilt weiterhin als zwingendes Völkerrecht. Sie lässt allerdings einige wenige Ausnahmen zu, zu denen insbesondere das Selbstverteidigungsrecht gehört. Dessen Verständnis hat sich unter dem Eindruck der Bedrohung durch internationalen Terrorismus und moderne Massenvernichtungswaffen allerdings nicht unwesentlich verändert. Im Zusammenhang mit dem zweiten Grundwert des modernen Völkerrechts, den Menschenrechten, entsteht die Frage, ob diese auch mit Gewalt geschützt werden dürfen (humanitäre Intervention). Schließlich wird die Gewalt in den internationalen Beziehungen entscheidend geprägt von dem zu ihrer Monopolisierung eingerichteten Sanktionsmechanismus der UN-Charta. Dieser wurde durch den UN-Sicherheitsrat in den letzten Jahren sehr flexibel gehandhabt und hat sich dadurch vom Bild der 1945 abgeschlossenen UN-Charta deutlich entfernt." (Autorenreferat)

[274-L] Eckert, Roland; Willems, Helmut:

Gewaltforschung und Politikberatung: Die Kommissionen, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 525-544, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: Eine Fülle von Kommissionen in den USA, Großbritannien, der Bundesrepublik, Frankreich, der Schweiz, in Neuseeland und in Schweden gingen in den 1980er Jahren der Frage nach, was die Ursachen von Unruhe und Gewalt seien, wie die angemessene staatliche Reaktion aussehen solle und wie der innere Frieden wiederhergestellt werden könne. Der vorliegende evaluierende Beitrag versucht, folgende Fragen zu beantworten: (1) Welche Bedeutung haben Kommissionen für die Meinungsbildung innerhalb der politischen Institutionen und die Entwicklung politischer Maßnahmen? (2) Wie ist die Bedeutung der sozialwissenschaftlichen Beratung in der Kommissionsarbeit einzuschätzen? (3) Wie können Kommissionen die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen? (4) Welche Bedeutung haben Kommissionsberichte als politische Machtquelle? Dabei geht es dem Autor auch um die generelle Frage, inwieweit wissenschaftliche Politikberatung überhaupt als Mittel zur Erhöhung der Problemlösungskapazität des politischen Systems verstanden werden kann. Die systemtheoretisch orientierten Ausführungen zeigen, dass die Erwartungen hinsichtlich der Einwirkungsmöglichkeiten von Wissenschaft auf Politik reduziert werden müssen. Politikberatung kann die Ent-

scheidungslage von politischen Akteuren verändern, indem sie zusätzliche Gesichtspunkte zu bedenken gibt. Sie kann jedoch nicht die Entscheidung selbst bestimmen. Insgesamt ist aus der Sicht der Demokratietheorie eine solche "Expertokratie" auch höchst problematisch. (ICA2)

[275-L] Endreß, Martin:

Entgrenzung des Menschlichen: zur Transformation der Strukturen menschlichen Weltbezuges durch Gewalt, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 174-201, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: Der Beitrag fragt nach der Fruchtbarkeit der theoretischen Auseinandersetzung zwischen den "Mainstreamern" und "Innovateuren" in der gegenwärtigen Debatte der sozialwissenschaftlichen Gewaltforschung. Ihm wird nicht im Sinne eines strikten Theorievergleichs nachgegangen, sondern es wird die für den analytischen Zuschnitt der Gewaltanalysen der sogenannten "Innovateure" paradigmatische Studie von Wolfgang Sofsky über die Typik des Terrors in den Konzentrationslagern mit deren eigenem Programm einer phänomenologisch-anthropologischen Grundlegung der Gewaltanalyse konfrontiert. Der vorliegende Versuch des Autors, eine Strukturanalyse der Lebenswelt im Rahmen der phänomenologisch fundierten Soziologie als grundlagentheoretische Rahmung der soziologischen Gewaltforschung anhand der Diskussion eines paradigmatischen Vergleichs einzuführen, plädiert für einen strukturtheoretisch argumentierenden Zugriff als Kern soziologischer Gewaltforschung, der die Konstitutionsbedingungen von Sozialität und Identität systematisch in den Blick nimmt. Die Argumentation nötigt dabei zu einer erheblichen Einschränkung der von Sofsky auf dieser konzeptionellen Grundlage für die Analyse der Gewalttypik in den nationalsozialistischen Lagern formulierten Urteile. Die Kritik führt im Kern zu einer Absage an dessen These, dass diese Form der Macht zu einer Vernichtung der universalen Strukturen menschlichen Weltbezuges führe. Sofskys Studie leidet somit unter einem Kategorienfehler: Formalanthropologische Grund- und universale Lebensweltstrukturen werden mit der Ebene historischer Typik kurzgeschlossen. Auf diese Weise droht der mittels der phänomenologisch-anthropologischen Analyseperspektive zu erzielende Erkenntnisgewinn wieder verschenkt zu werden. (ICA2)

[276-L] Euler, Harald A.:

Die Beitragsfähigkeit der evolutionären Psychologie zur Erklärung von Gewalt, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 411-435, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: Die Frage nach evolutionären Entstehungsbedingungen und nach der Natur des Menschen wird in sozialwissenschaftlichen Ansätzen zumeist ignoriert oder abgelehnt. Diese Ausblendung führt - so die These des Beitrags - zu einem einseitigen, überholten und revisionsbedürftigen Menschenbild und zu erheblichen blinden Flecken im theoretischen Gesichtsfeld, die so in evolutionär orientierten Ansätzen, etwa in der Anthropologie oder der Psychologie, nicht anzutreffen sind. In den Sozialwissenschaften werden Fragen nach biologischen Ursachen bestenfalls marginalisiert, im ungünstigen Fall tabuisiert. In den biologischen Disziplinen ist das anders. Selbst hard-core-Biologen leugnen nicht die Bedeutung gesellschaftli-

cher Bedingungen für die Verursachung von Aggression. Vielsagend ist hier schon die Häufigkeit bestimmter abwertender Adjektive: "biologistisch" und "evolutionistisch" werden im sozialwissenschaftlichen Diskurs häufig verwendet, "soziologistisch" hingegen im verhaltens-theoretischen Diskurs kaum. Insgesamt versucht der Autor darzulegen, welchen Beitrag die evolutionäre Psychologie zu einem umfassenderen Verständnis von Aggression und Gewalt leisten kann. Der Beitragsnutzen der Evolutionstheorie ist vor allem heuristischer, metatheoretischer und kolligativer Art. Die Evolutionstheorie kann Theorien und Befunde aus unterschiedlichen Disziplinen verbinden, und sie kann Sinn stiften, der sich eröffnet, wenn der Zweck einer Konstruktion bekannt wird. Wie jede andere Theorie über Mensch und Gesellschaft kann auch sie missbraucht werden, wenn sie verkürzt und zum Zwecke des Machterhaltes auf die politische Agenda gelangt. (ICA2)

[277-L] Geißler, Peter (Hrsg.):

Mediation - Theorie und Praxis: neue Beiträge zur Konfliktregelung, (Edition Psychosozial), Gießen: Psychosozial-Verl. 2004, 326 S., ISBN: 3-89806-272-4 (Standort: LB Oldenburg(45)-Psy500044113)

INHALT: "Spannung, Widerspruch und Konflikt scheinen elementare Lebensprozesse zu sein: (...). Es gibt Konflikte in Zusammenhang mit Meinungen, mit Einstellungen, mit Überzeugungen, mit religiösen Glaubenssystemen; es gibt Konflikte zwischen unterschiedlichen Wünschen und Ansprüchen, es gibt Erwartungskonflikte, es gibt Rollenkonflikte und vieles mehr. Der Mensch ist also nicht nur harmoniebedürftig, er ist ganz wesentlich ein konfliktthafes Wesen.' Ausgehend von dieser These thematisieren erfahrene Mediatoren aktuelle Entwicklungen der Mediation als Lösungsmodell sowohl innergesellschaftlicher Konflikte (wie die Flughafen-Mediation in Wien), als auch inter-nationaler, interkultureller Konfliktfelder und sie wagen einen bereichernden Blick über den Tellerrand der Mediationspraxis hinaus in angrenzende Bereiche wie die Körpertherapie, die Psychoanalyse und den Sport." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Peter Geißler: Prolog (7-18); Georg Engeli: Ich, Feind meines Feindes. Mr. Fivehair im Friedenslabyrinth (19-68); Vamik Volkan: Das Baum-Modell (69-96); Benedikta Gräfin v. Deym-Soden: (Inter)kulturelle Mediation (97-166); Irene Amann: Konfliktmanagement in einer Hauptschule (167-172); Kuno Schneider: 'Peers bauen auf!' Schulmediation an Wiener Gymnasien (173-202); Gerhart C. Fürst: Mediationsverfahren Flughafen Wien - Experiment und Meilenstein (203-214); Thomas Flucher: Konfliktlösung mit 14 Parteien - Mediationsverfahren Gasteinertal (215-238); Toni Innauer: Sport und Mediation (ein Interview) (239-266); Peter Geißler: Praktisches Beispiel einer Konfliktregelung in einer Bankfiliale (267-274); Peter Geißler: Wie viel Körper braucht der Mensch? (275-286); Peter Geißler: Epilog (287-290); Brigitte Boothe: Das Leben des Sohnes in väterlicher Hand (293-324).

[278-L] Gerstendörfer, Monika:

Gewalt gegen Frauen als politisches und militärisches Kalkül: der rote Faden zwischen Krieg und Frieden, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 27/2004, H. 65, S. 17-29 (Standort: UB Bonn(5)-Z85/72; UuStB Köln(38)-XG5490; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Männergewalt gegen Frauen hat eine lange Historie und viele Gesichter. Seit Jahrtausenden wird sie systematisch ausgeübt; an allen möglichen Orten und zu allen Zeiten: im Krieg, im Frieden und in besetzten Gebieten. Aus welchem Grund auch immer Kriege geführt wurden oder werden - die Gewalt gegen Frauen ist stets präsent, so dass danach gefragt werden muss, welche jeweilige Funktion die Frauen(körper) haben und welche patriarchalen Verhältnisse dahinter stehen. Die Autorin problematisiert die Rolle von Frauen als Kalkül für "demographische Endlösungen" und als militärisches Kalkül, wozu sie auf die Funktionalisierungen von Frauen während des Zweiten Weltkrieges, insbesondere auf die Massenvergewaltigungen Berliner Frauen in den letzten Kriegs- und den ersten Nachkriegswochen, sowie auf die Massenvergewaltigungen und den "Femizid" während des Jugoslawien-Krieges eingeht. Der Krieg zeigt ihrer Meinung nach mit radikaler Deutlichkeit, wohin frauen- und lebensfeindliche Bewusstseinsprägungen in handelnder Konsequenz wirklich führen. Dies ist der rote Faden, der systematisch ausgeübte Gewalt gegen Frauen im Krieg wie im Frieden miteinander verbindet. (ICI2)

[279-L] Heitmeyer, Wilhelm:

Kontrollverluste: zur Zukunft der Gewalt, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): **Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme**, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 86-101, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: Die Vorstellung von einer gewaltfreien Gesellschaft war und ist - so die These des vorliegenden Beitrags - auch für die Moderne nie realistisch gewesen. Zugleich wurden und werden die Hoffnungen und Anstrengungen nicht aufgegeben, wenigstens eine "Einhegung" der allerorten versammelten Gewaltpotentiale durch vielerlei Maßnahmen, seien dies Sozialisations- und Verteilungsprozesse, also durch Normbildungen und Gerechtigkeitserfahrungen, oder durch staatliches Gewaltmonopol zur Sanktionierung von Normenverletzungen, oder durch internationale Zusammenschlüsse und Vertragsregelungen, also internationales Recht, zu erreichen. Diese Vorhaben werden in der modernen technischen Welt durch die Selbstbeschreibung umfassender Kontrollierbarkeit durch Rationalität und Technik genährt. Je höher diese Ansprüche und deren Moralstandards sind, desto geringer werden die Kommunikationschancen für friedliche Konfliktregelungen. Der Beitrag zeigt, wie zukünftige Gefahren mit einer Aufrüstung von Sicherheitsapparaten verbunden werden. Dieser Versuch, die Kontrollverluste auszugleichen bzw. die Kontrollgewalt wieder zu erreichen, ist - so die These - nicht erfolgversprechend. Der Grund ist ein Sicherheitsparadox. Dieses besagt, dass mit dem Aufbau von neuen Sicherheitsagenturen immer mehr Sicherheitslücken entdeckt werden. Sie eröffnen neue Möglichkeiten der Gewalt, auf die wiederum staatliche und internationale Gewaltkontrolleure teils mit Repression, teils mit neuen Sicherheitsapparaturen reagieren. Daraus kann aufgrund des Sicherheitsparadoxes der Effekt folgen, dass nicht mehr Sicherheit entsteht, sondern Freiheit verringert und Eskalation befördert wird. (ICA2)

[280-L] Heitmeyer, Wilhelm; Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.):

Gewalt: Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, (Kultur und Konflikt), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004, 545 S., ISBN: 3-518-12246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: "Die sozialwissenschaftliche Gewaltforschung steht vor einer Reihe gravierender Herausforderungen. So hat sie immer noch zu kämpfen mit einer angemessenen und fundierten

grundsätzlichen Analyse des Verhältnisses von Modernität und Barbarei. Hinzu kommen neue irritierende Gewaltentwicklungen, die auch die Frage aufwerfen, ob die Gewaltforschung nahe genug an die Phänomene heranrückt und dazu die richtigen Vorgehensweisen wählt. Eingefahrene Erklärungsmuster, so u. a. zur langfristigen Entwicklung von Gewaltkriminalität, zu Makroverbrechen, zu neuen Kriegen, zur Deutungsrelevanz sozialwissenschaftlicher Forschung im Vergleich mit Erkenntnissen der Evolutionsgeschichte des Menschen und zur eigenen Prognosefähigkeit, gehören auf den Prüfstand. Angesichts neuer Gewaltentwicklungen wie den Anschlägen des 11. September, 'kleinen Kriegen' oder Amokläufen von Jugendlichen stellt sich die Frage, ob die Gewaltforschung auf die Zukunft der Gewalt im 21. Jahrhundert vorbereitet ist. Die Beiträge dieses Bandes analysieren aus unterschiedlicher disziplinärer Perspektive die verschiedenen Gewaltphänomene, ohne sich von falschen und vorschnellen Verallgemeinerungen leiten zu lassen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner: Einleitung: Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme (11-17); Gertrud Nunner-Winkler: Überlegungen zum Gewaltbegriff (21-61); Hans-Georg Soeffner: Gewalt als Faszinosum (62-85); Wilhelm Heitmeyer: Kontrollverluste. Zur Zukunft der Gewalt (86-103); Jörg Hüttermann: 'Dichte Beschreibung' oder Ursachenforschung der Gewalt? Anmerkungen zu einer falschen Alternative im Lichte der Problematik funktionaler Erklärungen (107-124); Peter Imbusch: 'Mainstream' versus 'Innovateure' der Gewaltforschung: Eine kuriose Debatte (125-148); Markus Schroer: Gewalt ohne Gesicht. Zur Notwendigkeit einer umfassenden Gewaltanalyse (151-173); Martin Endreß: Entgrenzung des Menschlichen. Zur Transformation der Strukturen menschlichen Weltbezuges durch Gewalt (174-201); Albert Scherr: Körperlichkeit, Gewalt und soziale Ausgrenzung in der 'postindustriellen Wissensgesellschaft' (202-223); Ekkart Zimmermann: Zur Bedeutsamkeit politischer Gewalt und ihrer Erklärungsfaktoren (227-245); Peter Waldmann: Zur Asymmetrie von Gewaltdynamik und Friedensdynamik am Beispiel von Bürgerkriegen und bürgerkriegsähnlichen Konflikten (246-265); Susanne Karstedt: Typen der Sozialintegration und Gewalt: Kollektivismus, Individualismus und Sozialkapital (269-292); Rainer Strobl, Wolfgang Kühnel: Stimmt die These vom Zusammenhang zwischen kollektivistischen Werten und Gewalt? Theoretische Überlegungen und empirische Analysen am Beispiel von Aussiedlerjugendlichen (293-312); Helmut Thome: Theoretische Ansätze zur Erklärung langfristiger Gewaltkriminalität seit Beginn der Neuzeit (315-345); Jan Philipp Reemtsma: 'Gewalt. Monopol, Delegation, Partizipation (346-361); Herfried Münkler: Clausewitz und die neuen Kriege. Über Terrorismus, Partisanenkrieg und die Ökonomie der Gewalt (362-380); Peter Meyer: Grundlagen menschlicher Gewaltbereitschaft. Beiträge evolutionärer Forschung (383-410); Harald A. Euler: Die Beitragsfähigkeit der evolutionären Psychologie zur Erklärung von Gewalt (411-435); Georg Elwert: Biologische und sozialanthropologische Ansätze in der Konkurrenz der Perspektiven (436-472); Günter Albrecht: Sinn und Unsinn der Prognose von Gewaltkriminalität (475-524); Roland Eckert, Helmut Willems: Gewaltforschung und Politikberatung. Die Kommissionen (525-544).

[281-L] Hofmann, Martin Ludwig:

Die Wiederkehr der Gewalt: vier Kapitel zur Lehre normativer Theorie, in: *Sociologia internationalis* : Internationale Zeitschrift für Soziologie, Kommunikations- und Kulturforschung, Bd. 42/2004, H. 1, S. 103-118 (Standort: UuStB Köln(38)-XG219; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Lange Zeit schien es, als ob westlich-liberale Staaten tatsächlich in der Lage seien, Gewalt weitgehend zu eliminieren. Doch mit dem Auftauchen eines global agierenden Terrorismus sowie eines ebenso weltweiten 'Krieges gegen den Terrorismus' scheint Gewalt erneut als basaler Urgrund auf, den auch befriedete Gesellschaften nicht verschwinden machen können. Sozio-politische Theoriebildung muss sich diesen veränderten Bedingungen stellen." (Autorenreferat)

[282-L] Imbusch, Peter:

'Mainstreamer' versus 'Innovateure' der Gewaltforschung: eine kuriose Debatte, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): *Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 125-148, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: Es war die weitreichende Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der "herkömmlichen" Gewaltforschung, die eine Reihe von Autoren und Institutionen Anfang der 1990er Jahre veranlasste, neue Wege der Analyse von Gewalt zu beschreiten. Trutz von Trotha hat die Einwände gegen diese herkömmliche Gewaltsoziologie in vier Einsprüchen gebündelt, dessen grundlegendster in der Vermutung zum Ausdruck kommt, dass die vorherrschende Soziologie der Gewalt gar keine "genuine Soziologie der Gewalt" ist, sondern vielmehr eine Soziologie der Ursachen der Gewalt darstellt. Dieser Soziologie gehe es um Lebensverhältnisse von Individuen oder um die "Unordentlichkeit" einer Gesellschaft oder Kultur, die zur Gewalt treibt, so dass man in ihnen mehr über Risikolagen, Muster der Unterprivilegierung, Sozialisations- und Erziehungsdefizite, Frustrationen und psychosoziale Pathologien erfährt als über Gewalt. Die Debatte zwischen "Mainstreamern" und "Innovateuren" der Gewaltforschung, wie sie im vorliegenden Beitrag idealtypisch nachgezeichnet wird, krankt an einer "beträchtlichen Unübersichtlichkeit". Denn es ist keineswegs so, dass sich die "moderne" und "progressive" Soziologie der Gewalt einfach über ihren Widerspruch zu einer Gewaltforschung, die als *Mainstream* stigmatisiert wird, definieren ließe und als solche einfach "das Gegenteil des *Mainstreams*" darstellt. (ICA2)

[283-L] Karstedt, Susanne:

Typen der Sozialintegration und Gewalt: Kollektivismus, Individualismus und Sozialkapital, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): *Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 269-292, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: Im Rahmen der Gewaltforschung - wie auch generell in der Forschung über abweichendes Verhalten - wird soziale Desorganisation grundsätzlich als Mangel an gesellschaftlicher Ordnung und vor allem als Versagen der entscheidenden Integrationsmechanismen der Gesellschaft gesehen. Aus dieser Perspektive kommt der "Entstrukturierung des Sozialen" und dem damit einhergehenden Verlust von sozialen Integrationsleistungen eine entscheidende Rolle für die Entstehung von Gewalt zu. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass es nicht zwingend nahe liegt, Gewalt ausschließlich als Ergebnis eines solchen Desorganisationsprozesses zu sehen. Für die Autorin ist es daher entscheidend, die Perspektive der Defizit- und Desorganisationstheorien zu überwinden. Hier liefern die ethnographischen Forschungen wichtige Hinweise, Gewalt als Resultat einer typischen Form der sozialen Integration und eben nicht

der Desintegration aufzufassen, also einer spezifischen gesellschaftlichen "Normalität" und nicht eines gesellschaftlichen "Ausnahme-" oder "Negativzustandes". Es gilt dabei, den Untersuchungsgegenstand "Gewalt" so zu fokussieren, dass unter bestimmten Bedingungen und Formen der Sozialintegration typische Formen von Gewalt entstehen und vorherrschen, so dass sich ein spezifisches Niveau auch der unterschiedlichen Gewalttypen einpendelt. Die Frage nach dem "Warum" stellt sich dann so, dass wir nach jenen sozialintegrativen Mechanismen suchen, die bewirken, dass sich Länder, soziale Gruppen oder kulturelle Einheiten deutlich und systematisch nicht nur hinsichtlich des Ausmaßes, sondern vor allem auch der Art von Gewalt unterscheiden. (ICA2)

[284-F] Kratz, Lisa (Bearbeitung); Rulofs, Bettina, Dr.; Hartmann-Tews, Ilse, Univ.-Prof.Dr.phil. (Leitung):

Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport - Prävention und Intervention

INHALT: Der Landessportbund Nordrhein-Westfalen führte in den letzten Jahren eine Kampagne zur Prävention von Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport durch. Maßnahmen dieser Kampagne waren die Entwicklung und Verbreitung von Informationsbroschüren sowie -plakaten sowie die Integration des Themas in die Fort- und Ausbildung von Übungsleiterinnen und -leitern. Mit der Kampagne verfolgt der Landessportbund das Ziel, für die Gewaltproblematik zu sensibilisieren. Inwiefern dies in den Vereinen und Verbänden gelungen ist und welche weiteren Maßnahmen für die gewaltbezogene Prävention und Intervention im Sport notwendig sind, wird durch eine Interviewstudie mit ausgewählten Vertreter/innen nordrhein-westfälischer Sportverbände und -vereine untersucht. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Nordrhein-Westfalen

METHODE: Evaluationsforschung; Interviewstudie mit ausgewählten Vertreter/innen von NRW Sportverbänden und Sportvereinen. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Auftragsforschung; Eigenprojekt *BEGINN:* 2003-12 *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* LandesSportBund Nordrhein-Westfalen e.V. *FINANZIERER:* Institution; Auftraggeber

INSTITUTION: Deutsche Sporthochschule Köln, FB II Geistes- und Sozialwissenschaften, Institut für Sportsoziologie Abt. Geschlechterforschung (50927 Köln)

KONTAKT: Hartmann-Tews, Ilse (Prof.Dr. e-mail: i.hartmann@dshs-koeln.de)

[285-L] Mayer, Claude-Hélène; Boness, Christian Martin:

Interkulturelle Mediation und Konfliktbearbeitung: Bausteine deutsch-afrikanischer Wirklichkeiten, Münster: Waxmann 2004, 182 S., ISBN: 3-8309-1382-6

INHALT: "Das vorliegende Buch entfaltet theoretische und praktische Fragen zum Thema der Mediation in interkulturellen Kontexten. Dabei werden auf theoretischer Ebene Begriffsklärungen zu Kultur, Konflikt und Interkulturalität vorgenommen. Es folgen Erläuterungen zu inhaltlichen Aspekten von Mediation und insbesondere interkultureller Mediation. Dies soll konkret am Beispiel deutsch-afrikanischer Interaktions- bzw. Mediationssituationen verdeutlicht werden. Ziel des Buches ist es, eine Annäherung an das komplexe Thema der interkulturellen Mediation an konkreten kulturspezifischen Beispielen vorzunehmen, die mit Hilfe einer kulturellen Dimensionsanalyse aufgearbeitet werden. Zur Abrundung sollen praktische Hinweise für Mediatorinnen gegeben werden, die dazu beitragen, die eigene kulturelle Kompe-

tenz zu er-weitern, so dass die Angesprochenen interkulturelle Konflikte in angemessener Weise mediierten können." (Autorenreferat)

[286-L] Meyer, Peter:

Grundlagen menschlicher Gewaltbereitschaft: Beiträge evolutionärer Forschung, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): *Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 383-410, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: In den Wettbewerb um die Erklärung menschlichen Sozialverhaltens sind seit einiger Zeit Disziplinen wie Ethologie, Soziobiologie und evolutionäre Psychologie eingetreten, zu deren Gemeinsamkeiten die Annahme gehört, dass es bestimmte Gesetzmäßigkeiten gebe, die allen menschlichen Phänomenen zugrunde liege. Ausgangspunkt evolutionären Denkens ist die Annahme, dass sich diese Gesetzmäßigkeiten der Naturgeschichte des Menschen verdanken und durch die "Theorie der Evolution durch natürliche Auslese" (Darwin) einem Verständnis näher gebracht werden können. Dies gilt besonders auch für das Phänomen der Gewalt, dessen Regelmäßigkeiten samt zugrundeliegender Ursachen in evolutionärer Sicht erkennbar werden. Wie der vorliegende Beitrag zeigt, verweist die evolutionäre Erklärung in erster Linie auf die unterschiedliche Rolle der Geschlechter bei der Reproduktion, die geschlechtsspezifische Tendenzen zur Anwendung von Gewalt prämiert. Wenn evolutionäres Denken demnach Gesetzmäßigkeiten von Gewalt aufzudecken vermag, dann kann dieser Ansatz der Gewaltforschung nicht zuletzt auch zur genaueren Bestimmung der Bedeutung körperlicher und sinnlicher Aspekte des Gewalthandelns verhelfen, als dies in der Diskussion zwischen sogenannten "Mainstreamern" und "Innovateuren" der Gewaltforschung bislang möglich war. Im Vergleich zu diesen Ansätzen - so das Fazit des Autors - verschafft der evolutionäre Ansatz ein tiefergehendes Verständnis der Gewaltproblematik, kann doch diese kausale Erklärungsstrategie Regelmäßigkeiten im gewaltsamen Verhalten aufdecken, die sowohl den empirischen Methoden des Mainstream als auch der Verstehensmethode unzugänglich bleiben. (ICA2)

[287-L] Neubert, Dieter:

Die gewalttätige gesellschaftliche Situation: eine Analyse eskalierender Gewalt am Beispiel des ruandischen Genozids, in: Julia M. Eckert (Hrsg.): *Anthropologie der Konflikte : Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion*, Bielefeld: transcript Verl., 2004, S. 121-135, ISBN: 3-89942-271-6

INHALT: Genozide sind als extremste Form der Zerstörung im Gegensatz zu weit verbreiteten gewalttätigen Konflikten historisch seltene Ereignisse und können nicht als gängiger Teil gesellschaftlicher Organisation angesehen werden. Dennoch vertritt der Autor die These, dass extreme Gewalttätigkeit auch über den historischen Einzelfall hinaus sozialwissenschaftlicher Analyse zugänglich ist. Er zeigt am Beispiel des Genozids in Ruanda, dass extreme gewalttätige Konfliktereignisse weniger über eine Bestimmung von Konfliktursachen als über die Beschreibung des Prozesses der Eskalation analysiert werden können. In dieser Phase von Konflikten fällt seiner Meinung nach die Entscheidung, ob es zur umfassenden Gewalttätigkeit kommt oder nicht bzw. ob ein Prozess weiterer Eskalation von Gewalt in Gang gesetzt wird, der bis zu einem Genozid führen kann. Der Autor greift in diesem Zusammenhang die These

Georg Elwerts zur Bedeutung der kühlen Planung und Kalkulation als wesentliches Element der Analyse auf. Im untersuchten Fall in Ruanda wirkte die kühle Planung der Gewalt mit der Selbstorganisation von Gewalttätern zusammen, die ihrerseits mit einer zunehmenden Emotionalisierung der Bevölkerung innerhalb der gewalttätigen Situation verkoppelt war. (ICI2)

[288-L] Nunner-Winkler, Gertrud:

Überlegungen zum Gewaltbegriff, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 21-61, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: Der Beitrag analysiert die formale Struktur des Gewaltbegriffs nach dem Schema: wer - was - wem? Seine unterschiedlichen Bedeutungen erhält man durch je verschiedene Eintragungen in diese Leerstellen. Im Beitrag geht es um Gewaltbegriffe, die auf der Subjekt- und Objektstelle Menschen oder menschliche Erzeugungen einsetzen. Die von der Autorin vorgeschlagene Definition grenzt Gewalt auf physischen Zwang oder Schädigung ein. Über das Vorliegen physischer Gewalt lässt sich - unabhängig von Perspektiven (des Täters, Opfers, Zuschauers, Beobachters) und Wertorientierungen (verschiedener Personen, Epochen, Kulturen) - intersubjektiv Konsens erzielen. Auf der Basis einer solch eindeutigen und rein deskriptiven Gegenstandsbestimmung wird sodann die Frage nach den Gründen differierender oder sich wandelnder Bewertungen untersucht, um so zu klären, warum körperliche Schmerzzufügung einmal als legitime Züchtigung, zum andern als Kindesmisshandlung, einmal als notwendiges Mittel der Verteidigung der eigenen Ehre, zum andern als unangemessene Konfliktlösungsstrategie gilt. Insgesamt gewinnt die Frage nach den Ursachen und der Begrenzung physischer Gewalt aus ihrem Bezug auf eine zentrale Wertidee demokratisch rechtsstaatlicher Gesellschaften: auf die Vorstellung nämlich, dass bei Interessenkonflikten oder weltanschaulichen Differenzen das Recht nicht per se auf Seiten des Stärkeren liegt und dass an die Stelle eines auf physische Kampfmittel gestützten einseitigen Durchsetzungswillens die Bereitschaft zu Verhandlungen und Kompromissbildung zu treten habe, die auch der Sichtweise und den Ansprüchen des Gegners bzw. "Feindes" Rechnung tragen. (ICA2)

[289-L] Reemtsma, Jan Philipp:

Nachbarschaft als Gewaltressource, in: Mittelweg 36 : Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jg. 13/2004, H. 5, S. 103-120 (Standort: UuStB Köln(38)-FHM XG7349; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Nachbarschaften sind in keiner Weise idyllische Nischen friedlichen Zusammenlebens. Im Gegenteil: Konflikte und Konfliktbewältigung sind ein wichtiges Element des alltäglichen Lebens in Nachbarschaften. Zu diesen Konflikten gehören Gruppenkonflikte, wie diese auch definiert sein mögen - nach Generationszugehörigkeit oder Geschlecht, als religiöse, soziale oder ethnische Gruppen, als Alteingesessene oder neu Hinzugezogene. Streitigkeiten können unter gewissen Voraussetzungen schnell zu Gewalt führen. Damit gewaltsame Konflikte länger andauern, fehlt es aber noch an einer Bedingung: die Konflikte müssen gesellschaftlich institutionalisiert werden. Wenn dies eintritt, sind jene Gruppen besonders gefährdet, die nicht länger als nachbarschaftliche Konfliktpartner betrachtet werden. (ICEÜbers)

[290-L] Sandkühler, Hans Jörg; Triki, Fathi (Hrsg.):

Gewalt und Recht in transkultureller Perspektive, (Philosophie des Zusammen-Lebens, Bd. 3), (Symposium "Gewalt und Recht in transkultureller Perspektive", 2002, Bremen), Frankfurt am Main: P. Lang 2004, 224 S., ISBN: 3-631-52813-2 (Standort: LB Stuttgart(24)-54/14096)

INHALT: "Die Analyse verschiedener Manifestationen von Gewalt in einer krisenhaften Welt, die ihre Widersprüche nicht zu überwinden weiß, und die Tatsache, dass Gewalt ein strukturelles Merkmal menschlicher Gesellschaftlichkeit ist, sind Gegenstand der Beiträge zu diesem Buch. Die sich gegenwärtig erneut und verstärkt abzeichnenden, durch Anstrengungen zur Verrechtlichung des Krieges nur schwach konterkarierten Tendenzen einer Rehabilitierung der Gewalt werfen erhebliche Probleme auf. Jede Form von Macht und Gewalt muss an das Recht gebunden werden. Nur so kann eine 'demokratische Ethik des Zusammenlebens' gelingen. Dies gilt auch für den Islam, der das Ziel hat, eine zivile und politische Gesellschaft zu errichten, in der die Wurzeln der Gewalt ausgelöscht sind." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Fathi Triki: Violence et éthique démocratique 17-40); Hans Jörg Sandkühler: Reflexionen über Gewalt und Recht (40-49); Mohamed Djedidi: Espoir social et pacification (tolérance) ou le fondement d'une société postmoderne (50-59); Mounir Kchaou: Ethique universelle et différence culturelle: le débat sur les droits de l'homme (60-79); Matthias Kaufmann: Wer darf welche Rechte mit Gewalt verteidigen? (80-96); Georg Mohr: Humanitäre Intervention. Begriff und Legitimität (97-109); Zouaoui Beghoura: Identité et violence. Contribution à l'étude d'une expérience historique (110-119); Silja Freudenberger: Changing Concepts: Uncrossable Borders (120-129); Mehrez Hamdi: Religiosité et altérité: Le cas de l'Îslâm (130-143); Mokdad Arfa: Violence et fondements théologiques du Droit. Conceptions de deux penseurs dans l'Islam classique. Bibliographie sommaire (144-153); Gisela Febel: Poetische Zeugenschaft und Gewalt der Sprache (154-175); Matthias Waltz: Die Funktion der Gewalt für den Identifikationsprozess in traditionellen und modernen Gesellschaften (176-185); Mohamed Turki: L'humanité en désarroi: Humanisme ou nihilisme? (186-204); Gerhard Pasterneck: Humanität - ein Universalkonzept? Zur Exemplifikation der Allgemeinbegriffe (205-222).

[291-L] Schroer, Markus:

Gewalt ohne Gesicht: zur Notwendigkeit einer umfassenden Gewaltanalyse, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 151-173, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: Sozialwissenschaftler sind mehr oder weniger übereingekommen, Gewalt ausnahmslos als körperlich-physische Gewalt zu verstehen. Der weite, von Johan Galtung (1975) eingeführte Gewaltbegriff, der nicht nur direkte körperliche Gewalt, sondern auch indirekte, "strukturelle Gewalt" und jüngst auch "kulturelle Gewalt" (Galtung 1993) umfasst, wird von der neueren Gewaltforschung beinahe einhellig verworfen. Damit folgt die Mehrzahl der Gewaltsoziologen einer Linie, die - von Heinrich Popitz (1992) ausgehend - über Friedhelm Neidhardt bis Trutz von Trotha und Wolfgang Sofsky reicht. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, ob die "Verabschiedung" speziell der "strukturellen Gewalt" nicht zu vorschnell erfolgt ist. Um diese Perspektive voranzutreiben, wird in einem ersten Schritt an Johan Galtungs These der "strukturellen Gewalt" erinnert und ihre aktuelle Bedeutung aufgezeigt. In einem zweiten Schritt wird auf die heutige Beschränkung des Gewaltbegriffs auf körperliche

Gewalt eingegangen, um dann in einem dritten Schritt zu zeigen, wie beide Gewaltformen miteinander zusammenhängen. Mit diesem letzten Punkt soll deutlich werden, dass die Berücksichtigung struktureller, symbolischer oder sanfter Formen von Gewalt keineswegs zur Inflationierung des Begriffs führen muss, bis am Ende alles Gewalt ist. Vielmehr gilt es umgekehrt wahrzunehmen, dass die Soziologie der Gewalt zentrale Gewaltphänomene der Gegenwartsgesellschaft nicht in den Blick bekommt, wenn sie sich einseitig auf den Begriff der physischen Gewalt kapriziert. (ICA2)

[292-L] Soeffner, Hans-Georg:

Gewalt als Faszinosum, in: Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): *Gewalt : Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004, S. 62-85, ISBN: 3-51812246-0 (Standort: UB Bonn(5)-2004/3027)

INHALT: In der westlichen Welt zählt zum fortschreitenden Prozess der Zivilisation die zunehmende Ächtung der Gewalt. Gewalt, soweit sie nicht durch zivil-, staats-, völker- oder verfassungsrechtliche Vertragsbasis legitimiert und legalisiert ist, gilt als schändlich, unrecht, verabscheuungswürdig und irrational. Dieses Urteil beruht auf dem Versuch der Aufklärung (beispielhaft: Kant) und des immer wieder und immer noch beschworenen "Projektes der Moderne" (Habermas), den Kampf der ungezügelten Einzelinteressen und die Momente des Irrationalen in der Gewalt durch Vernunft zu domestizieren und in "Vertragskorsette" zu pressen. Dem liegt der Glaube zugrunde, die letztlich unwiderstehliche "Macht der Vernunft" werde sich mit ihren zunächst diskursiven, dann institutionell überhöhten Instrumenten "in the long run" alles Soziale untertan machen - von den Trieben und Affekten über die alltägliche Lebenspraxis bis hin zur Religion. Dieser Einsatz der kontraktuellen Vernunft hat - so die These des Autors - ein rationales Motiv, aber einen irrationalen Hintergrund. Die innere Ambivalenz der "Vernunftreligion" und der Zwangscharakter, den institutionalisierte und in Institutionen eingefrorene Rationalität annehmen können, sprechen dagegen - sind sie doch oft genug Anlass für die Entstehung von "Gegengewalt". Das Irrationale fasziniert nicht nur in seiner dämonischen Ausdrucksform, der Gewalt, sondern auch in der überraschenden Zweckfreiheit einer Humanität, die nicht erst nach rationalen Gründen suchen muss, bevor sie human wird. Der vorliegenden Analyse des Faszinosums von Gewalt hat daher eine Analyse des Charismas und der Faszination zweckfreier Humanität zu folgen. (ICA2)

[293-L] Stodiek, Thorsten:

Internationale Polizei: ein empirisch fundiertes Konzept der zivilen Konfliktbearbeitung, (Demokratie, Sicherheit, Frieden, Bd. 161), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2004, 503 S., ISBN: 3-8329-0595-2 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE922S869)

INHALT: "Im Rahmen der Friedensmissionen der UNO und regionaler Organisationen wie EU und OSZE spielen internationale Polizeikomponenten eine immer bedeutendere Rolle. Dem gewaltigen Bedeutungszuwachs der Polizei stehen jedoch viele Defizite bei der Planung und Durchführung von Polizeieinsätzen gegenüber, die die Polizei vielfach an einer effektiven Wahrnehmung ihrer wichtigen Aufgaben hinderten. Anhand der vergleichenden Analyse der internationalen Polizeimissionen in Ostslawonien, in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo und in Osttimor analysiert der Autor die Faktoren, die auf die Erfolge bzw. auf die Misserfolge dieser Missionen einen entscheidenden Einfluss hatten. Basierend auf den Erkenntnissen der

Studie entwickelt der Autor schließlich ein Konzept einer Internationalen Polizei, das darüber Auskunft gibt, welche Art von Polizei zur Regelung bestimmter Konflikttypen in Friedensmissionen geeignet ist und mit welchen Mitteln und Befugnissen diese Polizei ausgestattet sein muss, um ihr Mandat erfolgreich umsetzen zu können." (Autorenreferat)

[294-L] Thelen, Tatjana:

Gewalt und soziale Reproduktion: ein Vergleich der Kollektivierungspraxis in zwei Dörfern,
in: Julia M. Eckert (Hrsg.): Anthropologie der Konflikte : Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion, Bielefeld: transcript Verl., 2004, S. 136-154, ISBN: 3-89942-271-6

INHALT: Im vorliegenden Beitrag werden einige der von Georg Elwert beschriebenen Elemente einer sozialanthropologischen Konflikttheorie anhand eines konkreten Konfliktverlaufs illustriert. Denn in der Anwendung auf konkrete Fallbeispiele zeigen sich einerseits die Schwierigkeiten in der Übertragung scheinbar klarer Kategorien auf komplexe Konfliktsituationen; andererseits wird aber auch deutlich, dass sich die Konzepte als hilfreiche Analyseinstrumente erweisen können. Die Darstellung konzentriert sich anhand von Archivmaterialien und Interviews aus der postsozialistischen Zeit auf einen Vergleich des Verlaufs der Kollektivierung in zwei ungarischen Dörfern von 1949 bis 1962. Die Bedeutung einer Analyse eines solchen Konfliktverlaufs zeigt sich in den vorliegenden Fällen u.a. an dem Einfluss, den dieser auf den langfristigen "Erfolg" der jeweiligen Akteure bzw. auf die beharrenden Kräfte der alten Sozialstruktur hatte. Der Vergleich verweist dabei auch auf die Bedeutung der ethnologischen Mikroperspektive, ohne die diese Unterschiede nach Ansicht der Autorin nicht erkennbar wären. Sie beschreibt die Konstruktion von Gegensätzen, die verminderte Risikowahrnehmung und die Anwendung von Gewalt, die Mechanismen der Ausgrenzung in der kollektiven Landwirtschaft sowie die Entwicklung von Gewalt und Stabilisierung persönlicher Macht nach dem Aufstand 1956 in Ungarn. Sie diskutiert abschließend die Ursachen und Folgen des unterschiedlichen Konfliktverlaufs in den beiden Dörfern. (ICI2)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken FORIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Abert, Konstantin 62
Adlung, Philipp 261
Albertin, Lothar 262
Albrecht, Günter 271
Algieri, Franco 96
Allnoch, Daniel 97
Alnasseri, Sabah 134
Arbatova, Nadezda 63
Asholt, Wolfgang 262

B

Baasner, Frank 262
Bade, Monika 196
Bannwart, Aino 64
Banse, Christian 197
Baraki, Matin 135
Bauer, Steffen 25
Baumann, Rainer 66
Becker, Astrid 136
Behning, Ute 198
Behrens, Maria 26
Beichelt, Timm 65
Bendiek, Annegret 137
Berger, Lars 98
Besson, Samantha 1
Bielawski, Martina 138
Bielefeld, Ulrich 272
Bieling, Hans-Jürgen 199
Biermann, Frank 25
Bilke, Nadine 139
Bläsi, Burkhard 140
Bliss, Frank 166
Bock, Hans Manfred 262
Bocklet, Reinhold 200
Bodemer, Klaus 116
Boix, Carles 201
Boness, Christian Martin 285
Borowy, Iris 27
Börzel, Tanja A. 36
Bösche, Monika 66
Boswell, Christina 263
Botsch, Andreas 202
Brauch, Hans Günter 99
Braunmühl, Claudia von 28

Brill, Heinz 67
Brinkmann, Johanna 29
Bruha, Thomas 203
Brühl, Tanja 30
Brusis, Martin 204, 241
Burchardt, Hans-Jürgen 31
Busch, Per-Olof 25, 167
Busse, Sabine 68
Büttner, Annette 2

C

Calic, Marie-Janine 141
Christadler, Marieluise 262
Conzelmann, Thomas 234
Coppieters, Bruno 142
Crombez, Christophe 213
Czempel, Ernst-Otto 69

D

Daimer, Stephanie 213
Dalkmann, Holger 52
Daude, Sabine 168
Dauderstädt, Michael 205
Debiel, Tobias 32, 169
Dehnert, Stefan 143
Deutschmann, Alrun 70
Dicke, Klaus 33, 34, 35
Diedrichs, Udo 36
Dieringer, Jürgen 206
Di Giulio, Antonietta 37
Dinter, Henrik 100
Dittgen, Herbert 62, 117
Dodge, Toby 71
Donner, Franziska 264
Döring, Lars 207
Dörr, Oliver 273
Dorussen, Han 213
Duwendag, Dieter 208, 209

E

Eckert, Roland 274
Eigmüller, Monika 265
Elsenhans, Hartmut 72
Emerson, Michael 163
Emmanouilidis, Janis 204, 241

- Endreß, Martin 275
 Etzioni, Amitai 3
 Euler, Harald A. 276
- F**
 Faath, Sigrid 101
 Falkner, Gerda 210, 211, 212
 Faust, Jörg 112, 170
 Filzmaier, Peter 4
 Finke, Daniel J. 213
 Fischer, Sabine 73
 Fitschen, Patrick 38
 Fledes, Daniel 102, 103, 116
 Fritz, Thomas 39
 Froberg, Klaus 235
 Fröhlich, Stefan 215
 Fuchs, Albert 23
 Fuchs, Eduard 4
 Fuchs, Peter 39
 Fürst, Heiko 74
 Fürstenberg, Friedrich 171
 Fürtig, Henner 144
- G**
 Gänzle, Stefan 64
 Gareis, Sven Bernhard 104, 105
 Gehring, Thomas 216
 Geißler, Peter 277
 Genschel, Philipp 172
 Gerhards, Jürgen 266
 Gerstendörfer, Monika 278
 Giddens, Anthony 173
 Giering, Claus 217
 Gießmann, Hans J. 75
 Goedeking, Ulrich 174
 Görg, Christoph 145
 Gosau, Torben 218
 Götz, Roland 175
 Grävingsholt, Jörn 176
 Grethe, Harald 219
 Grote, Hendrik 177
 Gruner, Wolf 27
 Guttenberg, Karl-Theodor zu 220
- H**
 Hacke, Christian 76, 221
 Hagn, Julia 146
 Halbach, Uwe 138, 147
 Hartmann-Tews, Ilse 284
- Heidenreich, Martin 222, 223
 Heidhues, Franz 168
 Hein, Wolfgang 39
 Heinelt, Hubert 237
 Heinemann-Grüder, Andreas 106
 Heipertz, Martin 224
 Heise, Arne 225
 Heitmeyer, Wilhelm 279, 280
 Hellmann, Birgit 226
 Hellmann, Gunther 66
 Henning, Christian H.C.A. 235
 Herborth, Benjamin 66
 Héritier, Adrienne 36
 Heupel, Monika 5
 Hirsch, Joachim 6
 Hix, Simon 213
 Hoffmann, Jürgen 39
 Hofmann, Martin Ludwig 281
 Hölcker, Norbert 227
 Holler, Manfred J. 228
 Holm-Müller, Karin 190
 Hosli, Madeleine O. 213
 Hrbek, Rudolf 229
 Hubel, Helmut 64, 77, 98
 Huber, Maria 74
 Hug, Simon 213
 Humphrey, John 186
 Humrich, Christoph 40, 178
 Hurrelmann, Achim 230
- I**
 Imbusch, Peter 282
 Immermann, Ekkart 7
 Irlenkaeuser, Jan C. 38
- J**
 Jachtenfuchs, Markus 231, 232
 Jahn, Egbert 160
 Janning, Josef 217
 Jianjun, Cui 8
 Jörgens, Helge 167
 Jung, Martina 179
 Jungcurt, Stefan 9
- K**
 Kaim, Markus 77
 Kakar, Sudhir 148
 Kamp, Karl-Heinz 107
 Karstedt, Susanne 283

Kaul, Hans-Peter 41
Kempe, Iris 108, 241
Kenny, Brian 109
Kern, Kristine 244
Kimmel, Adolf 262
Kiss, László J. 78
Kiwierska, Jadwiga 79
Kleiner, Marcus S. 180
Kleinschmidt, Harald 10
Kleinschmidt, Jochen 110
Kliemt, Hartmut 228
Knill, Christoph 233
Knodt, Michèle 226, 234
Knop, Katharina von 11
Knopp-Malek, Tanja 237
Kohler, Georg 12
Kohler-Koch, Beate 40, 70, 178, 226, 231,
232, 234
Kolboom, Ingo 262
Kolmer, Christian 149
Köndgen, Olaf 150
König, Eva 166
König, Thomas 213
Krajewski, Markus 39
Kratz, Lisa 284
Kraus, Peter A. 267
Krause, Kim Carolin 235
Krause, Matthias 181
Kuhlen, Rainer 42
Kühnemund, Martin 43

L

Lamping, Wolfram 236
Lang, Jochen 237
Lang, Kai-Olaf 80
Lang, Markus 13
Lantis, Jeffrey S. 81
Laver, Michael 213
Leal-Arcas, Rafael 44
Le Gloannec, Anne-Marie 82
Lehmkuhl, Dirk 233
Lepsius, M. Rainer 238
Lewis, Scott 151
Liebert, Ulrike 45
Liebig, Klaus 182
Linhart, Eric 46
Link, Werner 83
Luciani, Giacomo 71

Lüde, Rolf von 183

M

Maes, Jürgen 14
Maihold, Günther 152
Manning, Stephan 184
Marti, Urs 12
Maruhn, Roman 239, 241
Masala, Carlo 15, 111
Mattes, Hanspeter 153
Mau, Steffen 240
Maull, Hanns W. 84
Mayer, Claude-Hélène 285
Meckling, Jonas 47
Meier-Walser, Reinhard C. 185
Meine, Jan 85
Meisterhans, Nadja 16
Melber, Henning 48
Melvern, Linda 154
Menzel, Ulrich 17
Messner, Dirk 112, 186, 187
Metz, Almut 217, 241
Meurs, Wim van 204
Meyer, Peter 286
Meyer-Stamer, Jörg 186
Mohanty, Deba R. 113
Möller, Kay 86
Müller, Harald 87
Münch, Richard 242

N

Nabers, Dirk 114
Nadvi, Khalid 186
Nassauer, Otfried 115
Nayyar, Kewal K. 18
Neubert, Dieter 287
Neugart, Felix 71
Neugart, Felix Gregor 88
Neuss, Beate 89
Neyer, Jürgen 19
Niederhafner, Stefan 243, 244
Nissen, Sylke 245
Nollmann, Gerd 246
Nolte, Detlef 116
Nowak, Carsten 203
Nullmeier, Frank 230
Nunnenkamp, Peter 188
Nunner-Winkler, Gertrud 288

Nuscheler, Franz 32, 169, 189

O

Oberreuter, Heinrich 20
Oesterdiekhoff, Georg W. 171

P

Pabst, Martin 155
Paech, Norman 49
Pagoulatos, George 213
Pappi, Franz Urban 46
Pennings, Paul 213
Pérez Dominguez, Ignacio 190
Peschutter, Gudrun 247
Peters, Dirk 117
Picht, Robert 262
Pies, Ingo 29
Plümper, Thomas 50
Preuss, Wolf 143
Proskurjakov, Aleksandr 156
Puglierin, Jana 90

Q

Quaisser, Wolfgang 248

R

Radseck, Michael 116, 119
Rechkemmer, Andreas 191
Reemtsma, Jan Philipp 289
Reimers, Hans-Eggert 247
Reissert, Bernd 237
Reuter, Jens 157
Rhodes, Martin 36
Rilling, Rainer 21
Risse, Thomas 51
Rohde, Joachim 120
Rosar, Ulrich 249
Roscher, Klaus 268
Rotte, Ralph 192
Rühl, Lothar 91
Rulofs, Bettina 284

S

Samkharadze, Nikoloz 121
Sandkühler, Hans Jörg 290
Santarius, Tilman 52
Schäfer, Armin 53, 250, 251
Schertges, Claudia 158
Schilling, Walter 54

Schimmelfennig, Frank 252
Schleicher, Michael 247
Schmidt, Hans-Joachim 122
Schmidt, Susanne K. 253
Schmidtchen, Dieter 228
Schmitt, Elisabeth 22
Schmitt, Manfred 14
Schmitz, Hubert 186
Schneider, Heinrich 254
Scholz, Imme 193
Schössler, Dietmar 123
Schrepfer-Proskurjakov, Alexander 159
Schroedter, Elisabeth 124
Schroer, Markus 291
Schwarz, Siegfried 92
Schymik, Carsten 255
Seifert, Arne C. 125
Seller, Hanns-Frank 20
Senghaas, Dieter 130
Senghaas-Knobloch, Eva 55
Siedschlag, Alexander 110
Smyser, William Richard 93
Soeffner, Hans-Georg 280, 292
Sommer, Gert 23
Steffek, Jens 194
Stehr, Nico 195
Steigenberger, Markus 52
Stein, Peter 185
Steinkamm, Armin A. 20
Steinmetz, Christopher 115
Stenzel, Ursula 256
Stewart, Susan 160
Stobbe, Holk 197
Stodiek, Thorsten 56, 293
Storp, Andreas 126
Strasser, Hermann 180
Streit, Manfred E. 228
Strizek, Helmut 161
Struve, Carsten 235
Sturm, Roland 257
Sutter, Patrick 57

T

Tarradell, Mireia 25
Taschowsky, Peter 258
Tetzlaff, Rainer 162
Tews, Kerstin 167
Thelen, Tatjana 294
Thies, Jochen 94

Turner, Paul W. 46
Treib, Oliver 211
Trenin, Dmitrij 58
Triki, Fathi 290
Tsebelis, George 213
Tseng, Su-Ling 226

U

Umbach, Frank 127
Uterwedde, Henrik 262

V

Vahl, Marius 163
Varwick, Johannes 59, 128
Visser, Jelle 36
Voegeli, Wolfgang 39
Vögele, Meike 164
Vogelpohl, Karin 52
Volger, Helmut 60
Vondrasek, Karel 269

W

Wagner, Wolfgang 66, 129
Warkotsch, Alexander 95
Wegner, Manfred 248
Weinert, Günter 259
Weinlich, Silke 130
Weiss, Christina 270
Werkner, Ines-Jacqueline 131, 132
Werthebach, Eckart 133
Wessels, Wolfgang 36, 260
Willems, Helmut 274
Winterfeld, Uta von 28
Wissel, Jens 24

Z

Zangl, Bernhard 5
Ziai, Aram 61
Zinecker, Heidrun 165

Sachregister
A

abweichendes Verhalten 271
 Afghanistan 2, 5, 43, 49, 134, 135
 Afrika 2, 5, 34, 81, 91, 101, 139, 144, 149,
 150, 151, 153, 154, 161, 162, 264, 287
 Afrikaner 150, 285
 Afrika südlich der Sahara 2, 5, 34, 81, 101,
 139, 149, 150, 151, 153, 154, 161,
 162, 264, 287
 Aggression 276
 Aggressivität 23
 Agrarpolitik 190, 219, 235, 248
 Agrarprodukt 184
 Ägypten 264
 Akteur 39, 108, 130, 160, 235, 244, 287,
 294
 Albaner 157
 Algerien 101
 Alltag 180
 Amerikanisierung 180
 Analyseverfahren 166
 Andenraum 2, 103, 116, 152, 184, 264
 angewandte Wissenschaft 274
 anglophones Afrika 139, 161
 Angola 5
 Anthropologie 275, 280
 Araber 150
 arabische Länder 34, 35, 49, 69, 71, 81,
 90, 91, 101, 134, 144, 146, 149, 150,
 151, 153, 162, 164, 264
 Arabische Liga 134
 Arbeit 183
 Arbeitsbedingungen 139, 140, 164
 Arbeitskraft 183
 Arbeitsmarkt 208, 209
 Arbeitsmarktpolitik 265
 Arbeitspolitik 55
 Arbeitsrecht 211
 Arbeitsteilung 62
 Argentinien 22, 103, 116
 Armut 31, 61, 169, 181
 ASEAN 127
 Asien 2, 5, 8, 34, 35, 43, 48, 49, 57, 69,
 71, 81, 86, 90, 91, 99, 113, 114, 115,
 125, 127, 134, 135, 136, 144, 146,

148, 149, 151, 158, 164, 168, 184,
 192, 200, 219, 220, 264, 266, 293

Assoziierung 63
 Asylbewerber 263
 Asylpolitik 66, 137
 Aufklärungszeitalter 292
 Ausbildung 115
 Ausländerfeindlichkeit 272
 ausländischer Arbeitnehmer 265
 Außenhandel 168, 177, 226
 Australien 91
 autoritäres System 161
 Autorität 1

B

Baltikum 58, 64, 106, 197, 247
 Bedrohung 104
 Belgien 154
 Benachteiligung 50
 Berichterstattung 119, 139, 140, 149, 164
 Berlin 180
 Berufsarmee 100, 123
 Berufsethos 139
 Besatzungsmacht 158
 Besatzungspolitik 158
 Beschäftigung 208, 209, 225
 Beschäftigungseffekt 208
 Beschäftigungsentwicklung 225
 Beschäftigungspolitik 53, 209, 222, 225,
 250, 251
 Beschäftigungssituation 225
 Bestandsaufnahme 165
 Beteiligung 56
 Bevölkerung 104, 129, 132, 166, 181, 245,
 266
 bilaterale Beziehungen 22, 41, 58, 64, 70,
 80, 82, 86, 87, 94, 103, 108, 115, 138,
 262, 269
 Binnenmarkt 208, 234, 242, 248, 253, 255
 Biodiversität 30
 Biologie 276
 Biologismus 10, 276
 Boden 168
 Bodennutzung 179
 Bolivien 264

- Bosnien-Herzegowina 56, 81, 293
 Brasilien 102, 103, 116
 Bulgarien 266
 Bundesrepublik Deutschland 33, 35, 45,
 58, 60, 62, 65, 66, 68, 72, 75, 80, 81,
 82, 83, 84, 87, 89, 90, 92, 94, 99, 100,
 104, 114, 115, 123, 126, 128, 131,
 132, 133, 135, 149, 164, 169, 174,
 176, 177, 180, 185, 197, 222, 236,
 237, 243, 247, 253, 262, 264, 284
 Bundesrepublik Jugoslawien 34, 137, 143,
 157
 Bundeswehr 45, 132, 157
 Bündnis 90/ Die Grünen 89
 Bündnispolitik 111
 Bürgerkrieg 81, 137, 142, 143, 150, 151,
 153, 156, 159, 161, 162, 165, 280
 Bürgerrecht 16, 42, 234, 267
- C**
 Charta 42, 60, 273
 Chile 103, 116
 China 8, 43, 86, 99, 127, 151, 192
 Corporate Citizenship 47
 Cultural Studies Approach 268
- D**
 Dänemark 197, 255
 Darwinismus 286
 Defizit 224
 demographische Faktoren 200
 Demokratie 12, 28, 32, 103, 123, 129, 131,
 134, 144, 201, 214, 216, 217, 218,
 230, 232, 234, 290
 Demokratieverständnis 134, 144
 Demokratische Republik Kongo 2
 Demokratisierung 13, 71, 103, 144, 165,
 170, 201, 205, 206, 218, 252
 Deregulierung 189
 Desertifikation 191
 deutscher Sprachraum 268
 Dezentralisation 201, 244
 Dialog 152
 Dienstleistung 181, 253
 Diplomatie 81
 Diskriminierung 50
 Diskurs 3, 73, 85, 178, 194
 Dominanz 144, 202
 Dorf 294
- Dritte Welt 2, 61, 145, 177, 182, 192
 Drogenpolitik 152
- E**
 Effektivität 25, 40, 97, 263
 EG 44, 234, 249
 EG-Assoziation 249
 EG-Beitritt 249
 Einfluss 269
 Einkommenspolitik 225
 Einstellung 23, 104, 129, 132, 245, 266
 El Salvador 165
 Empathie 139
 Energiepolitik 175
 Entgrenzung 171, 197
 Entscheidungsfindung 196, 216, 260
 Entscheidungskriterium 216
 Entscheidungsspielraum 216
 Entschuldung 61
 Entwicklungshilfe 31, 61, 166, 174, 176,
 177, 184, 187, 188
 Entwicklungshilfepolitik 31, 112, 177,
 184, 187, 188, 264
 Entwicklungsland 2, 5, 8, 22, 31, 34, 35,
 43, 49, 56, 58, 61, 69, 71, 81, 86, 90,
 91, 99, 101, 102, 103, 112, 113, 116,
 119, 127, 134, 135, 136, 137, 138,
 139, 142, 143, 144, 146, 147, 148,
 149, 150, 151, 152, 153, 154, 157,
 161, 162, 164, 165, 168, 169, 170,
 174, 176, 177, 181, 182, 184, 186,
 192, 193, 197, 200, 219, 220, 264,
 266, 287, 293
 Entwicklungsmodell 184
 Entwicklungsplanung 166
 Erdgas 71, 175
 Erdöl 71
 Ernährung 168
 Estland 106, 247
 ESVP 120, 121, 124, 129, 221, 232, 234
 Ethik 290
 ethnische Beziehungen 56, 143
 ethnische Gruppe 139, 150, 160
 ethnische Struktur 150, 294
 Ethnizität 18, 56, 72
 EU 1, 4, 20, 33, 35, 36, 40, 44, 45, 46, 53,
 63, 64, 66, 71, 73, 74, 77, 82, 83, 96,
 97, 104, 108, 112, 117, 118, 120, 121,
 124, 129, 137, 141, 142, 147, 151,

-
- 152, 157, 158, 162, 163, 175, 190,
196, 198, 200, 201, 202, 203, 204,
205, 206, 207, 208, 209, 210, 211,
212, 214, 215, 216, 217, 218, 219,
220, 221, 223, 224, 225, 226, 227,
228, 230, 231, 232, 234, 235, 236,
237, 238, 239, 241, 242, 243, 244,
245, 247, 248, 250, 251, 252, 253,
254, 255, 256, 260, 263, 265, 266,
267, 293
- EU-Beitritt 80, 108, 155, 200, 201, 204,
205, 214, 219, 220, 247, 249, 252,
258, 266
- EU-Erweiterung 78, 201, 203, 205, 214,
216, 220, 221, 223, 228, 232, 241,
242, 247, 248, 252, 256, 258, 270
- Euro 239, 247
- europäische Institution 215, 217, 232, 246,
260
- Europäische Kommission 44, 196, 213,
215, 218, 228, 260
- Europäischer Gerichtshof 45, 228
- europäischer Markt 228, 253
- Europäischer Ministerrat 44, 215, 260
- Europäischer Strukturfonds 237
- europäische Sicherheit 63, 66, 77, 97, 104,
117, 123, 220
- europäische Sozialpolitik 198, 210, 211,
212, 222, 236, 240, 258
- Europäisches Recht 203, 204, 210, 211,
220, 253, 266
- Europäisches Währungssystem 224
- Europäische Zentralbank 239, 247
- europäische Zusammenarbeit 45, 63, 97,
120, 223, 225, 254, 260
- Europäisierung 45, 80, 141, 198, 232, 233,
238, 251, 252, 253
- Europaparlament 44, 129, 196, 213, 215,
228, 229, 256, 260
- Europapolitik 89, 90, 93, 96, 196, 204,
216, 217, 220, 225, 228, 229, 233,
241, 246, 251, 255, 257
- Europawahl 228, 229
- EU-Staat 109, 120, 129, 199, 203, 211,
212, 213, 227, 229, 240, 253, 266
- EU-Vertrag 217, 251
- Evolution 286
- Evolutionstheorie 276, 280, 286
- EWU 220, 225, 232, 234, 248, 259
- Exekutive 215
- Exklusion 165, 197
- Export 115
- F**
- Fairness 194
- Feindbild 134, 147
- Fernsehen 149
- Fernsehsendung 149
- Finanzierung 62, 115, 156, 166
- Finanzpolitik 224, 225, 259
- Finnland 124, 255
- Flüchtling 263
- Flüchtlingspolitik 66, 137
- Föderalismus 201, 207
- Folter 57
- Forschung 62
- Forschungsansatz 268, 287
- Forschungseinrichtung 62
- Forschungsprojekt 212
- Forschungsstand 257, 274, 280, 282, 286,
288, 291
- Forschung und Entwicklung 99
- Forstwirtschaft 179
- Fortschritt 264, 292
- frankophones Afrika 2, 34, 101, 154, 161,
287
- Frankreich 22, 58, 83, 99, 104, 154, 222,
243, 253, 262
- Frau 45, 166, 196, 278, 284
- Frauenbild 166
- Frauenfrage 134
- Frauenorganisation 196
- Freihandel 189
- Fremdbestimmung 144
- Fremdheit 290
- Friedensbewegung 23
- Friedensforschung 23
- Friedensprozess 134, 139, 153
- Friedenstruppe 143, 154, 293
- Friedensverhandlung 153
- Friedensvertrag 165
- Fundamentalismus 18, 20, 173
- Funktionalismus 280
- Fusion 109
- G**
- GASP 74, 83, 221, 232, 234, 263
- GATS 39

- Gebietshoheit 17
 Geldpolitik 239, 247, 250, 251
 Genetik 286
 Geographie 78
 Geopolitik 4, 67, 159
 Georgien 58, 138, 142, 147
 Gerechtigkeit 12, 14, 23, 33
 Gerichtsbarkeit 41
 Gerichtsentscheidung 45
 Geschlecht 45
 Geschlechtsrolle 278
 geschlechtsspezifische Faktoren 131, 189, 286
 Gesellschaftspolitik 100
 Gesundheit 27
 Gesundheitspolitik 27, 236
 Gesundheitswesen 236
 Gewaltbereitschaft 147, 157, 286
 Gewaltlosigkeit 292
 Gewaltmonopol 49, 279, 288, 292
 Gewaltverbot 49, 273
 Ghana 139
 Giddens, A. 47
 Glaube 11, 292
 Gleichbehandlung 45
 Gleichgewichtsmodell 235
 Gleichstellung 45
 Global Governance 26, 28, 29, 32, 47, 51, 52, 55, 185, 186, 187, 189, 191, 193, 194, 203
 Governance 12, 26, 36, 47, 53, 66, 199, 204, 215, 231, 234, 243, 244, 257
 Grenzgebiet 197, 247
 Grenzschutz 265
 grenzüberschreitende Zusammenarbeit 108
 Griechenland 237
 Großbritannien 4, 22, 58, 70, 99, 149, 154, 237, 243, 272
 Großmacht 4, 18, 79, 95
 Guatemala 2
 Guerilla 156
 GUS 95, 160
 Güterverkehr 253
- H**
- Habermas, J. 216
 Handel 44, 151, 182
 Handelshemmnis 226
 Handelspolitik 19, 44, 116, 182, 194
 Handlungsorientierung 277
 Handlungsspielraum 34, 104, 195, 199
 Handlungssystem 216
 Handlungstheorie 268
 Harmonisierung 105, 137, 167, 210, 211, 233, 236
 Haushaltskonsolidierung 19
 Haushaltspolitik 19, 251, 259
 Hegemonialpolitik 4, 22, 69, 76, 134, 145
 Hegemonie 4, 17, 21, 22, 79
 Herrschaft 7, 279, 281, 291
 Hinduismus 148
 Humanismus 290
 humanitäre Hilfe 137, 263
 humanitäre Intervention 12, 13, 49, 81, 137, 273, 290
 Humanität 275, 290
- I**
- Idealismus 72, 92, 292
 Ideengeschichte 73
 Identifikation 245, 290
 Identität 77, 110, 238, 245, 267, 290
 Identitätsbildung 230, 238
 Ideologie 89
 ILO 55
 IMF 53, 250
 Imperialismus 6, 17, 21, 24, 134, 145
 Imperialismustheorie 6, 24
 Indien 113, 148, 184, 264
 Individualisierung 283
 Individualismus 283
 Indonesien 2
 Industriestaat 8, 31, 61, 192
 Informationsfreiheit 203
 Informationsgesellschaft 42
 Informationspolitik 147
 informelle Struktur 127
 Infrastruktur 181
 Inhaltsanalyse 149
 Inklusion 42, 165, 197
 Innenpolitik 56, 89, 152, 153, 204, 220
 innere Sicherheit 56, 96, 123, 133, 165, 279
 Innovation 36, 62, 282
 Institution 25, 166, 174, 201, 228, 230, 271
 Institutionalisierung 40, 46, 237, 243, 272, 289

- Institutionalismus 11, 90, 268
institutionelle Faktoren 103, 201, 215
institutioneller Wandel 34, 40, 201, 226
Inszenierung 149, 164
Integrationspolitik 241
Integrationstheorie 198
Interdisziplinarität 231
Interessengruppe 97, 138, 196, 216, 228, 235
Interessenkonflikt 75, 97, 138, 216
Interessenorientierung 216
Interessenpolitik 43, 90, 95, 97, 138, 151, 216, 234
interkulturelle Faktoren 285
interkulturelle Kommunikation 262, 264, 285
interkulturelle Kompetenz 285
internationale Führungsmacht 4, 20, 22, 67, 69
internationale Hilfe 56
Internationaler Gerichtshof 41, 54, 146
internationaler Vergleich 46, 101, 149
internationales Abkommen 9, 37, 39, 40, 44, 108, 122, 178, 179, 191, 193, 265
internationale Sicherheit 17, 20, 33, 96, 101, 107, 111, 114, 115, 118, 123, 125, 126, 127, 133
internationales Recht 16, 19
internationales Regime 9, 16, 46, 51, 167
internationales System 17, 20, 46, 51, 226
internationales Währungssystem 187
internationale Verflechtung 151, 197
internationale Wanderung 126
Internationalisierung 6, 130, 167
Intervention 43, 48, 91, 130
Intifada 158
Irak 34, 35, 49, 69, 71, 90, 91, 144, 146, 149, 164
Iran 134
Irland 237
Islam 67, 98, 125, 148, 200, 290
islamische Gesellschaft 3
Islamismus 125, 134
Island 255
Israel 48, 57, 115, 134, 158
Italien 58, 104, 222
- J**
Japan 99, 114, 127
- Journalismus 139, 140
Journalist 140, 164
Jugoslawien 34, 81, 137
Justiz 56, 214
- K**
Kalkulation 287
Kalter Krieg 82, 122
Kambodscha 5
Kandidatur 220
Kant, I. 292
Kapazität 193
Kapitalismus 6, 145
Karriere 271
Kasachstan 176
Kaukasusregion 138, 147
Klimaschutz 179, 193
Klimawandel 179
Koalitionsbildung 97, 257
kollektive Sicherheit 43, 146
Kollektivismus 283, 294
Kollektivverhalten 216
Kollektivverhandlung 216
Kolonialismus 10, 171
Kolumbien 2, 152
Kommission 274
Kommunikation 11, 40, 173, 178, 180
kommunikatives Handeln 216
Kommunitarismus 3
Kompetenzverteilung 9, 253
Komplexität 110
Konfliktstruktur 103, 138, 147, 152
Konflikttheorie 287
Konfrontationspolitik 192
Kongo 161
Konsens 26
Konstitutionalismus 1, 12, 230
Konstruktivismus 73, 110
konventionelle Waffe 119, 122
Konzentrationslager 275
Kooperationsbereitschaft 80, 114
Koordination 26, 47, 53, 222, 225, 231, 250, 251
Körper 278, 280, 288, 291
Korruption 170
Kosovo 56, 81, 141, 157, 293
Kosten 117, 209
Kredit 61
Kreditvergabe 166

- Kriegsausbruch 5, 104
 Kriegsführung 5, 156
 Kriegsgefangener 57
 Kriegsverbrechen 5, 41, 57, 278
 Kriegsverhinderung 104
 Kriegswirtschaft 151
 Kriminalisierung 5
 Kriminalität 108, 271, 280
 Kriminalpolitik 56, 271
 Krise 84, 172
 Krisenbewältigung 176
 Krisenmanagement 33
 Kroatien 293
 KSZE 122
 Kultur 78, 180, 261, 268, 269, 270
 kulturelle Beziehungen 3, 269
 kulturelle Faktoren 78, 195, 264, 283
 kulturelle Identität 73, 78, 261, 267
 Kulturkonflikt 23, 277, 285
 Kulturpolitik 220, 267, 270
- L**
- ländliches Gebiet 168
 Landwirtschaft 190, 219, 220, 294
 Lateinamerika 2, 22, 102, 103, 116, 119, 152, 165, 181, 184, 197, 264
 Lebenssituation 166
 Lebenswelt 275
 Lederverarbeitung 184
 Legitimation 1, 217, 226, 288
 Legitimität 51, 129, 218, 234, 281, 288
 Leistungsbilanz 34
 Leitbild 40, 226
 Lernfähigkeit 25
 Lettland 106
 Liberalisierung 52, 192
 Libyen 91
 Litauen 106, 197
 lokale Faktoren 243, 244, 272
 lokale Kommunikation 186
 Luftverkehr 253
- M**
- Maastrichter Vertrag 251
 Macht 7, 11, 23, 32, 110, 216, 279, 288, 291
 Machtkampf 136
 Machtpolitik 79, 84, 122, 146
 Machtwechsel 136
 Mädchen 284
 Maghreb-Staat 111
 Makroebene 7
 Makroökonomie 202, 225
 Mali 101
 Marginalität 202
 Marktwirtschaft 205, 235
 Marokko 101
 Massenmedien 139, 140
 Massenvernichtungswaffe 273
 Mauretanien 101
 Mazedonien 56
 Mediation 277, 285
 Medienjournalismus 164
 Medienkritik 164
 Medizin 27
 medizinische Versorgung 34
 Mehrebenenanalyse 7, 26, 231, 257
 Mehrebenensystem 1, 19, 36, 167, 198, 207, 217, 218, 226, 232, 234
 Mehrsprachigkeit 267
 Mensch 275, 276
 Menschenhandel 196
 Menschenwürde 275
 MERCOSUR 103, 116, 119
 Metatheorie 276
 Mexiko 197
 Migrationspolitik 137, 265
 Mikroebene 7
 Militärdoktrin 102
 militärische Intervention 69, 81, 107, 124, 135, 144
 militärische Präsenz 101, 141
 militärisches Manöver 45
 militärisch-industrieller Komplex 113
 Militarisierung 138
 Militärpotential 104
 Militärregierung 161
 Minderheit 56, 160
 Minderheitenpolitik 214
 Minderheitenrecht 12, 214
 Ministerium 213
 Mitgliedschaft 50, 241, 249
 Mittelamerika 2, 165, 197
 Mitteleuropa 78, 106, 108, 204, 205, 208, 235, 252
 Mittelmeerraum 111
 Modernisierung 95, 222
 Moldau 108, 163

- Monetarismus 224
 Moral 16
 multikulturelle Gesellschaft 180
 Multilateralität 20, 53, 82, 83, 86, 192
 multinationales Unternehmen 47
- N**
- Nachbarschaft 272, 289
 Nachfrage 265
 nachhaltige Entwicklung 31, 37, 47, 171, 264
 Nachhaltigkeit 28, 37, 42, 52
 Nachkriegszeit 256
 Nachrichten 149
 Nahost 34, 35, 38, 48, 49, 57, 58, 69, 71, 81, 88, 90, 91, 98, 111, 115, 134, 138, 142, 144, 145, 146, 147, 149, 155, 158, 164, 184, 200, 219, 220, 256, 264, 266
 Nahostpolitik 69, 91
 Nahrungsmittel 168
 Namibia 264
 Nation 72, 153
 nationale Einheit 205
 nationale Identität 68, 72, 73, 75, 78
 nationale Politik 167, 222, 225, 250
 nationale Sicherheit 135
 nationale Teilung 155
 Nationalismus 157
 Nationalitätenfrage 153
 Nationalstaat 32, 51, 98, 172, 197, 205, 206, 233, 244, 250
 NATO 20, 38, 58, 70, 83, 104, 105, 106, 109, 111, 118, 121, 137, 256
 Neokonservatismus 87, 93
 Neoliberalismus 21, 31, 61
 Netzwerk 36, 47, 186, 235, 243, 244
 Netzwerkanalyse 235, 257
 nichtstaatliche Organisation 29, 30, 39, 47, 60, 73, 130, 160, 174, 196, 244
 Niederlande 171
 Niedriglohnland 183
 Niger 101
 Nihilismus 290
 Nordafrika 91, 101, 144, 264
 Nordamerika 4, 6, 18, 20, 21, 22, 24, 31, 35, 43, 48, 49, 54, 57, 58, 65, 67, 69, 70, 73, 76, 79, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 91, 93, 94, 95, 98, 99, 101, 103, 107, 114, 126, 134, 135, 144, 145, 149, 151, 152, 154, 157, 158, 164, 177, 192, 197, 202, 225, 256, 262
 Nordeuropa 255
 Nordkorea 86, 91
 Nordrhein-Westfalen 284
 Normalisierung 269
 Normativität 12, 281
 Norwegen 255
- O**
- Objektivität 139
 OECD 53, 250
 OECD-Staat 172
 öffentliche Leistung 181
 öffentliche Meinung 140, 213
 öffentliche Ordnung 234
 öffentliches Gut 28
 öffentliche Verwaltung 141, 203, 204, 262
 Öffentlichkeit 232, 267, 274, 287
 ökologische Folgen 52, 180, 185, 189, 195
 Ökonomie 199
 ökonomische Faktoren 100, 200
 ökonomischer Wandel 183
 ökonomisches Modell 190
 ökonomische Theorie 190
 Ökonomisierung 5
 Opposition 153
 Ostafrika 2, 34, 81, 150, 151, 153, 161, 162
 Ostasien 8, 43, 86, 91, 99, 114, 127, 151, 168, 192
 Österreich 78
 Osterweiterung 20, 106, 109, 197, 201, 203, 204, 205, 206, 208, 209, 223, 232, 234, 235, 247, 248, 252, 256, 258, 270
 Osteuropa 78, 106, 108, 109, 160, 204, 205, 206, 208, 235, 252
 Ostmitteleuropa 252
 Ost-West-Konflikt 15, 177
 OSZE 56, 125, 163, 293
- P**
- Palästinenser 158
 palästinensisch-israelischer Konflikt 158
 Paraguay 116
 Parlament 129, 203
 Partei 165, 213

- Parteipolitik 45
 Partizipation 31
 Patriarchat 278
 Pazifischer Raum 91, 127
 Perestroika 122
 Persischer Golf 81, 144, 149
 Personalisierung 149
 Peru 184
 Phänomenologie 275, 282
 Planung 287
 Polarisierung 87
 Polen 58, 74, 80, 106, 197, 247, 256, 258
 Policy-Ansatz 137, 231, 233, 257
 Politikberatung 204, 217, 274
 Politiker 45, 54
 Politikwissenschaft 231, 257, 280
 politisch-administratives System 199, 204
 politische Agenda 8, 92
 politische Aktivität 196, 226
 politische Bewegung 98
 politische Beziehungen 80
 politische Einstellung 45, 266
 politische Elite 46, 89
 politische Emanzipation 153
 politische Entscheidung 31, 44, 70, 73, 85, 174, 196, 217, 235, 241, 249
 politische Entwicklung 8, 79, 89, 178, 237, 249
 politische Faktoren 144, 174, 224
 politische Folgen 189, 211, 239
 politische Führung 54, 79, 217
 politische Herrschaft 19, 65, 170
 politische Ideologie 85
 politische Institution 72, 195, 244, 257
 politische Integration 50, 198, 255
 politische Kommunikation 65, 246, 267
 politische Kontrolle 44, 53, 129, 279
 politische Krise 147
 politische Kultur 3, 65, 131, 132, 196, 206, 233
 politische Macht 72, 75, 84
 politische Meinung 45
 politische Ökonomie 235
 politische Partizipation 30, 56, 60, 196, 234
 politischer Akteur 195, 218, 235, 243
 politische Rechte 69
 politische Reform 200, 204, 214, 241
 politischer Einfluss 70, 75, 170, 196, 235, 250
 politischer Wandel 5, 36, 38, 70, 89, 92, 126, 204, 217
 politisches Asyl 66
 politisches Handeln 54, 65, 68, 75, 79, 84, 92, 226, 268
 politische Situation 135, 221
 politische Sozialisation 23
 politisches System 17, 36, 103, 137, 196, 213, 232, 234, 241
 politische Stabilität 17, 135, 153
 politische Steuerung 47, 53, 167, 199, 224, 231
 politische Strategie 43, 96, 125, 144
 politische Struktur 196
 politisches Verhalten 54, 78, 138, 246
 politische Theorie 2, 10, 13, 15
 politische Unabhängigkeit 153
 politische Verhandlung 46, 50
 politische Willensbildung 47, 235
 Polizei 56, 165, 293
 postkommunistische Gesellschaft 73, 205, 206
 Postmoderne 290
 postsozialistisches Land 34, 43, 56, 58, 63, 64, 67, 73, 74, 78, 80, 81, 95, 99, 106, 108, 137, 138, 142, 143, 147, 151, 156, 157, 159, 163, 175, 176, 197, 205, 247, 256, 258, 261, 264, 266, 269, 293, 294
 Pragmatismus 68
 Präsidentschaftswahl 76, 135
 Prävention 33, 107, 112, 284
 Praxis 277
 Privatisierung 5, 130, 131, 235
 Produktion 99
 Produktionsbedingungen 140
 Proliferation 126
 Protestbewegung 180
 Prozess 25, 44, 73, 235, 237
 Psychologie 23, 276, 280
 Psychotherapie 277
 Public Private Partnership 184
- Q**
- Qualitätssicherung 184

R

Rationalität 216, 292
Raum 67
Realismus 2, 17, 72, 90
Recherche 139
Recht 72, 174, 290
Rechtsgrundlage 174
Rechtsnorm 174
Rechtsprechung 9
Rechtsradikalismus 23
Rechtsstaat 12, 133
Reedukation 13
Reform 38, 56, 59, 60, 106, 141, 146, 169, 192, 203, 217, 228, 237
Regierbarkeit 51
Regierung 54, 65, 103, 153, 203, 218, 226, 228, 243
Regierungsbildung 136
Regierungswechsel 136
Region 153, 227
regionale Entwicklung 88, 186
regionale Faktoren 88
regionale Integration 88
regionaler Unterschied 108, 237
Regionalisierung 207, 244
Regionalismus 207
Regionalpolitik 197, 227, 247, 248
Regionalwirtschaft 186
Regulierung 234
Rekrutierung 105
Religion 148
Religionsgemeinschaft 148
religiöser Konflikt 126, 148, 272, 289
Religiosität 290
Republik Südafrika 149
Ressourcen 71, 283
Ruanda 34, 154, 161, 287
Rumänien 74, 78, 266
Russland 43, 58, 63, 64, 67, 73, 78, 95, 99, 106, 108, 138, 147, 151, 156, 159, 163, 175, 261, 264, 269
Rüstungsindustrie 99, 109, 113, 120, 151
Rüstungskontrolle 118, 119, 122
Rüstungsstand 113

S

Sahel-Zone 101
Sanktion 146, 225
Sanktionsinstanz 146

Schmitt, C. 10, 15
Schule 277
Schweden 124, 237, 255
Schwellenland 170, 186, 189, 192
Selbstbestimmung 206
Selbstdarstellung 164
Selbsthilfe 166
Selbstkritik 164
Selbstorganisation 29, 287
Selbstverständnis 206
Serbe 157
Serbien 56
Sezession 138, 142, 147, 163
Sicherheit 108, 133
Siedlungspolitik 83, 115
Slowakei 78
Soldat 105, 131
Solidarität 239
Somalia 2, 34, 81
Souveränität 1, 12, 13, 17, 71, 206, 241
soziale Beziehungen 180
soziale Funktion 278
soziale Gerechtigkeit 12, 194, 240
soziale Indikatoren 190
soziale Integration 230, 242, 280, 283
soziale Intervention 284
soziale Konstruktion 39, 85
soziale Kontrolle 271, 279, 280, 291
soziale Lage 166, 287
soziale Norm 268
sozialer Konflikt 23, 139, 272, 277, 283, 289, 294
sozialer Mindeststandard 184, 212
sozialer Wandel 173
soziale Sicherung 222, 240
soziales Netzwerk 31, 47, 171, 231
soziale Ungleichheit 26, 171, 173, 237
Sozialisierung 19
Sozialismus 294
Sozialkapital 283
Sozialpolitik 31, 55, 185, 198, 204, 210, 211, 222, 236, 240, 251, 258
sozialpsychologische Faktoren 14
Sozialrecht 210
Sozialstaat 172, 185, 211
Sozialstruktur 294
Sozialunion 242
Sozialwissenschaft 197, 276, 280, 288, 291

- Soziobiologie 276, 280, 286
 soziokulturelle Faktoren 166
 soziokulturelle Situation 166
 Soziologie 280
 soziologische Theorie 275, 291
 Spanien 197, 237, 265
 SPD 89
 Spieltheorie 9, 257
 Sport 277
 Sportverband 284
 Sportverein 284
 Sprache 267, 290
 Sprachgebrauch 267
 Sri Lanka 136
 Staat 1, 2, 7, 48, 78, 272, 279, 281
 Staatenbildung 205
 Staatsangehörigkeit 12
 Staatsgrenze 96, 108
 Staatstätigkeit 233, 257
 Staatstheorie 2
 Staatsversagen 2, 112
 Stabilitätspolitik 224, 259
 Stadt 171, 243, 244, 261
 Stadtteil 180
 Standortpolitik 186
 Standortverlagerung 183
 Statistik 271
 Stereotyp 230
 Stigmatisierung 271
 Strafvollzug 56
 Straßenverkehr 253
 Strategie 80, 88, 217, 263
 strukturelle Gewalt 288
 Strukturwandel 242
 Subsidiarität 1, 207, 240
 Subvention 181
 Südamerika 2, 22, 102, 103, 116, 119, 152, 184, 264
 Sudan 150, 151, 153, 162
 Südasiens 2, 5, 43, 49, 113, 134, 135, 136, 148, 184, 264
 Südkorea 86
 südliches Afrika 5, 149, 264
 Südostasien 2, 5, 86, 168, 293
 Südosteuropa 56, 78, 106, 111
 supranationale Beziehungen 19
 Supranationalität 12, 19, 230, 249, 267
 symbolische Politik 65
 Syrien 91
 Systemtheorie 2, 110, 274
 Systemveränderung 217
- T**
- Tadschikistan 176
 Telekommunikation 253
 Terrorismus 8, 11, 18, 20, 34, 38, 43, 48, 57, 89, 91, 95, 98, 101, 104, 111, 114, 123, 125, 126, 133, 135, 147, 152, 156, 158, 159, 273, 280, 281
 Textilindustrie 184
 Theokratie 134
 Theoriebildung 231, 257, 280, 282, 286, 288
 Theorievergleich 110
 Timor-Leste 293
 Totalitarismus 123
 transatlantische Beziehungen 54, 76, 83, 87, 89, 91, 93, 94, 121, 256
 Transferleistung 219, 237
 transnationale Beziehungen 58, 78, 91, 220, 244
 Transparenz 44, 119
 Tschad 101
 Tschechische Republik 78, 256, 269
 Tschechoslowakei 269
 Tschetschenien 156, 159
 Tunesien 101
 Türkei 184, 200, 219, 220, 266
 Turkmenistan 176
 Typologie 2, 32
- U**
- UdSSR 4, 160, 269
 UdSSR-Nachfolgestaat 43, 58, 63, 64, 67, 73, 78, 95, 99, 106, 108, 138, 142, 147, 151, 156, 159, 163, 175, 176, 197, 247, 261, 264, 269
 Uganda 161
 Ukraine 58, 106, 108, 163, 197
 Umverteilung 19, 170, 194
 Unabhängigkeitserklärung 142, 163
 Ungarn 74, 78, 106, 258, 294
 Ungleichheit 108, 165
 UNO 18, 29, 33, 34, 35, 37, 41, 42, 43, 48, 49, 56, 59, 60, 86, 118, 119, 130, 142, 146, 155, 157, 158, 191, 193, 273, 293
 UNO-Generalversammlung 59

- UNO-Sicherheitsrat 34, 35, 59, 60, 146, 154, 192, 273
Unterhaltung 149
Unternehmen 29
Unternehmenskultur 262
Unternehmenspolitik 183
Unternehmensübernahme 109
Urheberrecht 42
Ursachenforschung 7, 275, 279, 280, 282, 286
Uruguay 116
USA 4, 6, 18, 20, 21, 22, 24, 31, 35, 43, 48, 49, 54, 57, 58, 65, 67, 69, 70, 73, 76, 79, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 91, 93, 94, 95, 98, 99, 101, 103, 107, 114, 126, 134, 135, 144, 145, 149, 151, 152, 154, 157, 158, 164, 177, 192, 197, 202, 225, 256, 262
Usbekistan 176
- V**
Validität 271
Verelendung 31
Verfassung 12, 54, 97, 131, 203, 221, 230, 232, 248, 254, 260, 266, 267
Verfassungsgebung 199, 203, 213, 215, 221
Verfassungsrecht 100
Vergewaltigung 278
vergleichende Politikwissenschaft 231, 233
Verhandlung 9, 23, 30, 40, 46, 122, 179, 184, 213, 216, 220
Verkehrspolitik 233
Vernunft 292
Verrechtlichung 12, 19, 41
Verschuldung 61
Versicherungsgewerbe 253
Versorgung 181
Verteidigung 114
Verteidigungspolitik 58, 66, 77, 91, 96, 97, 99, 100, 102, 104, 106, 113, 115, 117, 120, 121, 123, 126, 128, 132, 147, 220, 221
Verteilungspolitik 19, 45, 237
Vertrag 39
Vertreibung 263
Verwaltung 232
Vielvölkerstaat 267
- Vietnam 168
Völkerbund 10, 16, 27
Völkermord 41, 150, 154, 162, 287
Völkerverständigung 3
Volksabstimmung 155
- W**
Wachstum 202, 259
Waffe 113, 151
Wahl 136
Wahlbeteiligung 229
Wahlergebnis 136, 165, 229
Wahlkampf 229
Wahrheit 139
Währungspolitik 224, 225
Währungsunion 224, 239, 251
Warschauer Pakt 205
Wasserwirtschaft 181
Wehrpflicht 100, 105, 123, 131, 132
Weissrussland 58, 108
Welt 178, 187
Weltanschauung 73
Weltbank 61, 169
Weltbild 268
Welthandel 52, 182, 192, 242
Weltmarkt 145, 171, 173, 183, 186, 189, 205
Weltordnung 8, 12, 16, 17, 18, 20, 21, 23, 49, 67, 79, 83, 84, 110, 145, 178, 187, 192, 256
Weltpolitik 4, 16, 18, 20, 26, 35, 41, 48, 54, 75, 79, 82, 83, 90, 91, 92, 97, 134, 145, 178, 187, 192, 221, 256
Weltwirtschaft 20, 32, 186, 192, 202
Weltwirtschaftssystem 182
Wende 86
Wertorientierung 3, 89, 90, 238, 266, 268
Wertsystem 89, 266
Wertwandel 171
Westafrika 101, 139
Westeuropa 109
Westeuropäische Union 56
westliche Welt 3, 73, 145
Wettbewerb 88, 183
Wettbewerbsfähigkeit 183, 186, 242
WHO 27
Wiederaufbau 137, 141
Wiedervereinigung 82, 155
Wirtschaft 24, 33, 36

wirtschaftliche Faktoren 242
wirtschaftliche Integration 201, 234, 248
wirtschaftliche Macht 32
wirtschaftliche Zusammenarbeit 34, 88,
177, 186
Wirtschaftsentwicklung 136, 168, 170,
225
Wirtschaftsethik 29
Wirtschaftskriminalität 138
Wirtschaftsordnung 224
Wirtschaftspolitik 53, 89, 103, 202, 220,
224, 225, 247, 250, 259
Wirtschaftsreform 170
Wirtschaftswachstum 31, 208, 209, 224
Wissenschaft 27, 274
wissenschaftliche Institution 62
Wissensgesellschaft 42
Wohlfahrtsstaat 31, 172, 211, 232, 240,
242
WTO 39, 44, 52, 168, 182, 187, 192, 226

Z

Zentralafrika 2, 34, 101, 154, 161, 287
Zentralasien 95, 176
Zielgruppe 166
Zivilgesellschaft 3, 28, 29, 42, 61, 84, 92,
134, 174, 230, 292
Zivilisation 292
Zukunftsfähigkeit 39
Zuwanderung 263
Zwang 7, 288, 291
zwischenbetriebliche Kooperation 62, 186
Zypern 155, 256

21. Jahrhundert 8, 18, 242

Institutionenregister

- Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung und Europäische Sicherheitspolitik AFES-PRESS e.V.
99
- Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit -GTZ- GmbH 169
- Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrstuhl für Politikwissenschaft
213
- Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH 170, 176, 181, 186, 187, 193
- Deutsche Sporthochschule Köln, FB II Geistes- und Sozialwissenschaften, Institut für Sportsoziologie Abt. Geschlechterforschung 284
- Deutsches Übersee-Institut 39
- European University Institute, Robert Schuman Centre for Advanced Studies 36
- Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, FB Wirtschaftswissenschaften I, Lehrgebiet Politikwissenschaft, Arbeitsmarkt 237
- Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer Sektion 02 Verwaltung in der Mehrebenenpolitik 208, 209
- Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Bereich Innenpolitik und Systemvergleich Forschungsstelle für Umweltpolitik
25
- Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Fachgebiet Soziologie 39
- Hochschule für Politik München 110
- Institut für Asienkunde 114
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik -IFSH- an der Universität Hamburg 74
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik -IFSH- an der Universität Hamburg Zentrum für OSZE-Forschung -CORE- 56, 263
- Institut für Iberoamerika-Kunde 116
- Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 224, 250
- Technische Universität Darmstadt, FB 02 Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Arbeitsbereich Öffentliche Verwaltung, Staatstätigkeit -public policy- und lokale Politikforschung 237
- Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Fach Soziologie Professur für Sozialwissenschaftliche Europaforschung 222
- Universität Bochum, Fak. für Philologie, Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur
269
- Universität Bonn, Landwirtschaftliche Fakultät, Institut für Agrarpolitik, Marktforschung und Wirtschaftssoziologie Abt. Ressourcen- und Umweltökonomik 190

-
- Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien -InIIS- 130
- Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik 230
- Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Entwicklung und Frieden -INEF- 32, 169
- Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen Lehrstuhl Politikwissenschaft, insb. Außenpolitik westeuropäischer Staaten sowie Außenbeziehungen der Europäischen Union 66
- Universität Hannover, FB Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften, Institut für Politische Wissenschaft Abt. Sozialpolitik und Public Policy 236
- Universität Heidelberg, Fak. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Politische Wissenschaft 36
- Universität Hohenheim, Fak. Agrarwissenschaften, Institut für Agrar- und Sozialökonomie in den Tropen und Subtropen FG Landwirtschaftliche Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 168
- Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen 64, 77, 98
- Universität Kiel, Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät, Institut für Agrarökonomie Lehrstuhl für Agrarpolitik 235
- Universität Kiel, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. europäische Integration 128
- Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Angewandte Sozialforschung -IfAS- 249
- Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Seminar für Politische Wissenschaft Jean-Monnet-Lehrstuhl 36
- Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für internationale Politik 50
- Universität Leipzig, Fak. für Sozialwissenschaften und Philosophie, Institut für Politikwissenschaft 85, 265
- Universität Mainz, FB 12 Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Bereich Internationale Politik 62, 117
- Universität Mannheim, Fak. für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl für Politische Wissenschaft II 70, 226
- Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung -MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration 40, 46, 160, 178
- Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Bertelsmann Forschungsgruppe Politik 88, 96, 108, 204, 217, 239
- Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung -C.A.P- Forschungsgruppe Europa 241

Universität Rostock, Philosophische Fakultät, Historisches Institut Lehrstuhl für Europäische Geschichte und Neueste Geschichte 27

University of Sussex Brighton, Institute of Development Studies -IDS- 186

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH FSP Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Abt. Zivilgesellschaft und transnationale Netzwerke 243, 244

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem.

Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen.

Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 4,- Euro, für Hochschulangehörige 2,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst.

Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in).

Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Informations- und Dienstleistungsangebot des Informationszentrums Sozialwissenschaften

Als Serviceeinrichtung für die Sozialwissenschaften erbringt das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) überregional und international grundlegende Dienste für Wissenschaft und Praxis. Seine Datenbanken zu Forschungsaktivitäten und Fachliteratur sowie der Zugang zu weiteren nationalen und internationalen Datenbanken sind die Basis eines umfassenden Angebotes an Informationsdiensten für Wissenschaft, Multiplikatoren und professionelle Nutzer von Forschungsergebnissen. Zu seinen zentralen Aktivitäten gehören:

- Aufbau und Angebot von Datenbanken mit Forschungsprojektbeschreibungen (FORIS) und Literaturhinweisen (SOLIS)
- Beratung bei der Informationsbeschaffung - Auftragsrecherchen in Datenbanken weltweit
- Informationstransfer von und nach Osteuropa
- Informationsdienste zu ausgewählten Themen
- Informationswissenschaftliche und informationstechnologische Forschung & Entwicklung
- Internet-Service

Das Informationszentrum Sozialwissenschaften wurde 1969 von der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) gegründet. Seit Dezember 1986 ist es mit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) an der Universität zu Köln und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. (ZUMA), Mannheim in der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) zusammengeschlossen. GESIS ist Mitglied der „Leibniz-Gemeinschaft“ und wird von Bund und Ländern gemeinsam gefördert.

Im Januar 1992 wurde eine Außenstelle der GESIS (ab 2003 GESIS-Servicestelle Osteuropa) in Berlin eröffnet, in der die Abteilung des IZ zwei Aufgaben übernahm: Die Bestandssicherung unveröffentlichter sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeiten der DDR und den Informationstransfer von und nach Osteuropa.

Die Datenbanken FORIS und SOLIS

FORIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: FORIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie z.B. Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: über 43.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen, die das IZ Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien in Österreich (bis 2001) und SIDOS (Schweizerischer Informations- und Daten-Archivdienst) in der Schweiz bei sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen durchführen. Die Ergebnisse der IZ-Erhe-

bung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen wie z.B. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Nürnberg) sowie durch Auswertung von Internetquellen, Hochschulforschungsberichten sowie Jahresberichten zentraler Fördereinrichtungen und Stiftungen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Web vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie z.B. Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Frühjahr 2005 ca. 315.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: ca. 14.000

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird vom IZ Sozialwissenschaften in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, der Freien Universität Berlin - Fachinformationsstelle Publizistik, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Weitere Absprachen bestehen mit der Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

Der Abruf von Informationen aus den Datenbanken FORIS und SOLIS ist prinzipiell kostenpflichtig. Beide Datenbanken sind in jeweils unterschiedlichen fachlichen Umgebungen über folgende Hosts zugänglich:

STN International

The Scientific & Technical
Information Network
Postfach 24 65
D-76012 Karlsruhe
Tel. (0 72 47) 80 85 55
www.stn-international.de

GBI

Gesellschaft für Betriebswirtschaftliche Information mbH
Postfach 81 03 60
D-81903 München
Tel. (0 89) 99 28 79-0
www.gbi.de/_de

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind beide Datenbanken auf der Basis von Pauschalabkommen mit den Hosts - z.B. für das GBI wiso-net - in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich.

infoconnex - der neue interdisziplinäre Informationsdienst bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalpreise für den Zugang zur Datenbank SOLIS - auch in Kombination mit den Literaturdatenbanken zu Pädagogik und Psychologie (www.infoconnex.de).

Im **www-Angebot des IZ** bzw. der GESIS steht - neben weiteren kostenfrei zugänglichen Datenbanken - ein Ausschnitt aus der FORIS-Datenbank mit Projektbeschreibungen der letzten drei Jahre für inhaltliche und formale Suchen zur Verfügung (www.gesis.org/Information/FORIS/Recherche); dadurch besteht darüber hinaus die Möglichkeit, bereits gemeldete Projekte auf Aktualität zu prüfen sowie jederzeit neue Projekte für eine Aufnahme in FORIS mitzuteilen.

Beratung bei der Nutzung sozialwissenschaftlicher Datenbanken

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche in den Datenbanken FORIS und SOLIS bietet das IZ entsprechende Rechercheinstrumente wie z.B. den Thesaurus oder die Klassifikation Sozialwissenschaften. Selbstverständlich beraten wir Sie auch jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Auftragsrecherchen

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt das IZ kostengünstig Recherchen in den Datenbanken FORIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Die Abteilung Informationstransfer in der GESIS-Servicestelle Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Sie unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Sozialwissenschaften in Osteuropa“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst - soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet das IZ mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Er ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport - Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen + Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation - Medien - Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kulturosoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Technology Assessment
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

sowiNet - Aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe **sowiOnline** Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen auf Basis der Datenbanken FORIS und SOLIS zusammengestellt. In der Reihe **sowiPlus** werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind zu finden unter www.gesis.org/Information/SowiNet.

Forschungsübersichten

Dokumentationen zu speziellen sozialwissenschaftlichen Themengebieten, Ergebnisberichte von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten des IZ, Tagungsberichte und State-of-the-art-Reports werden in unregelmäßigen Abständen in verschiedenen Reihen herausgegeben.

Internet-Service

Die Institute der GESIS (Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V.)

IZ (Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn)

ZA (Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln) und

ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim)

bieten unter

www.gesis.org

gemeinsam Informationen zum gesamten Spektrum ihrer Infrastrukturleistungen sowie Zugang zu Informations- und Datenbeständen.

Unter dem Menü-Punkt „**Literatur- & Forschungsinformation**“ bietet das IZ nicht nur Zugang zu einem Ausschnitt aus der Forschungsprojektdatenbank FORIS, sondern zu einer Reihe weiterer Datenbanken und Informationssammlungen:

- Die **Datenbank SOFO** - sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen - enthält Angaben zu universitären und außeruniversitären Instituten in der Bundesrepublik Deutschland in den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Bevölkerungswissenschaft, Geschichtswissenschaft sowie Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gesucht werden kann nach Namen(steilen), Fachgebiet, Ort, Bundesland sowie organisatorischer Zuordnung (Hochschule, außeruniversitäre Forschung oder öffentlicher Bereich). Neben Adressen, herausgegebenen Schriftenreihen u.ä. verweisen Hyperlinks ggf. auf die jeweiligen Homepages der Institutionen. Darüber hinaus gelangt man über einen weiteren Hyperlink zu allen Projektbeschreibungen eines Instituts, die in den letzten drei Jahren in die Forschungsdatenbank FORIS aufgenommen wurden (www.gesis.org/information/SOFO).
- Die **Datenbank INEastE** - Social Science Research INstitutions in Eastern Europe - bietet Tätigkeitsprofile zu sozialwissenschaftlichen Einrichtungen in vierzehn osteuropäischen Ländern. Ähnlich wie in SOFO, können auch hier die Institutionen durchsucht werden nach Namensteilen, Ort, Land, Personal, Fachgebiet, Tätigkeitsschwerpunkt und organisatorischer Zuordnung. Die zumeist ausführlichen Institutsbeschreibungen in englischer Sprache sind durch weiterführende Hyperlinks zu den Institutionen ergänzt (www.gesis.org/Information/Osteuropa/INEastE).
- Sozialwissenschaftliche **Zeitschriften in Deutschland, Österreich und der Schweiz** stehen in einer weiteren Datenbank für Suchen zur Verfügung. Es handelt sich dabei um Fachzeitschriften, die vom IZ in Kooperation mit weiteren fachlich spezialisierten Einrichtungen regelmäßig für die Literaturdatenbank **SOLIS** gesichtet und ausgewertet werden. Standardinformationen sind Zeitschriftentitel, Herausgeber, Verlag und ISSN - Redaktionsadresse und URL zur Homepage der Zeitschrift werden sukzessive ergänzt. Immer vorhanden ist ein Link zur Datenbank SOLIS, der automatisch eine Recherche beim GBI-Host durchführt und die in SOLIS gespeicherten Titel der Aufsätze aus der betreffenden Zeitschrift kostenfrei anzeigt; weitere Informationen zu den Aufsätzen wie Autoren oder Abstracts können gegen Entgelt direkt angefordert werden. Die Datenbank befindet sich noch im Aufbau; eine alphabetische Liste aller ausgewerteten Zeitschriften aus den deutschsprachigen Ländern kann jedoch im PDF-Format abgerufen werden.

Zu sozialwissenschaftlichen Zeitschriften in **Osteuropa** liegen ausführliche Profile vor, die in alphabetischer Reihenfolge für die einzelnen Länder ebenfalls abrufbar sind. Der Zugang erfolgt über www.gesis.org/Information/Zeitschriften.

Über weitere Menü-Hauptpunkte werden u.a. erreicht:

- die **Linksammlung SocioGuide**, die - gegliedert nach Ländern und Sachgebieten - Zugang zu Internetangeboten in den Sozialwissenschaften bietet (www.gesis.org/SocioGuide) sowie
- der GESIS-Tagungskalender (www.gesis.org/Veranstaltungen) mit Angaben zu Thema/ Inhalt, Termin, Ort, Land, Kontaktadresse bzw. weiterführenden Links zu nationalen und internationalen Tagungen und Kongressen in den Sozialwissenschaften sowie zu Veranstaltungen in und zu Osteuropa im Bereich der Transformationsforschung.

Elektronischer Service des IZ

Das IZ-Telegramm, das vierteljährlich über Neuigkeiten und Wissenswertes aus dem IZ berichtet, sowie der Newsletter „Social Science in Eastern Europe“ können auch in elektronischer Version bezogen werden. Ein E-mail-Abonnement des IZ-Telegramms erhalten Sie über

listserv@listserv.bonn.iz-soz.de; Textfeld: subscribe iz-telegramm *IhrVorname IhrNachname*

Der Betreff bleibt leer, statt *IhrVorname IhrNachname* können Sie auch *anonymous* eingeben.

Für den Newsletter gilt:

listserv@listserv.bonn.iz-soz.de; Text im Betreff: subscribe oenews

Umfassende und aktuelle Informationen zum Gesamtangebot der Serviceleistungen des IZ inklusive Preisen, Download- und Bestellmöglichkeiten finden Sie im Internet - alles auf einen Blick unter:

www.gesis.org/IZ/IZ-uebersicht.htm

GESIS - Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher
Infrastruktureinrichtungen e.V.

**Informationszentrum
Sozialwissenschaften**

Lennéstraße 30
53113 Bonn
Telefon: (0228)2281-0
Telefax: (0228) 22 81-120
e-mail:iz@bonn.iz-soz.de

Abteilung Informationstransfer
in der GESIS-Servicestelle Osteuropa
Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin
Telefon: (030) 23 36 11-0
Telefax: (030) 23 36 11-310
e-mail:iz@berlin.iz-soz.de

